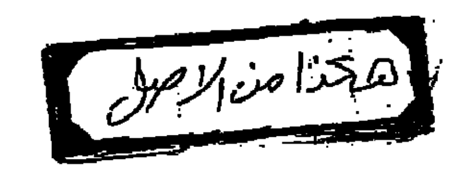


Mittwoch, 14. Dezember 1983 - D ＊＊＊

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 291 - 50. W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Mahnung zur Gemeinsamkeit: Der Anschluß an Japan und auch die USA auf dem Gebiet der Zukunftsindustrien läßt sich nach Meinung von Vizekanzler Genscher nur durch gemeinsame Anstrengungen von Staat und Gesellschaft, Unternehmern und Gewerkschaften schaffen. „Mit Klassenkampfmentalität können wir die japanische Herausforderung nicht bestehen", sagte er vor der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände.

Rentenkommission: Die noch vom SPD-Arbeitsminister Ehrenberg eingesetzte „Harmonisierungskommission" empfiehlt unter anderem Beitragszahlung von Beamten für ihre Pensionen. Der Beamtenbund protestiert: verfassungswidrig.

Republikaner: Die neue Partei ehemaliger CSU-Mitglieder gründet ihren ersten Ortsverband in Sonthofen.

Neue türkische Regierung: Die aus den Wahlen vom 6. November hervorgegangene Regierung Özal ist mit der Vorstellung der 20 Minister komplett.

Flucht aus Rumänien: 20 Personen gelangten unter Containern in einem Lastzug unbemerkt nach Österreich.

Führungsvakuum im Kreml: Das in Moskau sichtbar gewordene Führungsvakuum könnte die Bemühungen des Westens um verbesserte Ost-West-Beziehungen behindern, erklärt der scheidende NATO-Generalsekretär Luns. In einem Reuter-Interview sprach er von „Zweifeln" an der Arbeitsweise der sowjetischen Führung. Er wies dabei auf die Ungewißheit um Schicksal und Gesundheitszustand Andropows hin.

CSU will mitreden: Landesgruppenvorsitzender Waigel bekräftigt die Forderung der CSU nach stärkerer Beteiligung an der Willensbildung der Koalitionsregierung einschließlich der Außenpolitik.

Friedhof geschändet: Etwa 40 Gräber des jüdischen Friedhofs von Bischeim im Elsaß sind – mutmaßlich von Jugendlichen – geschändet worden.

Heute: Tarifrunde der Metallindustrie über 35-Stunden-Forderung geht in Hessen weiter. – Allianz will erhöhtes Angebot für Eagle Star vorlegen. – Verkündigungstermin des Bundeskartellamtes im Fusionskontrollverfahren Metro/Kaufhof. – Wahlen in Jamaika. – EG und arabische Länder nehmen Dialog wieder auf.

WELT-Report Messen und Kongresse

Der „Messeplatz" Bundesrepublik Deutschland demonstriert Jahr für Jahr seine internationale Bedeutung, in wichtigen Bereichen sogar seine weltweite Führungsrolle. Die komplexer gewordene Welt der Messen und Kongresse will der farbige WELT-Report vorstellen. Er will zugleich eine Handreichung für das Messe- und Kongreß-Jahr '84 sein.

WIRTSCHAFT

Gegenmaßnahmen: Enttäuscht über die gescheiterten Handelsgespräche vom vergangenen Freitag in Brüssel mit der EG, bereiten sich die USA auf Gegenmaßnahmen für den Fall vor, daß die EG amerikanische Agrarausfuhren in die Gemeinschaft behindern sollte. (S.13)

Bauern unruhig: Trotz eines „Bombenergebnisses" der heimischen Landwirtschaft im Wirtschaftsjahr 1982/83 rechnet Bauernpräsident von Heereman mit neuen Unruhen in der Landwirtschaft. (S.13)

GHH: Mit einem Fehlbetrag von 83,94 Millionen Mark endet das Geschäftsjahr 1982/83. Grund: Verluste der MAN. Hier sieht Vorstandschef Voisard schwarze Zahlen wieder für 1984/83. (S. 15).

Börse: Trotz Ordermangel konnten sich die Kurse der meisten Standardaktien behaupten. Autowerte waren wieder besonders gefragt. Der Rentenmarkt war schwächer. WELT-Aktienindex 148,4 (148,2). Dollarmittelkurs 2,7534 (2,7512) Mark. Goldpreis pro Feinunze 389,20 (391,25) Dollar.

ZITAT DES TAGES

» Wir wollen diesen Konflikt nicht, aber wir werden ihn annehmen, wenn er uns aufgezwungen werden sollte. «

Der wiedergewählte Präsident des Bundesverbandes Deutscher Arbeitgeberverbände, Otto Esser, zur Gewerkschaftsforderung nach der 35-Stunden-Woche (S. 1 u. 2)

FOTO: DPA

KULTUR

Fälschungen gefragt: Die „Werke" des Meisterfälschers Tom Keating kamen bei Christie's unter den Hammer und erzielten phantastische Preise: Constables „Heuwagen" beispielsweise erzielte 5500 Pfund. (S. 3)

Heine-Preis: Der Physiker und Philosoph Carl Friedrich von Weizsäcker ist mit dem Heinrich-Heine-Preis ausgezeichnet worden. Vor ihm hatten Zuckmayer, Heine-Forscher Berteaux, Haffner und Jens den Preis erhalten.

SPORT

Schach: Gari Kasparow (UdSSR) gewann die neunte Partie des Kandidatenturniers um die Weltmeisterschaft in London gegen Viktor Kortschnoi. Bei einer 5,5:3,5-Führung fehlt Kasparow noch ein Punkt zum Sieg im Halbfinale.

Ski Alpin: Seinen ersten Saisonsieg schaffte der Schwede Ingemar Stenmark beim 2. Weltcup-Slalom im italienischen Courmayeur. Zweiter wurde der Jugoslawe Bojan Krizaj vor dem Riesenslalom-Weltmeister Steve Mahre (USA). (S. 9)

AUS ALLER WELT

Weihnachten zu Hause: Bonner Spitzenpolitiker verzichten auf den Jet-Trip nach Süden und feiern Weihnachten zu Hause mit ihren Familien. (S. 22)

Kritik am Flugwesen: Der Europa-Abgeordnete Ripa di Meana hat schon vor geraumer Zeit vor den Unsicherheitsfaktoren im Flugverkehr gewarnt: vor dem Unglücks-Flughafen Barajas (Madrid) ebenso wie vor „Sonntagspiloten", die ihre Lizenz nach Schnellkursen erhalten. (S. 22)

Wetter: Im äußersten Norden bewölkt, sonst Aufheiterungen.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Genscher: Wir müssen Anschluß gewinnen an die USA und Japan

Grundsatzrede vor den Arbeitgebern / Otto Esser wieder Präsident

rmc./Mk. Bonn

Die deutsche Wirtschaft müsse den Weg „in die dritte industrielle Revolution" möglichst schnell finden. Das forderte der FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher gestern in einer Grundsatzrede vor der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). Es komme darauf an, daß der Staat dafür die politischen und steuerlichen Rahmenbedingungen schaffe. Neben einer konzentrierten Forschungsförderung sei es auch nötig, dabei mitzuhelfen, daß sich in der Bevölkerung das Bewußtsein zur Risiko- und Leistungsbereitschaft neu entwickele.

Als entscheidend für die Sicherung der künftigen Existenz des Landes bezeichnete der FDP-Vorsitzende den Strukturwandel der deutschen Wirtschaft. Ihren Wohlstand könnten die Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa als Ganzes nur halten und vermehren, sagte Genscher, wenn sie Anschluß gewönnen an die von den USA und Japan ausgehende technische Entwicklung. In ihrem Zentrum stünden zwei „Spitzentechnologien", die Mikroelektronik/Optoelektronik und die Biotechnik. Nach Genschers Einschätzung ist die Mikroelektronik bereits heute die Industrie mit den bei weitem höchsten Wachstumsraten in der Welt. Die Biotechnik werde im nächsten Jahrzehnt zu einer zweiten großen Wachstumsindustrie werden, sagte er.

Um den Anschluß an diese Technologien zu schaffen, ist, so Genscher, erforderlich, daß Staat und Gesellschaft, Unternehmer und Gewerkschaften, Schulen, Universitäten und Medien zusammenwirken. Vor allem zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern sei ein „kooperatives Verhältnis" nötig: „Mit Klassenkampfmentalität könnten wir die japanische Herausforderung nicht bestehen."

Hinderlich ist nach Genschers Meinung für die Fähigkeit der Wirtschaft zum Strukturwandel nicht zuletzt der hierzulande anzutreffende „lamentierende Kulturpessimismus". Hinzu trete eine allgemeine Angst vor der Technik, die vermeintlich die Umwelt zerstöre und ebenso vermeintlich die Arbeitsplätze. Genscher meinte, gerade die „dritte industrielle Revolution" zeige einen Ausweg aus der Umweltzerstörung und wirke keineswegs als Job-Killer". Als Beispiel nannte der FDP-Vorsitzende die deutsche Druckindustrie. 1970 habe es dort 170 000 Arbeitsplätze gegeben; heute, nachdem gegen große Widerstände das moderne Lichtsatzverfahren weithin eingeführt sei, existierten hier 200 000 Arbeitsplätze.

Zur Einführung der neuen Technologien muß der Staat nach Genschers Auffassung alles tun, „um die Rahmenbedingungen für Forschung und Innovation so günstig wie nur möglich zu gestalten". Als dafür nötig sieht er die Entbürokratisierung, eine „überfällige" Steuertarifreform, die die Steuer- und Abgabenlast für den einzelnen mindere und seine Bereitschaft zur Leistung fördere, sowie schließlich einen entschlossenen Kampf gegen eine Subventionspolitik, die „Überholtes künstlich am Leben" erhalte.

Darüber hinaus bedarf es nach Genscher einer wirksamen Politik der Forschungsförderung, die die „technologischen Schlüsselbereiche" erkenne und der indirekten Forschungsförderung eine stärkere Rolle einräume.

Als vorbildlich für den wirtschaftlichen Strukturwandel beschrieb der FDP-Vorsitzende die USA. Dort gebe es Universitäten, die den Mittelpunkt für technologie-orientierte Unternehmensgründungen bildeten. Auch ge-

■ Fortsetzung Seite 12

DER KOMMENTAR

Über die Zukunft

HERBERT KREMP

In einer Rede vor den Arbeitgebern, die den selten gerechtfertigten Titel „bedeutend" verdient, hat der FDP-Vorsitzende Genscher präzise umrissen, was geistige Wende bedeutet. Dieses Wort ist seit den Vorbereitungen des Bonner Regierungswechsels im Schwang, mal im Aufschwang, mal im Abschwang, aber niemand konnte so recht erfahren, was es eigentlich besagt: Soll die konzentrierte Aufmerksamkeit künftig der persönlichen Leistung gelten, den bewährten privaten und öffentlichen Tugenden oder der inneren Veredelung? Die Vielzahl der Deutungen verwirrte den Sinn.

Nun kommt Genscher mit einer Definition heraus, die nicht um einen neuen Goethe „von innen" bittet, sondern um die Beachtung der fundamentalen Tatsache, daß Europa samt seiner Deutschen den Platz an der Sonne verlieren werde, wenn es die Schnellzüge der „dritten industriellen Revolution", die technologische Aufbereitung der Mikroelektronik und der Biotechnik, versäumt. Auf diesen Feldern liegen Japan und die USA weit vorn, die Europäer im hinteren Mittelfeld, während die kommunistischen Länder, von der Speerspitze der sowjetischen Waffentechnologie abgesehen, weit abgeschlagen folgen. Was Genscher dazu sagt, formulierte auch schon Strauß: Wer hier nicht mithalten kann, wird auf die Dauer nirgends mehr mithalten können.

Das klingt so dramatisch, wie es ist. Für die drei hauptsächlichen Voraussetzungen: kooperative Arbeitswelt, Risikobereitschaft der Unternehmer und einschlägige Bildungselite, bieten sich in Japan und Amerika günstige, wenn auch stark unterschiedliche Voraussetzungen. Im südlichen „Sonnengürtel" der USA sorgen soziale Zugluft und jugendlicher Optimismus für ein geistiges Klima, in dem sich Risiko lohnt und intellektuelle Leistung auszahlt. In Dorf- und Stadtmitte steht nicht die Kirche, nicht die Eisenhütte, sondern die Universität: Sie prägt Lebens-, Siedlungs- und Produktionsstruktur.

In Japan sorgt die noch nachwirkende konfuzianische Tradition für einen Interessenkonsens zwischen Arbeit, Kapital und Staat. Die Ausbildung ist hart und spezialisiert, der Pflichtbegriff „preußisch", der Samurai blickt heute auf die Weltmärkte. Von den geistig-kulturellen Voraussetzungen her betrachtet, sind Amerikaner und Japaner somit besser gerüstet als die Europäer: Kulturpessimismus kennen sie nicht, und sozialsentimental sind sie auch nicht. Europa, das die Zivilisation verbreitete, kann die entwickelte fremde Mentalität nicht kopieren. Es muß an sich selbst arbeiten, oder es bleibt auf der Strecke.

Kohl entscheidet, ob Lambsdorff bleibt

Ermittlungen gegen den „Spiegel" / Wolff: In USA sieht man uns als Bananenrepublik

MANFRED SCHELL, Bonn

In der Bundesregierung ist nach einer Überprüfung der von der Staatsanwaltschaft erhobenen Bestechungsvorwürfe gegen Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) die Tendenz zu erkennen, der Minister solle zumindest bis zur Entscheidung des Landgerichts Bonn über die Eröffnung eines Hauptverfahrens im Amt bleiben. Der Chef des Bundeskanzleramtes, Staatssekretär Waldemar Schreckenberger, hat – um den Kreis der Informierten klein zu halten – auf Bitten von Bundeskanzler Helmut Kohl ad personam die 104 Seiten starke Anklageschrift auf ihre „rechtliche und tatsächliche Schlüssigkeit" hin gewürdigt. Schreckenberger, so hieß es gestern in Regierungskreisen, werde dem Bundeskanzler jetzt einen „Rat" erteilen. Die Entscheidung darüber, ob Lambsdorff im Amt bleiben werde, liege beim Bundeskanzler.

Nach Informationen der WELT wird die von der Staatsanwaltschaft Bonn vorgelegte Anklageschrift gegen Graf Lambsdorff zwar als rechtstechnisch gut abgefaßt eingeschätzt, aber in der Beweisführung als „nicht sehr stark". Hier bewege sich die Anklagebehörde auf „sehr dünnem Eis", sowohl in objektiver als auch, auf Lambsdorff bezogen, subjektiver Hinsicht. Insofern bestehe, wie in Regierungskreisen versichert wurde, durchaus die Chance, daß der Bundeswirtschaftsminister durch seine Erklärung zu den Anschuldigungen

SEITE 14:
Sorge über Subventionen

das Gericht von seiner Unschuld überzeugen könne. Vor allem sei aus der Anklageschrift nicht zu erkennen, wie die Staatsanwaltschaft den Beweis für Geldzahlungen des Flick-Konzerns an den Minister führen wolle.

In Bonn wurde gestern damit gerechnet, daß es schon in den nächsten Tagen ein ausführliches Gespräch zwischen Kohl und dem Bundeswirtschaftsminister geben wird. Kohl wolle, so hieß es, zunächst die Einschätzung von Graf Lambsdorff und dessen Schlußfolgerungen hören und dann sein Votum abgeben. Der Kanzler möchte alsbald eine politische Entscheidung herbeiführen; auch um Unsicherheiten in der Koalition und in der Bevölkerung zu beheben. In der Umgebung Kohls hieß es gestern, deshalb habe der Kanzler noch gestern, nach seiner Rückkehr aus Berlin, Schreckenberger zu sich gebeten, um dessen Urteil zu hören.

Danach fand die Begegnung des Kanzlers mit dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß statt. Auch dabei dürfte über den Fortgang des Verfahrens hinsichtlich des Bundeswirtschaftsministers gesprochen worden sein. Ob Kohl dabei so weit gegangen ist, Strauß zu sagen, ob der Minister im Amt bleibt oder ob im Falle eines Rücktritts ein Kabinettsrevirement stattfinde, war zunächst nicht klar.

Die CSU, dies wurde im Bundeskanzleramt wohlwollend registriert, hält sich mit Angriffen gegen den Bundeswirtschaftsminister derzeit strikt zurück. Strauß hat offenkundig als Leitlinie ausgegeben, das Verfahren gegen Graf Lambsdorff werde, soweit es den juristischen Gehalt be-

● Fortsetzung Seite 12

Nitze spricht von Gegensätzen im Kreml

AFP, Washington

Maßgebend für die sowjetische Entscheidung, das Eintreffen der ersten Pershing-2-Raketen in Westeuropa mit dem Abbruch der Genfer Verhandlungen zu beantworten, waren nach Ansicht des amerikanischen Verhandlungsleiters in Genf, Paul Nitze, nicht die sowjetischen Militärs, sondern die sowjetischen Politiker.

Wie Nitze in Washington erklärte, sei die Aufstellung einer geringen Anzahl von Pershing-2-Raketen für die militärische Führung der Sowjetunion unerheblich. Für ihre politische Führung sei jedoch die Stationierung prinzipiell unannehmbar gewesen, weil sie der Auffassung sei, daß dies eine Schwächung ihrer osteuropäischen Verbündeten bedeute. Bis auf dieses „zentrale Problem" seien während des vergangenen Monats die bislang größten Fortschritte bei den Verhandlungen erzielt worden.

Der US-Verhandlungsleiter bei den jetzt abgebrochenen Gesprächen über Mittelstreckenwaffen (INF) sagte, es habe lediglich noch Unstimmigkeit darüber geherrscht, ob die Sowjets auf einem „groben Ungleichgewicht" beharren würden, was ein Verhältnis von 120 sowjetischen SS 20 ohne jegliche Raketenaufstellung auf amerikanischer Seite bedeuten würde. Die Formel 120 zu null sei jedoch für die Amerikaner unannehmbar. Wie Nitze erklärte, hätten die Sowjets unmißverständliche Andeutungen darüber gemacht, daß sie zu einem Verzicht auf die Einbeziehung der britischen und französischen Atomwaffen bereit gewesen seien.

US-Vergeltung gegen Attentäter von Kuwait?

AP/DW. Lissabon/Kuwait

Der amerikanische Außenminister George Shultz schließt eine Aktion der USA gegen die Attentäter von Kuwait nicht aus. Auf einer Pressekonferenz in Lissabon sagte Shultz gestern, wenn die Urheber des Bombenanschlags auf die US-Botschaft in dem Golf-Staat klar identifiziert werden könnten, werde es seiner Meinung nach Wege geben, einen Schlag gegen sie zu führen. Die US-Regierung sehe einen Zusammenhang zu den Anschlägen auf das US-Hauptquartier in Beirut.

Dort hat ein anonymer Anrufer gestern weitere Bombenanschläge gegen Amerikaner, Israelis und solche Araber angedroht, die mit diesen beiden Staaten zusammenarbeiten. Gegenüber der Beiruter Zeitung „As-Safir" kündigte er Anschläge in anderen arabischen Staaten an.

Irak hat Iran für die Anschläge in Kuwait verantwortlich gemacht, bei denen am Montag mindestens sechs Menschen getötet und hundert zum Teil schwer verletzt wurden. Die im Golf-Rat zusammenarbeitenden Länder Saudi-Arabien, Qatar, Bahrein, Oman, Kuwait und Vereinigte Arabische Emirate haben die Anschläge in Kuwait scharf verurteilt. Zugleich äußerten sie Besorgnis über ihre eigene Sicherheit und Stabilität. Die saudiarabische Regierung erklärte, die Attentäter zielten auf die arabischen Ölvorräte ab. Ein kuwaitischer Minister kündigte an, auf dem Flugplatz seines Landes würden ausreisende Palästinenser, Libanesen, Iraner, Iraker und Jordanier scharf kontrolliert.

Seite 3: Goldenes Fenster zur UdSSR

Kein Asyl für „Solidarität"-Mitglied

Zimmermann: Pole nahm beim Widerstand in Kattowitz Tod anderer Menschen in Kauf

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) hat die „Übernahme" des Mitglieds der inzwischen von Warschau verbotenen Gewerkschaft Solidarität, Wieslaw Rozyk, in die Bundesrepublik Deutschland abgelehnt. Zimmermann begründete seine Entscheidung damit, Rozyk habe bei seinem Widerstand gegen das polnische Militärregime den Tod anderer Menschen bewußt in Kauf genommen.

Rozyk hatte im Dezember 1981 in einem Bergwerk in Kattowitz Minen gelegt und gedroht, wenn Sicherheitskräfte gegen die streikenden Arbeiter vorgehen sollten, werde er die Sprengkörper zünden. Mit seiner Entscheidung hat sich der Bundesinnenminister gegen die Empfehlung von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) gewandt, der aus „humanitären Gründen" dafür plädiert hatte, daß Rozyk und dessen Familie in der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen werden soll.

Im Bundesinnenministerium hieß es, Zimmermann habe den Sachverhalt sorgfältig geprüft, wobei er sich nicht auf polnische Angaben, sondern auf die Unterlagen der deutschen Botschaft in Warschau und des Auswärtigen Amtes gestützt habe. Daraus habe sich ergeben, daß die Verminung in dem Bergwerk „nach Kamikaze-Art" erfolgt sei. Durch eine Auslösung des Zünders wären nicht nur Angehörige der Sicherheitskräfte, sondern auch Bergarbeiter gefährdet worden. Rozyk ist am 16. April 1982 zu insgesamt acht Jahren Gefängnis verurteilt worden. In diesem Strafmaß ist auch eine Verurteilung wegen Aufruf zum Streik und der Verbreitung falscher Nachrichten enthalten. Im Rahmen der Generalamnestie sind ihm davon 5 Jahre erlassen worden. Nun muß er – die Untersuchungshaft abgerechnet – noch 22 Monate absitzen.

Zimmermann argumentierte, wenn Rozyk nur wegen seines Aufrufs zum Streik, zu Boykottmaßnahmen, wegen Untergrundtätigkeit und anderen vergleichbaren „politisch motivierten" Delikten verurteilt worden wäre, hätte er einer Übernahme in die Bundesrepublik Deutschland ohne Zögern zugestimmt. Wer aber eine Gefährdung für Leib und Leben anderer Menschen riskiere, schließe damit einen „humanitären Akt" für seine eigene Person aus. Dabei spiele es für ihn keine Rolle, ob dieses Vorgehen letztlich auch aus politischen Motiven heraus erfolgt sei. In der Praxis sei es so, daß die Behörden prinzipiell für Gewalttäter keine Übernahmegarantie geben, argumentiert Zimmermann. Keinesfalls habe er ein Präjudiz schaffen wollen, das dieses Prinzip unterlaufe.

Im Bundesinnenministerium hieß es dazu, es könne ja nicht so sein, daß man Sprengstoffanschläge gegen kommunistische Regimes und deren Repräsentanten „honoriere", sie aber verurteile, wenn sie sich gegen Regierungen mit anderem Charakter richteten, wie dies zum Beispiel im Fall von Südafrika geschehe.

Kabul erwartet Offensive der Mudjahedin

Regierung Karmal verschärft die Sicherheitsmaßnahmen

dpa/AFP, Islamabad

In Afghanistan bereiten sich die sowjetischen Besatzungstruppen und das Karmal-Regime auf eine „Überraschung" vor, die die Freiheitskämpfer zum vierten Jahrestag der sowjetischen Invasion für Ende Dezember planen sollen. Akkreditierte westliche Diplomaten haben jetzt darüber berichtet, daß es in allen Regionen des Landes einschließlich der Hauptstadt Kabul derzeit ruhiger sei als sonst. Die Kämpfe im Lande hätten an Heftigkeit nachgelassen. Es gebe eine Art „Ruhe vor dem Sturm".

Erwartet wird eine großangelegte Operation der Mujaheddin zum 27. Dezember. Dann ist es vier Jahre her, daß die Rote Armee in das Land einmarschierte. Die Sicherheitsvorkehrungen in Kabul und in den vom Regime beherrschten Teilen des Landes sind deshalb in den vergangenen Tagen noch weiter verstärkt worden. Bereits zum Herbstanfang waren verschärfte Sicherheitsmaßnahmen in Kabul verhängt worden, die weiterhin gelten. So sind an allen strategisch wichtigen Punkten Straßensperren errichtet worden. Außerdem ist die Anzahl der Patrouillen bei Tag und Nacht erheblich verstärkt worden.

Trotz aller Sicherheitsmaßnahmen sind, wie erst jetzt bekannt wurde, Ende November in der westafghanischen Stadt Herat 26 Funktionäre der afghanischen KP von moslemischen Widerstandskämpfern getötet worden. Mujaheddin sollen das Parteilokal in dieser drittgrößten afghanischen Stadt gestürmt haben, als dort eine aus Kabul zur Inspektion angereiste 30köpfige Parteidelegation versammelt war. Nach Auskunft westlicher Diplomaten sollen die Freiheitskämpfer bis auf vier Funktionäre alle umgebracht haben.

Wie in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad außerdem berichtet wird, sollen kürzlich 24 in einem Kupferbergwerk beschäftigte sowjetische Berater von Widerstandskämpfern entführt worden sein. Das Bergwerk liegt im Tal von Logar, südlich von Kabul. Über das Schicksal der Sowjets ist bisher nichts Näheres bekannt geworden.

Brandt heiratete nach Feierabend

DW. Bonn

Wenige Tage vor seinem 70. Geburtstag am kommenden Sonntag hat der SPD-Vorsitzende und frühere Bundeskanzler Willy Brandt unter strenger Geheimhaltung seine langjährige Lebensgefährtin und frühere Mitarbeiterin Brigitte Seebacher geheiratet. Die Trauung wurde, wie erst gestern bekannt wurde, auf Wunsch Brandts am vergangenen Freitag „in aller Stille" und eine halbe Stunde nach Dienstschluß im Rathaus der kleinen Weinstadt Unkel vollzogen, wo Brandt und seine neue Frau seit fünf Jahren in einem Penthouse wohnen.

Bürgermeister Hans Hafener (CDU), der bei der schlichten Trauungszeremonie als Standesbeamter fungierte, erzählte jetzt, daß es „nicht einfach" gewesen sei, „das alles so einzufädeln, daß niemand etwas davon erfuhr". Die Trauung selbst sei „rein formell" abgewickelt worden, „ohne Blumen, ohne Sekt". Als Trauzeugen seien der Bonner Rechtsanwalt Wolfgang Schulz und Brigitte Seebachers Bruder Wendelin dabei gewesen. Das anschließende Hochzeitsmenü mit Lachs, Zicklein auf Stroh und frischen Feigen in einem sardisch-französischen Bonner Altstadtlokal war wenige Tage vorher ohne Angaben über den Anlaß bestellt worden.

Die 37jährige dritte Ehefrau des SPD-Vorsitzenden war in den 70er Jahren Chefredakteurin der Berliner SPD-Zeitung „Berliner Stimme", bevor sie als enge Mitarbeiterin Brandts in die Bonner Parteizentrale wechselte. Zur Zeit schreibt sie an ihrer Dissertation über den früheren SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer. Willy Brandt war bereits von 1941 bis 1944 im Exil mit einer Norwegerin verheiratet. Von seiner zweiten Frau Rut hatte er sich nach einem schweren Herzinfarkt im Frühjahr 1979 getrennt. Während der damaligen Rekonvaleszenz in Frankreich war Brandt bereits von seiner jetzigen Frau begleitet und gegenüber der Öffentlichkeit abgeschirmt worden.

Auch in der „Baracke", dem Bonner SPD-Hauptquartier, wurde man von der Nachricht über die Heirat Brandts überrascht. Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel konnte nur telegrafisch gratulieren, da der Parteivorsitzende zu politischen Gesprächen nach London abgeflogen war.

G

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Zwei Kulturen

Von Günter Zehm

Die Einrichtung eines „Kulturzentrums der DDR" in Paris ist an sich keine gute Nachricht, macht sie doch die gewaltsame, durch und durch künstliche Spaltung der Nation wieder einmal schmerzlich augenfällig. Andererseits bietet sie den Schriftstellern und Künstlern in Dresden, Weimar und Ost-Berlin so manche Chance. Wenn die SED ihr Haus am traditionsreichen Boulevard Saint Germain auf Dauer einigermaßen attraktiv halten will, wird sie nicht darum herumkommen, dort auch unabhängige, ihr unbequeme Geister zu Wort kommen zu lassen. Hermann Kant und Erik Neutsch, Willi Sitte und Werner Tübke machen das Kraut nicht fett.

In der französischen Intelligenz finden zur Zeit tiefreichende Wandlungsprozesse statt. Das lange Jahre dominierende kommunistische Paradigma ist verblaßt, der KPF des Genossen Marchais laufen die Kulturträger in hellen Scharen davon. Das wird auch das „DDR"-Zentrum zu spüren bekommen. Es muß mit Besuchern rechnen, die den „Archipel GULag" von Solschenizyn sehr genau gelesen haben, bohrende Fragen stellen und sich nicht mit Parteiphrasen zufriedengeben.

Die Funktionäre werden natürlich – getreu der Ostberliner Doktrin von den „zwei Kulturen" in der deutschen Geschichte, einer „fortschrittlichen", die zum Sozialismus führt, und einer „reaktionären", die in den Sumpf der BRD führt – das Kulturerbe höchst einseitig für sich selbst vereinnahmen; sehr dubiose Ausstellungen sind da zu erwarten. Für das Goethe-Institut der Bundesrepublik in Paris erwächst dadurch die Aufgabe, mit aller Seriosität dagegenzuhalten, der historischen Wahrheit zu ihrem Recht zu verhelfen und in großer Sorgfalt immer wieder die Einheit der deutschen Kultur zu dokumentieren.

Dem Goethe-Institut kann also die neue Konkurrenz gar nicht schaden. Man wird es künftig mit schärferen Maßstäben als bisher messen, wird ihm keine läppischen Sperenzchen à la mode mehr durchgehen lassen. Man wird genau hinsehen, wer besser ist, die Avenue d'Iéna oder der Boulevard Saint Germain. Schiedsrichter ist das Pariser Publikum, und das hat Urteilsvermögen.

Drucker und Gesetz

Von Fritz Wirth

Bis vor kurzem noch redete man in Großbritannien vom großen „High Noon", vom letzten Gefecht zwischen Regierung und Gewerkschaften. Dieses Duell sollte über Leben und Tod, über Wirksamkeit und Nutzen der neuen Gewerkschaftsgesetze der Regierung Thatcher entscheiden. Der letzte Warnschuß vor diesem Gefecht sollte ein vierundzwanzigstündiger landesweiter Zeitungsstreik durch die Druckergewerkschaft NGA am heutigen Mittwoch sein.

Am Dienstag ist dieser „High Noon" in letzter Minute abgeblasen worden. Die Drucker, die Männer mit den stärksten Muskeln in der britischen Streikindustrie, streckten kleinlaut, grollend und verlegen die Waffen. Sie hatten rechtzeitig erkannt, daß sie hier in einen Kampf zogen, den sie nicht gewinnen können.

Der Konflikt, der diese Konfrontation herbeiführte, ist damit noch nicht beigelegt. Dennoch ist dieser Rückzug der Druckergewerkschaft ein bemerkenswertes Ereignis an der sonst so kampfwütigen britischen Gewerkschaftsfront. Denn die Drukker streckten nicht aus eigener Einsicht, sondern unter dem massiven Druck einer immer stärker werdenden Mehrheit von einstigen Gewerkschaftsverbündeten die Waffen, die entschlossen sind, die Ära der Konfrontation durch eine neue Phase der Kooperation mit der Regierung zu ersetzen. Es ist nicht zuletzt der oberste britische Gewerkschaftschef Len Murray, der bei diesem erstaunlichen Wandlungsprozeß eine höchst ehrbare und bedeutende Rolle spielt.

Für die Regierung Thatcher zeichnet sich ein bemerkenswerter Erfolg ab. Dieser Konflikt ist der erste Testfall ihrer neuen Gewerkschaftsgesetze, und es sieht so aus, als seien sie in der Lage, zum ersten Mal der Muskelkraft der Gewerkschaften zu widerstehen. Es beginnt bei diesen Gewerkschaften zu dämmern, daß sie mit ihren versammelten Streikkräften nicht über den Gesetzen des Landes stehen. Es könnte der Beginn einer Dämmerung der Vernunft an der britischen Streikfront sein.

35-Stunden-Auftakt

Von Peter Gillies

Die Parole „35 sichert Arbeitsplätze" lacht ungeachtet ihrer Wahrheitswidrigkeit von vielen Plakatwänden und Straßenbahnen. Sowohl die IG Metall als auch die Arbeitgeber von Gesamtmetall geben sich finster entschlossen. Die Verhandlungen haben begonnen.

Noch nicht begonnen hat dagegen der Denkprozeß in Richtung Vernunft. Für die Verhandlungen über die Arbeitszeit und jene über die neuen Löhne (beide laufen getrennt, dürften aber alsbald ineinander einmünden) ist nicht die klassenkämpferische, sondern die wirtschaftliche Betrachtung geboten.

Die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich bedeutet eine Lohnerhöhung zwischen 14 und 18 Prozent. Addiert man die daneben erhobene Forderung nach Lohnaufbesserung um drei bis 3,5 Prozent hinzu, ist die 20-Prozent-Grenze überschritten oder nicht mehr fern. Aus diesen Zahlen zu schließen, die 35-Stunden-Woche sichere die Arbeitsplätze, ist ungewöhnlich kühn.

Nun, die Arbeitnehmer trauen dem Braten ohnehin nicht. Sie wittern oder wissen, daß forcierte Arbeitszeitverkürzung keine Arbeitsplätze sichert, sondern gefährdet. In der Sache ist der Kompromiß also längst vorgezeichnet: Sollte die verteilbare Masse vier Prozent betragen, so kann man daraus eine Arbeitszeitverkürzung von gut einer Stunde bei einer Lohnerhöhung von null machen, oder eine Lohnerhöhung von vielleicht drei Prozent und als Zugabe einen Vorruhestand.

Je mehr nun die Erhitzung – vor allem durch die IG Metall – voranschreitet, desto schlechter erginge es der kühlen Vernunft. Aber wir dürfen vielleicht davon ausgehen, daß man nicht nur prinzipielle Kampfesrufe ausstößt, sondern auch nachrechnet. Daß die Arbeitsbesitzer zwar Arbeit abgeben, aber das dazugehörende Einkommen behalten wollen, dürfte schwerlich als Solidarität verstanden werden.

Aber es gibt auf beiden Seiten Signale der Vernunft, die man wegen der üblichen Tarifzeremonien noch unterdrückt. Die Stimmung in den Betrieben, die gegen die 35-Stunden-Woche ist, gebietet das Lauschen in diese Richtung. Oder wie Betriebsräte wissen: Wer ein Etikett aufkleben will, rechnet fest mit der Wehrlosigkeit der Flasche.



Im Namen Allahs ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Sechs ist kein Tabu mehr

Von Ulrich Lüke

Nun spricht Kohl von möglicher Rückkehr zu einem Europa der Sechs. Paradox? Die Geschichte der Europäischen Gemeinschaft ist eine Geschichte der Paradoxien. Beabsichtigt war vor mehr als dreißig Jahren eine politische Union. Als sie nicht hergestellt werden konnte, versuchte man es mit einer Verteidigungsgemeinschaft. Daraus wurde – nach dem französischen Veto gegen diesen Plan – eine Wirtschaftsgemeinschaft. Allerdings ohne den ursprünglichen Ansatz aufzugeben: Ziel blieb die politische Union. Alles andere sollte nur Mittel zum Zweck sein. Das war schon damals unrealistisch.

Doch schlimmer noch: Das Mittel – die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft – hat sich verselbständigt. Da saßen vor Wochenfrist in Athen zehn Regierungschefs der Gemeinschaft zusammen und zerstritten sich. Nicht über die Zukunft Europas, nicht über das Ost-West-Problem oder den Nord-Süd-Konflikt, nein, sie stritten über Milchquoten, Agrarmodulatoren und Soja-Importe. Paradox, wenn man bedenkt, daß nur acht Millionen der mehr als hundert Millionen Erwerbstätigen in der Gemeinschaft Landwirte sind. Und von ihnen soll der Bestand der Gemeinschaft abhängen? Die politische Realität zwischen London, Paris und Bonn, Dublin nicht zu vergessen, suggeriert es. Die EG ist dabei, eine gute, immer noch richtige Idee, die der europäischen Einigung, selbst zu ruinieren.

Die gemeinsame Agrarpolitik, so klappern es die Brüsseler Gebetsmühlen, sei eigentlich die einzig wirkliche Gemeinschaftspolitik. Wer an sie rühre, rühre an die Gemeinschaft. Wenn diese Gemeinschaft aber nicht mehr besteht, warum rührt dann keiner?

Ist es denn in der EG der Zehn wirklich so weit gekommen, daß der gemeinsame politische Nenner Westeuropas davon abhängt, daß man acht Millionen Landwirte auf ökonomisch fragwürdige Weise alimentiert? Hängen die gemeinsamen politischen Interessen dieses Kontinents tatsächlich davon ab, daß diese Agrarpolitik so erhalten bleibt? Das darf nicht wahr sein, und das ist auch nicht wahr, gleichgültig, wie oft das Tabu Agrarpolitik beschworen wird.

Die Idee hatte in den fünfziger Jahren einiges für sich. Die Versorgungslage in Westeuropa war schlecht genug. Eine gemeinsame Agrarpolitik öffnete den Ausweg aus der Mangelwirtschaft in die Überflußgesellschaft. Sie ist heute erreicht. Die Milchseen und Butterberge, bald vielleicht Oliven- und Orangenhalden, sind stumme, aber eindrucksvolle Zeugen. Die Mission ist also erfüllt. Warum weiter daran festhalten?

Die Ehrlichkeit verlangt, zu sagen, daß der EG-Etat nur gerade so groß ist wie das Budget Nordrhein-Westfalens. Die gigantischen Dimensionen, die Brüssel auch aus Bonner Sicht zuweilen gewinnt, stimmen also nicht. Aber zwei Drittel dieses Etats gehen in die Landwirtschaft. Ein Hohn für dreizehn Millionen Arbeitslose in der EG, ein Hohn für all jene, die sehen, wie Japan und die USA auf technologischem Gebiet den Europäern den Rang ablaufen.

Doch auch dieses Paradoxon regt niemand in der EG zur Zeit wirklich auf. Die Verhältnisse sind nun einmal so, was können wir daran ändern! Wenn Regierungschefs mit der Höhe von Milchquoten befaßt werden, ist das ein Skandal. Wenn sie sich dann über dieses Miniproblem wirklicher europäischer Politik nicht einigen



Er torpedierte die Europäische Verteidigungsgemeinschaft: Frankreichs Ex-Premier Mendès-France FOTO: KEYSTONE

können, ist das aber mindestens ebenso skandalös. Sie leisten damit – Athen hat es gezeigt – nur ihren Beitrag dazu, daß eine gute Idee durch eine schlechte Praxis ruiniert wird. Sicher, es hat Bedeutung, ob die Landwirte reale Einkommensverluste haben oder nicht. Nur, mit Europa, mit der europäischen Einigung hat das herzlich wenig zu tun.

Die Bauern haben die politische Einheit Europas nicht vorangebracht. Das war möglicherweise nicht vorrangig ihre Sache. Es geht auch nicht darum, die Bauern leiden zu lassen, auf daß Europa jubiliere; landwirtschaftliche Überschußprobleme können auch auf nationaler Ebene gemeistert werden. Das jedenfalls kann nicht die Hauptaufgabe eines Staatenbundes mit Parlament, historischem Anspruch und ständiger Außenbedrohung sein.

Die Zeit nationaler Eigenbrötelei ist in vielen heute entscheidenden Fragen vorbei. Der Ölschock hat alle getroffen, die Arbeitslosigkeit ebenfalls. Konkurrenzfähigkeit europäischer Industrien ist im nationalen Maßstab kaum noch zu erreichen. Einzelstaatliche nationale Politik im Ost-West-Gegensatz ist zum Scheitern verurteilt. Das aber heißt, daß die Europäische Gemeinschaft einen neuen Anfang nehmen muß. Zu sechst, wie Kohl und Strauß es offenbar meinen, oder zu zehnt, wie andere es wollen. Eine Rückbesinnung auf die alten Römischen Verträge von 1957 reichte dafür schon aus. Die Ziele, die dort beschworen wurden, die Mittel, um sie zu erreichen, sind weiter richtig. Nur nimmt heute niemand sie mehr ernst. Die EG verkommt in ihrem eigenen Alltag.

Der politische Zusammenhalt der Gemeinschaft ist nicht nur eine Einkommensfrage, sondern eine Frage des allgemeinen Willens. Spanien und Portugal gehören dazu, wie unbequem das im Moment auch sein mag. Nicht um den iberischen Landwirten ihre Existenzsorgen abzunehmen, sondern um der Zukunft eines Kontinents willen. Wir können uns die Gemeinschaft nicht leisten; wir können uns aber noch weniger leisten, daß sie zerbricht.

IM GESPRÄCH Burt Lancaster

Pirat ins Charakterfach

Von Margarete v. Schwarzkopf

In einer amerikanischen Biographie heißt es über Burt Lancaster: „Wie alle großen Leinwand-Stars ist auch Burt Lancaster ein ‚Naturschauspieler', der nicht nur durch Gestik und Dialoge präsent ist, sondern vor allem durch die Art, wie er sich bewegt und wie er aussieht." Als Lancaster 1960 für seine Leistung in Richard Brooks' Film „Elmer Gantry" den Oscar gewann, soll er verwundert gefragt haben: „Wieso bekomme ich einen Preis dafür, daß ich mich einfach nur selbst gespielt habe?"

Diese Bescheidenheit, so bestätigen alle, die den inzwischen siebzigjährigen Schauspieler kennen, ist typisch für ihn. Lancaster hat stets den großen Rummel gemieden und versucht, in einer „Welt, in der der Wahnsinn zur Tagesordnung gehört", ein Stückchen Ruhe und Privatleben zu bewahren.

Daß er seit fast vierzig Jahren ein „Star" ist, daß ihn Luchino Visconti einmal als „ein Genie" bezeichnete, das alles trägt Lancaster mit fast stoischer Gelassenheit. Geärgert hat ihn allerdings, daß man ihm nach Viscontis Tod jahrelang Rollen anbot, die von ihm außer markigem Blick und geradem Rücken wenig forderten. „Luchinos Tod hat mich heimatlos gemacht", sagte Lancaster einmal, und diese „Entwurzelung" zeigte sich auch darin, daß der Schauspieler zwischen Amerika und Europa ewig hin- und herpendelte, immer auf der Suche nach einem Ort, an dem er beruflich wie privat seinen Frieden wiederfinden könne.

Jahrzehntelang war Lancaster im amerikanischen Kino Sinnbild für männliche Entschlossenheit und Wagemut, verkörperte er Piraten und Abenteurer, rauhe Burschen mit Sinn für Humor und viel Herz in der breiten Brust. Er ritt, sprang und focht stets ohne Stuntman, da er, ehe er seine schauspielerische Karriere 1946 mit der Verfilmung der Hemingway-Kurzgeschichte „The Killers" begann, einige Jahre als Zirkusakrobat gearbeitet hatte.

Gelegentlich allerdings gaben ihm clevere Regisseure wie Fred Zinnemann, die erkannten, daß Lancaster ein außerordentlich sensibler Darsteller ist, Rollen in Filmen wie „Verdammt in alle Ewigkeit" (1953) oder „Der Gefangene von Alcatraz" (1962). Als seine Karriere zu stagnieren drohte, gab Visconti ihm den Part des Fürsten in „Der Leopard" und holte Lancaster für einige Zeit nach Europa.



Spielt längst nicht mehr nur sich selber: Lancaster FOTO: DIE WELT

Die dritte Etappe seiner Karriere begann, als Louis Malle ihm die Hauptrolle in „Atlantic City" anbot. Der Schauspieler mimt hier einen heruntergekommenen, liebenswürdigen Gauner, der allzu gerne ein großer Ganove gewesen wäre. Und siehe da – plötzlich tauchte hinter der markigen Fassade Lancasters noch eine weitere Facette seines Könnens auf – ein großes komödiantisches Talent. Und diese Gabe, die im Film rar geworden ist, nutzt nun auch der junge schottische Regisseur Bill Forsyth geschickt aus. In seiner liebenswürdigen Komödie „Local Hero" spielt Burt Lancaster einen Milliardär mit einer Leidenschaft: die Sterne. Der Film, der eben bei uns angelaufen ist, zeigt einen Burt Lancaster, wie es ihn noch nie gegeben hat: einen liebenswert-charmanten älteren Herrn mit Mut zur Schrulligkeit und Selbstironie. Eine Rolle, die diesem Superstar auf den noch immer kräftigen Leib geschrieben wurde.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Zu den Anschlägen in Kuwait nehmen verschiedene Zeitungen Stellung:

Le Quotidien de Paris

Die Kunst der Destabilisierung ist, im rechten Moment am richtigen Ort zuzuschlagen. Man muß den schwächsten und symbolträchtigsten Punkt treffen. Aus dieser Sicht ist die gestrige Anschlagsserie in Kuwait ein Modell. Diejenigen, die die Terroristen bewaffnet und motiviert haben, können sich rühmen, ... zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen zu haben. Sie lassen Kuwait einmal für sein Eintreten zugunsten Iraks im Krieg gegen Iran bezahlen. Sie fordern die Macht der USA heraus... Sie bestrafen Frankreich, das Bagdad unterstützt und sich der Aufteilung des Libanon widersetzt ... Die gestrigen Anschläge gehen weit über den regionalen Rahmen hinaus ... Die westliche Präsenz im Nahen Osten, nicht nur in Beirut, steht auf dem Spiel.

KURIER

Der Bombenblitz von Kuwait ist das bisher bedrohlichste Feuerzeichen für den Westen im Orient. Denn erstmals haben damit jene antiamerikanischen Gewalttaten, die bislang nur unter Duldung amerikafeindlicher Regimes oder im Chaos des Libanon möglich waren, auch auf prowestliche Araberstaaten übergegriffen. Sie gefährden dort die konservativen Herrschaftsstrukturen der Ölstaaten weit mehr als die Amerikaner. Das ist es wohl, was Washington in der Geburtsstunde seiner neuen „strategischen Allianz" mit Israel und bei seinem jüngsten Konfrontationskurs mit Syrien unterschätzt hat: jene mörderische Bedrohung, der es damit seine treuesten Freunde innerhalb der arabischen Welt aussetzt. Sie nämlich stehen jetzt als „Verräter" und als Handlanger Israels da.

Rhein-Zeitung

Israelis wissen, was islamischer „Heiliger Krieg" ist. Hier bei uns belächelt man das als sektiererischen Karneval. Spätestens seit den Attentaten auf die Friedenstruppe in Beirut, denen über 300 Soldaten zum Opfer fielen, weiß, wer es denn wissen will: Zum Heiligen Krieg brauchen fanatische Moslems nur einen Führer. Den gibt Khomeini ab. Und eine militärische Leitfigur. Das ist der Sowjetsyrer Assad. Es nutzt nichts mehr, daß sich die Regierung Kuwaits die Hetzpredigten aus den Moscheen vorlegen läßt. Die Mehrheit der Studenten ist Khomeini-treu und bestimmt in Erziehungsfragen mit. Wie einst in den PLO-Lagern werden auch in Kuwait Kinder zum mordenden Hassen trainiert.

(Koblenz)

SÜDWEST PRESSE

Dafür, daß die Terroristen wohl weiterhin im Nahen Osten zuschlagen werden, spricht auch, daß sie zugleich ein zweites Ziel erreichen können: die Destabilisierung der konservativen Herrschaftshäuser in den Golf-Staaten ... Langfristig dürfte dieser Untergrundkampf gegen die Scheichs und Könige am Golf dem Westen noch größere Sorgen bereiten. (Ulm)

Ein Kontinent, der in die Katastrophe steuert

Lateinamerika, das Gebiet der unfähigen Politiker / Von Werner Thomas

Ein Bild verdrängt alle anderen Eindrücke von Südamerika Ende des Jahres 1983: Überall halten ausgemergelte Menschen die Hände offen. Gebettelt wird selbst in Buenos Aires, der europäischsten Metropole des Subkontinents. Wer nicht bettelt, betätigt sich als Lotterie-Verkäufer oder Bauchladenhändler. Das arme Volk belagert die Zentren jeder Hauptstadt.

Die offene Hand symbolisiert die desolate Situation Südamerikas. Nie zuvor ist die Region von einer so bitteren Wirtschaftskrise mit ähnlichen Konsequenzen geschüttelt worden. Ein diplomatischer Beobachter in Lima spricht von einer „Haitianisierung" dieses Erdteils. Es gibt Gebiete, wo das Elend ähnliche Ausmaße erreicht wie auf der Karibik-Insel Haiti. Die Zeitung „O Globo" in Rio de Janeiro schockierte ihre Leser kürzlich mit einem Foto aus den Hungerzonen des Nordostens: ein Brasilianer verzehrte eine Ratte.

Diese Welt hat andere Probleme als Raketen. Hier regt sich niemand auf über die Pershing 2 oder die Marschflugkörper. Die meisten Menschen wissen mit diesen Namen nichts anzufangen. Wer in den Slums von Lima oder Rio hausen muß, kämpft ums nackte Überleben.

Mario Vargas Llosa, einer der bedeutendsten Schriftsteller Lateinamerikas, wirft den Westeuropäern Ignoranz, Arroganz und Provinzialität vor. Er kennt sie durch einen achtjährigen Aufenthalt in Paris, Madrid und London. „Sie leben in einer kleinen Welt", kritisierte der Peruaner. „Sie verstehen nicht unsere Situation oder wollen sie nicht verstehen."

Das mangelnde Verständnis beruht auf Gegenseitigkeit. Viele Lateinamerikaner kultivieren ein schlichtes Feindbild: Neben der US-Regierung spielt nun auch der Internationale Währungsfonds eine Buhmann-Rolle. Selbst so renommierte Journalisten wie Castelo Branco, der Kolumnist der Zeitung „Jornal do Brasil", sehen den Währungsfonds lediglich als Instrument kapitalistischer Interessen und verurteilen die Austerity-Auflagen. Allzuoft wird den ausländischen Banken die Schuld an dem Schuldendilemma zugeschoben: Sie seien in den sechziger Jahren hausieren gegangen mit ihren Petrodollars und dankbar gewesen für jeden Kredit-Kunden.

Die Wirtschaftskrise hat alle Länder des Subkontinents erfaßt, unabhängig von ihren politischen Systemen. Der demokratisch regierte Ölstaat Venezuela ist ebensowenig verschont geblieben wie Chile, wo General Pinochet seit zehn Jahren die Macht ausübt. Die Demokratie bietet in diesen Breitengraden keine Garantie für Wohlstand und Stabilität. Ein Hang der Politiker zur Demagogie, zum Egoismus und zur Korruption hemmt den Fortschritt.

Bolivien kann als abschreckendes Beispiel gelten. Im Oktober vergangenen Jahres waren die Militärs in die Kasernen zurückgekehrt. Seither liefern sich die Politiker einen permanenten Machtkampf. Die Fronten der Feindschaft verlaufen selbst innerhalb der Regierung zwischen dem Präsidenten Hernan Siles Zuazo und seinem Vizepräsidenten Jaime Paz Zamora. In der Hauptstadt La Paz kursieren wieder Gerüchte über einen neuen Militärputsch. Kein Wunder.

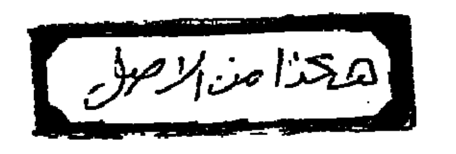
Es fehlt nicht nur an guten Politikern. Es fehlt auch an einem vernünftigen Entwicklungsmodell. Überall wird improvisiert, keine Regierung plant langfristig.

Nirgendwo gibt es Männer, die den Leuten klarmachen, daß kein Fortschritt möglich ist, wenn sich die Bevölkerung um zweieinhalb bis drei Prozent im Jahr vermehrt, während die Wirtschaft kein Wachstum verzeichnet oder sogar zurückgeht (Peru, Brasilien). Die meisten Kinder, die heute zur Welt kommen, erwartet ein Leben in Elend und Armut. In Mexico City und Sao Paulo wird man um die Jahrhundertwende kaum noch leben können. Dann werden sich in diesen Mammutmetropolen zwischen 35 und 40 Millionen Menschen drängen.

Die Krise schuf eine Atmosphäre der Hoffnungslosigkeit. Die Vertreter des Mittelstandes, die oft weniger als umgerechnet fünfhundert Mark im Monat verdienen, reagieren mit einem resignierenden Minderwertigkeitsgefühl: Wir schaffen es nie. Die oberen Einkommensschichten bringen ihr Barvermögen aus dem Land. Viele Fluchtgelder wandern neuerdings in die Schweiz. Arme ohne Arbeit werden zu Verbrechern. Rio de Janeiro gilt als die gefährlichste Stadt der Welt.

Ist der Subkontinent verloren? Diese Frage wird heute in den Hauptstädten Südamerikas ständig diskutiert. Viele Beobachter befürchten, daß die Region weit nach links driftet, wenn sich der Westen weiterhin nur mit seinen eigenen Problemen beschäftigt. Auch Vargas Llosa warnt: „Die Marxisten warten."

Anfang Dezember war ein deutscher Firmen-Vertreter nach einem Heimaturlaub in die peruanische Hauptstadt Lima zurückgekehrt, wo er seit Jahren lebt. Er registrierte fassungslos eine „Raketen-Hysterie" in Deutschland. Er berichtete: „Kein Mensch interessierte sich dafür, wenn ich mal etwas über Peru erzählen wollte."



Kuwait – Arabiens goldenes Fenster zur Sowjetunion

Eine Serie von Attentaten erschüttert Kuwait. Nicht nur die Wucht der Bombenexplosionen macht den Kuwaitis Sorgen, sondern mehr noch die Unberechenbarkeit der 900 000 Gastarbeiter.

Von GÜNTHER DESCHNER

Als der deutsche Dichter Günter Eich ein Hörspiel über die Bedeutungslosigkeit und Nichtigkeit von Orten schrieb, gab er ihm den Titel „Geh nicht nach El Kuwehd". Er ließ darin einen Wüstenreisenden sein Ziel mit den Worten beschreiben: „Mancher Ort sieht ähnlich aus. Es ist nichts Besonderes daran: Häuser, Gärten, Dattelhaine." Das war vor dreißig Jahren – vor dem Öl und dem damit verbundenen Reichtum. Damals war Kuwait ein rückständiger und drittrangiger Platz. Heute erinnert überhaupt nichts mehr an das Kuwait von einst. Wo immer man in den vierziger Jahren verzweifelt nach Wasser gebohrt hatte, fand man immer wieder nur Öl – und gleich so viel davon, daß man es seit den Fünfzigern in ungeheuren Mengen exportierte.

Als mit dem Erdöl auch die Staatseinnahmen anschwollen, sollte Kuwait nach dem Willen der herrschenden Familie der as-Sabah nach westlichem Vorbild modernisiert werden – mit dem Vorschlaghammer. Bulldozer zogen Schneisen durch die Lehmhäusersiedlungen; alles Alte wurde mit ausradiert. Ein durch Zufall stehengebliebenes Stadttor wird heute als einziges Relikt arabischer Bauvergangenheit liebevoll gepflegt. Ein Bauboom ohnegleichen schuf Hochhäuser, Verwaltungspaläste, Moscheen aus Beton und Glas, Häfen und Autobahnen.

Kuwait City ist heute die modernste und größte Geschäftsmetropole am Golf, bedeutendes Finanzzentrum im Nahen Osten, Universitätsstadt und Erdölsymbol, überragt von seinem Wahrzeichen, drei nahezu zweihundert Meter hohen, Minaretten nachempfundenen Alu-Türmen mit kugelförmigen Wassertanks.

Dramatischer Anstieg der Bevölkerung

In der Stadt und ihren Vororten leben heute um die 300 000 Einwohner – zehnmal soviel wie vor 30 Jahren. Noch dramatischer war der Bevölkerungsanstieg für das ganze Land, das mit seinen 18 000 qkm gerade der Größe Schleswig-Holsteins entspricht: Von 1951 bis zur letzten Volkszählung 1981 stieg die Gesamtbevölkerung von 100 000 auf 1,5 Millionen Menschen an.

Und keinem davon geht es schlecht: Lohn- und Einkommenssteuer wird nicht erhoben, Studieren und Telefonieren sind ebenso gebührenfrei wie die ärztliche Versorgung.

Das Pro-Kopf-Einkommen ist das höchste der Welt, fast doppelt so hoch wie in der Schweiz und in der Bundesrepublik und wird für 1983 voraussichtlich mehr als 50 000 Mark je Einwohner betragen. Kuwait, das Land aus Sand und Öl, ist damit der wohl modernste, wohlhabendste und immer noch freizügigste Staat des arabischen Gürtels – das Gegenstück zu Rückständigkeit, Verwaltungschaos, Unterdrückung und Armut etwa der Syrischen Arabischen Republik.

Und dennoch ist das Land nicht ohne Sorgen. Innere und äußere Probleme stellen sich von Jahr zu Jahr schärfer. Nur 600 000 Einwohner beispielsweise besitzen die kuwaitische Staatsbürgerschaft: 900 000 sind Gastarbeiter vorwiegend aus der Staatenwelt des Islam.

Das Hauptkontingent der Ausländer stellen derzeit etwa 300 000 Palästinenser – eine kritische Masse, von der niemand recht weiß, ob und wann und unter welchen Umständen sie von einem zuverlässigen Arbeits- in ein unberechenbares Aufruhrpotential umschlagen wird.

Sie stellen in Wirtschaft, Handel und Verwaltung das Gros der Arbeitskräfte und sind auch aus höchsten staatlichen Stellen nicht mehr wegzudenken. Lediglich aus dem Sicherheitsbereich, aus Polizei und der kleinen, etwa 14 000 Mann starken Armee werden sie wohlweislich ferngehalten.

In der Presse geben Palästinenser den Ton an

Auch in der erstaunlich vielfältigen Presse des Landes geben Palästinenser, zumeist mit jordanischem Paß, den Ton an. Sie sind es vor allem, die in der öffentlichen Meinung Kuwaits für die als progressiv geltende und sehr häufig antiamerikanische Linie sorgen. Wie kein zweites Element des kunstvoll ausbalancierten politischen Gefüges des Staates Kuwait zeigen diese Journalisten den engen Zusammenhang von Innen- und Außenpolitik des modernsten aller arabischen Golfstaaten auf.

Die Bewahrung des Wohlstands, die innere Sicherheit und die Unabhängigkeit nach außen sind für den Herrscherclan der as-Sabahs offenkundig ein und dasselbe. Trotz erkennbarer Rivalitäten auf anderen Gebieten sind sich der Emir, Scheich Dschaber al-Ahmed as-Sabah, sein Kronprinz und zugleich Ministerpräsident Scheich Saad al-Abdullah as-Salem as-Sabah und dessen Stellvertreter und Außenminister Scheich Sabah al-Ahmed in dem einen Punkte einig, daß der Sicherheit des Landes am besten gedient ist mit möglichst guten Beziehungen zu möglichst vielen Seiten. Blockfreiheit wurde in den Rang einer Staatsidee erhoben.

Dies und auch eine gewisse Rücksicht auf die unruhige palästinensische Linke im Lande sind auch die Gründe dafür, daß Kuwait als erstes und nach wie vor einziges Land der konservativen Golfregion volle diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion und den anderen Staaten des Ostblocks aufgenommen hat, die seit ihrem Beginn im Jahr 1961 frei von größeren Belastungen geblieben sind. Mehrfach in den vergangenen Jahren reiste Außenminister Sabah al-Ahmed nach Moskau.

Seit 1975 kauft Kuwait auf rein kommerzieller Basis auch immer wieder Waffen in der Sowjetunion ein. Die sowjetischen Angebote, auch Berater und Techniker für die erbetenen Waffensysteme zur Verfügung zu stellen, lehnte Kuwait stets freundlich ab.

Selbstverständlich hat die kuwaitische Führung, deren Petrodollar vorwiegend in den USA und der Bundesrepublik festgelegt sind, nicht die Absicht, sich auch nur entfernt in die Abhängigkeit von Moskau zu begeben. Ihre „Ostpolitik" hat vielmehr präventiven und demonstrativen Charakter. Es wird nicht etwa den Regierungen in Moskau oder Ost-Berlin Tür und Tor geöffnet, sondern die nach vielen Seiten offene Außenpolitik des Öllands soll gerade bewirken, daß diese Mächte nicht in absehbarer Zeit mit der Tür ins Haus fallen können.

Staatsbesuche und Waffenkäufe im Ostblock, so der Außenminister, seien vielmehr „eine praktische Antwort auf Versuche, Zweifel über Kuwaits zwischen Ost und West ausbalancierter Politik zu verbreiten".

Immer wieder ist der Kauf sowjetischer Waffen auch an die Adresse der USA gerichtet. Angesichts des demütigenden Tauziehens, dem selbst saudiarabische Nachfragen nach modernen Waffen in Washington wiederholt ausgesetzt waren, lassen Beamte des kuwaitischen Außenamts im Gespräch durchblicken, daß das Rüstungsgeschäft mit der UdSSR nicht nur die Blockfreiheit Kuwaits demonstriere und dem Land größere Unabhängigkeit gewähre, sondern sich auch als Druckmittel zu größerer politischer Unterstützung seitens der USA auszahlen könne.

Die kuwaitische Außenpolitik ist sich bewußt, daß sie im Spannungsraum der Golfregion ihren Balanceakt zwischen West und Ost nicht ganz im Alleingang bewältigen kann. Das Land versteht sich vielmehr sowohl als Stellvertreter der sechs Mitgliedstaaten des Golfrats als auch als Vorreiter, dem andere Staaten des Rats irgendwann einmal folgen sollen. Gegenwärtig hat sich eine Art Arbeitsteilung herausgebildet: Während Saudi-Arabien und Oman das Gespräch mit den USA führen, ist Kuwait für den Dialog mit der Sowjetunion zuständig. Ist Riad nach wie vor der Angelpunkt westlicher Interessen in der Golfregion, ist Kuwait Arabiens vergoldetes Fenster zur Sowjetunion.

Gute Absprache bei den Golfstaaten

Bemerkenswert ist dabei der erreichte Grad an Abstimmung unter den Golfstaaten. Schon 1981 war der Besuch von Scheich Sabah al-Ahmad in Moskau mit Saudi-Arabien abgesprochen und zeitlich so gelegt worden, daß er unmittelbar nach dem Besuch des damaligen US-Außenministers in Riad und noch während der Golfreise der britischen Premierministerin Thatcher stattfand. Nach der saudisch-amerikanischen Militärkonvention ging es den Golfpolitikern offenbar auch darum, Befürchtungen Moskaus zu zerstreuen, der Golfrat werde nun zu einem reinen Instrument der US-Politik in der Region.

Und als beim Gipfeltreffen der sechs Regierungschefs der konservativen Golfstaaten, das im November dieses Jahres in Qatars Hauptstadt Doha stattfand, der Emir von Kuwait erneut verlangte, auch seine Bündnispartner sollten nun endlich diplomatische Beziehungen mit der Sowjetunion eröffnen, war die bisherige Zurückhaltung deutlich abgebaut. Bahrain, Qatar und die Vereinigten Arabischen Emirate, so hieß es, wollten diesem Schritt jetzt nähertreten.



Der „Fälscher" und sein Selbstbildnis: Tom Keating im Stil von Degas. FOTO: AP

Ob Rembrandt, Degas oder Tizian – gemalt hat immer Tom Keating

Fälschungen mag es beim renommierten Auktionshaus Christie's schon mal gegeben haben. Aber daß die Werke eines „Fälschers" bewußt versteigert wurden, das war etwas Neues; Tom Keating machte ein gutes Geschäft.

Von HEIDI BÜRKLIN

Auktionsabend bei Christie's. Der Raum in der Londoner Dependance South Kensington ist vollgepackt. Rasch folgen die Aufrufe: Ein Degas-Pastell klettert auf 320 Pfund, Tizians „Lukretia und Tarquinius" auf 650 Pfund, Constables „Heuwagen" auf 5500 Pfund. Jede der 137 Nummern findet einen Käufer.

Es ist eine Auktion wie keine andere. Denn jede dieser Zeichnungen, jedes dieser Gemälde, stammt von dem gleichen Meister. Dem Meisterfälscher Tom Keating. Daß Christie's, diese geheiligte Institution, ihm einen ganzen Montagabend widmet, hat auch die Fernsehkameras aufmarschieren lassen. Die Ironie ist nicht zu übersehen: Mancher Keating ist Auktionshäusern unwissentlich durch die Hände gegangen. Doch diesmal weiß Christie's, was es tut. Überwiegend in den letzten Jahren hat der weißbärtige Maler diese Arbeiten in seinem Studio fabriziert, und die meisten zeigen es auch: Nicht nur seine Signatur verrät das zeitgenössische Datum, auch die spiegelblanken Acrylfarben, seine Vorliebe für zuckersüße Töne und sein eingemalter Humor machen es augenscheinlich. Da prostet zum Beispiel auf der Nummer drei Rembrandt Keatings Mutter mit Guinness-Bier zu, und silberblinkende Heringe liegen auf der „Times" von 1976 mit Schlagzeilen über Keating.

„Zuletzt habe ich ihn im Old Bailey gesehen", bemerkt mein tweedgewandeter Nachbar und hebt gleich seine schwarze Nummer für einen Blumenstrauß à la van Gogh. Daß Tom Keating dort, in Londons ehrwürdigem Gerichtshof, im Jahre 1976 aufgetreten ist, hat ihn zur Berühmtheit und jetzt auktionswürdig gemacht. Bis dahin hatte er sich mehr schlecht als recht als Restaurator durchgeschlagen.

Als Restaurator und in Abendkursen hatte Keating sich mit den diversen Techniken seiner illustren Vorgänger vertraut gemacht. Fleißig übte er sie in seiner Freizeit. Und eines Tages erkannte er seine Mission: Um seine meist in Armut verstorbenen Brüder an der ausbeuterischen Gilde der Händler posthum zu rächen, nicht aus Geldgier, so beteuert der sozialistisch Gesinnte, begann er, Bilder eben dieser Brüder nachzumalen und zu verscherbeln. Von Büchern und Postkarten inspiriert, malte er sich durchs holländische 17., 18. und 19. Jahrhundert, durch seine englischen Landgenossen, bis zu den französischen Impressionisten und deutschen Expressionisten durch. Die letzten findet er im übrigen am langweiligsten und leichtesten nachzuempfinden: An einem Wochenende gingen ihm zum Beispiel flink 21 einschlägige Bilder von der Hand.

An die 2000 Werke von 150 diversen Meistern verließen auf diese Weise seine Werkstatt. Wohl befahl ihm sein künstlerischer Ehrgeiz, so getreu wie möglich im Geist seines Vorgängers – der soll ihn zuweilen auch selbst besucht haben – zu arbeiten. Materialien wurden möglichst alt beschafft, und einen gehäuften Löffel Nescafé über die noch nasse Leinwand zu streuen, kann Keating zur Erzielung einer sofortigen Patina empfehlen.

Doch hat er – und das rettete ihm den Kragen – nie mit dem Namen seiner Vorbilder signiert. Das besorgten später Zwischenhändler, die Keatings Arbeiten zum Teil erfolgreich in das System der Provinzgalerien und Auktionshäuser einfilterten. Für Experten hatte er sogar gut gelaunt Hinweise in die erste Grundierung eingemalt wie „Dies ist eine Fälschung" oder „Mister Palmer wird dies Donnerstag vier Uhr abholen". Dieser Samuel Palmer, Englands hochdotierter Romantiker, wurde ihm im übrigen zum Schicksal. 13 seiner Zeichnungen entlarvte die „Times" als Fälschungen. Der Fall Keating kam ans Licht und amüsierte die Nation.

Seitdem blieb er im Scheinwerferlicht. Er diktierte seine Geschichte in einem Buch. Im letzten Jahr gab er launigen Fernsehunterricht in der Technik alter Meister, und eine ähnliche Serie über Impressionisten wird gerade vorbereitet. Reich gemacht hat ihn das alles jedoch nicht. Und deshalb auch gab der 66jährige jetzt 137 Arbeiten aus seiner Werkstatt zu Christie's, um sich endlich sein eigenes Häuschen auf dem Lande zu kaufen. Mit den 72 000 zusammengeklopften Pfund kann Keating das nun auf ehrliche Weise tun.

In Saint Germain startet Ost-Berlin eine Kulturoffensive

In Paris eröffnete Ost-Berlin sein erstes Kulturinstitut auf westlichem Boden. Das Bonner Goethe-Institut ist vor allem wegen des kostenlosen Sprachunterrichts besorgt.

Von JOCHEN LEIBEL

Die Korrespondenten aus der Bundesrepublik Deutschland mußten bei null Grad Celsius draußen auf dem Boulevard bleiben. Zur Einweihung des Kulturinstituts der „DDR" in der französischen Hauptstadt waren nur geladene Gäste willkommen. Unter ihnen der eigens aus diesem Anlaß eingeflogene Ostberliner Außenminister Oskar Fischer und sein französischer Kollege Claude Cheysson. Normale Sterbliche müssen noch bis zum Wochenende warten, bevor sich ihnen die Tore dieses ersten Instituts seiner Art in der westlichen Welt öffnen.

Ursprünglich sollte das „DDR"-Kulturinstitut in Paris nur der zweite Schritt eines Austauschs sein, der im Jahr 1980 in einem Abkommen beschlossen worden war. Schon Anfang Dezember hätte in Ost-Berlin das erste französische Kulturinstitut eröffnet werden sollen. Doch die Franzosen machten in letzter Minute einen Rückzieher. Die Ostberliner Gastgeber – so war später im Pariser Außenministerium angedeutet worden – wollten Bedingungen stellen. Ein lokales „Kultur-Gremium" sollte ein Mitspracherecht bei der Programmgestaltung haben. Außenminister Cheysson reagierte brüsk. Er sagte seinen Besuch in Ost-Berlin ab; die Eröffnung wurde verschoben. In Geheimverhandlungen hat man inzwischen angeblich einen Kompromiß gefunden, und Cheysson wird nun voraussichtlich Ende Januar nach Ost-Berlin fliegen, um die Einweihung nachzuholen.

Zwischen Bank und Herrenausstatter

Die „DDR" hat bei ihrem ersten Kulturinstitut in einem westlichen Land an nichts gespart. Am Boulevard Saint-Germain, mitten im Intellektuellen-Viertel mit seinen Literaten-Cafés und seinen Verlagshäusern, erstand man das Haus Nummer 117. Früher war hier der französische Verlegerverband untergebracht. Steinerne Inschriften unter dem Dach erinnern noch an das literarische Erbe. Eine breite Marmortreppe mit einem gußeisernen Geländer gibt dem Gebäude historische Schwere, denn die Treppe wurde von Charles Garnier entworfen, dem Erbauer der Pariser Oper.

Ein riesiges weißes Schriftband mit blauen Lettern gibt heute zweisprachig an, wer jetzt hier untergebracht ist: „Centre Culturel de la Republique Democratique Allemande". Im Innern des Hauses zwischen einem teuren Herrenausstatter und einer Bank befinden sich Konferenzsäle, Ausstellungsräume, ein Filmvorführungsraum, ein Konzertsaal und eine Bibliothek.

Die hervorragende Lage im lebendigen Saint-Germain-Viertel bereitet den Kulturverantwortlichen der Botschaft der Bundesrepublik in Paris schon Kopfzerbrechen. „Wir beobachten dies mit einer gewissen Sorge", meinte ein Botschaftsmitglied. Das westdeutsche Gegenstück nämlich, das „Goethe-Institut", liegt verkehrsmäßig sehr viel ungünstiger im ruhigen 16. Arrondissement. Außerdem ist das Gebäude sehr viel weniger attraktiv. Der kritischste Punkt aber ist nicht die Lage: Westdeutsche Diplomaten befürchten, daß die Konkurrenz aus Ost-Berlin in ihrem Institut kostenlosen Sprachunterricht geben wird. Im „Goethe-Institut" dagegen muß der Sprachschüler den Unterricht – wenn auch nicht kostendeckend – bezahlen. „Der kostenlose Unterricht könnte uns eine große Anzahl von Schülern kosten", heißt es aus Botschaftskreisen.

Diskreter sozialistischer Nachhilfeunterricht

Außerdem wird befürchtet, daß die Kultureinrichtungen Bonns an der Seine ungewollt in einen politischen Zweikampf gezerrt werden könnten. Daß Ost-Berlin den Begriff Kultur zehr viel weiter faßt wurde schon am Eröffnungsabend des neuen Instituts deutlich. Außenminister Oskar Fischer in seiner Eröffnungsrede: „Unser Kulturinstitut ist die Verlängerung der humanistischen, antifaschistischen Tradition, die unsere beiden Völker verbindet." Auch Erich Honecker, der eine Grußadresse verlesen ließ, erinnerte im Zusammenhang mit der Französischen Revolution von 1789 an den „heroischen Widerstand des französischen Volkes gegen die faschistische Barbarei".

Die eigentliche Arbeit des Ostberliner Kulturinstituts beginnt am Freitagabend, wenn das Haus – „ohne Einladung" – zur Besichtigung von zwei Ausstellungen lädt. Zum einen werden Manuskripte und Fotos von Arnold Zweig gezeigt, zum anderen Skulpturen, Aquarelle und Zeichnungen von Fritz Cremer. Überraschenderweise handelt es sich vor allem um biblische Kreuzigungsszenen – auf den ersten Blick also keinesfalls typisch „sozialistische Kunst". Deshalb gaben „DDR"-Funktionäre auch schon diskret Nachhilfeunterricht. Nur auf den älteren Werken ist der „Märtyrer" wirklich ans Kreuz genagelt. In den jüngeren Werken dagegen befreit er sich und schüttelt die Dornen ab, mit denen man sein Haupt gekrönt hatte.

Die französische Offentlichkeit erfuhr bisher nur sehr wenig über dieses erste östliche Kulturzentrum. Die staatliche Nachrichtenagentur AFP berichtete nur in einem Nebensatz im Rahmen eines Artikels, der dem Besuch von „DDR"-Außenminister Fischer bei Staatspräsident Mitterrand gewidmet war. Von der Tagespresse war es nur das kommunistische Parteiblatt „L'Humanité", das am Dienstag einen großen Artikel über die Eröffnungsfeierlichkeiten publizierte. Das KP-Blatt versprach seinen Lesern: „Wir werden unsere Leser natürlich ständig über das reiche Programm informieren." (SAD)

Seite 2: Zwei Kulturen

Parteifreunde bitten Diepgen im Interesse der Partei um Verzicht

„Nachfolge-Frage nicht im Handstreich lösen" / Heute TV-Duell der beiden Kandidaten

HANS-R. KARUTZ, Berlin

In der Berliner CDU drängen jetzt wohlmeinende Parteifreunde CDU-Fraktionschef Eberhard Diepgen, im „wohlverstandenen eigenen und im Interesse der Partei" auf eine Kampf-Kandidatur um das Amt des Regierenden Bürgermeisters zugunsten von Hanna-Renate Laurien zu verzichten. In einem offenen Brief an die Partei sprach sich der frühere Alterspräsident des Parlaments, Willi Oesterlein, dafür aus. – Helmut Kohl und von Weizsäcker erörterten am Montag in einem Vieraugengespräch die Lage in Berlin. Dabei kam auch die breite Zustimmung für Frau Laurien in der Partei und bei den Bürgern zur Sprache.

Am Tage vor dem für heute abend vereinbarten Fernseh-Duell zwischen Hanna-Renate Laurien und Eberhard Diepgen im SFB-Studio faßte jetzt der 74jährige Stadtälteste von Berlin, Willi Oesterlein, die Gedanken und Sorgen vieler der 16 000 CDU-Mitglieder in Berlin in einem vier Seiten langen Brief an alle Parteifreunde zusammen. Oesterlein wendet sich darin energisch gegen die Manipulationen der „Beton-Riege", die Diepgen favorisieren: „Ich bezweifle ehrlich, daß jene Funktionsträger, die jetzt – *sozusagen im Handstreich* – die Nachfolgefrage geklärt zu haben glaubten, aus einer Mischung aus Arroganz und Ignoranz überhaupt noch Kontakt mit weiten Kreisen der Mitbürger haben."

Er streite seinem Freund Diepgen keine der Fähigkeiten ab, „die jetzt herausgestellt werden". Aber ein Jahr bis zur nächsten Wahl werde nicht ausreichen, ihn vom Nimbus des Machers zu befreien und als visionär befähigten Politiker, abgehoben von der beschriebenen „Funktionärsriege" auszuweisen. Frau Laurien hingegen sei „frei von den geschilderten Belastungen" und finde ein starkes Echo in der Bevölkerung. Oesterlein beschwört seine Partei: „Ein auf absehbare Zeit CDU-geführtes Berlin – das ist doch das gemeinsame Ziel. Es kann nicht erreicht werden ohne die Zustimmung der Wähler, auf die es zu guter Letzt einzig und allein ankommt. Auch die Basis unserer Partei selbst ist ein Querschnitt dieser Wähler. Ich appelliere an Sie: Hören Sie darauf, hören Sie auf die mehrheitliche Meinung!"

Sicherem Vernehmen nach hat Helmut Kohl in seinem vertraulichen Gespräch mit Frau Laurien und Diepgen eindringlich erklärt, nicht die Nominierung, sondern der Sieg *bei den Wahlen im April 1985 sei das* Entscheidende. Er wünsche im übrigen keinen weiteren Satzungsstreit. Am Rande des Jahresessens der „Berliner Pressekonferenz", an dem Kohl am Montagabend teilnahm, wurde ihm im kleinen Kreis auch die Frage gestellt, wie er denn als Mitglied des CDU-Landesausschusses votieren würde, der am Freitag tagt. Kohl begab sich nicht auf dieses Glatteis, machte jedoch deutlich, daß schließlich er es war, der Frau Laurien im Frühjahr 1981 gebeten habe, ihre Aufgabe in Berlin zu übernehmen. „Das ist doch nicht mein Job", antwortete er auf die Frage der WELT, wie er den Kandidaten-Konflikt in Berlin zu lösen gedenke.

Frau Laurien ließ inzwischen intern keinen Zweifel daran, daß sie CDU-Chef Diepgen im Sinne einer „Tandem-Lösung" als Senator in ihr Kabinett aufnähme, falls sie die Weizsäcker-Nachfolge antreten sollte

Im CDU-Landesausschuß schmilzt inzwischen die Diepgen-Mehrheit, so daß Insider sogar eine Patt-Situation errechnen. Die „Beton-Riege" schwor inzwischen durch Anrufe und Einzelgespräche ihre Delegierten ein, ungeachtet der Basis-Stimmung zu der schon vor Wochen getroffenen Absprache zugunsten von Diepgen *auch zu „stehen"*.

Hoher Bonner Beamter in vorzeitigem Ruhestand

PETER JENTSCH, Bonn

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff nannte den Fall „degoutant", der gestern in Bonn mit der Entlassung eines hohen Beamten der Bundesregierung endete. Bundesarbeitsminister Norbert Blüm überreichte seinem 54jährigen Abteilungsleiter Krankenversicherung, Ministerialdirektor Albert Holler, die Urkunde, die ihn auf eigenen Antrag in den vorzeitigen Ruhestand versetzt. Damit wird einer der anerkanntesten sozialpolitischen Fachleute der Bundesrepublik zum teuren Spaziergänger.

Eine Spätfolge der Wende in Bonn. Denn der Volkswirt und Bankkaufmann Holler, den Anfang 1969 Bundesarbeitsminister Hans Katzer (CDU) berief und der diesem wie seinen Nachfolgern Walter Arendt, Herbert Ehrenberg und Heinz Westphal (alle SPD) loyal diente, sah jetzt in seiner Aufgabe keine Zukunft mehr. Zwar verstand er sich mit seinem neuen Dienstherrn, Arbeitsminister Norbert Blüm (CDU), der die Kompetenz seines Abteilungsleiters schätzte. Doch für seine Pläne, die *Selbstverwaltung der gesetzlichen* Krankenversicherung durch eine Strukturreform finanziell sicherzustellen und damit ohne staatliche Kandare zu erhalten, fand Holler in der CDU/CSU-Fraktion keine Unterstützung.

So suchte er nach neuer Betätigung. Er fand sie zunächst in einem Angebot der sieben führenden Pharmaunternehmen, die Leitung der Medizinisch-Pharmazeutischen Studiengesellschaft (MPS) in Mainz zu übernehmen (die WELT berichtete am 5. Oktober). Lambsdorff erklärte damals öffentlich: „Ich finde es ziemlich degoutant, daß dieser Versuch, die Interessen der Pharmagroßindustrie durch einen Lobbyisten aus den Reihen der Ministerialbürokratie vertreten zu lassen, auch noch auf Kosten der Steuerzahler gehen soll." Auf Grund der WELT-Veröffentlichung scheiterte die MPS-Berufung Hollers. In seiner Position des Abteilungsleiters Krankenversicherung war er natürlich auch nicht mehr zu halten. Abgang eines Mannes, der die Kostendämpfungsgesetze in der Krankenversicherung schuf. Sein Nachfolger ist bereits bestimmt: Karl Jung, zur Zeit Ministerialdirektor im baden-württembergischen Sozialministerium.

Tumulte bei den Verhandlungen zwischen Grünen und der SPD

Unterhändler bestanden die bisher härteste Belastungsprobe / Vorwürfe gegen Polizei

D. GURATZSCH, Wiesbaden

Die Verhandlungen zwischen SPD und Grünen über eine dauerhafte Zusammenarbeit in Hessen haben am Wochenanfang ihre bisher härteste Belastungsprobe bestanden. Zu Anfang dieser fünften Verhandlungsrunde war es zu tumultartigen Szenen im Verhandlungssaal gekommen, als sich Teilnehmer einer viertägigen Blockadeaktion gegen eine amerikanische Militäreinrichtung in Frankfurt-Hausen lautstark über das Vorgehen der Polizei beschwert und den Abbruch der Verhandlungen gefordert hatten.

Der grünen Verhandlungsdelegation war es nur mit Mühe und durch eine Unterbrechung der Sitzung gelungen, die Störer zu beruhigen. Am Ende stellte Ministerpräsident Holger Börner (SPD) dann demonstrativ fest: „Ich glaube, wir haben in den Verhandlungen schon eine gute Plattform erreicht. Für meine Delegation kann ich sagen, daß wir nach wie vor an einem guten sachlichen Ergebnis interessiert sind." Für die Grünen erklärte Karl Kerschgens: „Chancen für eine Einigung sind weiterhin vorhanden, aber der Konkretisierungsstand unserer Vereinbarungen, besonders zu Fragen der Energie- und Straßenbaupolitik, reicht noch nicht."

Zur Vorgeschichte der jüngsten Auseinandersetzungen unter den Anhängern der Grünen gehören die vergeblichen Störversuche grüner „Fundamentalisten" am ersten Verhandlungstag vor vier Wochen. Diese Gruppierung verfolgt seitdem die Verhandlungen der grünen Delegation mit der SPD mit unverhohlener Skepsis. Sie hat auch die Blockadeaktionen vom Wochenende zusammen mit einem „Friedensplenum" vorbereitet und warf gestern der Polizei noch einmal „systematisch geplante Brutalität" und den Einsatz von „Provokateuren" in Zivil vor.

Insgesamt sind nach dem Polizeibericht bei der Blockadeaktion 333 Demonstranten vorübergehend festgenommen worden. Es habe Verletzte auf beiden Seiten gegeben. Die Polizei meldete darüber hinaus Beschädigungen von Polizeifahrzeugen und Lastwagen sowie Farbschmierereien. Die Demonstranten beschwerten sich ihrerseits über den Einsatz von Hochdruckwasserwerfern und von Schlagstöcken. Zu den Verletzten gehörte auch der grüne Bundestagsabgeordnete Milan Horacek, der nach eigenen Angaben beim Vorzeigen des Personalausweises von einem Schlagstock an Kopf und Hand getroffen worden war.

Für die grüne Verhandlungsdelegation meinte der Rechtsanwalt und Landtagsvizepräsident Roland Kern, der Polizeieinsatz habe gegen die Verhältnismäßigkeit der Mittel verstoßen. Die Grünen forderten deshalb einen Untersuchungsausschuß. Es müßten Rahmenbedingungen geschaffen werden, daß sich derartige Vorkommnisse nicht wiederholen könnten.

Ministerpräsident Börner bemühte sich bei seiner Erwiderung um größte Verbindlichkeit. Er werde sich immer vor die Polizei stellen, aber es könne „in jeder Organisation zu menschlichem Fehlverhalten kommen". Der hessische Innenminister solle den Grünen im Parlament „Rede und Antwort stehen". Zur Entsendung einer gemischten Kommission aus Vertretern beider Parteien nach Frankfurt-Hausen, wo sich am Abend nach Meinung der Grünen erneut etwas „zusammenbraute", mochte sich Börner indessen nicht verstehen. Tatsächlich kam es dann erneut zu „Rangeleien" – diesmal aber zwischen den Demonstranten. „Gemäßigte" wollten andere daran hindern, Sprühparolen anzubringen.

Vogel: Vorgänge liegen 20 Jahre zurück

Früherer Münchner OB als Zeuge im Untersuchungsausschuß zum Thema „Terrafinanz"

PETER SCHMALZ, München

Der Zeuge Hans-Jochen Vogel wird begrüßt als Herr Bundesminister außer Diensten. Er muß aber auf dem Zeugenstuhl des parlamentarischen Untersuchungsausschusses im Bayerischen Landtag Platz nehmen, weil er über ein Dutzend Jahre Münchner Oberbürgermeister war.

Unübersehbar war die Freude der CSU gewesen. ausgerechnet im Endspurt des Bundestagswahlkampfes eine alte Münchner Weste des SPD-Kanzlerkandidaten Vogel gefunden zu haben, an der einige dunkle Flekken zu vermuten waren. Und worauf die CSU-Fraktion flugs einen Untersuchungsausschuß beantragte zur Prüfung „aller Vorgänge beim Bau der Trabantenstadt Neu-Perlach infolge der Einschaltung der nicht gemeinnützigen ‚Terrafinanz' und der ‚Neuen Heimat' durch die Landeshauptstadt München in der Amtszeit des Oberbürgermeisters Dr. Hans-Jochen Vogel".

Hatte Vogel etwa mitgedreht an dem krummen Ding, als Manager der „Neuen Heimat" über Strohmänner die Firma „Terrafinanz" gründeten, exklusiv den Grund für die Trabantenstadt kaufen durften und damit Millionengewinne in die eigenen Taschen lenkten? Ein Gutachten bescheinigte dem gewerkschaftseigenen Baukonzern allein durch diese Machenschaften einen Verlust von fast 50 Millionen Mark.

Aber Vogel bestreitet jede Schuld: Der damalige Wohnungsbaureferent habe ihm 1962 die „Terrafinanz" empfohlen, weil eine kleine Gesellschaft, an deren Spitze ein im Grunderwerb erfahrener ehemaliger Mitarbeiter der „Neuen Heimat" stand, flexibler sei als ein großer Konzern. Zudem habe ihr eine renommierte bayerische Bank einen beachtlichen Kreditrahmen eingeräumt.

Aber hat nicht sein damaliger Dauerkritiker, der Stadtrat Ludwig Schmid, schon damals über mögliche unsaubere Verbindungen der „Terrafinanz" gemunkelt und dies in einem Brief und in einer internen Sitzung bekundet? Da flüchtet Vogel in Vermutungen und kombiniert sie mit seinen reichen Leidenserfahrungen, die sich um den Namen Schmid ranken: „Wenn der dem Vogel eines am Zeug flicken konnte, hat er viel geringere Anlässe bemüht. Hätte Schmid mehr gewußt, wäre er sofort auf den Marienplatz gegangen."

Dann aber muß der Ex-OB sich doch korrigieren: Nachdem der Skandal publik wurde, erklärte Vogel in der Pressemitteilung, die „Terrafinanz" sei von Anfang an als eine zum Bereich der „Neuen Heimat" gehörende Gesellschaft aufgetreten. Im Stadtrat hatte er aber vor 20 Jahren jede Verbindung bestritten. Die Presseerklärung, so Vogel heute, sei mißverständlich, sie beziehe sich auf die Zeit nach dieser Stadtratssitzung, in der ein Vertrag zwischen Stadt, „Neue Heimat" und „Terrafinanz" beschlossen wurde.

Im übrigen gibt der Zeuge sich selbst Absolution: Die Vorgänge liegen 20 Jahre zurück, die Erinnerung an alle Einzelheiten sei nicht mehr möglich.

Kritik an Energiepolitik von Späth

Auch innerhalb der CDU wachsen Bedenken gegen mehr Strom aus Frankreich

XING-HU KUO, Stuttgart

Die Energiepolitik des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth (CDU) wird nicht nur von den Oppositionsparteien, Energieversorgungsunternehmen und Teilen der Wirtschaft skeptisch beurteilt. Auch in der CDU-Fraktion im Stuttgarter Landtag entsteht Unbehagen gegen einzelne Aspekte der Energiepolitik des Regierungschefs.

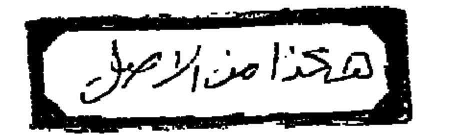
In einem WELT-Gespräch erläuterte der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende und energiepolitische Sprecher der Regierungspartei im Stuttgarter Parlament, Werner Baumhauer (53), „Bedenken" hinsichtlich der jüngsten Vereinbarungen, die Späth Anfang dieses Monats in Paris in Sachen Strombezug aus Frankreich mit dortigen Regierungsmitgliedern ausgehandelt hat.

In den nächsten Jahren soll der Strombezug Baden-Württembergs aus dem Nachbarland von gegenwärtig 400 auf 800 bis 1000 Megawatt bis Anfang der 90er Jahre gesteigert werden. Dies bedeutet, daß etwa 25 Prozent der im Grundlastbereich benötigten Strommenge aus französischen Kernkraftwerken geliefert werden.

Baumhauer erklärte, er stimme zwar Lothar Späth zu, daß ein solcher erhöhter Stromimport dazu beitragen könne, den unausgewogenen Außenhandel mit Frankreich – der Export aus der Bundesrepublik dorthin ist weitaus größer als der Import französischer Waren – zu verbessern, jedoch sei dies „energiepolitisch problematisch". Mit 31 Prozent an Stromimporten aus anderen Bundesländern und dem Ausland sei der Südwesten schon heute überproportional „abhängig".

Die geplante drastische Erhöhung des Strombezugs aus Frankreich hält die Fraktion deshalb um so bedenklicher, denn dadurch sei die „Versorgungssicherheit" im Lande zumindest nicht völlig gewährleistet. Baumhauer erinnerte daran, daß es gerade in Frankreich einige „Unsicherheiten" wie die hohe Inflationsrate gebe, die eine langfristige Versorgung mit „billigem" Strom nicht garantierten.

Sehr vorsichtig äußerte sich Baumhauer zum Kernkraftwerk Wyhl, dessen Bau nach den Worten von Lothar Späth nunmehr „nicht vor 1995" erfolgen werde. Der CDU-Fraktions-Vize: „Wir werden Wyhl langfristig vermutlich brauchen", erklärte er. Immer mehr sei die Energiepolitik für Baden-Württemberg zu einer der zentralen Fragen der Zukunft geworden. Baumhauer erinnerte daran, daß gerade die CDU-Fraktion in Stuttgart – und hier gebe es eine völlige Übereinstimmung mit dem Ministerpräsidenten und der Landesregierung – bereits Ende Oktober dieses Jahres zu einem „Ausstieg" aus dem Kohle-„Jahrhundertvertrag" aufgefordert hat. Dieses Abkommen sieht unter anderem eine Kohle-Abnahmeverpflichtung Baden-Württembergs vor, um die Kohlehalden, auch in anderen Bundesländern, abzubauen. Baumhauer erklärte, auch in diesem Fall werde der Südwesten zu Unrecht immer wieder zur Kasse gebeten.



Erschads Ziel bleibt, die Rolle der Streitkräfte aufzuwerten

Opposition in Bangladesch mißtraut Demokratie-Plänen / Wahlen für 1984 geplant

MARTA WEIDENHILLER, Bonn

Erst vor wenigen Wochen versicherte General Erschad, er werde das höchste Amt im Staate nur übernehmen, wenn das Volk dies wünsche. Schon damals vereinigte er vier Ämter in seiner Person: das des obersten Kriegsrechtsverwalters von Bangladesch, des Armeechefs, des Oberkommandierenden der Streitkräfte und des Verteidigungsministers

Überraschend hatte er sich jetzt selbst zum Präsidenten ernannt. Er bestimmt somit wieder das Gesetz des Handelns, das ihm die Opposition zu entreißen drohte. Mit seinem Vorgehen will er „das Land zur Demokratie zurückführen". Tatsache aber ist wohl, daß er sich mehr Spielraum verschaffen will, mehr Autorität braucht, um seine Pläne durchzusetzen. Helfen soll ihm dabei die erst im November gegründete Jano-Dal-(Volks-)Partei, die sich der Demokratie, dem Nationalismus, islamischen Idealen und Werten verpflichtet hat.

Erschads Handeln mag auch von der Furcht getragen sein, die Militärs, deren Einheit längst brüchig geworden ist, könnten sich dazu verleiten lassen, ihn zu ersetzen – nicht unbedingt durch eine demokratische Regierung, sondern durch einen anderen General.

Im März 1982 hat Erschad nach einem blutigen Putsch die Macht übernommen. Seitdem regiert er mit Kriegsrecht. Erst im November lokkerte er das Verbot politischer Aktivitäten und kündigte Präsidentschaftswahlen für Mai 1984 und Parlamentswahlen für November an. Dieser Zeitplan mißfiel den Oppositionsparteien; sie wünschen eine umgekehrte Reihenfolge. Denn: Erzielen sie bei den Wahlen Erfolg, können sie Erschad einen Herausforderer bei den Präsidentschaftswahlen präsentieren. Würden diese aber vorgezogen, könnte Erschad seine eigene Wahl praktisch garantieren und entsprechend Einfluß auf die Parlamentswahlen nehmen.

Es blieb nicht bei den Forderungen der Opposition, es kam zu Demonstrationen, zum Streik, zu einem nationalen Protesttag. Die Normalisierung kam über einen zaghaften Ansatz nicht hinaus.

Im Widerstand gegen Erschad und seine Demokratisierungspläne fanden sich von mehr als 60 Parteien die beiden führenden Oppositionsgruppierungen in ungewohnter Einigkeit zusammen: die 15-Parteien-Allianz, geführt von der Awami-Liga unter Hasina Wazeed, der Tochter des ermordeten Staatsgründers Mujib, und die Sieben-Parteien-Allianz, an deren Spitze die Nationalpartei von Begum Zia steht, der Witwe des ermordeten Präsidenten Zia. In einem Fünf-Punkte-Programm fordern diese 22 Parteien neben vorrangigen Parlamentswahlen auch die Aufhebung des Kriegsrechts.

Ihre eigentliche Empörung aber gilt der Rolle, die Erschad den Streitkräften einräumen will. Nie ließ er Zweifel an seinem Ziel, deren Machtanspruch in der Verfassung festzuschreiben.

Erschad begründete dies mit dem Hinweis, daß die Streitkräfte bei der Entstehung des Landes eine tragende Rolle gespielt hätten und die Nation sich tiefgreifenden Veränderungen in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft unterziehen müsse. Dies könne nicht durch einen „normalen politischen Prozeß" verwirklicht werden. Bei den Streitkräften gebe es Talente und Fähigkeiten, die Bangladesch dringend brauche. So sei es nur logisch, daß die Streitkräfte beim Aufbau und der Neustrukturierung des Landes eine aktive Rolle spielten.

In der Tat hat Bangladesch zwölf Jahre nach seiner Loslösung von Pakistan innere Stabilität noch nicht gefunden. Regierungswechsel verliefen meist blutig; die beiden ersten Präsidenten wurden ermordet. Auch die Natur hat dieses Land eher mit Nachteilen bedacht: Überschwemmungen oder Dürren machen die Bemühungen der Menschen, ihre Lebensgrundlage zu verbessern, immer wieder zunichte. Selbst wenn eine Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln erreicht werden sollte, bliebe die Frage: Hat auch jeder Bangladeschi das Geld, von dem Vorhandenen zu kaufen? Der rasante Bevölkerungsanstieg von 65 Millionen (1971) auf jetzt etwa 90 Millionen läßt die Hoffnung auf einen durchschlagenden wirtschaftlichen Erfolg gar nicht erst aufkommen.

Dabei fehlt es den Verantwortlichen nicht unbedingt an gutem Willen, das Land aus Misere und Chaos zu ziehen. Was fehlt, sind Disziplin und Instanzen, frei von Korruption und persönlichem Machtstreben, um ehrgeizige Pläne auch durchsetzen zu können. Dies gilt auch für das 18-Punkte-Programm Erschads.

Kissinger und Stone nach Mittelamerika

AP/AFP, Mexiko Stadt/Buenos Aires

Die Vereinigten Staaten haben die nächste Runde ihrer Aktivitäten in Mittel- und Lateinamerika eröffnet. Der ehemalige amerikanische Außenminister Henry Kissinger und Präsident Reagans Sonderbeauftragter für Lateinamerika, Richard Stone, sind in Mexiko beziehungsweise Venezuela eingetroffen. Kissinger traf gestern mit dem mexikanischen Präsidenten Miguel de la Madrid und dessen Außenminister Bernado Sepulveda zusammen, wobei die erheblichen Meinungsunterschiede zwischen beiden Regierungen über die Ursachen der Krise in Mittelamerika Hauptpunkt der Gespräche waren.

Kissinger und sein 40köpfiger Ausschuß, der im Auftrag des Präsidenten im Januar einen Bericht über die Lage in Mittelamerika vorlegen soll, will die Ergebnisse der Beratungen mit den Regierungen in Mexiko und Venezuela, die Mitglieder der Contadora-Gruppe sind, in diesen Bericht einbringen. Panama und Kolumbien hatte die Kissinger-Kommission bereits bei ihrer ersten Reise aufgesucht.

Stone soll auf seiner Reise acht mittelamerikanische beziehungsweise Contadora-Länder besuchen. Wie aus unterrichteten Kreisen in Washington verlautete, solle er sich vergewissern, daß die amerikanischen Standpunkte ganz klar sind, bevor die Außenminister der mittelamerikanischen Länder in Panama zusammentreffen.

Unterdessen wurde in Panama Stadt bekanntgegeben, daß dies für nächste Woche geplante Treffen der Contadora-Gruppe bis Januar aufgeschoben worden sei.

Jugoslawiens KP befürchtet „Erosion" durch die Religion

Wenn Kommunisten kirchliche Trauung wünschen, ihre Kinder den Katechismus lernen

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

„Ich habe mich entschlossen, mit einem Mädchen aus einer religiösen Familie die Ehe einzugehen. Sie wünscht ebenso wie ihre Familie eine Trauung in der Kirche. Ich hoffe, daß Ihr mir helfen werdet, das Problem zu lösen – ich kann weder das Mädchen aufgeben noch meine Mitgliedschaft in der Partei."

Mit diesem brieflichen Notschrei wandte sich unlängst ein jugoslawisches KP-Mitglied an seine Parteiorganisation. Probleme dieser Art sind im kommunistischen Jugoslawien keine Seltenheit. Denn das Programm ebenso wie das Statut des „Bundes der Kommunisten Jugoslawiens" – also der allein herrschenden Monopolpartei – besagen, daß der Marxismus als Weltanschauung und als „ideologische Grundlage der praktischen Aktivität der Kommunisten" mit religiösen Überzeugungen unvereinbar sei.

Ein Parteimitglied darf also nicht nur keinerlei religiöse Überzeugung haben. Es darf auch nicht an religiösen und kirchlichen Handlungen und Feierlichkeiten teilnehmen. Bereits die Frage, ob er überhaupt eine Kirche (oder in Teilen Jugoslawiens eine Moschee) betreten darf – selbst wenn er sie nur aus touristischen oder kunstgeschichtlichen Gründen besichtigen möchte, ist zweifelhaft. Allzu leicht könnte ein solcher „harmloser" Besuch als Manifestation von versteckter Religiosität verstanden werden.

Überdies sind die Parteimitglieder mit dem „gewöhnlichen" Volk durch unzählige familiäre, verwandtschaftliche Bande verbunden. Dieser Tage mußte sich die „Statutenkommission" des ZK der jugoslawischen Partei in Belgrad mit einer Fülle von Einzelfällen beschäftigen, die insgesamt ein recht interessantes Bild über die inneren Zustände zwischen Religion und Partei vermitteln.

Was soll geschehen, wenn der Ehemann Parteimitglied ist, seine Frau aber gläubig – und wenn sie die kirchliche Taufe des gemeinsamen Kindes fordert? Wie soll ein Parteimitglied sich verhalten, wenn Vater oder Mutter als Christen (oder Moslems) kirchlich oder nach den Regeln des Islam bestattet werden? Ist es dem Parteigenossen zuzumuten, sich selber von solchen kirchlichen Familienfeiern auszuschließen? Und wenn er daran teilnehmen darf – führt das nicht automatisch zu der Annahme, die KP sei gar nicht mehr so atheistisch wie in früheren Jahren?

Es gehe aber nicht um eine Neuorientierung der Partei gegenüber der Religion, betonten mehrere Redner auf der Kommissionssitzung, sondern um die Regelung des alltäglichen Lebens einer Organisation von immerhin zwei Millionen Mitgliedern. Der Alltag aber sieht so aus: Da wird in Serbien die „Slawa" – der Tag des Familienheiligen – als großes Fest mit vielen Gästen und Freunden begangen, oft unter Beteiligung eines orthodoxen Geistlichen. Soll das brave KP-Mitglied – speziell in der Dorfgemeinschaft – sich ausschließen, während die Nicht-Parteimitglieder fröhlich feiern? Ähnliches gilt für katholische Namenstage oder kirchliche Festtage in Kroatien und Slowenien oder für die islamischen Feste in Bosnien, Mazedonien und erst recht im Kosovo.

Wie soll sich der Kommunist verhalten, wenn seine Kinder ohne sein Wissen (vielleicht „angestiftet" von der Großmutter oder Mutter) den Religionsunterricht besuchen? Das Problem, so hieß es in der Kommissionssitzung, habe sich durch die „verstärkte Aktivität" der Religionsgemeinschaften sowie durch die Aufnahme von ideologisch weitgehend ungeschulten neuen Mitgliedern in die Partei noch verschärft.

Die örtlichen KP-Organisationen haben sich mit pragmatischen Lösungen beholfen. Einige dieser „Übertretungen" wurden mit Parteistrafen oder Verwarnungen belegt, in anderen Fällen wieder ließ man alle Fünfe gerade sein. Nicht mit Milde rechnen können Mitglieder, die bewußt es dulden und dazu ermuntern, daß ihre Kinder religiös erzogen werden, daß die Sprößlinge im Kirchenchor mitsingen oder gar als Ministranten tätig sind. Die Kommission des ZK zählt hier Beispiele auf. Sie stellt außerdem fest: „Für einen religiösen Menschen gibt es in den Reihen der Partei keinen Platz." Wo aber hört der Atheismus auf – und wo beginnt die Religiosität? Wer kann das kontrollieren? Viele örtliche KP-Organisationen umgehen, etwa bei Neuaufnahmen von Mitgliedern, das Problem: „Lassen wir die Frage beiseite." Das aber, so befürchten die Mitglieder der ZK-Kommission, könne zu einer „allmählichen Erosion" der jugoslawischen Partei durch die Religion führen.

Kohl griff alten Vorschlag neu auf

Schon Brandt sprach vom „Europa der zwei Geschwindigkeiten" / Konkrete Pläne fehlen

BODO RADKE, Brüssel

Mit seinen vor dem Bundesvorstand der CDU angemeldeten Zweifeln, ob die politische Einigung Europas mit der Europäischen Gemeinschaft (EG) in ihrer jetzigen Form überhaupt zu erreichen sei, hat Bundeskanzler Helmut Kohl ein Thema aufgegriffen, das in EG-Kreisen seit mindestens zehn Jahren immer wieder diskutiert wird.

Langjährige Beobachter der Bemühungen um eine engere europäische Zusammenarbeit erinnern sich nur zu genau mancher skeptischen Stimmen aus Delegationen der sechs EG-Gründerstaaten, als die Beitritte Großbritanniens, Dänemarks, Irlands und zunächst auch Norwegens zur Gemeinschaft in den Jahren zwischen 1969 und 1972 Hauptinhalt vieler Konferenzen waren. Nicht wenige der damals geäußerten Befürchtungen haben sich inzwischen bestätigt.

Schon der ehemalige Bundeskanzler Willy Brandt, aus seiner Zeit als Außenminister eng mit der EG-Problematik vertraut, setzte sich mehrmals für ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten" ein. Befürworter einer solchen Reform finden sich seither in allen Lagern. Aber niemand war bisher in der Lage, konkrete und praktikable Vorschläge für eine Realisierung zu machen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß sich in letzter Zeit die Zusammenarbeit zwischen den drei Mitgliedern der Benelux-Union (Belgien, Niederlande, Luxemburg) in dem Maße auf vielen Gebieten verstärkt hat, in dem die Europäische Gemeinschaft an Aktionsfähigkeit verlor. Aber die vertraglichen Grundlagen der Benelux-Union stammen auch aus einer Zeit, als an eine Europäische Gemeinschaft noch nicht zu denken war.

Aus der Sicht Brüsseler EG-Experten erscheint unklar, was Kohl konkret meint, wenn er sich europäische Fortschritte von einer – zumindest vorläufigen – „Beschränkung auf die Gründerstaaten" erhofft, die noch vom „Geist von Messina" beherrscht seien. In Messina waren Mitte der fünfziger Jahre jene Verhandlungen geführt worden, die in die Formulierung der „Römischen Verträge" über die EG-Gründung einmündeten.

Im Zusammenhang mit dem von Kohl beschworenen „Geist von Messina" denken EG-Veteranen übrigens mit bitterer Ironie an jene langen Wintermonate 1965/66, als die französische „Politik des leeren Stuhls" (keine Teilnahme von Franzosen an EG-Beratungen) der EG die bisher schwerste Krise ihrer Geschichte bescherte.

Was die – in den Gründungsverträgen nicht vorgesehene – europäische politische Zusammenarbeit (EPZ) betrifft, so war es schließlich auch Frankreich, das sich jahrelang einer Zusammenlegung dieser Außenminister-Beratungen mit Sitzungstermin und -ort des normalen EG-Ministerrats widersetzte.

In Brüssel wird auch mit Verwunderung registriert, daß sich Kohl mit seinen vagen Anregungen in Gegensatz zu dem bisher von Bundesaußenminister Genscher stets vertretenen Standpunkt, stellte, an ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten" könne schon mit Rücksicht auf die Gefühle der Beitrittskandidaten Portugal und Spanien nicht gedacht werden. (SAD)

Dantschew wieder bei Radio Moskau?

AFP, Moskau

Wladimir Dantschew, dessen angebliche „Versprecher" in mehreren Nachrichtensendungen in englischer Sprache von Radio Moskau im Mai zu der sofortigen Entlassung geführt hatten, soll nach glaubwürdigen sowjetischen Quellen wieder in die Redaktion des Senders „eingegliedert" worden sein. Der Journalist, der in mehreren Nachrichtensendungen die sowjetische „Besetzung" Afghanistans angesprangert hatte, soll einen „anderen Platz" in der englischsprachigen Redaktion des Senders erhalten haben. Er erfülle erneut redaktionelle Aufgaben, habe aber keinen Zugang zu den Mikrofonen. Eine Erklärung für die nach sowjetischen Maßstäben ungewöhnliche Milde, mit der der Journalist behandelt wurde, gibt es nach Ansicht westlicher Beobachter in Moskau nicht.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Unterwandern Kommunisten die SI?

Diskussion in Rom über einen Zeitungsbericht / Vorwürfe an Brandt, Palme und Kreisky

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Nach Ansicht des italienischen Sozialisten Ripa di Meana, Mitglied des Europaparlaments, gibt es kommunistische Infiltrationsversuche in der Sozialistischen Internationale (SI). Unter Bezugnahme auf eine vom „Giornale Nuovo" veröffentlichte Meldung aus London erklärte er: „Die Initiativen zur Infiltrierung der SI durch Kubaner und Sowjets, wie sie vom ‚Giornale Nuovo' geschildert werden, sind leider Tatsache."

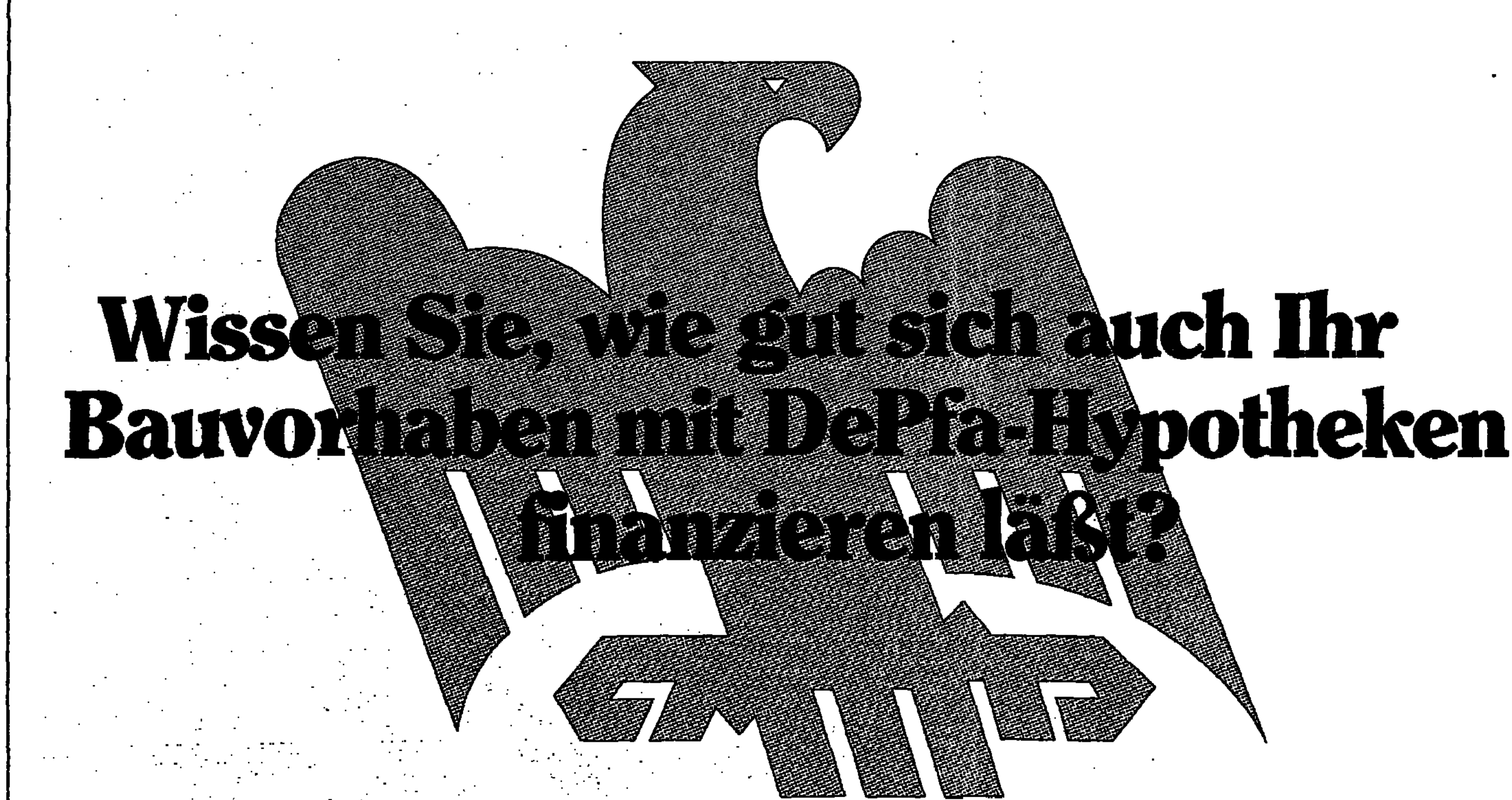
Am 6./7. Januar dieses Jahres fand nach Darstellung des Europaparlamentariers in Managua auf Anregung der Kommunistischen Partei Kubas ein Geheimtreffen statt. Thema sollen die innerhalb der SI zu ergreifenden Initiativen gewesen sein. „An diesem Treffen nahmen außer den kubanischen Kommunisten und den Sandinisten Vertreter von Mitgliederparteien der SI teil. Im Blick auf den SI-Kongreß wurden zahlreiche Pressions- und Diversionsinitiativen beschlossen. Das notwendige Geld für die Verwirklichung dieser Operationen wird nach Jamaika überwiesen. Zum Schatzmeister wurde der San Salvadorianer Oqueli bestellt."

Wie Ripa di Meana weiter berichtet, habe Oqueli im November auf einer Sitzung des SI-Büros in Brüssel seine Teilnahme an diesem Treffen von Managua zugeben müssen. Ripa di Meana war bei dieser Sitzung des SI-Büros selbst anwesend. Er vertritt jetzt die Meinung, daß „die Schlacht zur Entfernung aus der SI von Männern und Parteien, die für die kommunistische Bewegung arbeiten, lang und schwierig sein wird".

Laut „Giornale Nuovo" ist innerhalb der SI schon ein „geheimes Regionalkomitee" tätig, das angeblich Einfluß auf die Entscheidungen der Organisation zu nehmen und die Führer derjenigen sozialistischen Parteien zu isolieren versucht, die den von Kubanern und Sowjets verfolgten Destabilisierungsplänen in Mittelamerika Widerstand entgegensetzen. Im Visier dieser von Havanna und Moskau gesteuerten Kräfte befänden sich vor allem die italienischen Sozialdemokraten, der portugiesische Ministerpräsident Soares und die israelische Labour Party.

In dem Bericht des Mailänder Blattes wird führenden SI-Vertretern wie Brandt, Palme und Kreisky vorgeworfen, durch ihre „unverantwortliche" und „abenteuerliche" Politik der mit den Kommunisten wetteifernden Unterstützung von sozialen Protestbewegungen in der Dritten Welt, „fast alle Barrieren" niedergerissen zu haben, die einer Zusammenarbeit mit leninistischen und castristischen Gruppierungen ursprünglich im Wege standen.

Der stellvertretende sozialdemokratische Parteisekretär Puletti bezog zu dem Zeitungsbericht eine distanziertere Stellung als sein Parteifreund Ripa di Meana. Er sagte: „Es liegen keine Beweise dafür vor, daß es diese russischen und kubanischen Aktionen zur Beeinflussung der Sozialistischen Internationale wirklich gibt." Er fügte allerdings sofort hinzu: „Sicherlich bemerken sowohl wir italienischen Sozialdemokraten als auch die italienischen und französischen Sozialisten seit geraumer Zeit maximalistische Einstellungen (in der SI), die nicht mit unserer Beurteilung von brennenden internationalen Fragen übereinstimmen."





Waigel bekräftigt CSU-Anspruch

AP/DW. Bonn

Die Vorsitzenden der CDU und CSU, Bundeskanzler Helmut Kohl und Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, sind gestern nachmittag in Bonn erneut zu einem Meinungsaustausch zusammengekommen. Beide Politiker hatten zuletzt vor einer Woche in der Bundeshauptstadt aktuelle Fragen erörtert. Dabei geht es um die Frage des politischen Einflusses des Vorsitzenden der „Koalitionspartei" CSU auf die Politik der Bundesregierung.

Ein aktueller Diskussionspunkt ist die Anklage gegen Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff. Unmittelbar vor dem Treffen der beiden Politiker hat der CSU-Landesgruppenvorsitzende im Bundestag, Theo Waigel, in mehreren vorab veröffentlichten Tageszeitungs-Interviews noch einmal die Meinung der CSU bekräftigt, daß unbestritten feststeht, daß der Vorsitzende der zweitstärksten Koalitionspartei ein Recht darauf habe, im Kabinett vertreten zu sein.

Carlos-Brief blieb liegen

Drohung gegen Zimmermann geriet in Botschafter-Post

ms. Bonn

Der Drohbrief des internatinonal gesuchten Terroristen Iljitsch Ramires Sanchez, genannt „Carlos", gegen Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (siehe Bericht der WELT vom 9. November) lag eine Woche bei der deutschen Botschaft in Dschidda. Nach Informationen der WELT ist der in englischer Sprache abgefaßte Brief vom 7. September datiert und am 4. Oktober in Riad aufgegeben worden. Bei der deutschen Botschaft in Dschidda ist er dann am 10. Oktober eingetroffen, aber erst am 17. Oktober im Auswärtigen Amt in Bonn angekommen. Der Brief war in die persönliche Post des Botschafters geraten und dort liegengeblieben, weil in diesen Tagen die Aktivitäten der deutschen Vertretung im Zeichen des Besuches von Bundeskanzler Helmut Kohl in Saudi-Arabien standen.

Das Schreiben enthält eine Morddrohung gegen Zimmermann für den Fall, daß der in der Schweiz inhaftierten Terroristin Gabriele Kröcher-Tiedemann Anfang 1984 in Köln der Prozeß gemacht wird. Gleichzeitig soll sich „Carlos", der den Brief mit seinem Fingerabdruck „echt" machte, zu dem schweren Sprengstoffanschlag auf das französische Kulturzentrum „Maison de France" in Berlin am 25. August diesen Jahres bekannt haben. Die Sicherheitsbehörden gehen allerdings davon aus, daß „Carlos" selbst nicht mehr aktiv ist, sondern nur noch mit seinem Namen operiert. Tatsächlichen Einfluß auf die internationale Terrorszene wird ihm nicht mehr beigemessen.

Gabriele Kröcher-Tiedemann wird von der Schweiz ausgeliefert, nachdem die Bundesrepublik auf eine Anklage wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" verzichtet hat. Einen solchen Strafparagraphen gibt es in der Schweiz nicht. Die Terroristin hat sich nun wegen der Tötung zweier Sicherheitsbeamten zu verantworten.

Teure Führungen an „DDR"-Grenze

B. HUMMEL, Eschwege

Der Bundesrechnungshof hat bei einer Prüfung der Personalausgaben im Bereich des Grenzschutzkommandos Mitte (Kassel) die finanziellen Aufwendungen für Führungen entlang der „DDR"-Grenze durch den BGS gerügt. Da der Gesamtaufwand für die Führungen jährlich Millionenbeträge erreiche, solle das Bundesinnenministerium auf Empfehlung des Rechnungshofes nun prüfen, ob für Grenzführungen, die von öffentlichen Stellen veranlaßt werden, künftig Kostenerstattung verlangt werden soll. Gleichzeitig wird jedoch festgestellt, daß das Interesse an der Einweisung von Besuchergruppen entlang der „DDR"-Grenze deutlich zugenommen habe. Im Bereich der Grenzschutzabteilung Eschwege hätten im Vorjahr 13 200 Personen an den Führungen teilgenommen. Im 1. Halbjahr 1983 waren es schon 8400 Personen. Ein BGS-Kommandeur zur geforderten Kostenerstattung: „Damit wird das Interesse deutlich nachlassen."

Ministerin verabschiedet

Rau nimmt Donnepp gegen Tandlers Vorwürfe in Schutz

WILM HERLYN, Düsseldorf

Die erste Justizministerin in der Geschichte der Bundesrepublik, Inge Donnepp, ist gestern nach sechsjähriger Dienstzeit vom nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau auf eigenen Wunsch zu ihrem 65. Geburtstag entlassen worden. Bei einem Empfang in der Düsseldorfer Staatskanzlei würdigte er die „Sorgfalt und Gradlinigkeit" von Inge Donnepp und dankte ihr ausdrücklich „gerade mit Blick auf die aktuellen, ungeheuerlichen Angriffe auf die Justiz". Damit spielte Rau auf Bemerkungen des CSU-Generalsekretärs Tandler zum Ermittlungsverfahren und zur Anklage gegen Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff in der Flick-Affäre an. Der amtierende Vorsitzende der Justizministerkonferenz, der hessische Justizminister Günter (SPD) dazu: „Wohl dem, der nicht ein Verfahren dieser Brisanz durchzuführen hat." Kein Amtskollege werde den Stab über Inge Donnepp brechen.

Ihr Ressort wird von dem jetzigen Bundesratsminister Dieter Haak übernommen. An dessen Stelle in Bonn rückt der bisherige Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Landtag, Günter Einert.

Mit ihrem Auszug aus dem Kabinett sitzt nun keine Frau mehr in der Runde. Das brachte Johannes Rau, der als stellvertretender Bundesvorsitzender seiner Partei auch Chef der SPD-Gleichstellungskommission ist, geharnischte Kritik seiner Genossinnen ein. Inge Donnepp hatte sich besonders um die Juristenausbildung, um die Humanisierung des Strafvollzuges und die Arbeit für straffällige Jugendliche verdient gemacht. Als eine der ersten Verantwortlichen erkannte sie die Gefahr, die für Jugendliche von gewaltverherrlichenden Video-Filmen ausgeht. Bundesweite Beachtung fand ihr Vorschlag, einen „Kinder-Anwalt" einzusetzen, um der Mißhandlung von Kindern und Jugendlichen Einhalt zu gebieten.

Gyger tritt von Amt zurück

dpa, München

Der Vorsitzende der Parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft (PAG) der nicht im Landtag vertretenen bayerischen FDP, Julian Gyger, hat gestern sein Amt zur Verfügung gestellt. Damit erreichte der Konflikt seinen Höhepunkt, der in der vergangenen Woche durch eine Stellungnahme Gygers zu der umstrittenen Äußerung von CSU-Generalsekretär Gerold Tandler über die Ermittlungen in der Flick-Spendenaffäre in der FDP ausgelöst worden war. Gyger hatte – im Gegensatz zu anderen FDP-Politikern wie dem bayerischen Landesvorsitzenden Brunner und Bundesjustizminister Engelhard – die Äußerung Tandlers gebilligt, in der dieser das Vorgehen der Behörden gegen Wirtschaftsminister Lambsdorff mit der Ermordung von Wirtschaftsführern durch Terroristen verglichen hatte. Gyger hatte sogar festgestellt, daß diese Bewertung des CSU-Politikers „hoffnungsvoll" stimme. Dies hatte bei der bayerischen FDP heftige Proteste ausgelöst.

Tiefbewegt geben wir davon Kenntnis, daß Herr

Arnold Zimmermann

Direktor unseres Unternehmens, am 9. Dezember 1983 nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 55 Jahren verstorben ist.

Herr Zimmermann gehörte 33 Jahre unserem Unternehmen an, davon die letzten 13 Jahre als Organisationsdirektor. Mit ihm haben wir eine hervorragende Persönlichkeit verloren, die sich mit unermüdlichem Einsatz, hohem Verantwortungsbewußtsein und großem Erfolg für unser Unternehmen eingesetzt hat. Seine hohen menschlichen Qualitäten und seine Kontaktfähigkeit waren die Grundlagen seiner allseitigen Beliebtheit. Sein Rat und sein abgewogenes Urteil werden uns sehr fehlen.

Ein guter Freund und Mitarbeiter hat uns verlassen.

Wir werden ihn sehr vermissen und seiner stets in Dankbarkeit gedenken.

Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter
der
KARSTADT Aktiengesellschaft

Essen, 12. Dezember 1983

Das Sterbeamt ist am Donnerstag, dem 15. Dezember 1983, 9.00 Uhr, in der Herz-Jesu-Pfarrkirche zu Essen-Burgaltendorf. Anschließend erfolgt die Beisetzung von der Friedhofskapelle (Vattersberg) aus.

Statt zugedachter Kränze und Blumen wird um eine Spende auf das Sonderkonto „Hermann-Gmeiner-Fonds e. V., München", Postscheckkonto Nr. 121-805, Postscheckamt München, zugunsten des SOS-Kinderdorfes Karstadt Rio gebeten.

Trauerhaus: Frau Ingeborg Zimmermann, Am Hang 10, 4300 Essen 17.

Amtsgericht Hannover, den 30. 11. 1983 9 C 75/81

Die HTG Grundstücksverwertungs-Ges. mbH, vertr. d. d. Geschäftsführer Rudolf Habenicht und Günter W. Teufel, in 3000 Hannover 1, Königstr. 33, vertreten durch Rechtsanwälte Dr. Flindt u. a., Hannover, klagt gegen Herrn Ernesto Krieg, c/o C. V. Incos, Avenida Venezuela 1–3, Apartado Nr. 1863, Caracas/Venezuela, mit dem Antrage, 1. den Beklagten zu verurteilen, die im Hause Uhlemeyerstr. 10, 3000 Hannover gelegene Einzimmerwohnung, 2. Obergeschoß rechts, bestehend aus 1 Zimmer, 1 Diele und 1 Bad zu räumen und an die Klägerin herauszugeben, 2. den Beklagten zu verurteilen, an die Klägerin 8120,– DM nebst 4 % Zinsen seit Klagezustellung zu zahlen. Dem Beklagten wird aufgegeben, binnen eines Monats dem Gericht schriftlich anzuzeigen, ob er sich gegen die Klage verteidigen will oder ob er den Anspruch ganz oder teilweise anerkennt.

Hannover, den 30. 11. 1983

Geschäftsstelle des Amtsgerichts Hannover, Abt. 9

FINANZANZEIGE

HYPOBANK

Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft München

Wertpapier-Kenn-Nummern 802 000, 802 003

Bezugsangebot

Aufgrund der Ermächtigung in § 4 der Satzung haben wir mit Zustimmung des Aufsichtsrats beschlossen, das Grundkapital unserer Bank von 479 100 000,– DM um 59 887 500,– DM auf 538 987 500,– DM durch Ausgabe von 1 197 750 Stück neuen, auf den Inhaber lautenden und ab 1. 1. 1984 gewinnberechtigten Aktien im Nennbetrag von je 50,– DM zu erhöhen. Die neuen Aktien wurden zum Preis von 175,– DM (= 350%) von einer Bankengruppe mit der Verpflichtung übernommen, sie zum gleichen Preis unseren Aktionären im Verhältnis 8:1 zum Bezug anzubieten. Die Durchführung der Kapitalerhöhung ist in das Handelsregister eingetragen worden.

Wir bitten unsere Aktionäre, ihr Bezugsrecht zur Vermeidung des Ausschlusses in der Zeit

vom 27. Dezember 1983 bis 13. Januar 1984 einschließlich

gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 41 bei einer der nachstehend aufgeführten Bezugsstellen auszuüben.

Bezugsstellen sind sämtliche Außenstellen unserer Bank und folgende Kreditinstitute in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin:

Algemene Bank Nederland (Deutschland) Aktiengesellschaft
Bankhaus H. Aufhäuser
Baden-Württembergische Bank Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Bayerische Landesbank Girozentrale
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Joh. Berenberg, Gossler & Co.
Berliner Bank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerzbank Aktiengesellschaft
Commerz-Credit-Bank Aktiengesellschaft Europartner
Delbrück & Co.
Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Deutsche Länderbank Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
August Lenz & Co.
Bankhaus Maffei & Co. GmbH
Merck, Finck & Co.
Oldenburgische Landesbank Aktiengesellschaft
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Reuschel & Co.
Trinkaus & Burkhardt
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westfalenbank Aktiengesellschaft

in Österreich:

Österreichische Länderbank Aktiengesellschaft, Wien.

Auf je 8 Stück alte Aktien im Nennbetrag über je 50,– DM (Wertpapier-Kenn-Nummern 802 000, 802 003) kann eine neue Aktie über 50,– DM zum Ausgabepreis von 175,– DM börsenumsatzsteuerfrei bezogen werden. Der Bezugspreis ist spätestens am 13. 1. 1984 fällig.

Das Bezugsrecht wird in der Zeit vom 27. 12. 1983 bis 11. 1. 1984 einschließlich bei allen deutschen Wertpapierbörsen gehandelt und amtlich notiert. Die Bezugsstellen sind bereit, den börsenmäßigen An- und Verkauf von Bezugsrechten nach Möglichkeit zu vermitteln.

Erfolgt der Bezug während der üblichen Geschäftsstunden am Schalter einer Bezugsstelle unter Vorlage des Gewinnanteilscheins Nr. 41 und ist damit kein weiterer Schriftverkehr verbunden, so wird keine Provision erhoben; andernfalls wird die übliche Provision berechnet.

Die neuen Aktien erhalten die Wertpapier-Kenn-Nummer 802 001 und die Bezugsrechte die Wertpapier-Kenn-Nummer 802 008. Die neuen Aktien sind mit Gewinnanteilscheinen Nr. 43–60 und Erneuerungsschein versehen.

Die neuen Aktien sind in einer Globalurkunde verbrieft, die bei der Bayerischen Wertpapiersammelbank Aktiengesellschaft, München, hinterlegt worden ist. Die Bezieher der neuen Aktien erhalten nach Entrichtung des Bezugspreises zunächst Gutschrift auf Sammeldepotkonto. Ein Anspruch auf Auslieferung von Einzelurkunden ist ausgeschlossen, bis die neuen Aktien mit den alten Aktien unserer Bank dividendengleich sind. Der Ausdruck von Aktienurkunden ist zur Zeit nicht vorgesehen, da genügend Einzelurkunden der alten Aktien zur Verfügung stehen.

Die Zulassung der neuen Aktien (Wertpapier-Kenn-Nummer 802 001) sowie weiterer Aktien im Nennbetrag von insgesamt 3 225 000,– DM (Belegschaftsaktien aus den Kapitalerhöhungen 1981 bis Oktober 1983, WK-Nr. 802 003) zum Handel und zur amtlichen Notierung an sämtlichen deutschen Wertpapierbörsen ist erfolgt. Mit Aufnahme des Handels und der amtlichen Notierung am 16. 1. 1984 werden die genannten Belegschaftsaktien den alten Aktien (Wertpapier-Kenn-Nummer 802 000) gleich.

München, im Dezember 1983

DER VORSTAND

Wir trauern um unseren Vater und Großvater und gedenken seiner in Liebe und großer Dankbarkeit.

Malermeister

Hans Neusel

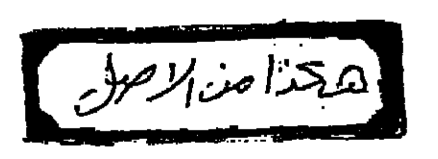
Träger des Bundesverdienstkreuzes I. Klasse

25. Juli 1898 – 12. Dezember 1983

Hans Neusel
Karin Neusel geb. Rose
Susanne Neusel

5300 Bonn-Röttgen, Am Kottenforst 50
den 12. Dezember 1983

Die Beisetzung findet am Donnerstag, dem 15. Dezember 1983, um 11.30 Uhr auf dem Friedhof in Bonn-Röttgen statt.





Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Unterschied bei Professoren

„Karlsruher Urteil über den ‚Professor'"; WELT vom 4. November

Sie berichten in diesem Artikel, daß das Bundesverfassungsgericht für Recht befunden hat, für die Amtsbezeichnung „Professor" eine Unterscheidung bei unterschiedlichen Aufgaben und Qualifikationen auf Grund des Artikels 33, Absatz 5 des Grundgesetzes (Universität zu Fachhochschulen), vorzusehen.

In einer späteren Ausgabe bringen Sie zu dieser Meldung einen Beitrag, der sich im Wesentlichen mit den Leistungen beschäftigt, die ein Bewerber um einen universitären Lehrstuhl im Gegensatz zu einer Fachhochschulprofessur zu erbringen hat, und stellen damit auch die vom Urteil des Bundesverfassungsgerichts festgestellte Unterschiedlichkeit der in Rede stehenden 2 Professuren zueinander heraus.

Nun komme ich auf meinen Leserbrief, den Sie in der Ausgabe vom 30. 1. 1981 unter dem Stichwort „Ingenieure" veröffentlicht hatten, zurück. Damals sah ich mich veranlaßt, ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts (Akt.Z.: 1 BvR 409/80) zur Diskussion zu stellen, das insbesondere auf dem Gebiet der Ingenieurwissenschaften die berufsqualifizierende Abschlußprüfung sowohl an universitären wie Fachhochschulen mit der Graduierung zum Diplomingenieur gleichwertig gemacht hat, nach Paragraph 18 des HRG.

Bis heute ist die genannte Gleichwertigkeit nicht geschehen.

- Die Eingangsvoraussetzungen sind unterschiedlich, universitär Vollabitur, das auch zu jedem anderen universitären Studium berechtigt, gegen Fachschulreife an Fachhochschulen.
- Die Dauer des Studiums, universitär 9 bis 11 Semester, Fachhochschule 6 Semester.
- Die Dauer der praktischen Ausbildung ist in beiden Fällen reduziert worden, in der einen weniger, in der anderen mehr, zum Schaden des Berufsbildes „Ingenieur".

In einigen Bundesländern ist statt der völligen Gleichheit in der Graduierung ein Unterschied in Dipl.-Ing. (TH bzw. TU) und Dipl.-Ing. (FH) gesetzlich festgelegt. Diese Regelung gibt den wahren Sachverhalt auch nicht wieder; denn die Graduierung Dipl.-Ing. entspricht einer ersten Promotion anderer universitären Fakultäten.

Wir stehen nun vor der Tatsache, daß für Professoren universitärer Art unterschiedlich gewertet wird, im Gegensatz zu ihren Kollegen von den Fachhochschulen, während bei ihren beiderseitigen Objekten, den Studenten, gleichgewichtet wird, auch wenn der Student am Abschluß seiner Ausbildung gerne nach seinen bisherigen Leistungen gewertet werden will.

Walter Sieglitz
Bremen

Eigene Meinung

„Theologie als Hilfe zur Entscheidung"; WELT vom 2. Dezember

Zu ergänzen ist: Helmut Thielicke hat sich noch nie von der herrschenden Tagesmeinung tyrannisieren lassen. Als eine große christliche Zeitung Heinemann aus der Synode hinauskatapultierte, war es Thielicke, der Heinemann bescheinigte, daß er Politik von Glauben zu scheiden wisse. Als Lübke für viele nur eine Witzfigur geworden war, fand Thielicke noch ein paar anerkennende Worte zu seinem Abschied.

Er hat nie die leider in der Kirche eingerissene Unsitte mitgemacht, seine Studenten gegen ihm nicht freundlich gesonnene Kollegen einzunehmen. Daraus folgt, daß er der Polemik, die gelegentlich seine Arbeit begleitet hat, nicht entgegengetreten ist.

Eckhard Krause
München 21

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Was Preußen war

„Der Status quo ist kein Wert an sich" und „Der Staat, der nur aus Minderheiten bestand"; GEISTIGE WELT vom 3. Dezember

Das waren zwei erfreuliche Beiträge in der GEISTIGEN WELT. Das Bekenntnis Professors Hellmut Diwalds zum föderativen deutschen Staat und Professor Kurt Kluxens Artikel über Preußen!

Entgegen vieler Darstellungen in den Medien vom „bösen Untertanenstaat" ist klargestellt, daß Preußen immer ein Rechtsstaat war. Die Könige waren Diener ihres Staates und hatten Herz und Verständnis für ihr Volk. Neben der Religionsfreiheit stand die Öffnung des Landes für Flüchtlinge aus Europa. Die Schaffung einer Verwaltung, die wegen ihrer Güte und Sparsamkeit weit über 100 Jahre bestand, wurde von den Gebiets- und Verwaltungsreformen der Ära Brandt abgelöst, die eine volksfremde, unnötige Aufblähung des Verwaltungsapparats und der erheblichen Verteuerung zur Folge hatte.

Kl. Bahr,
Soltau

*

„Der Staat, der nur aus Minderheiten bestand" und „Das Aus für Schnapsbrenner und Schmuggler"; GEISTIGE WELT vom 3. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

welch phantastische Idee, die Arbeit über Preußen in Europa und über die Aufhebung der Prohibition in der gleichen Nummer der GEISTIGEN WELT zu bringen. Ich war beeindruckt von den eindringlichen Parallelen über die Vergeblichkeit menschlichen Bemühens!

In den USA der Versuch das Böse zu bekämpfen und das Resultat? Unausrottbares organisiertes Verbrechen bis in unsere Tage.

Und in Preußen? Rechtsstaat, selbst der König Diener des Staates, der Mensch das Grundmaß der Politik. Und was kam heraus? Ein im übrigen Deutschland und in der Welt verhaßter Staat.

Mit freundlichem Gruß
Professor Dr. H. Frhr. v. Dobeneck,
Icking

Psycho-Terror

„Vom Protest zum Widerstand – ein Weg voller Gefahr"; WELT vom 29. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn denn alles stimmen sollte, was im oben genannten Bericht an physischen und psychischen Pressionen gegenüber Bundestagsabgeordneten – und ihren Familien! – zusammengetragen worden ist, so erscheint es an der Zeit, daß der Bürger in der Bundesrepublik Deutschland sich aufrafft und gegen solchen „Widerstand", wie ihn bestimmte Kreise innerhalb wie außerhalb des Parlaments propagieren, seinerseits Widerstand leistet. Nicht im Sinne Winkelried'schen physischen Einsatzes, wohl aber im Sinne eindeutiger Distanzierung – auch öffentlich.

Makabre „Mahnwachen" unseligen Angedenkens („Deutsche, kauft nicht bei Juden"), Telefonterror und Sachbeschädigungen sollten zumindest diejenigen alarmieren, die sich ausdrücklich verpflichtet haben, „für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzutreten": Die Angehörigen des öffentlichen Dienstes – immerhin mehr als vier Millionen Bürger. Oder mit den Worten des Schweizers Gottfried Keller: „Keine Regierung und keine Bataillone vermögen Recht und Freiheit zu schützen, wo der Bürger nicht imstande ist, selber vor die Haustüre zu treten und nachzusehen, was es gibt" …

Mit freundlichen Grüßen.
Dr. K.-A. Hernekamp,
Hamburg 61

Wort des Tages

„Es ist gut, wenn wir bisweilen Widerspruch zu ertragen haben und man ungünstig und schlecht von uns denkt, auch wo wir recht gehandelt oder es gut gemeint haben. Das kommt oft der Demut zugute und schützt uns gegen Eitelkeit."

Thomas von Kempen, Theologe (1380–1471)

Ehrenberg stellt Programm zur Wirtschaftspolitik vor

Im neuen SPD-Konzept gibt es „viele alte Bekannte"

GISELA REINERS, **Bonn**

Es sei „Mode" geworden, das inzwischen erreichte „leichte Wachstum" schon Aufschwung zu nennen, sagte gestern der Vorsitzende der SPD-Kommission für Wirtschafts- und Finanzpolitik, Herbert Ehrenberg, in Bonn. Doch bei einem Wachstum von zwei bis drei Prozent in 1984 und einem gleich großen Produktivitätsfortschritt bleibe ein Beschäftigungseffekt aus.

Mit 2 bis 2,3 Millionen Arbeitslosen werde sich die SPD jedoch nicht abfinden. Deshalb habe die Kommission unter dem Titel „Arbeit für alle – die Zukunft gestalten" ein Programm zur Verknüpfung von Struktur- und Finanzpolitik, von Wirtschafts- und Umweltpolitik erarbeitet. Der Parteivorsitzende Willy Brandt habe es als „Startschuß" für eine intensive wirtschaftspolitische Diskussion bezeichnet, die den Höhepunkt des Parteitags im Mai bilden solle.

Der frühere Arbeits- und Sozialminister der sozial-liberalen Koalition verhehlte nicht, daß in seinem Konzept „viele alte Bekannte" anzutreffen seien. Das Neue sei jedoch die Verbindung einzelner Programmpunkte zu einem gemeinsamen Ganzen. Damit „Lambsdorff und andere" nicht wieder, wie nach dem Münchner Parteitag, Formulierungen wie „sozialistische Marterwerkzeuge" erfänden, betonte Ehrenberg, daß man zur Marktwirtschaft, aber mit sozialer Verpflichtung stehe. Schließlich sei der soziale Konsens lange Zeit der wichtigste Produktionsfaktor gewesen. Er gerate jetzt in Gefahr.

Sechs Schwerpunkte nannte Ehrenberg unter insgesamt 15 Abschnitten, die die wichtigsten Elemente der Strategie zur Schaffung von Arbeitsplätzen sein sollen. So sei es unumgänglich, die Wirtschaftsstrukturen zu verbessern, allerdings mit staatlichen Hilfen zur Anpassung und Modernisierung. In manchen Branchen sei Kapazitätsabbau auf mittlere Sicht unvermeidbar; andere könnten durch Modernisierung gesichert werden und wieder andere könnten „durch konsequente Innovation" Wachstumprozesse tragen. Doch bedeute Strukturwandel mehr als Modernisierung. Neue Arbeitsplätze könnten durch das Angebot neuer Dienstleistungen entstehen, zum Beispiel im sozialen und im Freizeitbereich. Zwar müsse die Bundesrepublik ein Industriestaat bleiben, doch stelle der Austausch von Dienstleistungen am Markt ebenfalls Produktion dar. Hier lägen noch große Reserven.

Weiter setzt die Ehrenberg-Kommission auf Beschäftigungseffekte durch Umweltschutz. Sie fordert eine Umweltabgabe nach dem Muster des Wasserabgabengesetzes. Aus den Erträgen könne ein Sondervermögen bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau aufgebaut werden, das mit Zinszuschüssen Umweltschutzmaßnahmen finanzierbar mache. So würden z. B. in den nächsten zehn Jahren 10 Milliarden für die Luftreinhaltung und 15 Milliarden für den Gewässerschutz benötigt. Die Entwicklung neuer Umwelttechnologien erschließe neue Export- und damit Beschäftigungsmöglichkeiten.

In diesem Zusammenhang setzte sich Ehrenberg für eine „Qualifizierungsoffensive" der Arbeitnehmer ein.

Britische Drucker sagen Streik ab

AP/DW. **London**

Die britische Druckergewerkschaft NGA hat gestern einen geplanten landesweiten 24stündigen Streik abgeblasen, nachdem sich die Führer des britischen Gewerkschaftsbundes TUC nicht auf eine geschlossene Unterstützung des Ausstandes einigen konnten. Wenige Stunden vor dem für 17 Uhr (MEZ) angesetzten Beginn des Streiks in der Londoner Fleet Street gab der stellvertretende Vorsitzende der NGA die „Aussetzung" bekannt.

Dem Entschluß war eine stürmische Sitzung des TUC vorausgegangen, die in der Nacht zum Dienstag mit einem offenen Bruch zwischen dem einflußreichen Ausschuß für Beschäftigungspolitik und dem Generalsekretär des Dachverbands, Len Murray, endete. Murray hatte im Anschluß an die Sitzung seinen erbitterten Widerstand gegen den mit neun gegen sieben Stimmen gefaßten Entschluß des Komitees angekündigt, den Ausstand der NGA zu unterstützen.

Acht britische Verlagshäuser hatten am Montag beim Obersten Gerichtshof in London eine einstweilige Verfügung gegen den Druckerstreik erwirkt. Murray sagte, das Komitee habe „nicht die Befugnis", den Streik zu unterstützen, weil dies einem Beschluß des erweiterten Vorstandes des TUC entgegenstehe, der illegale Gewerkschaftsaktionen verbietet. Ferner warnte er davor, daß die Frage des Druckerstreiks den TUC in eine schwere Krise stürze und den Zusammenhalt des Verbandes gefährden könnte.

Die NGA wollte mit dem Streik die Wiedereinstellung von sechs Arbeitern im Unternehmen des Verlegers Selim Shah erzwingen. Die sechs Drucker hatten gegen das neue Gewerkschaftsgesetz verstoßen, daß den Einsatz von betriebsfremden Personen als Streikposten vor anderen Unternehmen untersagt. Die betriebsfremden Streikposten wollten von dem Besitzer einer kleinen mittelenglischen Zeitungsgruppe die Zusicherung erzwingen, daß er in seinem Betrieb nur noch gewerkschaftlich organisierte Arbeiter einstellt.

Ein Gericht hatte die NGA daraufhin wegen illegaler Streikpraktiken zu Bußgeldzahlungen von insgesamt 675 000 Pfund (rund 2,7 Millionen Mark) verurteilt. Wegen Mißachtung richterlicher Verfügungen wurde außerdem das Gewerkschaftsvermögen von ungefähr 40 Millionen Mark vorerst dem Zugriff der NGA entzogen – die Gewerkschaft hatte schon zweimal betriebsfremde Streikposten eingesetzt. Schlichtungsverhandlungen zwischen der Gewerkschaft und dem Verlag waren am Freitag voriger Woche gescheitert, nachdem die NGA vom Verlag auf drei Millionen Pfund Schadenersatz verklagt worden war.

In einer Rede vor dem Unterhaus in London hatte Arbeitsminister Tom King erklärt, daß die Regierung nicht beabsichtige, in diesen Arbeitskampf einzugreifen. Zugleich hatte er aber die Gewerkschaft aufgerufen, den Streik abzusagen. Ein Streik könne nicht zu einer Lösung des Konflikts zwischen der NGA und dem Verlagshaus von Shah beitragen.

Seite 2: Drucker und Gesetz

Personalien

VERANSTALTUNGEN

„Sooft ich an München denke, ist mir, als ob Sonntag wäre und das schönste Wetter", zitierte Ministerialdirektor Dr. **Oskar Klemmert**. Der Stellvertreter von Bayerns Staatsminister **Peter Schmidhuber** in Bonn, warb in der Bayernvertretung am Rhein dieses Mal für München als Stadt der Touristen und Kongresse. Der bayerischen Werbung schlossen sich Münchens Fremdenverkehrsamt und seine großen Hoteliers an. Mit 40 Theatern, 30 Museen und 250 Tagungsräumen für 40 000 Gäste hat sich München auch im Jahr 1983 als großer Anziehungspunkt erwiesen. Zum zweiten Mal in diesem Jahrhundert wird die Landeshauptstadt die Fünf-Millionen-Grenze bei ihren Übernachtungen überschreiten. Rund eine halbe Million Übernachtungen in dieser Zahl verdankt man Besuchern der Internationalen Gartenbauausstellung. 1360 registrierte Kongresse und Seminare mit rund 250 000 Teilnehmern, die Mediziner stehen hier an vorderster Stelle, runden diese positive Bilanz mit ab. Münchens zweiter Bürgermeister, Dr. **Winfried Zehetmeier**, erinnerte daran, daß seine Stadt für Besucher noch mehr tun wolle: In Bonn präsentierte er den ersten umfassenden Münchner Museumsführer durch seine kostbaren Sammlungen. München wirbt auch fernab von Bonn mit seinen schönsten jungen Damen. Zu Gast im Bayernkeller war Michaela Pfeffer, Verkaufsleiterin im Sheraton und diesjährige Faschingsprinzessin der Stadt.



Die Maß bleibt voll, auch zum Jahresende im Bayernkeller. Auf den nächsten Münchner Fasching stießen Dr. Oskar Klemmert, links, und Faschingsprinzessin Michaela Pfeffer an. Rechts Münchens Zweiter Bürgermeister Dr. Winfried Zehetmeier. FOTO: KEIL

*

Nathan Natke Nir, Brigadegeneral d. R. der israelischen Streitkräfte und Vorsitzender von „Miteinander", der Vereinigung, die sich mit 400 Angestellten und 20 000 ehrenamtlichen Mitarbeitern um die Fürsorge für die Soldaten der israelischen Armee kümmert, hält sich in dieser Woche in der Bundesrepublik auf. Nir kam auf Einladung des Vorsitzenden des Deutschen Bundeswehrverbandes, Oberst a. D. **Heinz Volland**. Der Israeli möchte nicht nur soziale Einrichtungen der deutschen Streitkräfte besuchen, sondern ist vor allem auch interessiert, Panzerverbände des Heeres zu sehen. Nir gehörte mit ein paar Soldaten zu der kleinen Truppe, die 1964 in Munster, „verkleidet" in deutsche Uniformen, am Patton Panzer vom Typ M-48 ausgebildet wurde. Unter großer Geheimhaltung unterstützte damals die Bundesrepublik so den Staat Israel. Später, im Jom-Kippur-Krieg, führte Nir den Panzerverband, der als erster den Suezkanal überwand und die Ägypter im Rücken erfaßte. Wenn heute Nir davon erzählt, schwingt kaum Stolz über vollbrachte soldatische Taten in seiner Stimme. Ihn bewegt vielmehr die wehmütige Erkenntnis, daß Israel, so lange es existiert, sich seine Sicherheit mit dem Blut seiner Soldaten erkaufen mußte.

Differenzen in Ost-Berlin mit Berlinguer

hrk. **Berlin**

Ausgesprochen zurückhaltend und anscheinend über interne Äußerungen ihres Gastes aus Italien nicht glücklich, berichtete gestern die SED-Presse über den Besuch des Generalsekretärs der KPI, Enrico Berlinguer, in Ost-Berlin. Er traf mit seinem SED-Kollegen Erich Honecker und dem für andere kommunistische Parteien zuständigen Politbüro-Mitglied Hermann Axen zusammen.

In einer ADN-Meldung hieß es gestern lediglich, die Repräsentanten der beiden Parteien hätten einen „ausführlichen Meinungsaustausch" über die Politik ihrer Parteien zu internationalen Fragen geführt. Die Aussprache habe in einer „offenen und herzlichen Atmosphäre" stattgefunden. In der Regel umschreibt die Vokabel „offen" in derartigen Verlautbarungen deutliche Meinungsunterschiede in wichtigen Fragen. Berlinguer und Honecker trafen sich zum ersten Mal nach zehnjähriger Pause wieder. Auf der internationalen Karl-Marx-Konferenz im April dieses Jahres in Ost-Berlin ließ sich die KPI lediglich durch einen Funktionär der zweiten Reihe vertreten. Nach dem gewaltsamen Ende des Prager Frühlings war es zwischen der SED und der KPI zum Bruch gekommen.

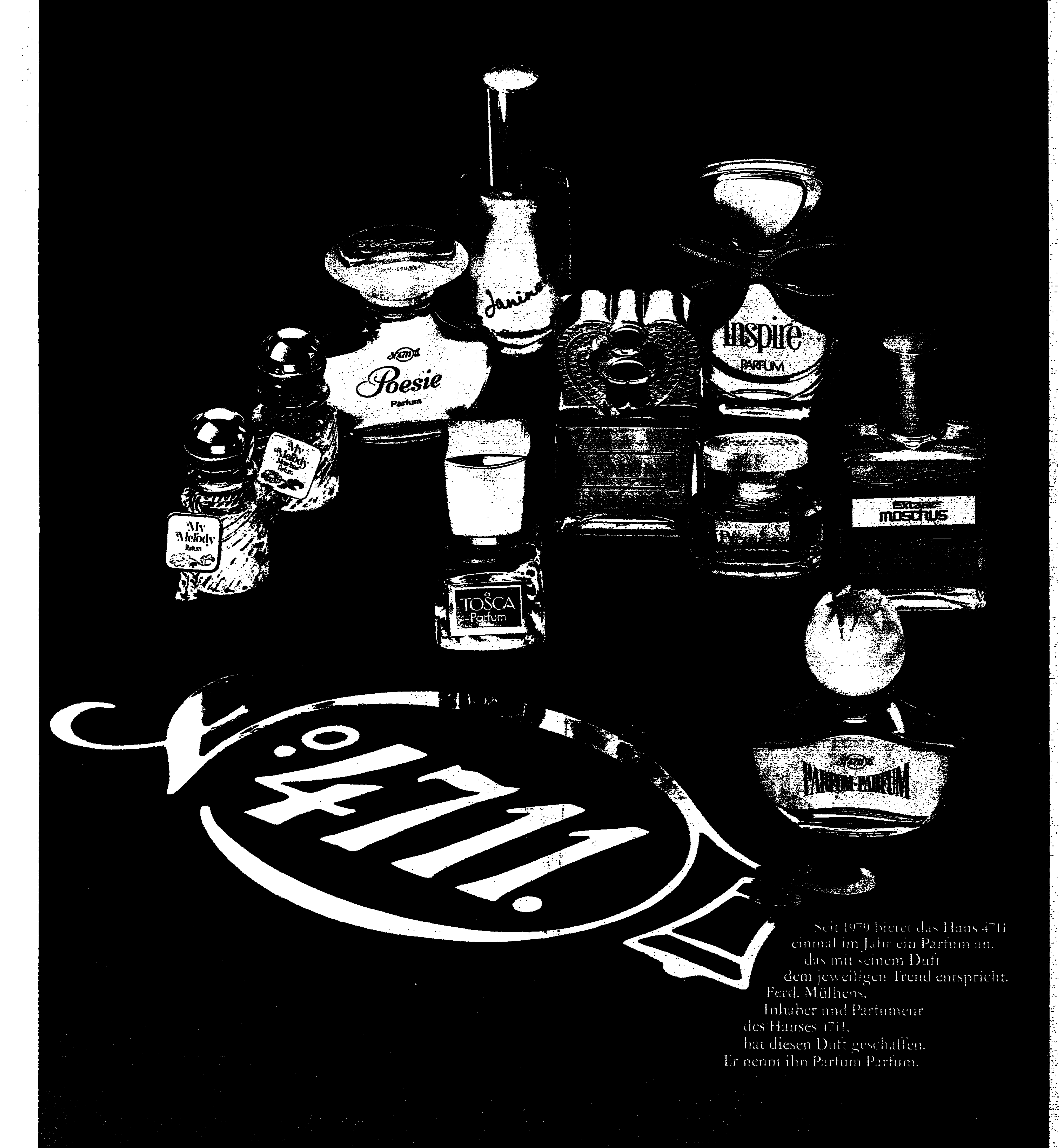
Abkommen über Rheinarmee

rmc. **Bonn**

Bonn und London haben die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten britischen Verbände der Rheinarmee im Falle einer politischen Krise mit Hilfe deutscher Unterstützungsleistungen beschleunigt auf ihren doppelten Umfang verstärkt werden können. Ein entsprechendes Abkommen wurde in Bonn vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Lautenschlager, und vom britischen Botschafter Taylor unterzeichnet.

Unter Inanspruchnahme der deutschen Leistungsgesetze sieht das Abkommen unter anderem vor, daß die deutsche Seite aus zivilen Quellen für Transport von Personal, Material, Munition und Betriebsstoff sorgt, desgleichen Instandsetzung sowie Fernmeldeeinrichtungen bereitstellt und die nötigen Arbeitskräfte zur Verfügung hält. Botschafter Taylor erklärte, Großbritannien werde in der Rheinarmee auch weiterhin „mindestens" 55 000 Mann Heeres- und 10 000 Luftwaffen-Soldaten unterhalten. London sei sich der gegenseitigen Abhängigkeit mit der Bundesrepublik in Fragen der äußeren Sicherheit voll bewußt: „Die Vorneverteidigung in der Bundesrepublik Deutschland ist die Vorverteidigung Großbritanniens."

Die Welt kostbarer Parfums



هكذا من الأصل



NACHRICHTEN

Steuer-Nachzahlung

Hamburg (sid) – Der deutsche Fußball-Meister Hamburger SV muß für den Zeitraum von 1976 bis 1982 eine Körperschaftssteuer in Höhe von 1 000 059 Mark nachzahlen. HSV-Schatzmeister Helmut Kallmann erklärte, der Klub habe mit dieser Nachzahlung gerechnet und dafür einen Betrag zurückgestellt.

München will Willmer

München (sid) – Der Fußball-Bundesligaklub Bayern München will Holger Willmer vom 1. FC Köln verpflichten. Köln fordert für den B-Nationalspieler 800 000 Mark, München möchte aber nur 500 000 zahlen.

Höher nach Nürnberg?

Nürnberg (sid) – Nach den Absagen von Pal Csernai, Friedel Rausch und Rinus Michels ist der Fußball-Bundesligaklub 1. FC Nürnberg an der Verpflichtung von Heinz Höher für den entlassenen Trainer Rudi Kröner interessiert. Höher, der in der Bundesliga Bochum, Duisburg und Düsseldorf trainierte, arbeitete zuletzt bei Olympiakos Piräus.

ZAHLEN

SKI NORDISCH

Weltcup-Springen, 90-m-Schanze in Thunder Bay/Kanada: 1. Oppas (Kanada) 220 Punkte (117,5+122,5), 2. Nykänen (Finnland) 218 (118,5+119), 3. Bulau (Kanada) 216,2 (114/119), 4. Ulaga (Jugoslawien) 211,7 (115/118), 5. Bauer (Deutschland) 201,5 (110/115). – Stand im Weltcup nach zwei Wertungs-Springen: 1. Oppas, Nykänen und Bulau je 40 Punkte, 4. Bauer 18.

BOXEN

Länderkampf in Hull/England: England – Deutschland 16:6: Fliegen: Nolan PS – Nießen; Bantam: S. Gertel PS – Evans, Feder English PS 3. Rd. – Vlachos, Leicht: Gies PS – Willis; Halbwelter: Jennings RSC 1. Rd. – Schäfer; Welter: H. Gertel RSC 3. Rd. – Hutchinson; Halbmittel: Douglas PS – Zielonka; Efa PS 3. Rd. – Bauer; Mittel: Schumacher PS – Weinand; Halbschwer: Wilson PS 3. Rd. – Spürgin; Schwer: Greenwood PS – Söntgen.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 1 971 347,80, 2: 98 567,30, 3: 7700,50, 4. 131,70, 5: 9,50. – **Toto:** Elferwette: Klasse 1: 12 626,90, 2: 348,80, 3: 31 40. – Auswahlwette „6 aus 45": Klasse 1: 2 550 841,70, 2: 115 933,50, 3: 6066,20, 4: 147,40, 5: 10,80. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 1298,40, 2: 69,30. – Rennen B: Klasse 1: 1062,30, 2: 171,80. – Kombinations-Gewinn: unbesetzt; Jackpot 136 918,60 (ohne Gewähr).

TENNIS

Turnier in Sydney, erste Runde: Lloyd (England) – Gerulaitis (USA) 7:5, 6:3. Hocevar (Brasilien) – Gehring (Deutschland) 5:1, Aufgabe von Gehring.

GALOPP / Der Entschluß des Werner Kraffczyk

Ein Jockey steigt aus und wird U-Bahn-Fahrer

KLAUS GÖNTZSCHE, Bonn

Am 12. August 1979 erschien in der Münchener Galopper-Fachzeitung „Turf" ein Jockey-Interview mit Werner Kraffczyk. Im letzten Absatz war zu lesen: „Der ruhige, aber ehrgeizige Werner Kraffczyk hat bis heute mit seinem Gewicht keinerlei Probleme und sieht deshalb der Zukunft gelassen entgegen." Am 15. Dezember 1983 beginnt bei der Stadt München ein Lehrgang für U-Bahn-Fahrer. Einer der Teilnehmer: der Jockey Werner Kraffczyk, 31 Jahre alt, 102 Siege im Rennsattel.

Vom gefragten Jockey der bayerischen Turfszene zum U-Bahn-Fahrer in die Anonymität. Sicher ein ungewöhnlicher Ausstieg. Kraffczyk wählte allerdings auch einen nicht alltäglichen Einstieg in den Pferdesport. Der gelernte Werkzeugmacher aus Augsburg war bereits 18 Jahre alt, als er mit einem Haflinger einen Ausritt unternahm. Er hatte sich bereits zur Technikerschule angemeldet, fuhr aber im Winter 1973, gegen den Willen der Mutter, nach München und trat eine Lehrstelle als Jokkey beim Trainer Richard Staudte an. Drei Jahre später bestand er die Prüfung als Lehrgangsbester. Der größte Erfolg gelang 1980: mit dem Schimmel Hohritt aus dem Stall Orient gewann er den Großen Preis der Badischen Wirtschaft, das Hauptrennen des Frühjahrs-Meetings in Iffezheim bei Baden-Baden.

Kurz nach dem großen Erfolg mit Hohritt lernte er aber auch gleich die Schattenseiten kennen: Hohritts Besitzer, Oskar Beutenmüller aus Rottach-Egern, warf ihm vor, er beschäftige sich zuviel mit seiner Freundin (die er kurz danach heiratete) und zu wenig mit den Pferden. Die Wege des Besitzers und des Jockeys trennten sich.

Kraffczyk: „Ich habe in den letzten Jahren die Höhen und Tiefen in diesem Sport ausgiebig kennengelernt. Aber schon vor einem Jahr habe ich mich bei der Stadt München beworben, jetzt kam der Bescheid. Viele Kollegen erklären mich für verrückt. Aber ich habe in letzter Zeit viele Jockeys kennengelernt, die später Trainer wurden. Diesen Job möchte ich nicht machen – und ein Leben lang im Stall arbeiten macht auch keinen Spaß. Schließlich kann man nicht ewig Rennen reiten."

Werner Kraffczyk zieht die soziale Hängematte als U-Bahn-Fahrer bei der Stadt einer ungewissen Zukunft im Rennsattel vor. Aber er gesteht auch ein: „Mein Herz hängt immer an den Pferden. Ich werde bestimmt in meiner Freizeit oft auf der Rennbahn sein, wenn es der Schichtdienst erlaubt. In der U-Bahn kommt dann eben keiner mehr an mir vorbei, da habe ich stets die Nase vorn." Nach Ablauf einer Frist von drei Jahren besteht im übrigen für Kraffczyk die Möglichkeit, eine Lizenz als Amateur-Reiter einzureichen.

Der Jockey aus München ist nicht der erste Aussteiger aus dem Sattel. Sein Kollege Manfred Kosman, 1976 in den Bestechungsskandal verstrickt, betreibt mit seiner Ehefrau in Duisburg-Meiderich eine Imbißstube. Kosman hat immerhin über 400 Rennen gewonnen. Michael Rath aus Neuss gewann mit der Stute Alarla 1979 die beiden klassischen Prüfungen Schwarzgold-Rennen und Preis der Diana. Dann beendete er die Jokkeylaufbahn (allerdings vornehmlich aus Gewichtsgründen) und begann einen Job bei der Bundespost.

EISHOCKEY / Wieder Remis gegen Kanada

Kühnhackl: „Das ist eine sensationelle Entwicklung"

W. NIERSBACH, Vancouver

Mit seinem 114. Länderspiel-Treffer sicherte Erich Kühnhackl der Deutschen Eishockey-Nationalmannschaft im dritten Duell mit Kanadas Olympia-Team das zweite Unentschieden. Nach dem 1:4 von Edmonton und dem 5:5 von Calgary hieß es nun in Vancouver an der kanadischen Pazifikküste 2:2 (1:0, 1:1, 0:1). Und so sicher, wie er mit einem herrlichen Rückhandschuß genau in den Torwinkel getroffen hatte, nannte der Kapitän aus Landshut sein Fazit: „Früher haben wir in Kanada brav verloren und sind obendrein verdroschen worden. Jetzt spielen wir mit. Das ist eine sensationelle Entwicklung."

Die Rückkehr des jahrzehntelangen Klassenunterschiedes hatte Xaver Unsinn befürchtet. Denn während der deutsche Bundestrainer seine Schützlinge praktisch erst am Flughafen versammeln konnte, hatte der kanadische Widersacher Dave King seit August 35 Tests mit seinen Sarajevo-Kandidaten absolvieren können. Von der besseren Vorbereitung war jedoch nichts zu sehen. Vielmehr meinte der Landshuter Helmut Steiger: „Nur die einheimischen Schiedsrichter haben unsere Siege verhindert. Leider sitzen die Kanadier immer noch auf dem hohen Roß und halten sich für die Größten, weil sie irgendwann einmal das Eishockey erfunden haben."

Sicherlich bildete die sehr gute Kondition die Basis für das erstaunlich gute Abschneiden. Genauso wichtig aber waren die vielen Einzelgespräche, die Xaver Unsinn auf den Zimmern der Spieler, in der Hotelhalle, im Bus oder noch am Tag des letzten Spiels beim Air-Canada-Flug nach Vancouver führte. Thema Nummer eins: Die Härte, ja Brutalität zwischen Nationalspielern, die unmittelbar vor der Abreise im Bundesliga-Spiel Mannheim – Rosenheim erneut eskaliert war. Dazu Erich Kühnhackl: „All das, was unheilvoll in der Luft lag, ist ausgeräumt worden. Die Moral und der Geist der Mannschaft haben unter den Vorkommnissen in der Bundesliga nicht gelitten."

Xaver Unsinn („Hoffentlich werden nun noch einige fanatische Vereinsfunktionäre vernünftig") will einen Strich unter die leidigen Geschehnisse gezogen sehen. Zwangsläufig richtet sich seine Konzentration nach der Nordamerika-Tournee, die offiziell erst am Samstag mit einem Spiel beim US-Universitätsmeister in Madison endet, auf das Personal-Puzzle. Talente wie die Mannheimer Niederberger, Obresa und Adam drängten sich auf, außerdem erwähnt er neben den 23 Nordamerika-Fahrern noch daheimgebliebene Kandidaten wie Torwart Weishaupt, Verteidiger Scharf und das Rosenheimer Stürmertalent Ahne. Unsinns olympisches Kernproblem: Im Gegensatz zur WM dürfen nicht 22, sondern nur 20 Spieler nominiert werden.

Diese Reduzierung bringt es mit sich, daß durchaus nur mit drei Sturmreihen operiert werden kann.

Diesen Sarajevo-Ernstfall mußte Unsinn vor 3582 Zuschauern in Vancouver im letzten Drittel durchexerzieren. Die Erkenntnisse machten ihm Mut. Denn nach einem 0:2-Rückstand führte die Aufholjagd, die Marcus Kohl in der 35. Minute nach dem Anschlußtor eingeleitet hatte, zum erhofften Gleichstand durch Erich Kühnhackl.

SKI ALPIN

Ingemar Stenmark hat das Siegen doch nicht verlernt

dpa, Courmayeur

Das Pech des Andreas Wenzel war diesmal das Glück des Ingemar Stenmark. Der 27jährige Schwede gewann im italienischen Courmayeur den zweiten Weltcup-Slalom des Olympiawinters und feierte damit seinen ersten Saisonerfolg. „Das war der Ausgleich", schmunzelte Stenmark, nachdem der klar führende Liechtensteiner Wenzel im zweiten Durchgang an einer Torstange scheiterte. Elf Tage zuvor hatte Andreas Wenzel beim Weltcup-Auftakt in Kranjska Gora gesiegt, weil Stenmark im zweiten Lauf „ausstieg".

Weltmeister Stenmark, der in Sarajevo wegen der B-Lizenz nicht starten darf, lag nach dem ersten Lauf deutlich zurück, nur an dritter Stelle, bot aber wieder einen seiner berühmten zweiten Durchgänge, mit denen er die Konkurrenz distanzierte. Auch der Jugoslawe Bojan Krizaj, hinter dem Schweden Zweiter, vermochte angesichts dieser Leistung nur noch den Kopf zu schütteln. Dritter wurde auf der durch ständig wechselnde Schneeverhältnisse schwierigen Piste der Amerikaner Steve Mahre. Mit seinem vierten Rang verdrängte der Schweizer Pirmin Zurbriggen mit 72 Punkten seinen bisher im Gesamtweltcup führenden Landsmann Franz Heinzer (65 Punkte) vom ersten Platz. Der Allrounder Zurbriggen gilt als einer der Favoriten für die Trophäe.

Auf der „katastrophalen Piste", wie der österreichische Trainer Peter Prodinger schimpfte, gab es serienweise Ausfälle. Nur knapp ein Drittel der Teilnehmer kam in die Wertung. Auch Stenmark, der seinen Vorjahreserfolg in Courmayeur wiederholte und die Zahl seiner Weltcupsiege auf 73, davon 35 im Slalom, schraubte, anerkannte die Nachteile für die Läufer mit hohen Startnummern: „Bei den späteren Fahrern ist die Piste teilweise gebrochen."

Zu den Opfern dieses Slaloms zählten zahlreiche Weltklassefahrer wie die Schweden Stig Strand und Bengt Fjällberg, die Österreicher Christian Orlainsky und Klaus Heidegger, Marc Girardelli (Luxemburg), der Bulgare Peter Popangeloff und der Weltcupverteidiger Phil Mahre sowie der Schweizer Max Julen, der am Vortag den Riesenslalom gewonnen hatte.

SCHACH

Kasparow fehlt jetzt noch ein Punkt zum Sieg

dpa, London

Gari Kasparow (UdSSR) fehlt zum Einzug in das Finale des Kandidatenturniers um die Schach-Weltmeisterschaft nur noch ein einziger Punkt. In der 9. Partie gelang dem 20jährigen am Montag in London bereits der dritte Sieg gegen seinen 32 Jahre älteren Gegner Viktor Kortschnoi und damit vor den letzten drei Runden die 5,5:3,5-Führung.

Der mit den schwarzen Figuren spielende Kortschnoi, vor Jahren aus der UdSSR über Holland in die Schweiz emigriert, gab bereits nach dem 30. Zug – in völlig aussichtsloser Position – resigniert auf. Der Sieger hatte mit der Katalanischen Verteidigung eröffnet, aber schon hierauf antwortete Kortschnoi nach Auffassung von Großmeister Leonid Schamkowitsch „völlig unverständlich".

Es waren noch nicht einmal vier Stunden und gerade erst der 30. Zug gespielt, als Kortschnoi seinem Kontrahenten zum Sieg gratulierte.

Der Sieger aus Kasparow – Kortschnoi trifft im Finale auf den Gewinner aus Wassili Smyslow (UdSSR) – Zoltan Ribli (Ungarn). In diesem Halbfinale führt Kasparows Landsmann ebenfalls 5,5:3,5.

Lesen Sie morgen in der WELT die Notation der 9. Partie und den Kommentar von Großmeister Ludek Pachman.

BOXEN

Die Talfahrt hält weiter an

dpa, Hull

Bei den deutschen Amateurboxern ist ein halbes Jahr vor Los Angeles ein Ende der Talfahrt nicht in Sicht. Das 6:16 in der Nacht zum Dienstag im Länderkampf gegen England in der Hafenstadt Hull bedeutete nach den Enttäuschungen bei den Europameisterschaften im Mai in Varna und den Deutschen Meisterschaften vor drei Wochen in Köln erneut ein Rückschritt. In elf Kämpfen durchbrachen nur der Olympia-Kandidat Stefan Gertel (Worms) mit einem souveränen Punktsieg im Bantamgewicht und Weltergewichtler Helmut Gertel (Worms) sowie Reiner Gies (Kaiserslautern) im Leichtgewicht die Siegesphalanx der kampfstarken Briten.

STANDPUNKT / *Happel und Netzer stehen zu ihren Fehlern*

Nun ist Ernst Happel, der Trainer des deutschen Fußball-Meisters Hamburger SV, mit seiner Geduld endgültig am Ende. Stunden vor dem Weltcup-Finale, das am Sonntag mit 1:2 gegen Porto Alegre verloren wurde, hatte Happel in der Mannschaftssitzung jegliche Zurückhaltung aufgegeben. An die Adresse von Dieter Schatzschneider und Wolfram Wuttke richtete er das Wort: „Wenn sie nicht besser werden, müssen beide eben wieder verkauft werden. Egal, ob sie einen Vertrag haben."

Manager Günter Netzer, stets in gedanklicher Übereinstimmung mit dem Trainer, tat das, was er immer tut: „Ich stehe voll hinter Happel." Es spricht für den Trainer und den Manager, daß sie jetzt wenigstens zu ihren Fehlern stehen. Selbstverständlich konnte niemand ahnen, daß die Probleme mit den beiden Neuen derart groß werden würden. So lange es ging, übten Netzer und Happel Geduld und forderten dies auch von den Kritikern. Doch allmählich hat der HSV so viel von seinem renommierten Ruf in aller Welt verloren, daß jetzt jede Zurückhaltung fehl am Platze wäre.

Mittlerweile weiß niemand mehr, wie Schatzschneider und Wuttke beizukommen sein soll. Wenn sie es selber nicht allmählich begreifen, worum es geht, wäre eine möglichst schnelle Lösung das Richtige. Denn auch das stimmt: Der kleinste Verlust ist immer noch der beste. ud

IMMOBILIEN – KAPITALIEN

N E U

Flitchlord Investments, ein erfahrener Partner!
Devisenansagedienst:
Montag, 10 Uhr – Freitag, 14 Uhr
Automatischer Infoservice:
Freitag, 14.30 Uhr – Montag, 9.30 Uhr
Tel. 0 30 / 8 82 61 32

N E U

Zinsgünstige Kredite gegen Aval oder entsprechende Sicherheiten und Anlagen-Leasing auf Liborbasis oder fest. Ab DM/sfr 250 000,–.
EUCOM AG
Dreikönigstr. 35, 8002 Zürich
Tel. 00 41 1 202 48 24/25
Telex: 0045 58 624

Bad Bellingen
Erstbez., Bj. 82, 2½-Zi.-Whgn. i. kl. Wohnanlage, v. Priv., 82 m² (21/16/7), Wohnkl. 16 m², Bad, Loggia 14 m², Bl. auf Vogesen, 5 Min. z. Thermalbad, DM 243 000,– inkl. Garage.
Tel. 0 40 / 39 74 59

Die Immobilien-Spezialisten der LBS

Renditeobjekt
15-Fam.-Haus i. Unistadt Paderborn, Bj. 1982, solide Bauausf. wie Verkl. Garagen, gut vermietb., Wfl. 1020 m². Öffentl. Mittel DM 1 432 000,–; Mieteinnahme DM 82 130,– p. a.; Aufwand f. öffentl. Mittel DM 21 480,–; Kaufpreis DM 2 Mio.
Landesbausparkasse J. Bade
4790 Paderborn, Rathausplatz 4
Tel. 0 52 51 / 2 38 38

LBS IMMOBILIEN GMBH

Fünfzig Prozent garantierter Gewinn!
Einen 50%igen Gewinn auf Ihre Gesamtanlage im Zeitraum von 5 Jahren garantiert Horizont 2000 in Zusammenarbeit mit einer bekannten US-Versicherungsgesellschaft. Langfristigeren Anlegern winken Profite aus jährlichen Ernten, die auf durchschnittlich 85% vom 6. bis einschl. 20. Anlagejahr projektiert sind. Jährliche Gewinne, ausgezahlt auf 3-Monats-Basis, können über Generationen weiterfließen. Informationsmaterial in Englisch, Französisch, Deutsch und Arabisch (Angebote von Maklern erwünscht) erhältlich durch: Globe Plan SA – Av. Mon-Repos 24 – CH-1005 (Schweiz), Tel. (00 41 21) 22 35 12, Telex 25 185 melis ch

---

„Fast" ein Vorort Hamburgs!

ELMSHORN

Der Unternehmensstandort im Hamburger Raum

- Industrie- u. Gewerbegrdst. ab 2000 m² zu Preisen v. ca. 30,– DM/m²
- Produktions-, Lagerh. u. Bürogeb. zum Kauf oder Miete ab 5,– DM/m²
- Elmshorn (44 000 Ew.), 25 km n.ö. von Hbg., offeriert Ihnen weiterhin:
- Exzell. Straßen und Bahnverbd. (20 bis 25 BAB-Min. zur Hamb.-City)
- Qualifizierte Arbeitskräfte
- Investitionshilfen bis 10 %
- Interess. Lohn- und Gehaltsniveau
- Modernsten Gewerbeat. freiesatz

Gern inform. wir Sie über Weiteres. Schreiben Sie uns, od. rufen Sie uns an!

Stadt Elmshorn
Referat für Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung, Schulstraße 15–17, 2200 ELMSHORN, T. 04121/231-1, 231275

Ingrid Vahle **ab 15% p.a.** Vermögensberatung
Zuschriften unter S 9214 an WELT-Verlag, Postfach 100864, 4300 Essen

---

KONSTANZ/BODENSEE
BAUHERRENGEMEINSCHAFT
HAUS HALM

Das historische Haus Halm als neues attraktives Wohn- und Geschäftszentrum mitten in Konstanz-Altstadt, 130 m vom See ● Zweigeschossige Passagen mit 2000 m² Geschäftsraum hinter Arkaden (u. a. Restaurant, Café, Treffs) ● 2000 m² Wohnungen unterschiedlicher Größe, z. T. Balkone, Dachterrassen, Wintergärten ● Viele mit Seeblick ● Alle steuerlichen Vorteile des Bauherrenmodells, zusätzlich 10 Jahre jährlich 10% Sonderabschreibung nach § 82 i EStDV für denkmalgeschützte Bauten, hohe Rendite, *Liquiditätsüberschuß in Bau- und Mietphase möglich*, erfahrene Vertragspartner.

gps GESELLSCHAFT FÜR PROJEKTSTEUERUNG IM BAUWESEN MBH
GEBHARDPLATZ 30 7750 KONSTANZ
07531 · 63018

Viele Firmen werben damit, daß ihre Objekte bis zum 31. 12. 1984 fertiggestellt sind. Unsere Häuser können Sie bereits „anfassen"!
Viele Firmen werben mit extrem hohen „Verlustzuweisungen".
Bei unseren Angeboten stehen Lage + Substanz im Vordergrund; der steuerl. Vorteil ist ein zusätzliches „Bonbon"!
Viele Firmen bieten Ihnen eine sehr hohe Mietgarantie. Unsere Wohnungen sind bereits gut + zum nachhaltig erzielbaren Mietzins vermietet, eine „Mietgarantiegebühr" fällt somit auch nicht an!
Bei relativ hohen Einstandspreisen werben viele Anbieter mit einem „programmierten Wertzuwachs". Der Gesamtaufwand unserer Angebote ist am konventionellen Immobilienpreisniveau orientiert, manchmal auch darunter. Einen Preisvergleich können Sie selbst anhand vergleichbarer Objekte vornehmen und somit auch einen evtl. Wertzuwachs einschätzen.
Viele Anbieter haben im Gesamtaufwand bereits alle anfallenden Kosten wie Grunderwerbsteuer, Notar- + Grundbuchkosten, werbungskostenfähige Gebühren usw. berücksichtigt.
Wir auch – der Gesamtaufwand unserer Angebote berücksichtigt darüber hinaus auch noch die anfallenden Modernisierungs- + Renovierungsmaßnahmen zur Verbesserung der Objektsubstanz.
Unsere Angebote befinden sich an nachfragestärksten, innerstädtischen Standorten (unabdingbare Voraussetzung für nachhaltige Vermietbarkeit, Renditesteigerung + späterer Wiederverkäuferbarkeit):

Berlin, Alt-Tempelhof direkt am Bosepark
Münster, Erpho-/St.-Mauritz-Viertel, ca. 500 m von der Promenade entfernt
Paderborn-Südstadt, ca. 5 Gehminuten von Universität und Stadtmitte entfernt

Wenn sie in diesem Jahr noch gesicherte steuerliche Vorteile durch den Erwerb einer Immobilie in Anspruch nehmen möchten, sollten Sie unbedingt 5 Minuten Ihrer Zeit für ein persönliches Telefonat opfern – vielleicht die erfolgreichsten 5 Minuten dieses Jahres für Sie.

Tel. 0251/54243 oder 51381 (Büro Münster)
Tel. 05222/4324 oder 58697 (Büro Bad Salzuflen)
Tel. 089/8112055 oder 8113766 (Büro München)

HVAT
Hamburger Vermögensanlagen Treuhand GmbH
Regionalbüro, Ludgeristr. 58, 4400 Münster

Frankreich

75 km nördlich von Paris, im Dreieck Buvads–Creil–Clermont zu verkaufen:

Romantische Villa

auf einer Insel gelegen, große Halle, 5 Schlafzimmer, 2 Bäder, Terrasse und parkähnlicher Garten sowie Fabrikgebäude mit Hausmeisterwohnung und Büro, bebaute Fläche 1400 m², Gesamtgrundstück ca. 15 000 m². Preis: ca. FF 1 Mio.

Zuschriften unter V 2912 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Wenningstedt/Sylt
Hinter den Dünen direkt am Strand! Einmalig schöne Lage!
Bauherrenmodell „Sturmfried"
Nur 16 Appartements mit hohen Steuervorteilen und MwSt.-Rückerstattung!
Dringend! Letzter Stichtag: 31. 12. 83
Dr. H.-D. ALLNER 07 11 / 73 21 77
ITCGmbH, Pf. 80 65 06 auch Sbd/Stg.
7000 Stuttgart 80 14–18 Uhr

Dithmarschen/Nordfriesland
Resthöfe, Einfamilienhäuser, z. T. m. Reetdach, Eigentumswohnungen in Nordsee- und Eidernähe.
Preis 70 000,– bis DM 700 000,–.
P. Paulsen, Dipl.-Ing., Immobilien, 2241 Strübbel, Tel. 0 48 37 / 2 28

Noch für 1983 weniger Steuern! Mit dem sicheren NATO-Bauherrenmodell Idar-Oberstein. Das Spitzenbauherrenmodell in Europas Edelsteinmetropole!
Fordern Sie ausführliche Unterlagen an.
Nur noch 2 kleine separate Bauherrengemeinschaften.
Eigentumswohnungen in Hanglage – und den besonderen Vorteilen: Mehrwertsteuererstattung, Mietpartner: öffentlicher Gewährsträger.

Immobilienvermittlungs- und Verwaltungs GmbH
Marsstr. 89, D-4232 Xanten
Tel. (0 28 01) 40 71 - 73
SEDES

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

Der Freistaat Bayern
verkauft bzw. verpachtet in 8396 Wegscheid/Bayer. Wald herrl. geleg. landw. Betrieb, ca. 18,5 ha, gute Bonität, voll arrond., leichter Südhang, eig. Wasserversorg., Wirtschaftsgeb. u. Stall, guter Zustand, Wohngeb. reparaturbedürftig.
Angebote schriftlich bis spätestens 31. 12. 1983 an
Finanzamt Passau – Vermögensverwaltung – 8390 Passau, Innstraße 36, Tel. 08 51 / 50 42 05

Oberhausen
Nähe BAB-Kreuz Ob., Anf. 1984 von Priv. z. verm.: Räume f. Handel/Lager/Produktion – Büro u. Sanitär, Heizung und Parkplätze. Mietpreis DM 5,–/²/Monat, 180 m² ebenerdig – 250 m² Keller (auch getrennt).
Anfr. u. K 2903 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Die
BAHAMAS
Trauminseln der Welt. Einer Ihrer Nachbarn ist z. B. Prinz Charles, auf „seiner" Hochzeitsinsel verkaufen wir exklusiv an einen begrenzten Personenkreis traumhafte Baugrundstücke, bebaut oder unbebaut, mit eig. Ozeanstrand, Straße, Elektrizität, Wasser und Telefon.
Grundst. ab 2000 m² ab 59 000,– US-$!! Die Bahamas, Steuerparadies, verkehrsgünstig gelegen zu USA und Europa.
Ein Projekt der CORCOVADO Ltd. – exklusiv vertreten durch:
HEKA-Immobilien, „Der Makler des gehobenen Genres"
Infos: 62 W., Kl. Frankfurter Str. 2, Tel. 0 61 21/30 77 29

Jordanische Importfirma
sucht Geschäftsverbindung mit Herstellern folgender Produkte: Konserven, Nahrungsmittel, Gewürze, Haushaltswaren, Kleidung, Schuhen, Spielzeug, elektr. Installationsmaterial, Sportartikel, Lederwaren, Gemälden und Kunstobjekten.
Nehmen Sie bitte Kontakt mit uns auf. Korrespondenz in Englisch.
SHATE TRADING COMPANY
P. O. Box 910208, Abdali, Amman, Jordanien
z. Hd. Mr. Z. Rawashdeh

Für ausbaufähigen Markt suchen wir
HERSTELLER!
Wenn Sie Produzent für die Bereiche
Solitär- u. Gesellschaftsspiele ...
Kurzfristige kommunikative Freizeitgestaltung ...
Heimsport ...
sind, sollten Sie unser Interesse an Ihrem Unternehmen mit der Zusendung einer Sortimentsübersicht wecken.
Rolf Kallert, In der Sierpke 11, 5768 Sundern

1½-Zimmer-Wohnung
ca. 55 m², möbl., Balkon, Sauna, Schwimmbad im Hs.
Tel. Ddf. 02 11 / 63 23 21

Baden-Baden
Im historischen Villenviertel oberhalb Kurhaus und Theater haben Sie heute noch die seltene Gelegenheit, eine vorzügliche Eigentumswohnung in solider handwerklicher Bauweise und eleganter Ausstattung zu erwerben.
Außerdem sparen Sie im Ersterwerbermodell Steuern und sichern den Wert Ihres Geldes:

Z. B. beträgt bei einer Wohnfl. von 90,40 m² der Kaufpreis	DM 380 000,–
erforderl. Eigenkapital 10% =	DM 38 000,–
Fremdkapital zu 5,25% Zins, Auszahlung 91,5%, 3 Jahre fest.	
Einkommensteuerersparnis bei Vermietung in 8 Jahren bis	DM 162 997,–

Bitte informieren Sie sich vollständig, informieren Sie sich jetzt!
Apartbau Baden-Baden
Apartbau-GmbH Bauträger- und Betreuungsunternehmen
7570 Baden-Baden
Maria-Viktoria-Straße 3
Telefon (0 72 21) 2 44 04

Südschwarzwald
Eigentumswohnungen in Hofsgrund-Schauinsland bei Freiburg
2 u. 3 Zimmer, von 45,71 m² bis 89,60 m² Wohnfl., teils als Maisonette-Wohnung.
In Feldberg-Falkau
2 u. 3 Zimmer, von 50 m² bis 78,80 m² Wohnfl.
Im Kurort Lenzkirch
1½ bis 2½ Zi., von 46,64 m² bis 59,92 m² Wohnfl.
Ausführl. Prospektmaterial erhalten Sie durch:
GISINGER WOHNBAU
7800 Freiburg, Karlstraße 6

NELDEL DIE GUTE IMMOBILIE
Neldel GmbH & Co. KG · Wohnungsbauunternehmen
Rühmkorffstr. 1 · 3000 Hannover · 0511/39 0 20
Ersterwerbermodell
Studenten-Appartements
3-geschossige Bauweise mit ausgebautem Dach
im Zentrum des neuen Göttinger Universitätsviertels, Ginsterweg. Möblierte 1- u. 2-Zimmer-Wohnungen von ca. 16 m² – 52 m² mit Dusche, Bad, integriertem Küchenblock und teilweise Balkon. Z. B.: 1-Zi.-Whg. 18,19 m² mit Balkon, DM 63.665,-. Vermietungssicherheit.
Fertigstellung zum Semesterbeginn Herbst '84.
Top-Kapitalanlage mit MWSt.-Option.

Welcher Unternehmer
benötigt Persönlichkeit fortgeschrittenen Lebensalters mit großer Lebens- und Berufserfahrung, leistungs- und anpassungsfähig, gesund. Grundausbildung: Bank, Absatz, Marketing, rechtserfahren, in Spitzenpositionen und eigenem Unternehmen. Inserent steht für verantwortungsvolles Mandat vertretungs- oder überbrückungsweise zur Verfügung im Raum München, Oberbayern. Bankreferenz, eig. kompl. Büro, Kfz. stehen zur Verfügung. Zuschr. werden erb. und streng vertraulich behandelt unt. Z 2191 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Aktiver Kaufmann sucht Industrievertretung
Angebote erbeten unter PY 47 372 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Zu verkaufen:
Coffee-Shop
sehr gute Existenz, in North-Hollywood, 98 000 DM, Gebäude u. Inventur inkl., von deutsch. Ehepaar. Englisch u. Fachkenntnisse nicht erforderl. Tourist-Visa Bedingung. 50 000 DM Anzahlung. Wir helfen in allen Fragen. Unter:
Rose's Mini-Truck-Stop
12644 Sherman Way, North Hollywood CA 91605 – USA

Dr.-Titel mit Namen gesucht?
Sind Sie ein Unternehmen, das zur Image-Verbesserung und zur Steigerung der Werbewirksamkeit einen attraktiven Namensgeber bzw. Mitgesellschafter (ohne Kapital) sucht? Dr.-Titel und Name warten auf Sie.
Zuschriften unter W 2957 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Interessant nicht nur für kleine u. mittlere Unternehmer: erfolgreiche Werbung = Spitzengrafik, Text, Fotografie ... jetzt im Direktkontakt mit den Gestaltern zu Billigpreisen. Anfr. u. G 2709 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Weihnachten in Spanien
Vom 26. 12. 1983–13. 1. 1984 findet eine Immobilien-Sonderbesichtigung von der Costa Brava bis zur Costa Blanca statt. Vom Bungalow bis Eigent.-Wohn. können Sie alles unverbindlich besichtigen.
Auskunft erteilt:
Fa. Schöneberger
St. Wendel, Tel. 0 68 51/50 10

Wohnanlage
136 WE, überw., 3 ZKB, Baujahr 1925, 1978/79 vollst. modernisiert. Neu: Bäder, Kunststoff-Isol.-Fenster, ZH mit Ww, Dächer, Be- und Entwässerung, Antennen, Fassaden. Wohnfl. rd. 10 200 m², Grundst.-Größe rd. 11 900 m². Jahreskaltmiete ca. 700 000 DM, Kaufpreisf. 6,8 Mio. – Anlage ist auch gut zur Aufteilung in Eigent.-Wohng. geeignet.
Telefon 05 61 / 19 37 73, App. 6 82

Mannheim-Käfertal
2-Zi.-ETW, 68 m², Hochpart., Südseite, Bj. 78, 139 000,– zuzügl. Garagenplatz 13 000,–; v. a. Privat.
Tel. 0 41 94 / 71 26

Suche Kooperation zu Firmen, die den § 34c GewO benötigen. Zuschr. u. N 2577 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Technische Unternehmensberatung
Time Engineering
Dipl.-Ing. Michael Meixner VDI
Mutzer Str. 2, 506 B. Gladbach 2
Tel. (0 22 02) 5 42 87

Spanien
2 junge Deutsche mit Kapital und Ideen suchen Beteiligung/Mitarbeit, Übernahme von **Disco/Bar** o. ä.
Tel. 0 40 / 5 40 25 81

Handelsvertretung gesucht!
Techn. Kaufmann, 43 J., Wohnung HH, sucht Vertretung im Raum HH, SH, Nord-Niederz., Außendiensterfahrung im Objektbereich für Fenster, Trennwände u. Akustikdecken.
Angeb. erb. u. G 2813 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

50% (!) mehr UMSATZ
erzielte der weltbeste Verkäufer mit seiner Methode, Kunden zu betreuen. Jeder Betrieb könnte das auch erzielen! Wie? Fragen Sie an bei CADICS, 4300 Essen 15, Niederweniger Str. 49, Tel. 02 01 / 48 00 24

Achtung Kapitalanleger!

Auf Vorschlag des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages vom 23.11.1983 zur Änderung des Einkommensteuergesetzes sollen ab 1.1.1984 Verluste aus Vermietung und Verpachtung im Rahmen des Vorauszahlungsverfahrens erstmals im Kalenderjahr nach Anschaffung oder Fertigstellung der Immobilie berücksichtigt werden.
Das bedeutet: Nur wer noch in 1983 ein Steuermodell zeichnet, kann die Möglichkeit der Herabsetzung der Vorauszahlung im Jahr 1984 letztmalig nutzen.

Wichtige Steuerinformation

Wir empfehlen Ihnen: Zeichnen Sie noch in diesem Jahr eine Wohnung in einem unserer Sanierungsmodelle (denn nur das Sanierungsmodell bietet Ihnen besonders hohe Steuervorteile und damit eine gute Wirtschaftlichkeit).
Unser Angebot: Sanierungsmodell in München in Top-Lage im Stadtteil Lehel, Gesamtwerbungskosten ca. 320 %, bez. auf 15 % EK incl. § 82 i EStDV (Denkmalschutz).
Sanierungsmodell in München-Bogenhausen, Top-Lage, Gesamtwerbungskosten ca. 280 %, bez. auf 15 % EK incl. § 82 i EStDV (Denkmalschutz).
In beiden Objekten sind nur noch wenige Wohnungen frei. Es handelt sich um besonders schöne denkmalgeschützte Altbauten. Wenn Sie sich noch in diesem Jahr entscheiden wollen, senden wir Ihnen gerne den ausführlichen Angebotsprospekt zu. Bitte rufen Sie uns an!

Beratung u. Vertrieb. 7250 Leonberg, Postfach 14, Tel. 07152/205 201
Volksbank Raiffeisenbank Leonberg eG

„SCHLUCHSEE"
Eine der letzten Möglichkeiten in bester Ortslage Eigentumswohnungen in einem 4-Familien-Haus zu erwerben.
Absolute Festpreise, bei Fremdvermietung 10% Mehrwertsteuer-Erstattung möglich.

44,46 m²	DM 205 000,–
51,77 m²	DM 235 000,–
45,90 m²	DM 212 000,–

(incl. Garage, bzw. Stellpl.) zzgl. 3,42% Maklerprovision
GbR E. Liesegang / R. Hüskes
Harnischstraße 8
4048 Grevenbroich 1
☎ 0 21 81 / 50 05

Bad Oeynhausen
Hübsche 2-Zi.-Wohng. v. Priv., 69 m², Kurparknähe. Tel.: 0 57 31 / 2 07 88 v. 18–21 Uhr

---

Steuerbonbon 1983
Beteiligung an fertigem Kegelcenter u. Hotel-App. a. d. Ostsee, gar. Rendite höher als Zinsaufw., dir. Grundb.-Eintr., insges. 35 Anteile à 50 000,– DM. Je Anteil ca. 18 000,– DM ges. Werbungsk. in 1983. EK min. MwSt. v. ca. 4000,–.
Immob.-Service
Oberer Ahlenbergweg 49
5804 Herdecke, Tel. 0 23 30 / 7 30 37

Bad Salzuflen
Privatverkauf, Eigentumswohnung in kleiner Wohneinheit, 3 ZKB/WC u. Loggia, 78 m² Wfl., in ruhiger Lage (Kurzone), für 188 500,- DM zu verkaufen. 100 000,- Restkaufhypothek zu 5,5% möglich.
Tel. 0 52 22 / 5 05 10

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffre-Nummer auf dem Umschlag vermerken!

Restposten
Versicherungsschäden etc. im Auftrage gesucht.
Zahlung in bar.
Angebote bitte an
Paulsen, Harkortstr. 40
2000 Hamburg 50

Versandhandel sucht Neuheiten auf den Gebieten: Freizeit, Erotik und Waffen. Royal-Versand, Postfach 18 11, 2390 Flensburg.

Unternehmensberatung
übernimmt Verwaltung für Häuser u. Eigentumswohnungen.
Angeb. u. V 2824 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Firmenmantel-GmbH
zu verkaufen.
Angeb. u. PH 47390 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

Sie suchen Ihren Bürostützpunkt? Fernsekretariat (Dtsch./Engl.) f. gehob. Ansprüche.
Petra Porwick, Tel. 0 40 / 7 37 54 17

Junges, dynamisches Team
sucht Aufträge. Wir bieten:
- Eigenes Büro
- Perfektes Englisch in Wort und Schrift (techn. Übersetzungen)
- Messeerfahrung
- Arbeitseinsatz an allen Tagen
- Günstige Preise

Wir freuen uns auf Ihre Antwort. Zuschr. u. A 2895 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir kaufen
fast jeden Warenposten aus dem Food-/Non-food-Bereich. Angebote:
Tel. 06 81 / 5 78 11, FS: 4 421 283.

SCHWEIZ: MARKETING-MANN MIT KAPITAL
Ein Schweizer Unternehmen mit zwei patentierten Produkten, die ein bedeutendes Potential darstellen und jetzt weltweit lizenziert werden, sucht einen erfahrenen Marketing-Mann. Er soll für die Abwicklung seiner internationalen Geschäfte verantwortlich zeichnen.
Bei den Produkten handelt es sich um neue Systeme für den Fertigteilbau sowie um ein revolutionäres Zusammenbaumöbelsystem (Abholmöbel). Wir bieten dem erfolgreichen Bewerber eine attraktive Position als gleichgestellter Geschäftspartner. Ansichtsmaterial vorhanden. Weitere Einzelheiten durch:
Inventor, c/o Globe Plan SA
Av. Mon-Repos 24, CH-1005 Lausanne (Schweiz)
Tel. 00 41 21 / 22 35 12
Telex: 25 185 melis ch

Fassadenbaufirmen m. Interesse an neuer Technologie u. Sicherung ihrer Marktanteile nehmen Kontakt auf mit: Ludwig Engl, Postfach 12 48, D-8263 Burghausen/Obb.

Wer Was Wo
Ein Wegweiser für WELT-Leser

ADRESSEN
6380 Bad Homburg, RMA Directmarketing, PF 21 44, Tel. 0 61 72 / 2 50 25
3352 Einbeck 1, Merkur Direktwerbeges., PF 206, Tel. 0 55 61 / 31 41, FS 9 65 624
KARL TRESSAU, 5000 Köln 51, Postf. 51 10 50, Tel. 02 21 / 38 04 14, FS 8 882 059

AIRTAXI
4000 Düsseldorf 30, EXECUTIVE – CHARTER TRAVEL AIR, Tel. 02 11 / 4 21 66 08 oder 0 40 / 5 00 02 33

AUSBILDUNG U. ERFAHRUNGSAUSTAUSCH BÜRO
73 Esslingen, VIV VERBAND m. AKADEMIE, Stöckenbergweg 30, Tel. 07 11 / 37 80 07

AUSKUNFTEIEN
Aachen/Wuppertal, CREDITREFORM, an 107 Orten in Deutschland und weltweit

AUSTRALIEN-IMMOBILIEN, KAPITALANLAGEN, INFORMATIONSBRIEF, DEPOTVERWALTUNG
Dipl.-Kfm. G. Kempe, Rathenaustr. 20, 8520 Erlangen, Tel. 0 91 31 / 3 10 51, und 136 Plantain Road, Sheller Park Old. 4128, Australien

AUTOLEASING
2000 Hamburg 60, Beerenweg 5, Hansa Automobil Leasing GmbH, Tel. 0 40 / 8 53 06 02
2000 Hamburg 56, Hanse-Automobil-Leasing GmbH, Ruhrstr. 63, Tel. 0 40 / 8 53 06 02
6900 Heidelberg, rhein-neckar-autoleasing GmbH, Tel. 0 62 21–3 70 71

AUTO-KOMPLETT-REINIGUNG
CAR-CLEAN-SERVICE, die Gebrauchtwagen-Alternative, Tel. 0 23 65 / 1 79 42

AUTOTROCKENWÄSCHE
Lack, Glas, Chrom schonendst pflegen und versiegeln. Autowaschen ohne Wasser: LHV, oHG, PF 26 50, D-4950 Minden, Tel. 0 57 22 / 2 56 10

BLOCKHÄUSER / FERIENHÄUSER
HUNSRÜCKER HOLZHAUSBAU Emil Theis KG, 5449 Leideneck, Tel. 0 67 62 / 3 03

BRIEFMARKEN – ANKAUF – VERKAUF
ANKAUFS-ZENTRALE FABER, 53 Bonn 3, Johannesstr. 35, Tel. 02 28 / 46 77 08

ELEKTRON: LADEN- / WAREN-DIEBSTAHLSCHUTZ
Tilly Alarm- und Sicherheitstechnik, 2 HH 60, Bernstorffstr. 151–153, Tel. 0 40 / 43 70 97, Tx. 2 173 440

EISKREM
CALIFORNIA ICE CREAM, 4712 Werne, Gördelerstr. 3, Tel. 0 23 89 / 80 23

FACHSCHULEN
8262 Altötting/Obb., Postfach 2 28, STAATL. ANERK. HOTELBERUFS-FACHSCHULE, Tel. 0 86 71 / 7 00 10
Dtsch. Angestellten-Akad. e. V., Bildungswerk der DAG e. V., Holstenwall 5, 2 HH 36, Tel. 0 40 / 34 91 51, Durchwahl 3 49 15–2 81

FERIENFAHRSCHULE
5370 Kall + 5372 Schleiden/Eifel, Ferienfahrschule, alle Klassen, Dieter Züll, Tel. 0 24 41 / 7 98

GESUNDHEIT
GISELA SCHÜTZ, NATURHEILMITTEL, PF 60, 6601 Klarenthal, Tel. 0 68 98 / 3 27 24, Katalog und Informationen gratis.

HAARAUSFALL
4600 Dortmund, HAAR-PRAXIS KLAASSEN, Deutschlands größte Praxis für Haar-Prothetik, Wiss-Str. 20, Tel. 02 31 / 52 74 74

HOTEL MIT AUSGEZEICHNETER KÜCHE
5300 Bonn 2, Rheinhotel Dreesen, Tel. 02 28 / 36 40 01, Telex 08 85 417

HOTEL MIT LÄNDLICHEM CHARME
Gut Funkenhof, 5768 Altenhellefeld, im Hochsauerland, Tel. 0 29 34 / 10 12

HOTEL FÜR IHRE GESCHÄFTSREISE
4000 Düsseldorf, Hotel Fairport, Niederrheinstr. 162, Tel. 02 11/45 09 55, Tx. 8 584 033, Tagungs-/Konferenzmögl.

IHR HOTEL ZWISCHEN NORD UND SÜD
Hotel Götz, 7590 Achern, Sonne-Eintracht Achern, Hauptstraße 112, Telefon 0 78 41 / 64 50, Telex 7 52 277

IMMOBILIENMAKLER
5 Köln 1, Albert Wolter RDM, Wallrafplatz 9, Tel. 02 21 / 23 37 27, Tx. 8 882 932
3002 Wedemark 10, Tel. 0 51 30 / 44 58, DM 24,– POSTELLA BUNDES-IMMOB.-ADRESSBUCH

INTERNATSBERATUNG
Information, Beratung u. Broschüre 83/84 (Schutzgebühr DM 20,–) über die besten deutschen und Schweizer Internate erhalten Eltern von der Euro-Internatsberatung, Tel. 0 89 / 4 48 72 82

INTERNATE, GYMNASIEN, PRIVATSCHULEN
3423 Bad Sachsa, Internats-Gymnasium Pädagogigum, staatl. anerk. ab Klasse 5, Tel. 0 55 23 / 10 01
3036 Bomlitz, Freie Waldorfschule, Landschulheim Benefeld, T. 0 51 61 / 40 21
5300 Bonn 3, Ernst-Kalkuhl-Gymn., Königswinterer Str. 534, Tel. 02 28 / 44 11 54
4700 Hamm-Heessen, Internatsgymnasium, Tel. 0 23 81 / 3 40 42–43
Institut Schloß Herdringen, Internat f. Jungen u. Mädchen, 5760 Arnsberg 1-Herdringen, Tel. 0 29 32 / 41 16–8
Internat Fredeburg, Hochsauerl., Jungen x Mädchen, Gymnasium-Realsch.-Hauptsch., 5948 Schmallenberg 2, Tel. 0 29 74–3 48
4925 Kalletal, Schloß Varenholz, Ganztagsrealsch./Intern., Tel. 0 57 55 / 4 21
2941 Langeoog, Gymnasium m. Internaten, Postfach 13 05, T. 0 49 72 / 3 16
2941 Langeoog, Internats-Realschule, Postfach 13 05, T. 0 49 72 / 3 16
CH-9000 St. Gallen, Inst. Rosenberg f. Mädchen u. Jungen, Abitur im Haus
2252 St. Peter, Nordsee-Internat, Gymnasium und Realschule, Tel. 0 48 63 / 4 00
4531 Wersen, Private Schulen Krüger m. Internat, Tel. 0 54 04 / 20 24–25

INKASSOUNTERNEHMEN
Aachen/Wuppertal, CREDITREFORM, an 107 Orten in Deutschland und weltweit
2000 Hamburg 1, Schimmelpfeng GmbH, Inkassoabteilung, Amsinckstr. 45, Tel. 0 40 / 23 73 81 und weitere 12 Inkassobüros in ganz Deutschland

KONGRESSE / TAGUNGEN
Fürstentum Monaco, Staatliche Zentrale für Tourismus und Kongresse, 6000 Frankfurt, Mainzer Landstraße 174, Tel. 06 11 / 73 05 39

KRAFTBETÄTIGTE TORANLAGEN/ROLLTORE
5804 Hoffnungsthal, TÜ + W, Grießmann GmbH, Notruf 0 22 05 / 52 26, Tel. 19 37–38, Telex 8 87 957
Technische Überprüfung und Wartung, sowie Nachrüstung nach UVV und ArbeitsStättenV., Erstabnahme von Toranlagen. „Ihr neutraler Partner"!

LEASING
8900 Augsburg, IL, Investitionsgüter Leasing, Nibelungenstr. 1, Tel. 08 21 / 51 00 77, Tx. 05 33 527
4150 Krefeld, GGA Leasing, Uerdinger Str. 532, Tel. 0 21 51 / 5 80 46–49
4150 Krefeld, DTL Deutsche Tischler-Leasing, Uerdinger Str. 532, Tel. 0 21 51 / 5 80 40

MOTORCARAVANS
7102 Weinsberg, Karosseriewerke Weinsberg GmbH, Postf. 11 69, Tel. 0 71 34 - 80 31

MÜNZFACHGESCHÄFTE / GROSS- UND EINZELHANDEL / AUKTIONEN
4 Düsseldorf, MÜNZHANDLUNG RITTER, Bastionstr. 10, Tel. 02 11 / 32 50 24, Tx. 5 07 634

ORIENTTEPPICHE
STAR-ORIENTTEPPICH-LEASING KG, 4300 Essen, Huyssenallee 58–64, Tel. 02 01 / 22 34 44–45

PSYCHOLOGISCH-STATISTISCHE TEXT-AUSWERTUNG ZUR MEINUNGSFORSCHUNG U. PR
Dipl.-Psych. E. C. Kuller, Forschung + Beratung, Max-Planck-Str. 76, 28 Bremen 33, Tel. 04 21 / 25 23 70

SAUNAANLAGEN
FECHNER – Sauna – Solarien, 7170 Schwäbisch Hall, Raiffeisenstraße 7, Tel. 07 91 / 21 16

SEEBESTATTUNGEN
2000 Hamburg 1, ERSTE DEUTSCHE REEDEREI, A. d. Alster 11, Tel. 0 40 / 2 80 20 80

SEMINARE
VA-Akademie für Führen und Verkaufen – Verkaufsleiterakademie e. V., 6231 Sulzbach b. Frankfurt, Hauptstr. 123, Tel. 0 61 96 / 2 70 01

SENIOREN-WOHNSITZE
8100 Garmisch-Partenkirchen, Rotes Kreuz-Betreuungsgesellschaft mbH, Seniorenruhesitz Parkfrieden, Mittenwalder Str. 17–23, Tel. 0 88 21 / 5 30 46
8960 Kempten, Rotes Kreuz-Betreuungsgesellschaft mbH, Senioren-Ruhesitz Hoefelmayr-Park mit Pflegestation, Haus L. Hiaberstr. 6, Tel. 08 31 / 20 41

SENKRECHT-LAMELLEN
2000 Hamburg 13, auch gebraucht gegen neu, Dr. Heller + Co, Hansastr. 35, Tel. 0 40 / 44 22 22

SQUASH- UND FREIZEITANLAGENBAU
2100 Hamburg 90, SQUASH COURT SERVICE GMBH, Tel. 0 40 / 77 27 45–46

SCHAUFENSTERFIGUREN
FIGUREN-JUNG KG, für Mode und Sport, Museen und Privat, von 50,– bis 1200,– DM, 8510 Fürth/Bay., Kaiserstr. 168–170, Tel. 09 11 / 7 30 87, Telex 6 22 929

SCHWEIZER VERMÖGENSVERWALTUNG
CH-8004 Zürich, MWB Vermögensverwaltungs-Aktiengesellschaft für den Mittelstand, Langstr. 21, Tel. 0 04 11 / 2 41 24 55–58, Tx. 0 045–8 13 695, spezialisiert auf bankgeprüfte quellensteuerfreie sfr-Anlagen; auch Ansparprogramme

TAGUNGS- UND KONFERENZHOTELS
8730 Bad Kissingen, Hotel KUR-CENTER, Tel. 09 71 / 8 11, Telex 06 72 837
2190 Cuxhaven-Duhnen, Hotel Seelust, Hallenbad, Telefon 0 47 21/4 70 65 / 67
4701 Hamm-Rhynern, BAB-Rasthaus Rhynern-Nord, Tel. 0 23 85 / 35 65 od. 65 00
6100 Mühltal (b. Darmstadt-Eberstadt), Rest. Burg Frankenstein, T. 0 61 51 / 5 46 18
6290 Weilburg/Lahn, Schloßhotel Weilburg, T. 0 64 71 / 3 90 96, Tx. 4 84 730

TOUPETS / PERÜCKEN
Brehmer GmbH, 2800 Bremen, Parkstr. 118, Tel. 04 21 / 34 30 16, deutsche Maßarbeit; Brehmer-Top-Center im gesamten Bundesgeb., Anschriften anfordern

VERMÖGENSVERWALTUNG IN DER SCHWEIZ
CH-8004 Zürich, MBW Vermögensverwaltung-Aktiengesellschaft für den Mittelstand, Langstr. 21, Tel. 0 04 11 / 2 41 24 55–58, Tx. 00 45–8 13 695, spezialisiert auf bankgeprüfte quellensteuerfreie sfr-Anlagen; auch Ansparprogramme

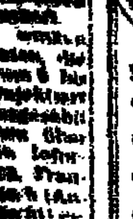
VERWALTUNG VON EIGENTUMSWOHNUNGEN UND HÄUSERN
62 Wiesbaden, Mund & Partner, Kais.-Friedr.-Ring 71, T. 0 61 21 / 52 40 49

ZEITUNGSAUSSCHNITTBÜRO
5300 Bonn, Hermes R. Severin, Weberstr. 92, Tel. 02 28 / 21 91 25

ZÜNDHOLZWERBUNG
2722 Visselhövede, von Deyten ZÜGLAM GmbH, PF 2 49, Tel. 0 42 62 / 3 03-0, Tx. 2 4 301

Informationen über den Wegweiser für WELT-Leser „WER–WAS–WO" erhalten Sie durch DIE WELT Anzeigenabteilung, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, 2000 Hamburg 36, Telefon 0 40 / 3 47 44 40 und 0 40 / 3 47 41 28.

erscheint wöchentlich



GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Finden Sie auch, daß geklebte Adressetiketten absolut nicht verkaufsfördernd sind?

Bei uns werden Ihre Adressen direktadressiert, d.h. direkt auf Ihr Adressgut – und auf Normalpapier – Fordern Sie Musterdrucke und Preise an. Die 3D-Kuvertierung besorgt, sortiert und adressiert, kuvertiert, beklebt und verpackt, verschließt und frankiert, schneidet, falzt und ... und ...

3D Kuvertierung
Kleine Gärtnerstr. 5, 2200 Elmshorn
Tel. 04121/86 91-3, Tx: 21 83 55 ddd
Direktwerbung - Druckmittlung - Displayberatung – Drei-D-Kuvertierung

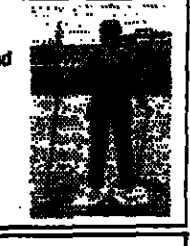
● Steuerspezialisten ●
auf Erfolgsbasis, nehmen noch Mandanten – Gewerbeunternehmen – an. Duch sinnvolle Steuerplanung werden erhebliche Liquiditäts- und Nettoertragssteigerungen planmäßig realisiert.
Anfr. u. U 2823 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Selbst. Unternehmer mit Sitz im Raum Südwestfalen sucht zur Erweiterung seines Geschäftes
Handelsvertretungen
Büro mit Telefon und Telexanschluß ist vorhanden.
Zuschriften erbeten unter W 2825 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.



Der Tägliche Submissions-Compaß aus Köln bringt täglich die neuesten Ausschreibungen der Baubehörden des Bundes, der Länder und der Kommunen. Probenummern kostenlos vom Verlag Ewald Schawe, Beobachter vom Bau seit 1918, Postf. 800 166, 5000 Köln 80, Tel. 02 21/61 31 81

„Auf dem Wasser gehen"
Gesucht: ein exklusiver Vertreter für dieses seltsame und neue Wassersportprodukt.
Nur für eine ernsthafte Person.
Bitte Bankreferenz.
Auskünfte: „Ingloplast" Omer Ingelbrecht
Heidelbergstraat 55, B - 8021 Zedelgem-Loppem
Bitte Zahlungsweise erwähnen.



Nachfolger
für bedeutendes Freizeitunternehmen in Nordrhein-Westfalen aus Altersgründen gesucht. Beteiligung oder Verkauf auf sehr günstiger Rentenbasis möglich.
Zuschriften unter D 2898 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

FDS-GmbH
bietet die Möglichkeit einer sicheren Beteiligung für qualifizierte Verwaltungs-, Organisations- und Vertriebsleute im ganzen Bundesgebiet. Aktive Mitarbeit ist Bedingung (spätestens ab Febr. 1984). Bei einem Kapitaleinsatz von DM 50 000,- ist hohes Einkommen durch Gesellschaftsbeteiligung + Provisionen zu erwarten.
Erste Kontaktaufnahme bei unserem Beauftragten
Ing.-Büro Schultz, Steppach
Industriestr. 2, 8602 Pommersfelden, Tel. (0 95 48) 5 53 od. 10 17

Führendes Handelsunternehmen
im süddeutschen Raum übernimmt auf eigene Rechnung oder in Kommission den Vertrieb eingeführter oder neu einzuführender Handelsprodukte aller Branchen. Lager- und Büroräume, 3600 m², sowie eigener Fuhrpark vorhanden. Günstige Verkehrslage in Autobahnnähe. Eigene Vertriebsorganisation, EFV-gestützt, steht zur Verfügung. Hersteller, Importeure oder Handelsunternehmen, die an diesem Angebot interessiert sind, wenden sich unter F 2812 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Große Import-/Export-Firma sucht
Kontakt mit Autohändlern
für die Marken:
Alfa Romeo, Lancia, Fiat, Volkswagen, Volvo, Mercedes, Datsun und BMW.
Es handelt sich in erster Linie um links gesteuerte Fahrzeuge.
Der Geschäftsumfang des betreffenden Händlers sollte die Möglichkeit bieten, eine große Anzahl Automobile zu haarscharfen Preisen zu liefern.
Es liegt in unserer Absicht, bereits im Jahr 1984 Bestellungen entgegenzunehmen. Transport sowie Bearbeitung der Dokumente u. a. kann auf Wunsch durch uns erfolgen.
Darüber hinaus würden wir uns mit eventuellen Bewerbern gerne über den Kauf von Ersatzteilen unterhalten.
Interessenten werden gebeten, umgehend einen Bericht zu senden an:
Indescity Limited
Jordan House
41, Brunswick House
London N1 6ee
England
Telex-Nr. 2 61 010 search g

Ländliches Kent – Verkauf
Linien- und Reisebus-Service-Firma m. Garage und Tankstelle, Ausstellungsräume u. Werkstatt etc. sowie stilvolles Haus m. 5 Schlafzimmer. Umsatz über £ 300 000,– p. a., netto £ 49 000,–. Wachstumsmöglichkeit. Leicht erreichbar von allen Kanalhäfen, wegen Ruhestand zu verkaufen, inkl. Fuhrpark u. Ausstattung. £ 275 000,– + Schätzwert des Bestandes. Zuschr.:
The Chairman, c/o Phipps & Co.
Chartered Accountants
82 High Street, TENTERDEN, Kent TN30-6JG, England

Vertriebs-Organisation übernimmt
Industrievertretungen
– Baumarkt-Produkte –
für den österreichischen Markt.
Ang. erb. u. K 2815 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Ausstattung und Zubehör für Hausbars zum Vertrieb gesucht:
Automaten Hoffmann GmbH,
Im Teelbruch 88-90
4300 Essen-Kettwig

STELLENGESUCHE

FV AKTUELL Fachvermittlung für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte sucht Stellen für — Bundesanstalt für Arbeit

Diplom-Kaufmann
28, Bankkaufmann, Prädikatsexamen, Studienschwerpunkte: Personalwesen und Unternehmensführung (einschl. Arbeits- und Sozialrecht), Organisationssoziologie, empirische Sozialforschung, Arbeits- und Betriebspsychologie (einschl. Arbeitswissenschaft), gute Englischkenntnisse; sucht Anfangsposition als Assistent/Trainee in den Bereichen Personalwesen, Organisation, Unternehmensberatung.
Auskünfte erteilt: Frau Kocura
Fachvermittlungsdienst Bochum, Hofsteder Straße 128
4630 Bochum 1, ☎ 0234/623-460, -457, FS 825309

Diplom-Ökonom
31, Studienschwerpunkte: Rechnungswesen/Steuern, Volkswirtschaftspolitik/Bankpolitik. Examen 5/78, danach Trainee in der Versicherungsbranche mit anschließendem Einsatz als Bezirksleiter, sehr gute Kenntnisse in der Personenversicherung und der Personalführung; sucht Position in der allgem. Verwaltung, in der Konzernversicherung oder im Personalwesen, auch Assistententätigkeit im Ruhrgebiet. Kündigungsfrist 3 Monate zum Quartal.
Auskünfte erteilt: Frau Kocura
Fachvermittlungsdienst Bochum, Hofsteder Straße 128
4630 Bochum 1, ☎ 0234/623-460, -457, FS 825309

Vertriebsleiter Export
39, unabh., langj. Erf. im internat. Marketing und Verkauf von Konsumgütern, Industrieprodukten und Rohstoffen sowie im Aufbau und der Führung einer Vertriebsorganisation in Nordamerika, außerdem gute Kenntnisse des südostasiatischen und fernöstlichen Marktes, verhandlungssicher, beherrscht Vertragsrecht und Dokumentation, ausgezeichnetes Englisch, außerdem Französisch; sucht neue Führungsaufgabe.
Auskünfte erteilt: Frau Kocura
Fachvermittlungsdienst Bochum, Hofsteder Straße 128
4630 Bochum 1, ☎ 0234/623-460, -457, FS 825309

Fachkraft f. Rechnungswesen u. betr. Steuerwesen in landw. Buchführung
30, Dipl.-Agrar-Ing.; Studium Uni Gießen, 8monat. Lehrgang bei DAA Marburg, Ausbildereignungsprüfung, Kenntnisse in EDV-Anwendung; sucht Anfangsstelle.
Auskünfte erteilt: Herr Görz
Fachvermittlungsdienst Gießen, Landgraf-Philipp-Platz 3-7
6300 Gießen, ☎ 0641/305-288, FS 4821020

Diplom-Öcotrophologin
24, sucht interessante Anfangsstellung i. Lebensmittel-, Pharma-, Klinikbereich. Gute Englisch-Kenntnisse. Dipl. Arbeit i. med. Bereich, prakt. Erf.: Qualitätskontr., Sensorik, Diätzubereitung, Rückstandsanalytik.
Auskünfte erteilt: Herr Vogel, **Fachvermittlungsdienst Kiel**
Muhliusstraße 38, 2300 Kiel 1, ☎ 0431/907-342, FS 292673

Volljuristin
26, ledig, 2. Ex. befr. (9 P.), Verwaltungshochschule Speyer, Schwerpunkt: Verwaltung, Bankwesen, Steuerrecht, Haushalt u. Finanzen, gute Engl.-, ausbaufähige Franz.-Kenntnisse; sucht ausbildungsadäquate Stelle.
Auskünfte erteilt: Herr Vogel, **Fachvermittlungsdienst Kiel**
Muhliusstraße 38, 2300 Kiel 1, ☎ 0431/907-342, FS 292673

Diplom-Chemiker, Dr.
42, Fachr. physik. Chemie mit Qualifikation als Herstellungs- u. Kontrolleiter nach AMG, 3 J. Industrieerfahrung; sucht Stellung in der Industrie im Bereich Entwicklung, Anwendung oder Produktion.
Auskünfte erteilt: Herr Vogel
Fachvermittlungsdienst Kiel, Muhliusstraße 38
2300 Kiel 1, ☎ 0431/907-342, FS 292673

Diplom-Haushaltswissenschaftler
Absolventen der Universität Hohenheim; berufserfahrene Bewerber/innen mit Kenntnissen in den Bereichen Sozialökonomik des Haushalts, Konsumökonomik, Versorgungstechnologie, Verbraucherinformation, Einrichtungs- u. Beschaffungsplanung, z. T. mit praktischen Erfahrung als hauswirtschaftliche Ausbildungsberaterin, bzw. Hauswirtschaftsreferentin. Eintritt: sofort.
Auskünfte erteilt: Herr Renner
Fachvermittlungsdienst Stuttgart, Neckarstraße 155
7000 Stuttgart 1, ☎ 0711/2630-732, FS 723404

Dynamische Führungskraft, 33 Jahre alt
Verkaufsdirektor
mit breitem Erfahrungsbereich in der Immobilienbranche, und der Versicherungswirtschaft, vertraut mit kostenbewußter Unternehmensführung, verantwortlich für Verkaufsförderung, Werbung und Vertrieb, fachlich nicht gebunden, sucht zum 1. Januar 1984 Aufgabe im Vertrieb. Angestellenverhältnis, Ist-Einkommen 160 000,– DM p. a.
Domizilwunsch Rhein-Main-Gebiet – Großraum Köln, Bonn.
Angebote bitte unter X 2826 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmännischer Geschäftsführer
Dipl.-Kfm., Dr. rer. pol., 46 J., langj. Geschäftsführertätigkeit in mittelständischen Dienstleistungs- u. Produktionsunternehmen, Erfahrung in Objektfin., Controlling, Planung, Kreditwürdigkeitsprüf., Unternehmensbewertung, Finanz-, Rechnungs-, Vertrags- u. Personalwesen sowie in der Akquisition, sucht verantwortungsvolle Aufgabe. Zuschr. erb. unter L 2816 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Heute die Erfolge von morgen sichern!
Unternehmens-Management
Manager ppa. (40) mit fundierter absatzwirtschaftlicher Ausbildung, positiver, expansiver unternehmerischer Grundeinstellung, langjähriger erfolgreicher strategischer Marketing- und Vertriebsführungspraxis, besonders engagiert in der konsequenten Zielrealisierung durch Mitarbeitermotivation, Schulung, Werbung, Verkaufsförderung, in ungekündigter Geschäftsleitungsaufgabe, sucht Herausforderung in der Geschäftsführung einer modernen aufstrebenden Firma.
Vertrauliche Kontaktaufnahmen unter D 2832 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Psychologin, 38 J.
– arbeitslos –
Erfahrungen in Klinik, Unternehmensberatung, Marktforschung, Rechtsktn., Engl.-, Franz.-Ktn., Schreibmasch.-Ktn., kontaktfreudig, gewandtes Auftreten, gepfl. Erscheinung, sucht Stelle, evtl. Personalwesen. Traue mir auch zu, anderen Aufgabenstellungen u. Kompetenzbereichen als zuverlässige Mitarbeiterin gewachsen zu sein.
Ang. u. Y 2805 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Deutscher ARZT und JURIST
Dr. med., Id., 34 Jahre, ortsungebunden, aktiv, einsatzfreudig, überzeugungsstark, 1¾ Jahre intern. Klinik in kl. Akut-Krhs., Notarzt-Erfahrg., Wehrdienst, Ju.-Ex. 11/74 OLG HH, Med.-Ex. 10/83, 10 Jahre kommun.-pol. Tätigkeit, Kenntnisse im Zeitungmachen, möchte raus aus dem Üblichen.
Freundliche Angeb. erb. unter D 2810 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Industriemeister Chemie
38 Jahre, verh., in ungekündigter Stellung, sucht zum 1. 4. 1984 neuen Wirkungskreis.
Angeb. erb. u. E 2811 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Suche Arbeit auf Montage im Ausland
Orient od. Asien, als Magazinverwalter od. Lagerleiter.
Tel. 0 41 63 / 64 63

Leiter der Logistik
sucht neuen Aufgabenbereich im Großr. Schlesw.-Holst./Hamburg. Große Erfahrung i. d. Logistik i. Bereich Handel vorhanden.
Zuschr. erb. u. PT 47380 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

Kriminalbeamter
des gehobenen Dienstes, 28 J., sucht neuen Wirkungskreis.
Angeb. erb. u. Z 2806 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Setzen Sie Kräfte in Ihren Mitarbeitern frei! Erfolgreicher Verkäufer, in der Psychologie aktiv, sucht Position als Verkaufstrainer – auch freiberuflich. Ang. erb. u. P 2819 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Techn. Betriebswirt
43 J., verh., mit anzeigenfühl. Führungsqualitäten, ungek., z. Z. Verwaltungsleiter eines größeren Unternehmens i. d. Fleischwarenbranche. Mehrj. Berufserf. i. d. Metall- u. Fleischwarenindustrie m. d. Schwerp. Bilanzierung, Budget- u. Cost-Controlling, sucht neues, verantwortungsv. Aufgabengebiet i. Raum Norddeutschland.
Ang. erb. u. PK 47 382 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Fachmann für Marketing/Vertrieb
über 20 J. Marketingerf. (Food) davon 12 J. auf Geschäftsführungsebene, 45 J., su. neue adäquate Position.
Angeb. erb. unt. PG 47380 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Gastronom
(mitarbeitender Küchenchef), 40 Jahre, sucht verantwortlichen Posten im In- und Ausland. Erfahrung: gehobene Gastronomie und Großbaustelle
Angebote erb. u. N 2818 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

British born site manager/engineer
resident in the U.S. seeks similar position. Twenty years experience in design, construction, commissioning, project management of pallet plants, sinter plants, bulk material handling systems. Overseas experience includes Turkey, Venezuela, Brasil, Australia, Taiwan.
Please reply to:
H. Hacker, Alsterkrugchaussee 232 b
2000 Hamburg 60
Tel. 0 40 / 2 29 87 42 (office)

Gebrauchsgüter
Fachmann: 38 J., langj. leit. Funktionen in Warenhaus, Verbrauchermarkt, Fachhandel, Marketing, Einkauf, Verkauf, Import, Organisation, EDV, Mitarbeiterführung, sucht kurzfr. neue Aufgabe: Einkaufsleitung/Führung kleinerer Filialkette, Neuaufbau eines Unternehmens. Zuschr. erb. u. PJ 47391 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

37jähr. Junggeselle
in der trockenen und warmen Büroluft mit Kopfschmerzen, neg. EKG, sucht dringendst Arbeit als Forst- od. Jagdverwalter, evtl. auch als Hausmeister o. a. Zuschr. bitte u. R 2808 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Ein Mann für alle Fälle
Jungunternehmer sucht nach Verkauf seiner Firma neuen Wirkungskreis. Bin 35, gutauss., sich. Auftreten, kontaktfr., fl. Engl. u. Schwed. Kenne die Welt, kann Menschen motiv. Für Organis., Vermittlg., Verbess. in Betrieben od. Arbeit im großz. Haushalt würde ich mich gerne erfolgr. einsetzen (kein Außendienst).
Schreiben Sie mir unter PB 47 385 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Kaufmännische Führungskraft
44, verh., m. langjähriger Erfahrung in Industrie, Handel u. Spedition, in Verwaltung, Verkauf, Einkauf, Export, Import, Abwicklung, Innen- u. Außendienst, mit guten Sprachkenntnissen in Spanisch u. Englisch, sucht verantwortungsvolle Aufgabe als kaufmännischer Leiter/Niederlassungsleiter o. ä. in Rhein-Main-Gebiet.
Zuschr. u. R 2864 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Fachmann für Rechnungswesen u. allgemeine Verwaltung
Dipl.-Kfm., Mitte 30, m. Erfahrung i. d. kaufmännischen Geschäftsführung, möchte sich verändern. Besondere Fähigkeiten im Finanz- u. Rechnungswesen, Controlling, Revision u. Organisation, auch aus Sicht der Wirtschaftsprüfung. Mitarbeiterführung und EDV-Kenntnisse selbstverständlich. Ausreichende – ergebnisorientierte Erfahrung kann nachgewiesen werden. Standorte: Raum Hamburg bevorzugt, jedoch nicht Bedingung.
Zuschr. u. B 2896 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Diplom-Kaufmann
26 J., Berufserf. in d. Sem.-Ferien, Zeugnisse vorh., su. Anfangsstellung. Raum Hamburg oder Frankfurt.
Zuschr. erb. unt. PP 47184 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Außenhandelskaufmann
Anfang 30, verh., ungek. Pos., Akquisitions- und Reiseerfahrung Comecon, Europa, Afrika, Nah-Ost, Fern-Ost, Aufbau und Pflege, Vertretungen, Rhetorik, Verträge Invest.-Güter. Verhandlungssicher Französisch, Englisch, slawische Sprachkenntnisse, flexibel, belastbar, entscheidungsfreudig, techn. versiert. Nach Area Manager, nun GF kaufm. Anlagen sucht verantwortungsvolle Aufgabe ab dem 1. 4. 84 bzw. nach Absprache in HH.
Angeb. u. PW 47 344 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Marketing/Werbung
Werbekaufmann und Betriebswirt, 40 J., leitende Tätigkeit in Bank und Werbeagentur, sucht neuen Aufgabenbereich zum 1. 4. 84 oder früher.
Angebote unter M 2817 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

4 NE-Metall-Sachbearbeiter und 1 Außendienstmitarbeiter
Schwermetall- und Leichtmetall-Halbzeuge, gut eingespieltes Quintett, möchte sich verändern, evtl. Werksniederlassung o. ä. Hamburg oder Großraum Hamburg.
Zuschr. u. PR 47 397 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Diplomkaufmann
27 J., verh., 1 Kind, aus traditionsr. Unternehmerfamilie, sucht ausbaufähige Anfangsstellung, mögl. Hamburg/Norddeutschland.
Angeb. erb. u. PA 47384 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Architekt
37 J., ungek., sucht zum 1. 4. 84 neuen Wirkungskreis (Raum HB, HH, H). Erfahrung in Bauleitung, Konstruktion, Entwurf, schlüsselfertigem Bauen v. Wohn- u. Geschäftshäusern, Kommunalbauten. Angeb. unt. T 2822 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Diplom-Betriebswirt
34 J., Deutscher, ungek. Stellg., Kfm., Elektro-Techniker, langjähr. Aufenth. Polen u. DDR, perf. Polnisch Schrift u. Wort, Russ. Grundkenntn., mobil, sucht interess. Aufgabe In- u. Ausland, gern Polen, Import/Export, Betreuung.
Zuschr. u. Y 2827 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Verkaufsleiter ppa.
30 J., Dipl.-Betriebswirt, Bekleidungsbranche, ungek., Vertrieb Inland, Im- und Exporterfahrung, Lohnveredelung, Zollabwicklung, öffentl. Ausschreibungen, sucht neue verantwortungsvolle Aufgabe in Industrie oder Handel.
Angebote unter E 2833 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Vermessungs-Ingenieur
53 J., m. langjähr. Erf. in Straßen-, Wasserbau u. -Planung wie auch aller Art Verm.-Arb., z. Z. in Saudi-Arabien tätig, sucht zum 1. 5. 84 entsprech. Stellung, auch im Ausland. Sprachkenntn.: Englisch, Jugoslawisch, Russisch.
Angeb. erb. u. G 2835 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

STELLENANGEBOTE

AREA MANAGER
FOR SAUDI ARABIA / KUWAIT

Our growing organization, specialized in industrial sandblasting and painting, with established companies in the Middle East and Far East, is looking for experienced and suitably qualified men to manage branches in Saudi Arabia and Kuwait.

This position, offering married status, excellent salary and bonus arrangements, is a challenge for a capable „entrepreneur". Apart from building a career within our group, the selected candidate will have an opportunity to broaden the basis of his professional knowledge by attending management courses.

If you have
- ☐ A solid knowledge of surface preparation and paint application
- ☐ Experience in international contracting
- ☐ Preferably an engineering degree and/or practical field experience
- ☐ The capacity to motivate and delegate
- ☐ The ability to take and implement decisions
- ☐ The personality and skill to project the right company image vis-à-vis our clients
- ☐ The sustained drive and determination to grow in your profession

Then let us hear from you to see if our mutual requirements might meet and match.
Please send your handwritten application, complete with photo, curriculum vitae, copies of certificates and work references, to:
W. Welke, Vice-President Operations
GLOBAL-COR S.A.
P.O. Box 9, 1040-Echallens, Switzerland

Für alle, die abgelegen wohnen ...

Erhalten Sie die WELT erst im Laufe des Vormittags per Post? Gehen Sie aus dem Haus, bevor die Zeitung in Ihrem Briefkasten ist? Vielleicht wäre es für Sie einfacher, sich auf dem Wege in die Stadt an einem Kiosk täglich Ihr WELT-Exemplar abzuholen. Das Scheck-Abonnement der WELT ist dafür vorteilhaft.

Für alle, die viel unterwegs sind ...

Heute in München, morgen in Hamburg, übermorgen in Frankfurt, Bonn oder Berlin ... Sieht so Ihr Terminkalender aus? Dann ist das Scheck-Abonnement der WELT wie geschaffen für Sie.

Für alle, die im Inland Urlaub machen ...

Planen Sie für die nächste Zeit eine Reise? Eine einfache und preisgünstige Art, auch unterwegs die gewohnte Zeitung zu bekommen, ist das Scheck-Abonnement der WELT.

Für alle, die eine Geschenk-Idee suchen ...

Wollen Sie einem Studenten, einem tüchtigen Lehrling, einem Soldaten, einer Jugendgruppe oder irgendeinem jungen Verwandten eine Freude machen? Das Scheck-Abonnement der WELT ist auch hierfür hervorragend geeignet.

Das Scheck-Abonnement der WELT

Es ist eine moderne, einfache und preisgünstige Art, eine Zeitung zu beziehen. Es bietet die Vorteile des Kaufs an einem beliebigen Kiosk zu den Bedingungen des Abonnements: Sie kaufen von der WELT Gutscheinhefte zum Preis von je DM 25,60. Jedes Gutscheinheft enthält 21 Werktags- und 5 Samstags-Gutscheine. Die Gutscheine sind mehrere Monate gültig und können an jeder der rund 20 000 inländischen WELT-Verkaufstellen eingelöst werden. Sie erhalten die WELT also dann und dort, wann und wo Sie wünschen.

Hinweis für den neuen Abonnenten
Sie haben das Recht, Ihre Abonnements-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei:

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36,
Telefon: 347 42 05

Bestellschein Bitte ausfüllen und einsenden an:
DIE WELT, Vertriebsabteilung
Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

○ Bitte schicken Sie mir ab ____________ bis auf Widerruf monatlich ______ Expl. des Gutscheinheftes für ein Scheck-Abonnement der WELT zum Preis von je DM 25,60.

Für die Bezahlung warte ich Ihre Rechnung ab, die meine Kunden-Nummer sowie alle Angaben über die Zahlungsweise bzw. das Lastschrift-Einzugsverfahren enthält.

Name: ____________
Straße: ____________
PLZ/Ort: ____________
Beruf: ____________ Telefon: ____________
Datum: ____________ Unterschrift: ____________

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift: ____________

01-673

Kommission legt Vorschläge für Harmonisierung der Renten vor

Über „Neuregelung der Besteuerung von Alterseinkommen“ keine Einigung erzielt

GISELA REINERS, **Bonn**

Eine Sachverständigenkommission zur Harmonisierung der Alterssicherungssysteme hat vorgeschlagen, daß sich Beamte schrittweise an der Finanzierung ihrer Alterssicherung beteiligen sollen. Entsprechende Gehaltsanteile der Beamten sollten in ihren Bezügen offen ausgewiesen werden. Nach Ansicht der Kommissionsmehrheit sollen sich die Beiträge an den Bruttobezügen bemessen, um einen gleichgerichteten Verlauf der künftigen Entwicklung in der Beamtenversorgung und der gesetzlichen Rentenversicherung herbeizuführen.

Die Kommission unter Leitung der Professoren Helmut Meinhold und Hans-Jürgen Krupp war 1981 eingesetzt worden, um Vorschläge zu erarbeiten, wie die bestehenden Alterssicherungssysteme besser aufeinander abgestimmt werden könnten, um die Leistungsfähigkeit „angesichts der sich verändernden wirtschaftlichen und demographischen Rahmenbedingungen“ zu erhalten. Offenbar hat es in der 20köpfigen Kommission zahlreiche Meinungen gegeben, die schwer auf einen Nenner zu bringen waren. In der Frage „Neuregelung der Besteuerung von Alterseinkommen“ konnte keine Übereinstimmung erzielt werden. Der Bundesregierung wird vorgeworfen, keinen Referentenentwurf zur Neuregelung der Hinterbliebenenversorgung und der sozialen Sicherung der Frau vorgelegt zu haben.

Die Kommission macht jedoch deutlich, daß „aktueller, sofortiger Handlungsbedarf“ in Sachen Harmonisierung der Alterssicherung bestehe, weil die Vorschläge tiefe Struktur- und Leistungsänderungen notwendig machten.

Neben den Beiträgen von Beamten schlägt die Kommission vor, die für die Pension anrechnungsfähigen Zeiten „von Anfang bis Ende“ gleich, also linear, zu behandeln. Die Mehrheit spricht sich für eine volle Harmonisierung der Anrechnung und Bewertung beitragsloser Zeiten in der Rentenversicherung wie in der Beamten- und in der Zusatzversorgung für den öffentlichen Dienst aus. Auch sollten die Möglichkeiten des Hinzuverdienstes vereinheitlicht und dynamisiert werden. Die den öffentlichen Dienst betreffenden Vorschläge werden von einer Minderheit wegen verfassungsrechtlicher Bedenken abgelehnt.

Da die Zusatzversorgung für Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst eingeführt worden sei, um sie gegenüber Beamten nicht zu benachteiligen, müßten umgekehrt alle Veränderungen bei der Beamtenversorgung sich auf die Zusatzversorgung auswirken. Abweichungen seien bei Abgeordneten und Ministern zulässig.

Für den Fall einer Neuregelung der Besteuerung werden drei Modelle zur Wahl gestellt: die modifizierte Ertragsanteilbesteuerung; die Vollbesteuerung mit Sonderfreibeträgen und eine „belastungsäquivalente“ Rentenformel, d. h., hohe Renten steigen weniger stark als niedrige. Für den Fall, daß man sich für eins der ersten zwei Modelle entscheide, müsse durch flankierende Gesetze sichergestellt werden, daß das Geld aus dem Steueraufkommen wieder in die Rentenkasse fließe.

Bonn wagt Satelliten-Alleingang

Postminister gibt deutschem Firmenkonsortium Auftrag über 815 Millionen Mark

KAREN SÖHLER, **Bonn**

Im Alleingang will die Bundesregierung bis 1987 ein nationales Satelliten-System aufbauen. Wie Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling gestern in Bonn erklärte, sei ein entsprechender Vertrag Anfang der Woche unterzeichnet worden. Vergeben ist der Auftrag an ein rein deutsches Industriekonsortium.

Für 815 Millionen Mark – das Haushaltsvolumen der Bundespost beträgt im kommenden Jahr 66,9 Milliarden Mark – sollen die beteiligten Firmen ANT Nachrichtentechnik, MBB/Erno GmbH und Standard Elektrik Lorenz AG unter der Führung der Siemens AG zwei Betriebs- und einen Ersatz-Satelliten sowie 34 Erdfunkstellen entwickeln und herstellen. Welcher Anteil den einzelnen Unternehmen zufließen wird, ist bislang noch ungeklärt. Fest steht nur, daß ausländische Zulieferfirmen mit etwa 15 Prozent an dem Geschäft partizipieren. Es sind vor allem französische, italienische und amerikanische.

Begründet wird der nationale Alleingang unterschiedlich. Während ein Sprecher der Siemens AG vor allem von Prestigegründen sprach, verwies der Postminister darauf, daß der deutschen Wirtschaft damit ein Dienst erwiesen werde: Sie habe durch diesen Auftrag die Möglichkeit, ihre Leistungsfähigkeit auf dem Sektor Informations- und Kommunikationstechnik zu beweisen. Mit dieser Überlegung habe er auch den Auftrag direkt vergeben, unter Ausschluß des internationalen Wettbewerbs. Das Geschäft sei den beteiligten Unternehmen quasi in den Schoß gefallen. Allerdings, betonte Schwarz-Schilling, sei diese Form der Auftragsvergabe einmalig und bleibe es auch. Bei allen folgenden Projekten müsse sich die deutsche Wirtschaft dem Wettbewerb stellen.

Mit dem Auftrag soll ein Fundament geschaffen werden, von dem aus weitere internationale Aufträge ins Land gezogen werden können. Auf die „Mund-zu-Mund-Propaganda“ will der Postminister sich dabei nicht verlassen. Eine Gesellschaft, die das neue System vermarkten hilft, soll gegründet werden: die Gesat – German Satellit.

Außer einem kleinen Knall wird der Verbraucher von diesem Abschuß allerdings nichts weiter bemerken. Die Qualität der Telefongespräche, der Text- und der Datenübermittlungen, die über das neue digitale Fernmeldesystem laufen, mag sich in Nuancen verbessern. Eine neue Dienstleistung wird jedoch nicht geboten. Aber: Die Bundesrepublik kann ab 1987 auf ein eigenes Prunkstück im All verweisen.

US-Kriegsschiffe beschießen Syrer in Mittellibanon

dpa/AP/AFP, **Beirut**

Die vor der libanesischen Küste liegenden amerikanischen Kriegsschiffe haben am Dienstag Stellungen in dem von Syrien kontrollierten Gebirgsmassiv in Mittel-Libanon beschossen. Dies meldete der staatliche libanesische Rundfunk. Die palästinensischen Gegner des PLO-Chefs Arafat wollen ihn und seine 4000 Gefolgsleute mit Gewalt aus der nordlibanesischen Hafenstadt Tripoli vertreiben, wenn die für den Abzug festgelegte Zwei-Wochen-Frist verstreicht. Ein Sprecher der PLO-Rebellen beschuldigte Arafat, den Abzug absichtlich zu verzögern, indem er immer neue Forderungen nach Schutzgarantien stelle. Frankreich bemüht sich angeblich in Kontakten zu den USA und Israel um eine Aufhebung der israelischen Seeblockade vor Tripoli.

In Washington bekräftigte die US-Regierung, daß sie israelischen Einwänden zum Trotz die baldige Evakuierung der Arafat-Einheiten unterstützt. In Riad erklärte ein Sprecher Arafats, die PLO hoffe, daß Syrien die Evakuierung aus Tripoli über syrisches Gebiet ermöglichen wird. Bisher war von einer Evakuierung auf dem Seewege die Rede.

Tarifverhandlung ergebnislos

AP, **Hamburg/Balingen**

Die ersten regionalen Manteltarifverhandlungen in der Metallindustrie der Bundesrepublik Deutschland über die von der Industriegewerkschaft Metall geforderte 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich sind nach zweistündiger Dauer gestern ergebnislos auf den 17. Januar vertagt worden. Sowohl bei den Gesprächen in Hamburg für die 138 000 Metaller in der Hansestadt und Schleswig-Holstein als auch in Balingen für die 125 000 Beschäftigten im Tarifbezirk Süd-Württemberg-Hohenzollern gab es nach Angaben des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall und der Gewerkschaft keine Annäherung der kontroversen Standpunkte. Bei den Verhandlungen in Hamburg bekräftigten die Gewerkschaftsvertreter ihre Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

„EG soll auf zweiter Konferenz in Messina neuen Anfang machen“

Ratspräsident Papandreou mahnt zu Einigkeit über die wirklichen Ziele der Gemeinschaft

ULRICH LÜKE, **Straßburg**

Der griechische Ministerpräsident Andreas Papandreou hat gestern vor dem Straßburger Europaparlament in aller Schonungslosigkeit die Krise der Europäischen Gemeinschaft und das Scheitern des Athener EG-Gipfeltreffens vor einer Woche eingestanden. Nur „unter Bedingungen der Krise und des vollständigen Fehlschlags“, so sagte Papandreou, lasse sich in der heutigen EG offenbar der notwendige Impuls für eine grundlegende Reform der Gemeinschaft finden. Seit Jahren habe sich in der EG die Unsitte eingebürgert, Entscheidungen nicht um fünf vor zwölf, sondern um fünf nach zwölf zu treffen. Die französische Präsidentschaft, die am 1. Januar die EG-Geschäfte übernimmt, stehe jetzt zwischen diesen beiden Zeitpunkten.

Papandreou regte erneut eine zweite Konferenz von Messina an. Auf der ersten war in den fünfziger Jahren der Grundstein für die EWG gelegt worden. Der wahre Grund für das Scheitern des Athener Gipfels liegt nach Papandreous Ansicht nicht im Streit um Milchquoten und Fettsteuern, sondern in der tiefgreifenden Uneinigkeit der einzelnen EG-Mitglieder über die wirklichen Ziele der Gemeinschaft. Die einen wollten eigentlich nur einen Zollverein – hier meinte Papandreou wohl die reichen nördlichen Mitgliedstaaten. Die anderen, wozu er offenbar sein Land rechnet, wollten eine wirklich solidarische Gemeinschaft in zahlreichen Bereichen.

Der griechische Ratspräsident kritisierte in scharfen Worten, daß die Gemeinschaft in den letzten Jahren „so gut wie nichts“ im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit geleistet habe, daß sie „so gut wie nichts“ zum Abbau des technologischen Rückstands der Europäer gegenüber den Japanern und Amerikanern und zum Abbau des Wohlstandsgefälles zwischen armen und reichen Ländern in der Gemeinschaft beigetragen habe.

Völlig offen ist nach den zweitägigen Beratungen des Europaparlaments über den EG-Haushalt 1984 der Ausgang der Schlußabstimmung am Donnerstag. Gestern abend begannen letzte Kompromißgespräche zwischen EG-Kommission, Ministerrat und dem Parlament. Möglicherweise findet heute in Straßburg eine Sondersitzung des Finanzministerrates statt. Das Parlament hatte in der ersten Lesung des 57-Milliarden-Mark-Entwurfs im Oktober ultimativ gefordert, fünf Prozent der Agrarmittel und die rund 1,7 Milliarden Mark Beitragsrückerstattung für Großbritannien zu blockieren, bis eine langfristige Lösung der Agrar- und Finanzprobleme der Gemeinschaft gefunden worden ist.

Seite 2: Sechs ist kein Tabu mehr
Seite 5, Seite 14: Weitere Beiträge

Warschau greift jetzt schärfer durch

20 Oppositionelle verhaftet / „Radio Solidarnosc“ ruft zu Kundgebungen am Freitag auf

DW. **Warschau**

Der polnische Arbeiterführer Lech Walesa hat gestern die goldene Medaille des Friedensnobelpreises der Schwarzen Madonna von Tschenstochau geweiht. Etwa 300 Menschen nahmen am Morgen an der feierlichen Messe im Nationalheiligtum der Polen teil. Der Seelsorger Walesas, Pfarrer Henryk Jankowski, versicherte in seiner Predigt, in Walesa sei die ganze polnische Nation ausgezeichnet worden.

Er erinnerte daran, daß die Zeremonie der Weihe auf den zweiten Jahrestag der Verhängung des Kriegsrechts in Polen am 13. Dezember 1981 falle und rief erneut zu einem Dialog über alle ideologischen Gegensätze hinweg auf.

Die polnische Regierung hat unterdessen zum wiederholten Mal Verhandlungen mit dem Führer der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität“ abgelehnt. Regierungssprecher Jerzy Urban bezeichnete Walesa als polnischen Sprecher amerikanischer Interessen. Urban bestätigte außerdem, daß der Warschauer Priester Jerzy Popieluszko sich seit Montag mittag in einem Warschauer Gefängnis in „Polizeigewahrsam“, jedoch nicht in Haft befindet. Dem für sein Eintreten für die Demokratie bekannten Priester wird vorgeworfen, durch Predigten zugunsten der „Solidarität“ die Religionsfreiheit mißbraucht zu haben.

Am Montag hat „Radio Solidarnosc“ in einer etwa fünf Minuten dauernden Sendung zur Teilnahme an den Gedenkkundgebungen am 16. Dezember aufgefordert, zu denen die Untergrundführung der verbotenen Gewerkschaft aufgerufen hatte. Der 16. Dezember ist der Jahrestag der Arbeiteraufstände von 1970 und 1981, die in der Folge von Erhöhungen der Lebensmittelpreise entstanden waren.

Die Warschauer Regierung hat indessen überall im Lande die Sicherheitsmaßnahmen verschärft. Unter Vorsitz von General Jaruzelski tagte am Montag das Komitee für Landesverteidigung. Die Polizei gab die Festnahme von mehr als 20 Angehörigen der politischen Opposition in Warschau, Bromberg, Kattowitz und Waldenburg bekannt. Ihnen wird Widerstandstätigkeit im Untergrund vorgeworfen.

*

H. M., **Köln**

Trotz der Verleumdungskampagne der Regierung habe sich die „Solidarität“ in Polen weiter festigen können; es entstünden sogar „neue Zellen und Strukturen“. Das erklärte gestern der Vorsitzende des Hilfskomitees „Solidarnosc“, Andrzej Wirga, in Köln. Seine Informationen bezieht er nach eigenen Angaben direkt aus dem polnischen Untergrund. Aus einer vom polnischen Helsinki-Komitee verfaßten Analyse der Situation seit Abschaffung des Kriegszustandes und einer von der einstweiligen Koordinationskommission der „Solidarität“ erstellten Lagebeschreibung der Gewerkschaften in Polen geht nach Wirga die „Unvereinbarkeit der Verordnungen für die polnischen Gewerkschaften mit den internationalen Bestimmungen“ hervor.

Genscher: Den Anschluß gewinnen...

■ Fortsetzung von Seite 1

be es dort die Möglichkeit, für risikobereite junge Unternehmer das nötige Kapital zur Betriebsgründung zu erhalten. Beide Vorbilder wandelte Genscher auf die Bundesrepublik Deutschland ab und verlangte die Gründung privater Elite-Hochschulen sowie entscheidende staatliche Anstöße durch Schaffung gesetzlicher und steuerlicher Rahmenbedingungen für die Gründung von Unternehmen mit Risikokapital.

Der FDP-Vorsitzende stellte fest, dieses Risikokapital sei bei uns vorhanden, nur legten die Risikokapitalgeber ihr Geld „in Bauherrenmodellen oder in texanischen Ölbohrlöchern an“.

Als am schwierigsten zu lösen bezeichnete der Minister in seiner Rede vor der BDA die Frage, wie sich genügend Menschen fänden, „die die Chance und das Risiko einer selbständigen Existenz der Nestwärme des Beamten- und Angestelltendaseins vorziehen“. Deshalb gehöre zur geistigen Wende in der Bundesrepublik Deutschland auch der Aufbruch von der Anspruchs- zur Verantwortungsgesellschaft. Voraussetzung für risikobereite Menschen ist deshalb nach seiner Darstellung ein leistungsfähiges, auf die Zukunft orientiertes Bildungs- und Forschungssystem.

In der Schul- und Berufsschulpolitik sei es nötig, die Vertrautheit mit der Technik zu einem Ziel der Allgemeinbildung zu machen. In der Universitäts- und Forschungspolitik sollten, so Genscher, naturwissenschaftliche Spitzenleistungen nachhaltig gefördert werden. Genscher sagte: „Die Wende muß in den Schulen beginnen. Die Schule soll erziehen zu Toleranz, zu Leistungs- und Verantwortungsbereitschaft und zum sozialen Engagement.“ Sie dürfe nicht zum ideologischen Ausbildungsplatz für politische Veränderungen werden. Als eine der Ursachen für die „irrationale Technologiefeindlichkeit“ der Menschen nannte er die Abschottung der Schulen von der technischen Entwicklung.

Als „Gebot der Stunde“ bezeichnete er deshalb sowohl die Förderung privater Universitäten als auch privater Schulen. Neue Impulse seien von der Konkurrenz zwischen privaten und öffentlichen Hochschulen zu erwarten. Schließlich regte Genscher auch die Schaffung von zwei privaten naturwissenschaftlichen „Elite-Instituten“ an, die sich jeweils auf Mikroelektronik/Optoelektronik sowie Biotechnik konzentrieren sollten.

Eine langanhaltender Konflikt um die wöchentliche Arbeitszeit würde nach Ansicht von Arbeitgeber-Präsident Otto Esser, der gestern auf der Mitgliederversammlung der Bundesvereinigung in Bonn einstimmig für zwei weitere Jahre in seinem Amt bestätigt wurde, die Aussichten auf eine bessere wirtschaftliche Entwicklung zunichte machen und schlimme Auswirkungen auf das Wachstum und den Arbeitsmarkt haben. Esser wörtlich: „Wir wollen diesen Konflikt nicht, aber wir werden ihn annehmen, wenn er uns aufgezwungen werden sollte. Und wir werden ihn dann gemeinsam annehmen.“

Die Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche bezeichnete Esser als verhängnisvoll. Die mit der Arbeitszeitverkürzung und Lohnausgleich verbundenen Kosten der Unternehmen würden die Beschäftigung nicht fördern, sondern vermindern. In der Bundesrepublik sei Arbeit in vielen Bereichen bereits unbezahlbar geworden. Es habe für ihn etwas Abenteuerliches, eine Verbesserung der Beschäftigungslage davon zu erhoffen, daß man die Arbeit weiter – und zwar dramatisch – verteuere. Die unternehmerische Wirtschaft dürfe dies nicht zulassen.

Die Arbeitgeber böten jetzt den Gewerkschaften Verhandlungen über die Vorruhestandsregelung an. Diese Initiative entspringe der Einstellung, nach Möglichkeit junge Menschen in dadurch freiwerdende Arbeitsplätze zu bringen. Dabei müsse die beiderseitige Freiwilligkeit gewährleistet sein. Sie sei auch auf der Arbeitgeberseite unverzichtbar, weil nur so den betrieblichen Notwendigkeiten, besonders der kleinen und mittleren Unternehmen, Rechnung getragen werden könnte.

Kohl entscheidet, ob Lambsdorff im Amt bleibt

● Fortsetzung von Seite 1

treffe, von der CSU nicht kommentiert.

Namhafte CSU-Politiker, die in Bonn wichtige Ämter und Funktionen haben, nehmen in Gesprächen Graf Lambsdorff ausdrücklich in Schutz und plädieren dafür, die nächsten Monate bis zur Entscheidung über eine Eröffnung des Hauptverfahrens „durchzustehen“. Freilich, auch darüber gibt es zwischen Kohl und Lambsdorff und den Koalitionsparteien FDP, CDU und CSU Übereinstimmung, der Minister müsse zurücktreten, falls das Verfahren gegen ihn zugelassen werde.

CDU und CSU, dies ist in den letzten Tagen häufig zu hören, wünschen allerdings den Verbleib von Graf Lambsdorff in diesem Ministeramt auch deshalb, weil die FDP mit ihm eben jene Koalitionspartei darstelle, die man sich gewünscht habe. Ohne Graf Lambsdorff würde, so lauten Argumente, die FDP ein „anderes Gesicht“ erhalten und programmatisch möglicherweise in eine andere Richtung streben. Das Profil als liberale Wirtschaftspartei wäre ohne den Minister kaum aufrechtzuerhalten.

Ratschläge an Graf Lambsdorff, sein Amt zur Verfügung zu stellen und in einem Hauptverfahren einen „sauberen Freispruch“ zu erzielen, werden, auch in der CSU, als grotesk und lebensfremd betrachtet.

In der Union rechnet man damit, daß – falls es doch zu einem Rücktritt von Graf Lambsdorff früher oder später kommen sollte – die FDP die Wiederbesetzung dieses Ressorts zu einer „Koalitionsfrage“ machen werde. Allerdings, so ist vor allem in der CSU zu hören, müsse darüber im Kreis der Koalitionsparteien gesprochen werden, denn es gebe für diesen Fall weder schriftliche noch mündliche Koalitionsvereinbarungen. Die Zuordnung der Ministerämter sei „nach Personen“ erfolgt.

Ermittlungen aufgenommen

AP, **Hamburg**

Die Hamburger Staatsanwaltschaft hat gestern ihre Ermittlungen gegen die Verantwortlichen im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ aufgenommen, gegen die der Verdacht besteht, im Zusammenhang mit dem jüngsten „Spiegel“-Bericht über die Flick-Spendenaffäre gegen den Paragraphen 353 des Strafgesetzbuches verstoßen zu haben. Der „Spiegel“ hatte über die Anklageschriften gegen Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, den früheren Wirtschaftsminister Hans Friderichs, den ehemaligen nordrhein-westfälischen Wirtschaftsminister Horst-Ludwig Riemer, den einstigen Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch und den Unternehmer Manfred Nemitz berichtet.

Der Hamburger Oberstaatsanwalt Peter Beck teilte mit, daß ein Beauftragter der Staatsanwaltschaft Bonn gestern in Hamburg die Anklageschriften im Fall Brauchitsch, Nemitz, Friderichs und Riemer vorgelegt habe. Bei der anstehenden Prüfung gehe es auch darum, daß es sich bei dem „Spiegel“-Bericht nicht um Veröffentlichungen aus der Anklageschrift gegen Minister Lambsdorff handele. Die Staatsanwaltschaft werde jetzt die Anklageschriften während der kommenden Tage mit dem „Spiegel“-Bericht vergleichen. „Dann muß man sehen, was das für ein Ergebnis hat“, sagte Beck.

In Mißkredit geraten

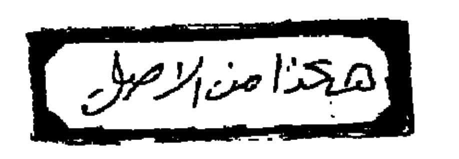
HANS-JÜRGEN MAHNKE, **Köln**

„Wir werden in den USA als Bananen-Republik angesehen“, erklärte der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Otto Wolff von Amerongen, zu vorgerückter Stunde gegenüber Journalisten im Kölner Altstadt-Restaurant „Die Keule“, als er auch auf die Parteispenden-Affäre in der Bundesrepublik einging. Angesprochen auf Berichte über Bargeldübergaben an deutsche Politiker meinte er, das Schlimmste sei der Mißkredit, in den die Bundesrepublik dadurch in den Vereinigten Staaten gerate. Angesichts der Summen, die genannt werden, stehe die Bundesrepublik in den Augen mancher Amerikaner nicht besser da als San Salvador.

Wolff sprach von unmöglichen Verhältnissen. Er prangerte die Parteispendenpraxis in der Bundesrepublik scharf an. Zu der ganzen Angelegenheit sei es nur gekommen, weil über lange Zeit kein vernünftiges System für die Parteienfinanzierung habe gefunden werden können. Auf den Fall Flick selbst wollte Wolff nicht eingehen.

„Sehr bedauern“ würde Wolff einen Rücktritt von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff. Es sei schade, wenn „ein solcher Mann, der in schwierigen Zeiten so entschlossen marktwirtschaftliche Thesen vertreten hat, über diesen Fall stolpern sollte“. Der DIHT-Präsident meinte allerdings auch, ein unter Anklage stehender Minister könne sein Amt nicht voll wahrnehmen und sei „eigentlich untragbar“.

Wolff wies jedoch auch auf die internationalen Folgen eines eventuellen Rücktritts hin: „Ganz zweifellos würde ein solcher Schritt sowohl in den USA als auch in der Sowjetunion beträchtliche Verunsicherung schaffen.“



Faire Lösung

fu (London) – Bereits am 1. April kommenden Jahres will die Regierung in London den ersten Schritt zur Privatisierung der Fluggesellschaft British Airways unternehmen. Sie wird eine neue Gesellschaft nach britischem Gesellschaftsrecht bilden, die British Airways plc., die mit einem Anfangskapital von 50 000 Pfund ausgestattet wird. Die Privatisierung selbst erfolgt voraussichtlich schon im Frühjahr 1985.

Doch wichtiger als diese Fakten selbst ist die Tatsache, daß die Regierung bereits jetzt einige der Beschwerden der privaten Konkurrenz über unfaire Wettbewerbsbedingungen nach einer Privatisierung von British Airways anerkennt – zumindest indirekt. Jedenfalls hat sie die Zivilluftfahrtbehörde des Landes aufgefordert, umgehend den Luftfahrtmarkt unter den Gesichtspunkten einer übermächtigen privaten British Airways unter die Lupe zu nehmen.

Dieser Ansatz ist sicher richtig. Denn immerhin kontrolliert der Staatsriese etwa 83 Prozent des Luftverkehrsaufkommens in Großbritannien. Eingedeckt mit den lukrativsten und gewinnträchtigen Strecken würde die mit der Privatisierung von ihrer Schuldenlast befreite British Airways plc. die kleine Konkurrenz höchstwahrscheinlich bald ins Trudeln kommen lassen. Warum sollte also nicht den anderen die Möglichkeit eingeräumt werden, gewisse Streckenrechte und möglicherweise auch einen Teil des Flugzeugparks von British Airways abzukaufen? Es wäre jedenfalls die fairste Art, den Schuldenberg von British Airways von etwa einer Milliarde Pfund abzubauen.

Grüne Milliarden

Wb. – Jede zehnte Investitionsmark der deutschen Chemie floß 1982 in den Umweltschutz. Insgesamt wurde ein Volumen von 671 Millionen erreicht, sieben Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Doch damit waren die „grünen Ausgaben" noch nicht am Ende. Die Investitionen der vorangegangenen Jahre – immerhin fast 5 Milliarden Mark seit 1974 – „rächten" sich in Gestalt laufender Kosten für den Betrieb der Umweltschutzanlagen in der ansehnlichen Höhe von 2,8 Milliarden Mark, noch einmal zwei Prozent mehr als 1981. Damit wurden zwei Prozent vom Umsatz nur für den laufenden Aufwand ausgegeben, deutlich mehr, als die Chemie in den vergangenen Jahren an Erträgen vorzuweisen hatte, von den Dividenden ganz zu schweigen. Und in diesem Jahr, so rechnet die Branche, dürfte das Vorjahresniveau erneut überschritten werden. In der Chemie scheint man sich aber mit der Notwendigkeit solcher Belastungen inzwischen abgefunden zu haben. Motivierend wäre es freilich, wenn umgekehrt auch die Umweltbeflissenen der Nation einmal die erbrachten Leistungen zur Kenntnis nähmen.

EINZELHANDEL / Mit Zuversicht ins kommende Jahr

Der scharfe Wettbewerb sorgte weiter für Ruhe an der Preisfront

INGE ADHAM, Frankfurt

Die Preise im Einzelhandel werden im nächsten halben Jahr voraussichtlich nicht schneller steigen als 1983. Dafür sorgt einmal eine moderate Entwicklung bei den Einkaufspreisen des Handels, aber auch die zunehmend preisbewußter einkaufenden Kunden, um deren Gunst der Handel mit zunehmender Schärfe im Wettbewerb untereinander steht.

Durchschnittlich zwei bis drei Prozent mehr mußten die Einkäufer des Handels für jene Waren bezahlen, die längerfristig bestellt und im ersten Halbjahr 1984 verkauft werden. Diese Steigerung liegt nur leicht über der des zweiten Halbjahres 1983 (plus 1,5 bis 2,5 Prozent). Nicht enthalten sind in diesen Preisen die Frischwaren, die kurzfristig eingekauft werden und deren Preise saisonalen Schwankungen folgen.

Bei der Vorlage der Einkaufspreis-Statistik, die bei Fernsehgeräten, Hi-Fi-Komponenten, Taschenrechnern, Kleincomputern, Digitaluhren und Wein sogar billigere Zeiten signalisiert, erinnerte Heinrich W. Heyer, Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels (BAG), daran, daß damit die Verkaufspreise noch nicht festliegen. „Allein der Wettbewerb entscheidet darüber, was an Preissteigerungen weitergegeben werden kann", betonte Heyer. Und daß dieser überaus scharf ist, verdeutlicht auch die Tatsache, daß es dem Handel bisher nicht gelungen ist, die Mehrwertsteuer-Erhöhung vom 1. Juli voll an seine Kunden weiterzureichen.

Insgesamt wird der Einzelhandel ohne Kraftfahrzeughandel, Mineralöl, Brennstoffe und Apothekenumsätze in diesem Jahr 356 Milliarden DM umsetzen. Das ist bei Preissteigerungen von 2,5 Prozent real ein Minus von einem halben Prozent. Wieder 19 Milliarden Mark davon werden übrigens auf das Weihnachtsgeschäft entfallen, das sich von einer besseren Seite zeigt als ursprünglich angenommen. Mit einem Umsatzplus von 1,7 Prozent sind die vier Warenhauskonzerne dabei in diesem Jahr wieder im Gleichschritt mit dem übrigen Einzelhandel marschiert, dagegen mußte der Versandhandel mit einem Rückgang von drei Prozent nach Jahren des Wachstums erstmals deutlich Federn lassen.

Trotz der moderaten und in den einzelnen Sparten durchaus differenzierten Entwicklung – bei Getränken und Tabakwaren zum Beispiel stieg der Umsatz nominal nur um ein Prozent – sind die 1800 Mitgliedsunternehmen der BAG, die rund zehn Prozent des gesamten Einzelhandelsumsatzes auf sich vereinen, recht zufrieden: Sie hatten eine schwächere Entwicklung befürchtet. Besonders im zweiten Halbjahr hat der private Verbrauch zur Stabilisierung der Konjunktur und ihrer Belebung beigetragen, betonte Heyer, der freilich auch einräumte, daß man „bescheiden" geworden sei. Immerhin konnten 65 Prozent der BAG-Mitgliedsbetriebe (40 Prozent davon sind Kauf- und Warenhäuser) für das zweite Halbjahr 1983 von steigenden Umsätzen berichten, erwartet hatten das aber nur 40 Prozent. Das sorgte auch dafür, daß der Beschäftigtenabbau bei den BAG-Mitgliedern mit 2,5 Prozent auf rund 260 000 Mitarbeiter geringer blieb als befürchtet.

In das neue Jahr gehen die Mitgliedsfirmen, wie Heyer betonte, mit einer gewissen Zuversicht. Eine Verschlechterung werde von niemand befürchtet, 30 Prozent rechnen mit höheren Umsatzsteigerungen als 1983, 70 Prozent mit gleichen Steigerungsraten. Beim Ertrag freilich klemmt es noch im Handel. Deshalb liegt das Schwergewicht der geplanten Investitionen nach wie vor bei der Rationalisierung.

Eine grundlegende Verbesserung der Ertragskraft der Unternehmen hält Heyer aber nur für möglich, wenn es gelinge, ein „weniger beschäftigungsfeindliches Sozialsystem und ein insgesamt investitionsfreundlicheres Steuersystem" durchzusetzen. Ansätze seien zwar vorhanden, „allerdings scheinen die Zusammenhänge zwischen Ertragskraft der Wirtschaft, Investitionen, Wachstum und Beschäftigung nicht überall bekannt zu sein", monierte Heyer. Mit niedrigen Preissteigerungsraten, bei einem niedrigeren Zinsniveau und einem sich festigenden Vertrauen in die Wirtschaftspolitik gehe man aber mit Zuversicht in das nächste Jahr.

AGRARPOLITIK

Heereman: Die Bauern haben keinen Grund zum Jubeln

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Trotz eines „Bombenergebnisses" rechnet der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Constantin Freiherr Heereman, mit neuen Unruhen in der Landwirtschaft. Immerhin ist der Gewinn je Familienarbeitskraft im Wirtschaftsjahr 1982/83, das am 30. Juni beendet wurde, nach den jetzt vom Verband vorgelegten Zahlen um 29,6 Prozent auf 24 585 Mark gestiegen. Für das laufende Wirtschaftsjahr 1983/84 sagt Heereman den vollen Abbau dieses Zuwachses bereits jetzt voraus. „Es besteht überhaupt kein Grund zum Jubeln, zumal im laufenden Wirtschaftsjahr die landwirtschaftliche Nettowertschöpfung je Arbeitskraft nur knapp das niedrige Niveau aus dem Jahre 1981/82 erreichen wird", betonte Heereman in Bonn.

Nach dem jetzt veröffentlichten Situationsbericht hat der Gewinn je Familienvollarbeitskraft im Wirtschaftsjahr 1982/83 real um 20 Prozent unter dem bereits 1975/76 erreichten Niveau gelegen. Trotz der Zunahme blieb der Gewinn je Familienarbeitskraft im abgelaufenen Wirtschaftsjahr nach Angaben des Verbandes um mehr als 25 Prozent unter dem gewerblichen Vergleichslohn, eine Rechnung, deren Aussagewert von den Experten des Landwirtschaftsministeriums bezweifelt wird.

Ausschlaggebend für den Anstieg im letzten Wirtschaftsjahr sei das Zusammentreffen günstiger Einzelfaktoren gewesen. So seien die Aufwendungen für Energie, Dünger und Futtermittel gegenüber dem Vorjahr niedriger ausgefallen. Überdies seien die Zinsen gesunken. Heereman spricht daher von einer „Ausnahmeerscheinung". Immerhin bleibe der Gewinn je Familienarbeitskraft im Durchschnitt der letzten drei Wirtschaftsjahre nominal um fast ein Prozent und real um mehr als 14 Prozent unter dem Durchschnitt der vorangegangenen drei Wirtschaftsjahre.

Aufgrund der landwirtschaftlichen Gesamtrechnung sagt der Verband für 1983/84 einen Rückgang des Produktionswerts in diesem Bereich um mehr als zwei Milliarden Mark voraus. Im pflanzlichen Bereich sind deutlich niedrigere Ernten und bei Weinmost ein merklicher Preisverfall ausschlaggebend. Die Erzeugung von Milch hat bei einem leichten Preisanstieg weniger als im Vorjahr zugenommen. Der Schweinepreis ist gesunken. Bei Rindfleisch wird mit einer Zunahme des Produktionswerts gerechnet.

Nach dem Athener Gipfel kommt die Gemeinschaft bei den bevorstehenden Preisverhandlungen nach Ansicht Heeremans in ungeahnte Schwierigkeiten. Der Bauern-Präsident forderte nachdrücklich die Erhaltung des Währungsausgleichssystems, weil nur so eine gemeinsame Markt- und Preispolitik betrieben werden könne. „Hier kann es keine billigen Geschäfte geben", appellierte er an die Verantwortlichen. Die Folgen der hinausgezögerten Entscheidungen hätten in erster Linie die Bauern zu tragen.

Entwicklungshilfe in Not

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Um die Entwicklungshilfe ist es schlecht bestellt. Die Hilfsbereitschaft der Geberländer hat in letzter Zeit beträchtlich nachgelassen. Das überrascht etwas, weil es den meisten dieser Länder wieder besser geht. Bahnt sich doch nach der Krise der letzten Jahre ein Wirtschaftsaufschwung an, der eigentlich verstärkte Leistungen an die Entwicklungsländer erlauben sollte.

Aber gerade die Vereinigten Staaten, die gegenwärtig die höchste Wachstumsrate aufweisen, sind besonders zurückhaltend. Sowohl im DAC, dem Entwicklungshilfeausschuß der OECD, in dem die 17 reichsten westlichen Industriestaaten ihre Leistungen abstimmen, als auch in der 33 Geberländer umfassenden Weltbanktochter IDA, die langfristige Kredite zinslos an die ärmsten Entwicklungsländer gewährt, haben die USA überraschend starke Ausgabenkürzungen angekündigt.

Hier wie dort bleiben sie zwar weiterhin den absoluten Beträgen nach das größte Geberland. An ihrer Wirtschaftskraft gemessen liegt die öffentliche Entwicklungshilfe der USA aber weit unter dem Durchschnitt. Sie erreichte 1982 gerade 0,23 Prozent des amerikanischen Sozialprodukts gegenüber noch 0,25 Prozent 1977, während alle DAC-Staaten zusammengenommen 0,37 nach 0,33 Prozent erbrachten. 1985 wollen die USA nur noch 0,20 Prozent bereitstellen.

Nach Schätzung des DAC bedeutet dies, daß die US-Hilfe bis dahin um preis- wie wechselkursbereinigt 1,5 Prozent im Jahresdurchschnitt zurückgeht. Gleichwohl soll die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe der DAC-Staaten um durchschnittlich real zwei Prozent steigen, nach einer entsprechenden Zuwachsrate von allerdings 5,3 Prozent zwischen 1977 und 1982. Dabei plant die Bundesregierung eine Zuwachsverminderung von 8,7 auf 0,5 Prozent, womit allerdings der derzeitige (überdurchschnittliche) Anteil am deutschen Sozialprodukt erhalten bliebe.

Immerhin wirkt die restriktive amerikanische Haltung ansteckend. Das zeigte sich auch bei den sehr mühsamen und immer noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen über die siebente Auffüllung der IDA-Mittel. Für die drei Jahre ab Mitte 1984 waren ursprünglich von der Weltbank mindestens 16 Milliarden Dollar beantragt worden. Ihren eigentlichen Bedarf bezifferte die IDA am letzten Wochenende in Paris auf sogar 20 Milliarden Dollar, weil jetzt noch China hinzukomme.

Dagegen sind die USA der Auffassung, daß die IDA mit neun Milliarden Dollar auskommen könnte, nachdem sie in den vergangenen drei Jahren 12 Milliarden Dollar empfangen hatte. Daraufhin erklärten die anderen Geberländer für die nächste Auffüllung die 12 Milliarden Dollar zur Obergrenze. Wieviel sie von den immer noch fehlenden drei Milliarden Dollar aufbringen wollen, ist aber noch völlig offen. Auf jeden Fall wird die IDA-Hilfe in den nächsten Jahren real wie nominal stark zurückgehen.

Das widerspricht dem kurz zuvor auf der Pariser Jahrestagung des DAC abgegebenen feierlichen Bekenntnis, wonach den ärmsten Entwicklungsländern mit einem Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 400 Dollar im Jahr bevorzugt geholfen werden müßte. Diese notleidenden Länder sind für ihre Entwicklung fast ausschließlich auf die IDA angewiesen. Nach amerikanischer Auffassung könnten sich aber inzwischen einige Entwicklungsländer auch anderweitig Kapital beschaffen.

Man beruft sich bei den Geberländern auf die Erfordernisse der eigenen Haushaltssanierung. Das gilt nicht nur für die USA. Auch die Bundesregierung begründet damit ihre entwicklungspolitische Zurückhaltung: insbesondere der deutsche Anteil an der IDA müßte deshalb eher zurückgeschraubt als erhöht werden. Denn schon jetzt auf ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum zu vertrauen, sei verfrüht. Und im übrigen käme das derzeitige Wachstum indirekt auch den Entwicklungsländern zugute.

Es bleibt festzustellen, daß der Westen die Verschuldungskrise der Dritten Welt längst nicht bewältigt hat. Dies ist eine Belastung, die vielleicht noch schwerer wiegt als der Mehrbedarf an öffentlicher Entwicklungshilfe. Das tragische an dieser Konstellation besteht allerdings darin, daß die ärmsten Entwicklungsländer, die sich gar nicht so hoch verschulden konnten wie die Krisenländer, unter den neuen Gegebenheiten der Entwicklungspolitik besonders stark zu leiden haben.

AUF EIN WORT



„Die Verbraucherverbände sind für das Reinheitsgebot bei Bier, und es sollte in der gesamten Europäischen Gemeinschaft gelten."

Johannes Jaschick, geschäftsführendes Präsidialmitglied der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher e. V.
FOTO: JULIUS C. SCHMIDT

Beistandskredit für IWF perfekt

AP, Basel

Die Zentralbanken von 19 Industrieländern und die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) haben in Basel ihre Zustimmung zu einem Beistandskredit in Höhe von drei Milliarden Sonderziehungsrechten (3,12 Milliarden Dollar) für den Internationalen Währungsfonds (IWF) gegeben. Der Kredit soll zusammen mit einer gleich großen Tranche Saudi-Arabiens die Liquiditätsengpässe des IWF beheben. Wie aus Notenbankkreisen verlautete, wird die Deutsche Bundesbank mit 415 Millionen SZR (432 Millionen Dollar) den größten Einzelanteil des Kredits übernehmen. Die BIZ selber wird sich dem Vernehmen nach auf eigene Rechnung mit 300 Millionen Dollar beteiligen.

LOHN- UND EINKOMMENSTEUER

Entlastungen sind nicht ohne Umschichtungen möglich

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Umstrukturierungen des Steuersystems, die dazu beitragen, die Leistung des wirtschaftlich Tüchtigen zu belohnen, werden auch in Zukunft im Mittelpunkt der Überlegungen der Bundesregierung stehen. Vor der Industrie- und Handelskammer in Hagen wies Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg darauf hin, daß die geplanten Entlastungen bei der Lohn- und Einkommensteuer sowohl Arbeitnehmern als auch dem Mittelstand zugute kommen sollen. Vor allem komme es darauf an, den leistungshemmenden Verlauf des Steuertarifs zu entschärfen, der durch das Zusammentreffen von Progressionswirkung und Inflationsentwicklung entsteht. Überdies gehe es um eine gerechtere steuerliche Behandlung von Familien mit Kindern.

Kein Zweifel könne daran bestehen, daß die Entlastungen bei der Einkommensteuer den begonnenen Konsolidierungsprozeß nicht gefährden dürfe. „Eine wirklich spürbare Entlastung wird nicht ohne steuerliche Umschichtungen und den Abbau von Steuervergünstigungen möglich sein", erklärte Stoltenberg. Die Bundesregierung werde ihr Konzept im ersten Halbjahr 1984 zusammen mit dem Entwurf des Bundeshaushalts 1985 vorlegen. Die Bundesregierung nehme die selbst gestellte Aufgabe, alle Subventionen auf ihre Berechtigung hin zu prüfen, sehr ernst. Der Minister lehnte den vom Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) gemachten Vorschlag einer linearen Kürzung der Subventionen jedoch ab. Stoltenberg zieht aus sachlichen Überlegungen heraus gezielte Kürzungen vor. In der Realität der nächsten Jahre werde es aber vor allem darauf ankommen, viele neue Subventionsforderungen abzuwehren.

HANDEL

Washington droht der EG mit Vergeltungsmaßnahmen

H.-A. SIEBERT, Washington

Enttäuscht über die gescheiterten Handelsgespräche am vergangenen Freitag in Brüssel, bereiten sich die USA auf Gegenmaßnahmen für den Fall vor, daß die EG amerikanische Agrarausfuhren in die Gemeinschaft behindert. Nicht hinnehmen wird Washington eine Fettsteuer, die auf Kosten der Sojabohnen-Exporte gehen würde, und Lieferbeschränkungen für billige Getreidesubstitute.

Auf der Liste stehen bereits, wie Landwirtschaftsminister John Block, der stellvertretende Handelsbevollmächtigte des Weißen Hauses, Robert Lighthizer, und andere Mitglieder der Reagan-Administration übereinstimmend in einem Anhörverfahren des Finanzausschusses des Senats erklärten, höhere Zölle und mengenmäßige Importrestriktionen (Quoten) für Süßigkeiten aus Deutschland, Whisky aus Schottland, Fleischwaren aus Holland sowie Wein und Weichkäse aus Frankreich.

Genannt wurden auch Gin und Bier. Vorgehen will die Administration nach dem „Gleichheitsprinzip", das heißt, im Ernstfall richtet sich der Vergeltungsstoß gegen ein für den Amerika-Handel wichtiges Agrarerzeugnis aus jedem der zehn EG-Länder. „Wir wollen keinen Handelskrieg. Um jedoch Mißverständnissen vorzubeugen, legen wir unsere Karten auf den Tisch", sagte der republikanische Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Beziehungen, Senator Charles Percy. Der Ausfuhrwert der aufgeführten Produkte wurde von Block auf nahezu fünf Milliarden Dollar jährlich veranschlagt. Das wären 60 Prozent der amerikanischen Agrarexporte in die Gemeinschaft. Einfuhrbeschränkungen für Wein und Bier würden dem Wert der US-Maiskleber und Zitrusabfälle entsprechen: 700 Millionen Dollar.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Arbed-Konzern zieht sich zurück

Saarbrücken (dpa/VWD) – Der luxemburgische Arbed-Konzern hat zugesagt, seine 100prozentige Beteiligung an der Arbed-Saarstahl auf eine Minderheitsbeteiligung von 24 Prozent zurückzuführen. Dies bestätigte Ministerpräsident Werner Zeyer (CDU) gestern vor dem Landtag in Saarbrücken. Bund und Land würden die Luxemburger für die Dauer von fünf Jahren eine unwiderrufliche Option auf 76 Prozent des Gesellschaftskapitals einräumen. Die Transaktion bedeute jedoch keine Abkoppelung der Arbed-Mutter von den Betrieben im Saarland. Zeyer gab auch bekannt, daß sich der Bund von 1984 an bei den direkten Zuwendungen an Arbed Saarstahl mit zwei Dritteln und bei der beschlossenen Übernahme von Zins- und Tilgungsleistungen mit 59 Prozent beteiligen werde. Zuletzt waren Bund und Land jeweils zur Hälfte an den Hilfen beteiligt.

Wirtschaftsplan genehmigt

Bonn (Mk.) – Im zweiten Anlauf hat der Verwaltungsrat der Deutschen Bundesbahn den Wirtschaftsplan des Unternehmens für 1984 genehmigt und dem Vorschlag zugestimmt, Knut Reimers zum neuen Vorstandsmitglied für das Ressort Technik zu ernennen. Auf der letzten Sitzung des Plenums fand dieser Vorschlag von Bundesverkehrsminister Werner Dollinger noch keine Zustimmung, wobei sich das Votum nicht gegen die Person, sondern das kurzfristig eingeleitete Verfahren gerichtet hatte.

Mittelstand investiert wieder

Bonn (dpa/VWD) – Die konjunkturelle Belebung hat die mittelständische Wirtschaft in voller Breite erfaßt, stellt der Bundesverband der Volksbanken und Raiffeisenbanken in seinem jüngsten Konjunkturbericht fest. So habe sich die Investitionstätigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen sowie ihre Bereitschaft zur langfristigen Verschuldung verstärkt. Dies zeige auch die deutlich beschleunigte Nachfrage nach Krediten mit längerer Laufzeit während der ersten zehn Monate 1983. In diesem Zeitraum seien gegenüber 1982 bei den Genossenschaftsbanken die langfristigen Kredite um 9,1 Prozent, die kurzfristigen Kredite dagegen nur um ein Prozent gewachsen.

Post-Haushalt

Bonn (Rei.) – Der Postverwaltungsrat hat den Haushalt der Bundespost für 1984 mit einem Volumen von 66,8 Milliarden Mark am Montagnachmittag verabschiedet. Das sind 1,9 Milliarden mehr als 1983 oder plus 2,9 Prozent. Für Investitionen werden insgesamt 14,8 Milliarden angesetzt. Damit sollen 200 000 Arbeitsplätze in der deutschen Industrie gesichert werden. Der Nettokreditbedarf liegt mit 4,1 Milliarden unter dem des Vorjahres. Für das Haushaltsjahr 1983 wurde ein Nachtragshaushalt durch das im November abgeschlossene Postabkommen mit der „DDR" notwendig. Es betraf eine Erhöhung der Pauschale von 85 auf 200 Millionen für die Bezahlung von Mehrleistungen der „DDR"-Postverwaltung im gegenseitigen Post- und Fernmeldedienst.

Satelliten-Kooperation

München (rtr) – Der deutsche Luft- und Raumfahrt-Konzern Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) und der französische Staatskonzern Aerospatiale haben ein Kooperationsabkommen zur Entwicklung, Herstellung und Kommerzialisierung von Nachrichtensatelliten unterzeichnet. Wie MBB bekanntgab, wollen beide Konzerne die gesamte Breite von Nachrichtensatelliten abdecken und die Systeme in einer sogenannten „Spacebus"-Familie international verkaufen. MBB und Aerospatiale sind oder waren den Angaben zufolge bereits am Bau von mehr als 48 Satelliten beteiligt, von denen derzeit 18 in Betrieb sind.

Wochenausweis

	7.12.	30.11.	7.11.
Netto-Währungsreserve (Mrd. DM)	62,3	68,6	71,0
Kredite an Banken	75,3	70,6	71,6
Wertpapiere	7,9	7,7	7,8
Bargeldumlauf	106,4	103,6	100,9
Einl. v. Banken	49,6	47,3	47,2
Einl. v. öffentl. Haushalten	1,3	0,9	3,6

EG / Regelung des „Haustür-Verkaufs"

Meinungsänderung in Bonn

WILHELM HADLER, Brüssel

Auf ein gemeinschaftliches Meldesystem für in den Verkehr gelangte gefährliche Verbrauchsgüter haben sich die EG-Regierungen geeinigt. Sie zogen damit eine Lehre aus dem spanischen Speiseöl-Skandal, der vor zwei Jahren die europäische Öffentlichkeit erregte und den Tod von fast 300 Menschen zur Folge hatte.

Das Informationssystem, das bisher nur für Lebensmittel gilt, soll durch die neue Richtlinie für zunächst drei Jahre verbindlich gemacht und auf andere Erzeugnisse ausgedehnt werden. Die Regierungen werden darin verpflichtet, unverzüglich jeden Fall nach Brüssel zu melden, in dem der Vertrieb und Verkauf eines Erzeugnisses wegen der bei seiner Verwendung aufgetretenen Gefährdung für die Verbraucher verboten wurde. Hierdurch soll es ermöglicht werden, schnell in gleiche Richtung tätig zu werden. Geschaffen wird durch die Neuregelung außerdem ein beratender Ausschuß aus Sachverständigen der Mitgliedsländer. Er hat die Aufgabe, über die Einhaltung der Richtlinie zu wachen.

Die Kommission hat zugesichert, daß der Ausschuß zu keinem bürokratischen Hemmschuh werden soll. Derartige Befürchtungen waren vom Bonner Justizstaatssekretär Klaus Kinkel geäußert worden, nach dessen Meinung sich das freiwillige Informationssystem bei Lebensmitteln durchaus bewährt hat. Auch die Beschränkung der Meldepflicht auf Erzeugnisse mit grenzüberschreitendem Absatz wurde fallengelassen. Die Kommission setzte sich mit ihrem Argument durch, daß kein Mitgliedsstaat garantieren könne, daß eine Ware wirklich nur auf dem nationalen Markt verkauft wird.

Alle übrigen Tagesordnungspunkte des ersten „Verbraucherrates" in der Geschichte der EG mußten erwartungsgemäß an die zuständigen Expertengruppen zurückverwiesen werden. Durchweg bestand jedoch der Eindruck, daß sich die Einberufung des Sonderministerrates durchaus gelohnt habe.

Am deutschen Widerstand scheiterten Fortschritte bei der geplanten Richtlinie über den „Haustür-Verkauf". Sie soll in der gesamten EG den Verbrauchern ein Rücktrittsrecht innerhalb von sieben Tagen schaffen und grundsätzlich für alle Kaufverträge die Schriftform vorschreiben. Bonn, das sich bisher stets für eine solche Regelung stark gemacht hatte, hat seine Meinung kurzfristig geändert. Das letzte Wort scheint allerdings noch nicht gesprochen zu sein.

Am weitesten auseinander gehen noch immer die Auffassungen über eine europäische Regelung für die Produzentenhaftung für schadhafte Erzeugnisse. Hier brachte die Aussprache kaum neue Gesichtpunkte. Einigkeit herrscht offenbar über die Einführung einer (verschuldensunabhängigen) Gefährdungshaftung und den grundzätzlichen Ausschluß von Entwicklungsrisiken. Bonn kämpft entschieden für eine Haftungsbegrenzung, während andere Länder weiter auf unbeschränkte Haftung bestehen wollen.

AUSSENHANDEL / Lambsdorff lehnt Zölle als Mittel der Industriepolitik ab

Sorge über Zunahme der Subventionen

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Marktwirtschaftlich orientierte Lösungen für die strukturellen Anpassungsprobleme der Wirtschaft sind nach Ansicht von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff zu Hause erfolgversprechender und auch gegenüber den ausländischen Handelspartnern weniger konfliktträchtig. In einem Vortrag in Paris lehnte Lambsdorff die französische Forderung entschieden ab, die gemeinsame Handelspolitik in den „Dienst der industriellen Entwicklung in Europa" zu stellen. Nach dieser Vorstellung sollten wirksame Zollerhöhungen zeitweilig das Aufkommen neuer Industriezweige in der EG unterstützend begleiten.

„Die Zustimmung zu einer solchen, von vielen EG-Ländern geforderten industriebegleitenden Zollpolitik würde jedoch gerade derzeit unsere Bemühungen konterkarieren, die Weltmärkte offen zu halten", betonte Lambsdorff. Außerdem würde eine solche Politik die notwendigen Kooperationen auf technologischen und zukunftsträchtigen Feldern, zum Beispiel mit Japan, gefährden. Zudem würde eine solche Politik dazu einladen, unter dem Vorwand der Industriestrukturpolitik Zollerhöhungen zu fordern. Da auch Gegenmaßnahmen der Handelspartner befürchtet werden müßten, sei eine solche Politik „der beste Wegweiser in eine wachstumspolitische Abseitsfalle".

Eine zollpolitische Abkapselung der EG nach außen würde vor allem den Technologietransfer in die EG erschweren. Ein Technologie-Zoll für Zukunftsprodukte stelle nicht nur die europäische Wettbewerbsfähigkeit in Frage, sondern könnte exportorientierte EG-Industrien entmutigen, angesichts drohender Marktabschottungen in Drittländern deren Abnahmepotential in Rechnung zu stellen. Dies würde die Investitionsentscheidungen negativ beeinflussen.

Auch Lambsdorff hält eine verstärkte grenzüberschreitende Unternehmenskooperation im gemeinsamen Markt für notwendig, um den Zusammenhalt der EG-Wirtschaft zu festigen und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Allerdings sieht er keine Notwendigkeit, europäische Kooperationen durch besondere finanzielle Anreize „zu prämieren". Die EG-Forschungsförderung sollte sich auf grenzüberschreitende Vorhaben konzentrieren, wodurch auch ein finanzieller Anreiz geschaffen würde.

Große Sorge bereitet Lambsdorff die wachsende Tendenz in der EG, Wirtschaftsprobleme durch Beihilfen zu lösen. Die gesamtwirtschaftlich notwendigen strukturellen Anpassungsprozesse würden zwar durch die gegenwärtige Wachstumsschwäche erschwert. Den Forderungen nach staatlichen Subventionen dürfe jedoch trotzdem nicht nachgegeben werden. Sektorspezifische Beihilfenprogramme hält Lambsdorff für besonders schädlich.

Prinzipiell stehe auch die *Gemeinschaft* vor der Alternative, entweder den Weltmarkt als Aktionsfeld individueller Unternehmen aufzufassen oder als Schauplatz der Wirtschaftskonkurrenz von Staaten, wie es zum Beispiel in Japan der Fall sei. Lambsdorff sprach sich gegen ein zu starkes Engagement der Regierungen aus. Dieser Protektionismus „der dritten Dimension", wie ihn Lambsdorff bezeichnete, sei noch gefährlicher als Zölle und nichttarifäre Handelshemmnisse. Er könne zudem die Konflikte zwischen Staaten schüren.

PYRMONTER GESPRÄCHE / Albrecht-These

Zu hohe Arbeitskosten

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Dem Faktor Arbeitskosten kommt im Zusammenhang mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze erheblich größere Bedeutung zu als dem Faktor Wirtschaftswachstum. Diese Ansicht vertrat der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht bei den Pyrmonter Unternehmer-Gesprächen in Hannover. Wenn sich derzeit die Arbeitslosenkurve abflache, dann sei dies vor allem darauf zurückzuführen, daß die Arbeitnehmer in den letzten zwei Jahren auf die Sicherung des Reallohns verzichtet und so ein wirtschaftliches Wachstum ermöglicht hätten.

Albrecht sprach sich dafür aus, das Thema Arbeitskosten nicht länger zu tabuisieren. Dies bedeute nicht etwa, daß Lohnkürzungen vorgenommen werden sollten. Maßvolle Erhöhungen seien aber wichtig. Albrecht verwies auf Modellrechnungen, nach denen rund 600 000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen würden, wenn die Lohn- und Gehaltstarife nur um drei statt um vier Prozent innerhalb von zwei Jahren steigen würden.

Entscheidendes Gewicht bei diesen Überlegungen hätten die Lohnnebenkosten und die Steuerbelastung der Unternehmen. Die daraus erwachsenden Belastungen seien nicht mehr zu verkraften. Die Bundesrepublik habe die höchste Unternehmensbesteuerung in der Welt. Von 100 DM Gewinn vor Steuern blieben nach Steuern 20 DM übrig. Dies sei die wichtigste Ursache dafür, daß sich die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen in den letzten Jahren so dramatisch verschlechtert habe. Nachdrücklich sprach sich Albrecht gegen die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich aus. Vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen würden mit dieser Maßnahme überfordert. Mit Sicherheit werde aber auch bei Großunternehmen dadurch kein einziger zusätzlicher Arbeitsplatz geschaffen. Vielmehr werde die Wirtschaft erforderlichenfalls dazu übergehen, vermehrt Überstunden zu fahren.

Albrecht geht davon aus, daß trotz des erkennbar gewordenen wirtschaftlichen Aufschwungs das Problem der Arbeitslosigkeit bis Ende der 80er Jahre Bestand haben wird, zumal jetzt die geburtenstarken Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt drängen.

NAMEN

Heinz-Friedrich Hoppe, Aufsichtsratsvorsitzender der im Vergleich befindlichen Hanomag GmbH, Hannover, hat sein Mandat niedergelegt. Sein Stellvertreter, **Walter Zarnikow** (Arbeitnehmerseite), hat die verbliebenen Aufsichtsräte zu einer Sitzung am 19. Dezember eingeladen.

Dr. **Karl Wamsler**, Vorstandsmitglied der Süd-Chemie AG, München, wurde per 1. Januar 1984 zum Vorstandsvorsitzenden ernannt. Dr. **Carl Ernst Hofstadt**, der am 22. Dezember das 65. Lebensjahr vollendet, wird dem Vorstand noch bis Ende 1984 angehören.

Alfred Huthoff, Vorstandsmitglied der Vereinigte Aluminium-Werke AG (VAW), verläßt das Unternehmen zum Jahresende. **Horst Weber** wurde mit sofortiger Wirkung zum Arbeitsdirektor bestellt.

Günter Nerlich, Vorstandsmitglied der Norddeutschen Landesbank, tritt Ende 1983 in den Ruhestand. Ab 1. Januar 1984 wurde Dr. **Christian Olearius**, bisher Generalbevollmächtigter der Nord LB, als stellvertretendes Vorstandsmitglied bestellt.

HAFEN HAMBURG / Talfahrt bei Massengütern

„Erlösverfall beträchtlich"

D. F. HERTEL, Hamburg

Die pessimistischen Erwartungen, mit denen die Hamburger Hafenwirtschaft in das Jahr 1983 hineingegangen ist, haben sich als berechtigt erwiesen. Helmuth Kern, Präsident des Unternehmensverbandes Hafen Hamburg, sagte gestern dazu: „Für die Mehrzahl der Unternehmen ist 1983 in der Tat das schwierigste Jahr seit der Wiederaufbauphase der Nachkriegszeit geworden. Die konjunkturelle Talfahrt, die hier 1982 einsetzte, hat sich vor allem im Massengutbereich fortgesetzt."

Eine Reihe von Unternehmen, so sagte Kern weiter, werde 1983 „mit roten Zahlen abschließen". Zum Rückgang der Umschlagsmenge um knapp 18 Prozent auf nur noch 51 Mill. Tonnen sei auch noch ein beträchtlicher Erlösverfall getreten. Die Umschlagverluste konzentrierten sich auf das Massengut. Hier hat es verheerende Einbußen gegeben: Der Sauggutumschlag verringerte sich um 34 Prozent auf 7,9 Mill. t. Hier machten sich der Ausfall einer Ölmühle im Hafen umd die verringerten Bezüge der Sowjetunion besonders bemerkbar. Der Rückgang der Flüssigladungen um 29 Prozent auf 14,1 Mill. t ist eine Folge der Inbetriebnahme einer Rohöl-Pipeline Wilhelmshaven–Hamburg.

Die Greifergutmenge ging um 21 Prozent auf 9,2 Mill. t zurück, weil die Stahlindustrie weniger Erze importierte und auch der Kohleumschlag drastisch zurückging. Beim Stückgut gab es zwar einen Zuwachs um sieben Prozent auf 19,8 Mill. t. Doch weil das zum größten Teil massenhafte Stückgutpartien mit geringen Erlösen waren, entwickelten sich auch hier die Erlöse rückläufig. Sorgen bereitet der Hafenwirtschaft die Ungleichheit im Hinterlandverkehr. Weil der grenzüberschreitende Verkehr liberalisiert ist, der deutsche Binnenverkehr aber starre Tarife kennt, sind Transporte via grüne Grenze zu den Rheinmündungshäfen um bis zu 50 Prozent günstiger als zu den deutschen Seehäfen.

EG-KONJUNKTUR / Kommissions-Prognose beraten

Ministerrat optimistischer

WILHELM HADLER, Brüssel

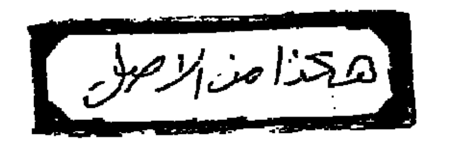
Optimistischer als die EG-Kommission beurteilen die Regierungen der Bundesrepublik, Großbritanniens und Frankreichs die Chancen für einen dauerhaften Aufschwung. Trotzdem wurden die von der Brüsseler Behörde aufgestellten wirtschaftspolitischen Leitlinien im Ministerrat einhellig als hilfreich bezeichnet.

Der Bonner Wirtschaftsstaatssekretär Otto Schlecht meinte, die Wachstumsaussichten in der Bundesrepublik seien „insgesamt besser" als im Jahreswirtschaftsbericht der Kommission vorausgesehen. So rechne die Bundesregierung im kommenden Jahr mit einem Wachstum von „mindestens 2,5 Prozent" statt 2,1 Prozent. Ähnlich erwartet auch Großbritannien mit erneut drei Prozent ein bis anderthalb Wachstumspunkte mehr als Brüssel.

Schlecht nutzte die Gelegenheit zu einer Verteidigung der stabilitätsorientierten deutschen Wirtschaftspolitik. So sei der Aufschwung gekommen, obwohl Bonn die Empfehlung ausgeschlagen habe, eine laxere Finanzpolitik zu betreiben.

Die Bundesregierung, so meinte Schlecht, könne inzwischen empirisch belegen, daß nicht so sehr die Kapitalmarktzinsen für die Höhe der Investitionen ausschlaggebend seien, sondern das Verhältnis von Zinsen und Rendite für investiertes Kapital. In früheren Jahren sei es in der Bundesrepublik vorteilhafter gewesen, Anleihen zu kaufen, als Investitionen vorzunehmen. Die Ertragsentwicklung des Jahres 1983 zeige, daß mit Risikokapital heute mindestens wieder ebensoviel zu verdienen sei wie mit Geldkapital.

Pläne für eine vorsorgliche Aufstockung des Plafonds für Gemeinschaftsanleihen zur Unterstützung von Ländern mit Zahlungsbilanzschwierigkeiten wurden wegen deutschen Widerstandes fürs erste vertagt. Die Bundesregierung hält es nicht für sinnvoll, den Anpassungsdruck in den betreffenden Mitgliedsstaaten zu mildern. Sie befindet sich jedoch im Rat deutlich in der Minderheit.



GUTEHOFFNUNGSHÜTTE / Kein Dividendenausfall trotz Verluste bei MAN

Nachfrage belebt sich nun deutlich

J. GEHLHOFF, Oberhausen

Die Ahnen waren segensreich weise und ketteten nur einige Konzerntöchter mit kaum einem Siebtel des Gruppenumsatzes durch Organvertrag an das Dividendenschicksal der Obergesellschaft Gutehoffnungshütte Aktienverein AG (GHH), Oberhausen. Obendrein mit dem Essener Handelshaus Ferrostaal AG und dem Düsseldorfer Anlagenbau Schloemann-Siemag AG zwei Organtöchter, die nachhaltig fast drei Prozent ihres Umsatzes als Nettoertrag in die Holdingkasse bringen.

So war es denn nun für Gerüchtemacher überrasehend, für Kenner aber nur eine bare Selbstverständlichkeit, was unisono mit seinen beiden altgedienten Vorstandskollegen der neue Holdingchef Klaus Götte den mit etwa 60 Prozent des Kapitals und nur 48 Prozent der Stimmrechte an der Holding des größten Maschinenbaukonzerns Europas beteiligten 30 000 Kleinaktionären zu verkünden hatte: Der für 1982/83 (30. 6.) vorgeschlagene Dividendenrückzug auf 5 (7) DM je Aktie für das in Relation zum Gruppengeschäft immer noch kleine Aktienkapital von 583 Mill. DM signalisiert zwar noch nicht das Ende des Abstiegs von stolzen Traditionshöhen.

Aber zum totalen Dividendenausfall kommt die Holding, die ihre Beteiligungserträge mit einjähriger Phasenverschiebung in der eigenen Kasse ausweist, auch dadurch nicht, daß der das halbe Geschäft der Gruppe ausmachende MAN-Bereich tief in die Verlustzone taumelte. Für mindestens 3 DM Holding-Dividende ist die gesunde zweite Hälfte der GHH-Gruppe auch 1983/84 noch gut. Danach soll's ohnehin besser werden.

Die traurigen Erfahrungen seines Vorgängers Manfred Lennings raten auch dem neuen Holdingchef Götte zur Vorsicht. Einerseits räumt er ein, daß der 1982/83 im MAN-Bereich emporgetürmte Verlustberg von 329 Mill. DM bei Organschaft mit der Holding auch deren Dividendenpotential ins Aus befördert hätte. Denn zu spät, so deutet der Holding-Vorstand an, haben die MAN-Manager Warnrufe ausgestoßen, daß dort in der Nutzfahrzeugproduktion das Versiegen zuvor großer Aufträge aus Nahost-Opec-Ländern riesige Probleme bringe. Da und in der Großdieselmotoren-Fertigung (deren Schiffbau-Kundschaft nach Fernost abwandert und dort bestenfalls mit Lizenzvergabe erreichbar ist) liegen mit mehr als einem Zehntel des kombinierten Geschäftsvolumens von etwa 3,7 Mrd. DM die MAN-Verlustquellen.

Eben wegen der offensichtlich verspäteten Frühwarnung vor Markteinbrüchen im Nutzfahrzeugbereich der MAN möchte andererseits der Holdingvorstand nun die neue Konzern-Realität relativieren. Eigentlich hätte er Grund zum Jubeln. Denn der 1982/83 um 23 Prozent auf 14,9 Mrd. DM gesunkene Auftragseingang der GHH-Gruppe ist in den ersten vier Monaten von 1983/84 (und mit beschleunigtem Aufstieg im November) um 15,4 Prozent höher als vor Jahresfrist ausgefallen. Auf dem Heimatmarkt wie im Weltgeschäft spürt also auch der groß und breit in der deutschen Investitionsgüterindustrie gelagerte Konzern den Anbruch der Konjunkturwende.

Hält die Belebung an, so stützt sie hochwillkommen den Wandel und Rückzug der MAN-Kapazitäten in den Bereichen Großdieselmotoren/Nutzfahrzeuge, wo dem bis 1982/83 vollzogenen Belegschaftsabbau um 4000 Leute nun nochmals die gleiche Zahl folgen soll. Ergo werden auch die Sozialplanaufwendungen im GHH-Konzern 1983/84 ihren im Berichtsjahr erreichten Spitzenwert von 127 Mill. DM nochmals erreichen.

Im Einklang mit solcher Aussicht deutet der Holding-Vorstand an, daß die Inlandsbelegschaft der Gruppe bis zum nächsten Bilanzstichtag auf 71 000 gesunken sein dürfte. Das ändere, so heißt es zugleich, nichts an der Vorwärtsstrategie der Gruppe. Im Einklang mit solcher Strategie wird nun für 1983/84 etwa das gleiche Sachinvestitionsvolumen von 521 Mill. DM in der GHH-Gruppe wie für die Berichtszeit verkündet.

Das kann offensichtlich wiederum vor allem aus der Innenfinanzierungskraft bestritten werden. Dies auch unter Bewahrung der 1982/83 ansehnlich gebliebenen Liquidität. Auf eine weitere Erhöhung ihres Aktienkapitals, das in kaum einem Jahrzehnt bislang auf das Zweieinhalbfache stieg, kann die Holding einstweilen mit Gelassenheit verzichten.

GHH-Gruppe	1982/83	+/-%
Umsatz (Mill. DM)[1]	15 883	–10,8
Exportanteil (%)	53,7	(54,4)
Gesamtinvestitionen	813	+24,9
Abschr./Abgänge	567	+23,0
Belegschaft (30. 9.)	76 286	– 5,5
GHH-Konzern		
Umsatz	12 321	–19,3
Cash-flow[2]	249	–48,8
Bruttoergebnis[3]	126	–60,0
Jahresergebnis	–84	(64)
Ausschüttung	61	–33,9
Ausschüttung Holding	58	–22,1

[1] Dazu 2,7 (2,1) Mrd. DM bei Auslandstöchtern, [2] Vorstandsangabe nach Steuern, [3] Vorstandsangabe nach DVFA-Methode 9,10 (23,20) DM je Aktie plus 20 (72) Mill. DM für Konzernfremde.

MAN / Personalabbau fast abgeschlossen – Für 1984/85 wieder Gewinn erwartet

Betriebsverlust vollständig verdaut

DANKWARD SEITZ, Augsburg

Zuversicht nach dem Motto, daß jetzt eigentlich alles nur noch besser werden kann, demonstrierten Otto Voisard, Vorstandsvorsitzender der MAN Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, und Finanzchef Gerd Wollburg anläßlich der Bilanzpressekonferenz für das Geschäftsjahr 1982/83 (30. 6.). Das wochenlange öffentliche Gerangel um den GHH-Vorstands- und MAN-Aufsichtsratsvorsitz, aus dem Klaus Götte als Sieger hervorging, ist vergessen und der Betriebsverlust von 329 Mill. DM in der Bilanz vollständig verdaut.

Wenn auch Voisard meint, daß das Geschäftsjahr 1982/83 „mit Sicherheit das schwierigste in der Nachkriegszeit" gewesen ist, zumindest 1983/84 dürfte nicht wesentlich leichter werden. Denn es müssen im laufenden Jahr noch einmal rund 4000 Arbeitsplätze eingespart werden. Am stärksten davon betroffen wird erneut der Unternehmensbereich Nutzfahrzeuge (Umsatzvolumen 1982/83: 2,7 Mrd. DM) mit einem Belegschaftsabbau um 1700 (2400) Mitarbeiter. Im Bereich Dieselmotoren werden 1200 (300) Leute, im Maschinen- und Stahlbau 600 (500) sowie bei GHH Sterkrade 500 (700) Leute ihren Arbeitsplatz verlieren.

Per 1. Dezember war, so Voisard, dieser geplante Personalabbau bereits zu mehr als drei Vierteln erreicht. Für den Sozialplan, der den Konzern 1982/83 schon mit rund 127 Mill. DM belastete, werden noch einmal „etwas unter" 100 Mill. DM anfallen, doch seien dafür schon so weit als möglich Rückstellungen gebildet worden.

Neben diesem Maßnahmenpaket sieht das Sanierungskonzept eine umfassende Überarbeitung der Unternehmensstruktur und der Produktpalette vor. Im Nutzfahrzeug-Bereich wird die Produktion schwerer Lkw (ab 9 t) von Salzgitter nach München verlagert. Die Typenzahl wird unter Anwendung des Baukastensystems begrenzt; Sondertypen werden nicht mehr gebaut. Das Reisebus-Programm soll auf einen Typ (12 m) abgespeckt und ebenfalls standardisiert werden.

Die größte Veränderung wird es im Dieselmotoren-Bereich (Umsatz 1982/83: rund 1 Mrd. DM) geben. Er soll mit der dänischen Tochter B&W Diesel A/S, Kopenhagen, zusammengeführt und als selbständige Gesellschaft ausgegliedert werden. Die Produktion von Motoren im Werk Hamburg wird eingestellt und nach Augsburg verlagert.

Strukturveränderungen stehen auch im Maschinen- und Stahlbau bevor. Die interne Zusammenarbeit mit GHH Sterkrade soll verstärkt, alle Produkte eines Marktsegments zusammengefaßt und jeweils nur noch in einem Werk hergestellt werden. Der Aufzugsbau soll ausgegliedert und auf eine Kooperation mit Thyssen übertragen werden, an der MAN eine Minderheitsbeteiligung halten wird. Der Stahlbau soll reduziert werden.

Insgesamt wird das Sanierungskonzept nach Angaben von Voisard MAN 1983/84 noch nicht in die schwarzen Zahlen bringen. Die Gewinnzone könne erst voraussichtlich 1984/85 erreicht werden. Der Verlust des laufenden Jahres werde aber „merklich niedriger" ausfallen und aus „eigener Kraft ausgeglichen". Von der Substanz her sei MAN „noch außerordentlich reich". Erhebliche Verluste werden noch einmal bei Nutzfahrzeugen und Dieselmotoren anfallen. An eine Kooperation auf diesen Gebieten mit einem anderen Unternehmen sei nicht gedacht.

Zuversichtlich zeigte sich Voisard, daß MAN 1983/84 in der AG ein Umsatzplus von 7 Prozent erreichen kann. Der Auftragseingang liege bisher mit 2,3 Mrd. DM (einschl. Roland) über dem Planungsstand. Dazu hofft er, in den nächsten Tagen von vier anstehenden Großprojekten (Gesamtauftragsvolumen 5,9 Mrd. DM) wenigstens drei für MAN hereinholen zu können. Auch bei Lkw sei eine deutliche Belebung im Inland (Januar bis September plus 39 Prozent) zu verzeichnen gewesen, jedoch sei das bei weitem noch kein Ausgleich für den weiteren Abfall im Export (minus 67 Prozent).

Der Betriebsverlust 1982/83 von 329 Mill. DM konnte nach Angaben von Wollburg durch den Verkauf der Druckmaschinenfertigung (Buchgewinn: 65 Mill. DM) an MAN-Roland sowie durch eine seit langem vom Finanzamt geforderte Anpassung der Steuerbilanz an die Handelsbilanz (ao. Ertrag: 78 Mill. DM) sowie die Übernahme thesaurierter Gewinne aus dem Beteiligungsbereich (38 Mill. DM) auf einen Jahresfehlbetrag von 148,2 Mill. DM verringert werden. Er wurde aus den Rücklagen ausgeglichen, so daß kein Verlustvortrag die notwendige Sanierung belastet.

MAN	1982/83	± %
Gruppenumsatz (Mill. DM)[1]	8 789	– 8,7
AG-Umsatz	5 527	–15,6
davon Ausland	2 862	–21,4
Auftragseingang	5 454	–27,2
davon Ausland	2 291	–51,5
Auftragsbestand	6 369	– 1,1
davon Ausland	4 377	–11,1
Beschäftige[2]	43 046	– 4,8
Sachinvestitionen	183,9	– 4,6
Abschreibungen	150,1	+15,7
Brutto-Cash-flow[3]	48,0	–74,9
Bilanzsumme	5 432,8	– 1,3
Grundkapital	430,0	(430)
Rücklagen	563,7	–20,7
Jahresfehlbetrag/-Überschuß	– 148,2	(+31,7)
Bilanzgewinn	–	(+32,3)
Verlust/Gewinn je Aktie (DM)[4]	– 38,30	(– 7,50)
Dividende (DM)[4]	–	(4,00)

[1] AG einschl. Inlandstöchter mit 50 Prozent Beteiligung oder mehr; [2] im Jahresdurchschnitt; [3] nach eigenen Angaben; [4] je 50-DM-Aktie.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Schleswag investiert

Hamburg (JB.) – Die Schleswag AG, Rendsburg, hat in den ersten 9 Monaten dieses Jahres mit 5 Mrd. kWh rund 2,1 Prozent mehr Strom und mit 4,2 Mrd. kWh 6,5 Prozent mehr Gas abgesetzt. Der Umsatz erreichte 1,15 Mrd. DM. Das Ergebnis bewegt sich auf Vorjahreshöhe. Die für das kommende Jahr veranschlagten Investitionen von 188 Mill. DM übersteigen geringfügig das Volumen dieses Jahres.

Bauleistung gestiegen

Frankfurt (dpa/VWD) – Der Baukonzern Wayss & Freytag AG, Frankfurt, erwartet für 1983 insgesamt ein befriedigendes Ergebnis. Nach einem Zwischenbericht hat sich die Bauleistung der W & F-Gruppe in den ersten zehn Monaten 1983 um 13 Prozent auf 1,03 Mrd. DM erhöht. Der Auftragsbestand von insgesamt knapp 1,2 Mrd. DM entspreche derzeit der Größenordnung einer Jahresbauleistung.

Beteiligung verringert

München (sz.) – Zumindest von einem Teil ihrer Beteiligung an der Niedermayr-Papierwarenfabrik AG, Rosenheim, hat sich die Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG, München, jetzt getrennt. Nach Angaben des Instituts hat man den Anteilsbesitz (bisher über 25 Prozent) veräußert, wird aber dem Unternehmen als Hausbank und durch einen Vertreter im Aufsichtsrat verbunden bleiben. Dem Niedermayr-Vorstand wurde dagegen mitgeteilt, daß die Bank künftig mit weniger als 25 Prozent am Grundkapital von 2 Mill. DM beteiligt sein wird.

Leonberger im Aufwind

Stuttgart (nl) – Die Leonberger Bausparkasse AG, Leonberg, schloß in den ersten elf Monaten des Jahres 1983 summenmäßig ein um 5,7 Prozent höheres Neugeschäft als im entsprechenden Vorjahreszeitraum ab. Der Geldeingang stieg in diesem Zeitraum um 10,4 Prozent.

Hohe Dividende in Aussicht

Bielefeld (VWD) – Die Gruppe der „Ava Allgemeine Handelsgesellschaft der Verbraucher AG", Bielefeld, die Selbstbedienungswarenhäuser und Supermärkte in Westfalen-Lippe und Niedersachsen betreibt, hat den Außenumsatz in den ersten elf Monaten dieses Jahres um 12,9 Prozent auf 1,215 Mrd. DM steigern können. Parallel zu dem Umsatzanstieg hat sich auch die Ertragslage entwickelt, die es erlaube; den Aktionären auch für 1983 wieder eine hohe Dividende zu zahlen. Für 1982 waren 16 Prozent Dividende und 84 Prozent Bonus gezahlt worden.

Konkursantrag gestellt

Lüneburg (dos) – Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens hat die Geschäftsleitung der Lüneburger Eisen- und Emaillierwerke Harry Behrens KG angemeldet. Das 140 Jahre alte Familienunternehmen beschäftigt 230 Mitarbeiter und dürfte 1983 einen Umsatz von 18,5 (24,5) Mill. DM erreichen. Der vom Amtsgericht Lüneburg bestellte Sequester, Gunther Gustafsen (Hamburg), beziffert die aufgelaufenen Verluste auf rund 4 Mill. DM.

ZF-Beteiligung

Friedrichshafen (dos) – Die Zahnradfabrik Friedrichshafen AG (ZF) wird sich mehrheitlich an der niedersächsischen Unternehmensgruppe Lemförder Metallwaren, Lemförde, beteiligen. Eine entsprechende Absichtserklärung, die noch vom Kartellamt bestätigt werden muß, ist nach Angaben eines ZF-Sprechers zwischen beiden Unternehmen unterzeichnet worden.

Nachfrage nach Autoaktien

Trotz des festen Dollars und geringer Umsätze stabile Kurse

DW. – Obwohl die Umsatztätigkeit auch an der Dienstag-Börse über lange Strecken wegen Ordermangel schleppend verlief, konnten sich die Kurse der meisten Standardaktien gut behaupten. Die vorliegenden Kaufaufträge stützten sich offensichtlich auf günstige Prognosen, die den Aktien auch für 1984 wieder gestellt werden. Im Vordergrund blieben dabei die Autoaktien, deren Kurse allgemein fester lagen. Die Bezugsrechte für die jungen Daimler- und Mercedes-Aktien lagen mit 67 bzw. 59 DM in unmittelbarer Nähe ihrer rechnerischen Parität.

Zu einer Sonderbewegung kam es bei IG Liquididationsscheinen, die sich unter lebhaften Umsätzen von 9,60 auf 11,20 DM verbesserten. Als Anlaß für die plötzlich erwachten Aktivitäten wurde die Abweisung einer Klage genannt, die Riebeck-Aktionäre gegen die IG Farben angestrengt hatten. Kaufaufträge aus dem Ausland sollen für Siemens (plus 0,50 DM) vorgelegen haben. Allianz Versicherung setzten ihren Abstieg um sieben DM auf 810 DM fort. Maschinenbauwerte tendierten zwar uneinheitlich, im Börsenverlauf kam für diese Papiere jedoch Interesse auf, das sich allerdings kursmäßig kaum auswirkte.

Düsseldorf: Aseag, Leffers und Isenbeck verminderten je um 5 DM. Schiess gaben um 2 DM auf 116 DM nach und Rhein West Kalk um 5 DM auf 280 DM. Erhöhen konnten Hochtief um 5 DM auf 455 DM und Keramag um 4 DM auf 151 DM. Stinnes stockten um 35 DM auf 736 DM auf.

Frankfurt: Von Maschinenwerten stiegen Krauss-Maffei um 30 DM auf 1950 DM, Buderus um 9 DM auf 430 DM. Des weiteren Mainkraft 570 DM (plus 10 DM), Thüringer Gas 435 DM (plus 10 DM). Ansonsten blieben Hochtief 440 DM (minus 14 DM) und MAB-Vorzüge 303 DM (plus 14 DM).

Hamburg: HEW wurden mit 98 bis 97,50 DM (plus 0,30 DM) und NWK-Vorzüge mit 176,50 (plus 0,50 DM) gehandelt. Schwächer verkehrten Phoenix Gummi zu 150 DM (minus 2 DM) und Reichelt zu 92 DM (minus 1 DM). Andererseits konnten sich Beiersdorf um 3 DM auf 342 DM sowie Markt und Kühlhallen um 5 DM auf 320 DM erholen.

München: Agrob Vz. verminderten um 0,50 DM auf 300,50 DM und Dywidag um 2 DM auf 170 DM. Ekatit Riedinger erhöhten um 0,80 DM auf 67,80 DM und Hutschenreuther um 2,90 DM auf 253 DM. Reichelbräu stockten um 1 DM auf 358 DM und Süd Chemie um 10 DM auf 340 DM auf. Flachglas gaben um 2 DM auf 265 DM nach.

Berlin: Herlitz Vorzüge lagen um 5 DM und Herlitz Stämme um 1,50 DM fester. DeTeWe und Schering gaben um je 3 DM, Orenstein um 2 DM, Berthold um 1,10 DM und Berliner Kindl um 1 DM nach. Kempinski wurden um 2 DM niedriger taxiert.

Nachbörse: zuversichtlich

WELT-Aktienindex vom 13. 12.: 148,4 (148,2); WELT-Umsatzindex vom 13. 12.: 1689 (1785)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelter Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausländische DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Toronto

London

	13. 12.	12. 12.
Beecham	315	318
Bowater	241	238
B. A. T. Industries	155	154
Br. Leyland	60	–
British Petroleum	392	392
Burmah Oil	162	161
Cadbury Schweppes	110	110
Charter Cons.	216	216
Cons. Gold. Fields	519	517
Cons. Murchison	610	585
Courtaulds	130	128
De Beers $	7,62	7,65
Distillers	232	229
Driefontein $	31,72	30,62
Dunlop	45	–

Mailand

	13. 12.	12. 12.
Magneti Marelli	858,50	860
Mediobanca	49500	50200
Mondadori	2170	2200
Montedison	207	213
Olivetti Vz.	3180	3275
dgl. St.	3550	3590
Pirelli SpA	1385	1401
Rinascente	337	341
RAS	46500	47950
S. A. I.	11080	11070
SIP	1639	1650
Snia Viscosa	1204	1220
STET	1698	1690
Index	–	185,1

Amsterdam

Tokio

	13. 12.	12. 12.
Toray	389	395
Toyota Motor	1440	1470
Index	895,30	897,47

Wien

	13. 12.	12. 12.
Creditanstalt-Bnv.Vz.	210	211
Gösser-Brauerei	317	316
Länderbank Vz.	210	210
Österr. Brau AG	295	295
Perlmooser	306	308
Reininghaus	–	372
Schwechater Br.	160	162
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	151	151
Universale Hoch/Tief	204	–
Veitscher Magnesit	199	199
Index	54,23	54,22

Kopenhagen

	13. 12.	12. 12.
Den Danske Bank	306	300
Jyske Bank	574	565
Kopenh. Handelsbk.	285	280
Novo Industri	3060	2985
Privatbanken	286	280
Ostasiat. Komp.	148	142
Dan. Sukkerfabr.	650	546
For. Bryggerier St.	1220	1218
Kgl. Porc. Fabr.	390	385

Zürich

Brüssel

	13. 12.	12. 12.
Arbed	1199	1150
Brux. Lambert	2245	2205
Cockerill Ougrée	169	166
Ebes	2470	2440
Gevaert	3180	3050
Kredietbank	6050	6000
Petrofina	5890	5840
Soc. Gén. d. Belg.	1675	1665
Sofina	5200	5060
Solvay	3400	3340
UCB	4090	4028
Index	132,81	131,63

Madrid

Hongkong

Singapur

	13. 12.	12. 12.
Cycle + Car.	4,15	4,15
Cold Storage	5,15	5,00
Dev. Bk. of Sing.	10,00	9,75
Fraser + Neave	6,50	6,40
Kl. Kepong	3,00	2,97
Mal. Banking	9,30	9,30
Nat. Iron	4,30	4,18
OCBC	11,30	11,00
Sime Darby	2,34	2,34
Singapur Land	4,10	4,10
Un. Overs. Bank	5,00	5,65

Paris

Sydney

Optionshandel

Frankfurt: 13. 12.: 565 Optionen, 29 475 (29 950) Aktien, davon 137 Verkaufsoptionen = 7 350 Aktien. Kaufoptionen: AEG 1-80/2, 4-85/4, 7-90/5, Siemens 1-380/3, 7-400/19, VEBA 1-170/4,40 4-170/8,50, 7-1706/90, 7-180/10, 7-190/6. BASF 1-150/9, 1-160/8,50, 4-170/8,25, 4-180/3,50, 4-170/15,10, 7-180/11, Bayer 1-150/20, 1-160/8,80, 1-170/3,30, 4-160/17, 4-170/8,50, 4-180/4, 4-190/3,80, 7-170/15,80, 7-180/9,20, Hoechst 1-170/5, 4-160/19,60, 4-170/13,90, 4-180/6, 4-190/4, 7-180/16, BMW 1-330/100, 4-440/18, VW 1-170/35, 1-180/25, 1-190/13,50, 1-200/6,30, 1-220/1,20, 4-200/17,80, 4-210/14, 4-220/10,40, 4-240/6, 7-200/28,90, 7-220/18, 7-230/14, 7-250/7, 7-260/4,40 Conti Gummi 1-110/9, 4-120/10, 4-130/5,50, 4-150/2,50, 7-120/15,90 Lufthansa St. 4-140/10,50, Commerzbank 1-170/2,90, 4-170/10, 4-180/6,50, 4-190/4,40, 7-160/20, 7-170/16, 7-180/11,60, -190/8, Deutsche Bank 1-320/4,60, 4-310/2, 7-320/28, Dresdner Bank 1-170/4, 4-170/12, 4-190/9, 7-200/7, Hoesch 1-90/5,50, 4-100/5, 4-90/15, 7-110/5,50, Mannesmann 4-130/11,60, 4-140/6,50, 4-150/2, 7-140/10, 7-15/7, Babcock St. 4-190/19,25, GHH St. 4-140/12, Kali und Salz 4-220/10, Kloeckner 7-40/4, 7,45/3,10, Metallges. 7-210,26, Alcan 4-95/16,60, Chrysler 1-75/5, 1-80/2,50, 4-75/7,50, IBM 1-320/20, Sperry Rand 1-95/30, Xerox 4-130,12,10, Roayl Dutch 1-116,70/7, 7-120/14, Elf 4-60/2,240, 7-60/5,10, Norsk Hydro 7-190/10. **Verkaufsoptionen:** AEG 4-75/2, 4-80/4, Siemens 1-360/1,40, 4-370/5, BASF 1-170/2,50, 4-160/2, 4-170/5, 7-160/2,40, 7-170/5,40 Bayer 7-170/5, Hoechst 1-170/2, 4-170/3, 7-170/4, BMW 4-420/9,60, VW 1-200/3,50, 4-190/2,40, 4-200/5, 4-210/10, 7-200/6,50, 7-210/12, Conti Gummi 4-120/4, Lufthansa St. 7-140/7,60, Commerzbank 1-170/6,50, 4-170/7,50, Deutsche Bank 4-310/4,50, 7-310/9, Dresdner Bank 1-170/4,30, 4-170/7, Hoesch 4-90/3,60, 4-953,35, 4-100/7, 7-90/4,10, 7-95/5,60, Mannesmann 1-130/3, 3-130/3,60, 7-130/5, Preussag 4-270/5, Thyssen 7-75/3,55, BHF 1-280/9, Daimler 7-650/24,20, Klöckner 4-40/340, Chysler 4-75/4,60, 7-75/6,90, General Motors 7-200/19, IBM 7-340/23, Litton 4-170/3,55. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 13. 12.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	10⅛–10⅜	6¼–6½	4½–4⅞
3 Monate	10⅜–10½	6¼–6½	4⅜–4¾
6 Monate	10⅝–10⅞	6¼–6½	4½–4¾
12 Monate	10¾–11	6½–6¾	4½–4⅞

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 13. Dezember folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1450,00	1767,90
10 US-Dollar (Indian) **)	1185,00	1385,65
5 US-Dollar (Liberty)	466,00	584,22
1 £ Sovereign alt	250,00	307,80
1 £ Sovereign Elizabeth II	244,00	300,96
20 belgische Franken	193,00	247,38
10 Rubel Tscherwonez	260,00	323,76
2 südafrikanische Rand	245,00	300,96
Krüger Rand, neu	1092,00	1284,78
Maple Leaf	1092,00	1284,78
Platin Noble Man	1117,00	1313,28
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	265,00	334,02
20 schweiz. Franken „Vreneli"	209,00	268,76
20 franz. Franken „Napoléon"	205,00	259,92
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1007,00	1211,82
20 österr. Kronen (Neuprägung)	201,00	251,94
10 österr. Kronen (Neuprägung)	106,90	137,94
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	466,00	571,14
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	109,00	147,06

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

13. 12. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York²)	2,7494	2,7574	2,7271	2,71	2,80
London¹)	3,921	3,935	3,898	3,88	4,03
Dublin¹)	3,104	3,118	3,065	3,03	3,18
Montreal²)	2,2015	2,2085	2,1862	2,16	2,25
Amsterd.	89,045	89,265	89,155	87,75	89,75
Zürich	124,670	124,870	124,77	123,25	126,00
Brüssel	4,912	4,932	4,863	4,75	4,97
Paris	32,690	32,850	32,415	32,00	33,75
Kopenh.	27,515	27,635	27,280	26,50	28,50
Oslo	35,430	35,350	34,890	35,00	36,75
Stockh.**)	34,000	34,160	33,635	33,00	34,75
Mailand³) **)	1,644	1,654	1,606	1,61	1,71
Wien	14,170	14,210	14,190	14,00	14,32
Madrid**)	1,730	1,740	1,671	1,65	1,77
Lissabon**)	2,085	2,105	2,000	1,60	2,40
Tokio	1,1680	1,1710	–	1,13	1,19
Helsinki	46,860	47,060	45,90	46,00	47,75
Buen. Air.	–	–	–	–	16,00
Rio	–	–	–	0,05	0,45
Athen*) **)	2,762	2,816	–	2,10	2,90
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,4775	2,5015	–	2,42	2,55
Johannesbg.*)	2,2560	2,2750	–	2,11	2,38

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Höhere Tagesgeldsätze am New Yorker Geldmarkt und die kräftige Zunahme der Verbraucherkredite in den USA im Oktober lösten erneut Dollar-Nachfrage aus. Die amtliche Notiz wurde am 13. 12. mit 2,7534 zwar nur knapp über Vortagsbasis festgestellt, doch die Schlußkurse lagen um 1 Pfg. höher bei 2,7630 nachdem mit Eintritt des New Yorker Marktes die Nachfrage wieder zunahm. Die Bundesbank war erneut mit einem namhaften Betrag von 55,65 Mill. Dollar als Abgeber zur Notiz vertreten. Das Englische Pfund erlitt einen kräftigen Rückschlag auf Gerüchte, daß es zu einer Rücknahme des Ölpreises um 1 Dollar kommen könnte und verlor 2 Pfg. auf 3,928. Der Schweizer Franken erzielte einen Gewinn von 28 Pfg. und konnte damit seinen Kursverlust vom Freitag fast wettmachen. US-Dollar in: Amsterdam 3,0905; Brüssel 55,96; Paris 8,4030; Mailand 1669,50; Wien 19,4110; Zürich 2,2068; Pfund/Dollar 1,4268.

Ostmarkkurs am 13. 12. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Dollar-Deports wurden am 13. Dezember zu etwas höheren Preisen gehandelt, nachdem eine zögernde Befestigung der Dollar-Zinssätze zu beobachten war.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,96/0,86	2,67/2,57	[illegible]
Pfund/Dollar	0,12/0,14	0,31/0,34	[illegible]
Pfund/DM	1,00/0,20	3,50/2,10	[illegible]
FF/DM	25/ 9	60/ 44	[illegible]

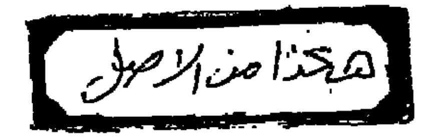
Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 13. 12.: Tagesgeld 5,5 Prozent; Monatsgeld 6,4–6,5 Prozent; Dreimonatsgeld 6,35–6,45 Prozent.

Privatdiskontsätze am 13. 12.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 13. 12.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/13 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,00 (6,??) – 8,00 (7,11) – 8,50 (7,42) – 9,00 (7,60) – 10,00 (7,93). Ausgabe 1983/14 (Typ B) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,74) – 8,00 (7,16) – 8,50 (7,60) – 10,00 (8,06) – 10,00 (8,35). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 6,04, 2 Jahre 7,33. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 99,80, Rendite 8,05.



IBH-KONKURS / Vergleich gescheitert – Quote von 40 Prozent nicht zu erreichen

Viele Forderungen nur auf dem Papier

JOACHIM WEBER, Mainz

Für die IBH Holding AG, Mainz, Dachgesellschaft des von Selfmade-Unternehmer Horst Dieter Esch aus maroden Unternehmen zusammengekauften Baumaschinenkonzerns, ist nun doch der Schlußpfiff gefallen. Gestern morgen um acht Uhr hat das Amtsgericht Mainz den Anschlußkonkurs über das Unternehmen eröffnet, das am 4. November das Vergleichsverfahren beantragt hatte.

Begründung für die Ablehnung des Vergleichs: Die angestrebte Quote von 40 Prozent, die eine Laufzeit des Verfahrens von 18 Monaten ermöglicht hätte, sei nicht mehr zu erreichen gewesen. Der bei 35 Prozent der Verbindlichkeiten erreichbare Zahlungsaufschub um 12 Monate sei aber nach Ansicht von Vergleichsverwalter (jetzt Konkursverwalter) Wolfgang Petereit nicht vertretbar gewesen.

Ausschlaggebend für das Scheitern der Vergleichsbemühungen soll der Ausfall einer Forderung der IBH gegenüber der eigenen, nicht konsolidierten 49-Prozent-Beteiligung UA Baumaschinen GmbH, Frankfurt, über 17 Mill. DM sein. Laut Petereit hat das Unternehmen diese Forderung nicht akzeptiert. An der UA Baumaschinen ist auch die SMH-Bank mit einer Minderheit beteiligt.

Als weiterer Konkursauslöser wird eine Steuerforderung der Stadt Hannover über 557 000 Mark genannt, deren Zwangseintreibung vor wenigen Tagen veranlaßt wurde. In Hannover wird indessen jeder Vorwurf strikt zurückgewiesen. Man habe lediglich reagiert, um an einer eventuellen Quote bei IBH beteiligt zu sein. Bei dem Betrag handele es sich ausschließlich um Steuerschulden der IBH-Tochter Hanomag, die bis ins Jahr 1981 zurückreichten. Diese Schulden seien aber von vornherein ausschließlich über das Mainzer Unternehmen gelaufen.

Petereit war in seinem Vergleichsstatus für die Holding zunächst von einem Volumen von 560 Mill. DM Verbindlichkeiten ausgegangen, denen 240 Mill. DM an Forderungen gegenüberstanden. Damit wäre nach seiner Rechnung die 40-Prozent-Quote für den Vergleich erreichbar gewesen.

In Bankenkreisen wird freilich bezweifelt, daß dieser Ansatz jemals realistisch gewesen sei. Bei dem ungeheuren Ausmaß der konzerninternen Buchungen und der allem Anschein nach noch gar nicht gebuchten Vorgänge sei ein Überblick über die tatsächliche Finanzlage noch gar nicht möglich. Zudem bestünden die Forderungen der IBH vor allem gegenüber den eigenen Töchtern, mithin also vorerst nur auf dem Papier. Fragezeichen werden auch hinter die 17-Millionen-Forderung gegenüber der UA Baumaschinen GmbH gesetzt.

Wie weit der IBH-Konkurs sich auf die noch schwebenden Vergleichsverfahren der Töchter – mit Ausnahme der Wibau AG, die den Konkurs bereits vorher angemeldet hatte – auswirkt, ist noch unklar.

ZUKUNFTSKONGRESS / Potential nutzen

Strategie kleiner Schritte

WERNER NEITZEL, Stuttgart

„Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu gewährleisten, ist es notwendig, das Gleichgewicht zwischen Produktionsfortschritt und Arbeitszeitverkürzung zu erhalten. Deshalb ist eine Strategie der kleinen Schritte zu empfehlen." Zu diesem Fazit gelangt eine von der baden-württembergischen Landesregierung eingesetzte Kommission „Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen" in ihrem Bericht, der zugleich Grundlage eines derzeit stattfindenden zweitägigen „Zukunftskongresses" in Stuttgart ist. Zu obigem Teilaspekt heißt es, die Analyse der Engpässe zeige, daß nicht die Arbeitszeitverkürzung selber in Frage gestellt werde, sondern die Lösung der Übergangsprobleme enorme Schwierigkeiten bereite.

Die Kommission (an ihrer Spitze steht der Mannheimer Politologe Rudolf Wildenmann) hält es für wichtig, daß die Tarifpartner in der augenblicklichen Situation viel Augenmaß beweisen. Flexiblen Arbeitszeitregelungen wird Priorität gegeben. Im übrigen spreche – so der Bericht – manches dafür, daß Baden-Württemberg seine starke Stellung im Industriebereich in den nächsten Jahren behaupten könne. Dazu müsse freilich auch das vorhandene Innovationspotential genutzt werden.

Hierzu merkte der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth vor den über 1000 Kongreßteilnehmern an, daß baden-württembergische Produkte, vor allem auf dem Sektor des Maschinenbaus, auf den Weltmärkten nur konkurrenzfähig blieben, wenn die Integration der Mikroelektronik rasch und in voller Breite gelinge. Deshalb müßten auch in den nächsten Jahren erhebliche Anstrengungen in der Forschung, im Technologietransfer und in der Aus- und Weiterbildung unternommen werden. Nur eine forschungs- und entwicklungsintensive Wirtschaft werde sich vor ernsthaften Strukturkrisen schützen können. Mit dem Ausbau eines flächendeckenden Systems des Technologitransfers sei man auf dem richtigen Weg. Es komme nun darauf an, weit mehr Risikokapital als bisher für investive Anlagen im Inland zu gewinnen.

Beiersdorf beteiligt sich an S+G Implants

JAN BRECH, Hamburg

Die Beiersdorf AG, Hamburg, setzt die Investitionspolitik der Beteiligungen an Unternehmen mit Spezialprogrammen auf dem Medical-Bereich fort. Wie die Gesellschaft jetzt mitteilt, ist mit Wirkung zum 1. Januar nächsten Jahres eine Beteiligung an der S+G Implants GmbH, Lübeck, übernommen worden. Bei dem Programm der S+G Implants handelt es sich um anatomiegenaue Gelenkkonstruktionen sowie die Technik zementfreier Implantate. Der Umsatz in diesem Jahr wird mit rund 5 Mill. DM angegeben.

Diese neue Beteiligung, so heißt es, sei für Beiersdorf eine interessante Ergänzung der eigenen Implantat-Entwicklung, die Herzklappen, Knochenersatzmaterial und Knochenzement umfaßt. Den von Beiersdorf entwickelten Knochenzement, der im September 1983 als Arzneimittel zugelassen worden ist und zunächst in der Bundesrepublik eingeführt werden soll, wird künftig von der S+G Implants vertrieben.

Der Markt für orthopädische Implantate wächst nach Angaben von Beiersdorf jährlich um rund 10 Prozent. Das Volumen in der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz beträgt zusammen rund 115 Mill. DM. In den übrigen westeuropäischen Ländern dürften 125 Mill. DM, in den USA 400 Mill. DM umgesetzt werden. In der Bundesrepublik erhalten jährlich rund 60 000 Bürger ein neues Hüftgelenk.

Die Sparte Medical von Beiersdorf wird in diesem Jahr zum ersten Mal mehr als 0,5 Mrd. DM zum Weltumsatz von 2,3 Mrd. DM beisteuern. Die Spezialprogramme sind in diesem Jahr bereits durch den Erwerb einer Mehrheit an der Bacillolfabrik Dr. Bode & Co, Hamburg, und der Varitex GmbH, Emmerich, erweitert worden. Bode stellt Desinfektions- und Konservierungsmittel her, Varitex medizinische Kompressionsstrümpfe.

SCHOTT-GRUPPE / Aufträge steigen wieder

Ertragskraft deutlich besser

INGE ADHAM, Frankfurt

„Wir sind auf dem richtigen Weg, und die konjunkturelle Erholung gibt uns dabei leichten Rückenwind", kommentiert Heinrich J. Klein, Vorstandssprecher der Schott Glaswerke, Mainz, die Entwicklung im Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.). Das schwach begonnene Jahr brachte für die Schott-Gruppe Inland – Schott Glaswerke und zwölf inländische Tochter- und Beteiligungsunternehmen – ein Umsatzplus von 4 Prozent auf 1,08 Mrd. DM, etwa die Hälfte davon geht auf das Konto von Preissteigerungen.

Dahinter verbirgt sich ein leicht gesunkenes Inlandsgeschäft (minus ein Prozent) und deutliche Exporterfolge: Das Exportvolumen stieg um gut acht Prozent, die Exportquote erreichte damit 52 (51) Prozent. Entscheidend für die optimistischeren Töne aus Mainz ist jedoch die Ertragsentwicklung. Nach dem Verlust des Vorjahres im Gefolge der Probleme auf dem Fernsehglassektor wird Schott für 1982/83 „wieder einen Gewinn ausweisen, der erkennen läßt, daß sich die Ertragskraft deutlich verbessert hat", betonte Klein. Als wichtigste Maßnahmen auf dem Weg dorthin nennt Klein die Straffung der Organisation (in 5 weltweite Sparten), die Personal-Anpassungen (in der Inlandsgruppe sank die Zahl der Mitarbeiter um 5,5 Prozent auf 10 300 Beschäftigte), eine Programm-Optimierung unter Ertragsgesichtspunkten und die Stärkung der inneren Bilanzstruktur (so wurden die Vorräte um 10 Prozent abgebaut). Genaue Zahlen legt das Unternehmen der Zeiss-Stiftung im Sommer vor.

Investiert hat Schott im abgelaufenen Jahr rund 80 Mill. DM, davon flossen gut 50 Mill. DM in die Inlandsgruppe. Für das kommende Jahr sind 100 Mill. DM geplant, wobei mit 85 Mill. DM der Schwerpunkt wiederum im Inland liegt, besonders bei der Erweiterung der Glaskeramik-Produktion. In diesem Bereich der größten Sparte Elektro war Schott erfolgreicher als erwartet.

Mit „steigender Tendenz in den letzten Monaten" hat die Schott-Gruppe Inland im letzten Geschäftsjahr 1,2 Mrd. DM Aufträge hereingenommen, 9 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Daran war die Muttergesellschaft Schott Glaswerke (u. a. Spezialglas für Fernsehröhren, Glaskeramik) überproportional beteiligt, unterstrich Klein, der angesichts eines zur Zeit in „weiten Unternehmensteilen ausreichenden Auftragspolsters" für das neue Geschäftsjahr „verhalten optimistisch" ist.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin Charlottenburg: Frank Dental-Labor GmbH; Basis Software GmbH; **Bochum:** Höhn u. Wenzel Elektroinstallation mbH; **Cloppenburg:** Nachl. d. Hans Hubert Hildebrandt; **Düren:** Rur Plastik Kraus GmbH u. Co. KG, Inden-Pier; **Essen:** Heinrich Lutz GmbH & Co. KG; Wallramant Hartmetall GmbH; **Gummersbach:** Hartmann u. Pflitsch-Hoch u. Tiefbau GmbH u. Co. KG; **Heidelberg:** Alpha Druckvorlagen-Herstellungsges. mbH; **Heidenheim:** Heider Cafe-Restaurant GmbH, Giengen/Brenz; **Köln:** Vicon-Bauges. mbH, Pulheim; **Landshut:** Pav-Electronic GmbH, Dietelskirchen; **Lüdenscheid:** Hans Heintze, Neuenrade; **Regensburg:** Terrabau-GmbH.

Vergleich beantragt: Duisburg: Ernst Wilhelm Grünewald.

TEPPICHINDUSTRIE / Ärger aus Brüssel – Bessere Absatzchancen im Export

Mit der Baukonjunktur aus der Flaute

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die deutsche Teppichindustrie erwartet für 1983 ein leichtes Umsatzplus von 3 Prozent auf etwa über 2 Mrd. DM. Volker Wüst, Sprecher der Teppichindustrie und Vorstandsmitglied der Johs. Girmes & Co. AG, begründet diese Entwicklung mit im zweiten Halbjahr einsetzenden Lageraufstockungen des Handels, der eine verstärkte Verbrauchernachfrage durch aufgestauten Ersatzbedarf registriert, aber auch mit Neukäufen für fertiggestellten Neubauten. Dagegen erweise sich der Ordereingang im ohnehin schwierigen Objektgeschäft Verwaltungs- und Großbauvorhaben) nach wie vor als zäh.

Insgesamt hoffen die 60 Betriebe mit ihren rund 11 600 Beschäftigten angesichts der regen privaten Bautätigkeit mit einem positiven Geschäftsverlauf im kommenden Jahr, eventuell mit einer gewissen Verlagerung auf das zweite Halbjahr. Im kommenden Jahr dürfte es auch nicht ohne notwendige Preiserhöhungen zwischen 4 und 5 Prozent abgehen, nach dem insbesondere die Faserindustrie für 1984 bereits Preissteigerungen von 6 bis 8 Prozent angekündigt hat.

Darüber hinaus rechnet der stellvertretende Hauptgeschäftsführer des Deutschen Heimtextilien-Verbandes, Hans Meller, sogar mit weiteren Preiserhöhungen im Zusammenhang mit dem neuen Faserkartell von 10 europäischen Herstellern und ihrer Verpflichtung, bis Ende 1985 die Produktionskapazitäten um durchschnittlich 18 Prozent zu senken. Ein bevorstehender Einspruch bei der Brüsseler EG-Kommission soll darauf hinweisen, daß Spezialisierungen auf bestimmte Fasertypen den Wettbewerb unter den Vorlieferanten einschränken. Schon jetzt würden Liefertermine gestreckt und seien Zuteilungsquoten für bestimmte Faserqualitäten angekündigt worden.

Obwohl sich im Export – hier jedoch nur im Tuftingbereich – durch Verbesserungen der Währungsparitäten günstigere Absatzchancen ergeben haben (Exportquote 27 Prozent), herrscht auch unverminderter Importdruck. Nach Drosselung im Vorjahr zogen die Importe in den ersten 8 Monaten nach Menge um 12,9 Prozent auf knapp 64 000 qm und dem Wert nach um 8,4 Prozent auf fast 1,4 Mrd. DM an. Auch die „DDR"-Importe, die bereits über 5 Prozent des Inlandsversandvolumens auf sich vereinigen, führten, so Wüste, zu „erheblichen Marktstörungen".

Der Export ist in den ersten 8 Monaten dieses Jahres dem Wert nach um 1,9 Prozent auf 357 Mill. DM gewachsen. Er geht fast ausschließlich in das westeuropäische Ausland. Einer Versandmenge von 93,1 Mill. m^2 (plus 3,4 Prozent) stand ein Versandwert von 1,29 Mrd. DM (plus 0,9 Prozent) gegenüber. 1982 waren es 137,1 Mill. m^2 (minus 8,1 Prozent) bzw. 1,96 Mrd. DM (minus 5,1 Prozent).

Peter Littmann, Vorstandsmitglied des Heimtextilienverbands und Vorwerk-Geschäftsführer, bezeichnete die Ertragslage der Unternehmen angesichts der Überkapazitäten von 25 Prozent als schlecht. Es würden mehr Unternehmen „rote" als „schwarze" Zahlen schreiben. Vielfach würde die Teppichsparte durch andere Heimtextilienbereiche subventioniert. Darunter litten nicht zuletzt die Investitionen der Branche. Freilich hätten die Großen der Branche auch in schlechten Zeiten investiert.

Warenpreise – Termine

Während am Montag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex fester schlossen, gingen Silber und Kupfer aus dem Markt. Fester notierte Kaffee. Niedriger wurde Kakao bewertet.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	12. 12.	9. 12.
Dez.	339,75	342,00
März	351,75	355,50
Mai	351,25	352,50
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	12. 12.	9. 12.
St. Lawrence 1 CW	243,80	241,55
Amber Durum	258,85	259,35
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	142,00	142,00
März	147,50	147,80
Mai	151,00	151,20
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	122,20	122,80
März	124,60	124,50
Mai	124,10	124,00
Hafer Chicago (c/bush)	12. 12.	9. 12.
Dez.	181,00	179,50
März	183,25	183,75
Mai	186,00	186,75
Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	328,75	333,75
März	331,50	334,50
Mai	334,50	335,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)	12. 12.	9. 12.
Dez.	127,80	128,20
März	133,20	133,40
Mai	134,00	133,90

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	12. 12.	9. 12.
Dez.	154,00	152,75
März	148,85	146,25
Mai	143,00	141,00

Kakao New York ($/t)	12. 12.	9. 12.
Dez.	2397	2348
März	2380	2353
Terminkontr. Mai	2381	2355
Umsatz	4275	4717
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	8,45	8,50
März	9,10	9,11
Mai	9,44	9,40
Juli	9,76	9,72
Sept.	9,98	9,95
Umsatz	5775	8395
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	12. 12.	9. 12.
	7,83	8,16
Kaffee London (£/t) Robusta-	12. 12.	9. 12.
Kontrakt Jan.	2033–2035	2007–2010
März	1977–1978	1957–1988
Mai	1910–1912	1899–1899
Umsatz:	2323	4283
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1815–1818	1806
März	1814–1815	1786–1788
Mai	1799–1801	1784–1785
Umsatz	9142	8287
Zucker London (£/t)		
Rohzucker Dez.	–	–
März	160,50–160,60	159,90
Mai	165,50–165,70	165,25
Umsatz	836	2263
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	12. 12.	9. 12.
schw. Sarawak spez.	405,00	405,00
weißer Sarawak	632,50	632,50
weißer Muntok	640,00	640,00

Orangensaft New York (c/lb)	12. 12.	9. 12.
Jan.	123,60	124,30
März	122,30	123,60
Mai	122,00	123,35
Juli	121,95	123,25
Sept.	121,95	123,40
Umsatz	500	200

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	12. 12.	9. 12.
Südstaaten fob Werk	49,00	50,00
Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	26,00	26,00
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Dez.	26,95	26,70
Jan.	27,05	26,85
März	27,55	27,35
Mai	27,95	27,70
Juli	28,10	27,85
Aug.	27,75	27,40
Sept.	26,55	26,25
Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	28,00	28,00
Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	17,00	17,00
Choise white hog 4% fr. F.	16,50	16,50
Talg New York (c/lb)		
top white	17,25	17,25
fancy	16,75	16,75
bleichfähig	16,50	16,50
yellow max. 10% fr. F.	15,25	15,00
Schweine Chicago (c/lb)		
Dez.	46,60	45,70
Febr.	49,05	49,25
April	47,90	48,35
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	64,65	61,30
März	65,00	61,70
Mai	66,00	63,20

Rinder Chicago (c/lb)	12. 12.	9. 12.
Ochsen einh. schwere River Northern	55,00	55,00
Kühe einh. schwere River Northern	58,00	–
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Jan.	780,00	772,50
März	796,00	786,00
Mai	805,00	795,00
Juli	807,00	796,00
Aug.	789,00	773,00
Sept.	727,00	718,50
Nov.	673,00	665,00
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Dez.	217,50	217,50
Jan.	219,00	219,00
März	221,30	220,00
Mai	220,80	220,50
Juli	220,00	218,00
Aug.	214,50	214,00
Sept.	204,50	205,50
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	12. 12.	9. 12.
Dez.	374,50	369,50
März	386,20	381,00
Mai	392,80	388,00
Kokosöl New York (c/lb)	12. 12.	9. 12.
Westküste fob Werk	43,50	42,25
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	13. 12.	12. 12.
jegl. Herk. cif	875,00	875,00
Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	535,00	530,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	702,50	700,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Nederl. fob Werk	194,00	194,50
Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1005,00	985,00
Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	316,25	305,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	12. 12.	9. 12.
März	79,12	80,10
Mai	80,80	81,25
Juli	81,81	82,00
Okt.	76,20	76,40
Dez.	74,65	74,90
März	76,00	76,05
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1:	unverk.	58,50
Wolle Lond. (Neus. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	12. 12.	9. 12.
Dez.	400–407	403–406
Jan.	402–403	402–404
März	410–411	408–411
Umsatz:	33	22
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	12. 12.	9. 12.
Dez.	46,50	46,50
März	48,70	48,70
Mai	47,80	47,80
Juli	47,70	47,70
Umsatz:	4500	0
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	12. 12.	9. 12.
Dez.	535,50–542,00	535,50–537,00
März	553,00–554,80	553,50–554,00
Mai	567,00–570,00	580,00–585,00
Umsatz:	23	108
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	12. 12.	9. 12.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	12. 12.	9. 12.
Dez.	unerhältl.	13 925
März	unerhältl.	13 933
Kautschuk London (p/kg)	12. 12.	9. 12.
Nr. 1 RSS loco	85,50–86,50	84,50–85,80
Jan.	86,20–86,30	84,50–84,80
Febr.	86,00–86,10	84,50–85,00
Jan./März	85,90–86,00	84,50–84,80
Tendenz: stetig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	12. 12.	9. 12.
Nr. 1 RSS locor.	–	260,00–261,00
Dez.	267,25–268,25	266,75–267,50
Jan.	271,75–272,75	270,75–271,50
Nr. 2 RSS Dez.	260,50–261,50	259,50–260,00
Nr. 3 RSS Dez.	257,00–258,00	256,50–257,50
Nr. 4 RSS Dez.	250,50–251,50	250,00–251,00
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	12. 12.	9. 12.
BWC	495,00	495,00
BWD	485,00	485,00
BTC	485,00	495,00
BTD	485,00	485,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	13. 12.	12. 12.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	110,00–110,38	111,23–111,33
drittfolg. Monat	114,12–114,21	115,19–115,29
Zink: Basis London		
laufend. Monat	233,74–233,94	235,72–276,11
drittfolg. Monat	239,44–239,64	241,85–242,05
Produz.-Preis	261,95	261,79
Reinzinn 99,9%	3763–3800	3777–3815

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	13. 12.	12. 12.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	396,45–398,81	401,04–403,41
Blei in Kabeln	118,00–119,00	119,00–120,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	430,50–433,50	430,50–433,50
Vorziehdraht	439,50	439,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller.

Messingnotierungen

	13. 12.	12. 12.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	368–378	372–381
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	415	417–418
MS 63	413–418	416–421

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	12. 12.	9. 12.
ab Werk prompt (Ring./kg)	29,39	29,45

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	13. 12.	12. 12.
Leg. 225	433–435	433–435
Leg. 226	435–437	435–437
Leg. 231	465–467	465–467
Leg. 233	475–477	475–477

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	13. 12.	12. 12.
Platin (DM je g)	37,75	37,50
Gold (DM je kg Feingold)		
Bankenn-Vkfpr.	35 000	35 000
Rücknahmepr.	34 250	34 250
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	34 980	34 980
Rücknahmepr.	33 930	33 930
verarbeitet	36 710	36 710
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	34 665	34 700
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	844,00	851,50
Rücknahmepr.	814,50	821,70
verarbeitet	881,50	889,20

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	13. 12.	12. 12.
London 10.30	389,75	390,80
15.00	389,20	391,25
Zürich mittags	389,90–390,40	390,75–391,25
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	105 400	104 700
Silber (p/Feinunze)		
London Kassa	657,55	660,30
3 Monate	672,25	674,50
6 Monate	688,70	691,20
12 Monate	721,65	725,20
Platin (£-Feinunze)	12. 12.	9. 12.
London fr. Markt	280,40	276,90
Palladium (£-Feinunze)		
London f. Händlerpr.	117,30	112,70

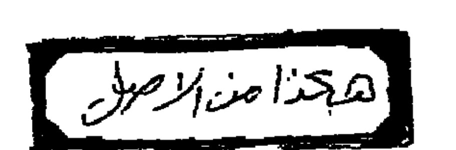
New Yorker Preise	12. 12.	9. 12.
Gold H & H Ankauf	391,25	[illegible]
Silber H & H Ankauf	943,00	[illegible]
Platin fr. Händlerpr.	414,00	410,00–[illegible]
Produz.-Preis	475,00	[illegible]
Palladium		
fr. Händlerpr.	157,00–158,00	[illegible]
Produz.-Preis	130,00	[illegible]
Silber (c/Feinunze)		
Dez.	933,00	[illegible]
Jan.	938,70	[illegible]
Febr.	946,30	[illegible]
März	932,00	[illegible]
Mai	989,00	[illegible]
Juli	987,80	[illegible]
Sept.	1003,00	[illegible]
Umsatz	24 000	[illegible]

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	12. 12.	9. 12.
Dez.	64,65	[illegible]
Jan.	65,30	[illegible]
Febr.	65,96	[illegible]
März	66,60	[illegible]
Mai	67,90	[illegible]
Juli	69,25	[illegible]
Sept.	70,65	[illegible]
Umsatz	5 000	[illegible]

Londoner Metallbörse

	13. 12.	12. 12.
Aluminium (£/t)		
Kasse	1079,0–1079,5	1088,0–[illegible]
3 Monate	1107,5–1108,0	1116,5–[illegible]
Blei (£/t) Kasse	280,00–280,50	281,50–[illegible]
3 Monate	290,00–290,20	291,75–[illegible]
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	994,50–995,50	1001,5–[illegible]
3 Monate	1021,0–1021,5	1027,5–[illegible]
abends Kasse	–	1005,0–[illegible]
3 Monate	–	1031,0–[illegible]
(Kupfer-Standard)		
Kasse	979,00–980,00	986,00–[illegible]
3 Monate	1003,5–1004,5	1014,0–[illegible]
Zink (£/t) Kasse	594,00–594,50	596,00–[illegible]
3 Monate	608,50–609,00	611,50–[illegible]
Zinn (£/t) Kasse	8705–8710	[illegible]
3 Monate	8855–8860	[illegible]
Quecksilber ($/Fl.)	–	305–[illegible]
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	[illegible]



Bundesanleihen

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Bankschuldverschreib.

[illegible]

Renten stiegen weiter

Der feste Dollar sowie die Furcht vor weiteren Zinssteigerungen in den USA bestimmten auch am Dienstag die Tendenz am Markt festverzinslicher Papiere. Im öffentlichen Bereich überwogen erneut die Abgaben. Die Kurse wurden durchschnittlich um 0,20 bis 0,50 Prozentpunkte zurückgenommen, in einem Fall sogar um 0,60, weil hier eine Renditeangleichung überfällig geworden war. Zähflüssig blieb der Handel in den DM-Auslandsanleihen, wo insbesondere die zuletzt aufgelegten Emissionen unter Druck liegen. Bei den Pfandbriefen wurden im Handel unter Banken im Zehnjahresbereich Renditen genannt, die über 8,60 Prozent hinausgingen.

	13. 12.	12. 12.
M 5½ Bayer.Hdbs. Pf 14	89,75G	90G
6 dgl. Pf 20	92bG	92G
6½ dgl. Pf. 2	93,5G	93,5G
7 dgl. Pf 3	93bG	93bG
7 dgl. Pf 27	100,1G	100,2G
6½ dgl. KS 14	95,25G	95,5G
7½ dgl. KS 27	99,25bG	99,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	123,75G	123,75G
5½ dgl. Pf 11	130,5G	130,5G
6 dgl. Pf 34	76bG	76bG
6 dgl. KO Pf 50	99,6bG	99,65G
6½ dgl. Pf 10	80G	80G
6 dgl. KS 1	89,25G	89,25G

	13. 12.	12. 12.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117G	117G
6 dgl. 14	88,75	88,75
6 dgl. 47	77G	77,5
10 dgl. IS 46	102,25G	102,25G
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	92,85G	92,85G
8 dgl. Pf 73	99,85G	99,85G
4 dgl. KO 5	102G	102G

	13. 12.	12. 12.
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	116G	116G
6 dgl. Pf 95	77G	77G
7 dgl. Pf 100	98,75bG	98,75G
D 8 WestLB Pf 350	100,15G	100,15G
6¾ dgl. Pf 403	95,7G	95,7G
8½ dgl. Pf 1007	104,35G	104,35G
8 dgl. Pf 1015	97,55G	97,55G
7 dgl. KO 556	99,2G	99,2G
6¾ dgl. KS 420	94,05G	94,05G
9¾ dgl. KO 1301	103,55G	103,55G
8½ dgl. KS 1278	101B	101G
8 dgl. IS 1512	99G	99G

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Ausländische Aktien

[illegible]

Es gibt noch etliche Stolpersteine – Zum Münchner Kabelpilotprojekt

Herrn Mühlfenzls ungeahnte Kräfte

Nein, Trauer tragen sie nicht beim Münchner Kabelpilotprojekt, obwohl sie den einst selbst angezettelten Wettlauf mit dem Konkurrenten in Ludwigshafen verloren haben. Wollte doch Münchens Kabeldirektor Rudolf Mühlfenzl, einst Bayerns TV-Chefredakteur und den Zuschauern bekannt als grimmig blickender Moderator politischer Fernsehdebatten, zu Weihnachten starten und den Kollegen am Rhein ein Schnippchen schlagen, die im Januar auf Sendung gehen. Nun blieb Ludwigshafen bei seinem Zeitplan, Mühlfenzl aber mußte auf den 1. April verschieben, aber dennoch verlor seine derzeit 32köpfige Mannschaft nicht den Mut. Mit einem Schimmer vorausschauender Schadenfreude meint einer gar: „Jetzt beobachten wir erst einmal, wie in Ludwigshafen die Potemkinschen Dörfer brennen."

Ob das erwartete Feuerchen reicht, die Münchner Hände zu wärmen, bleibt abzuwarten, immerhin aber sind die Füße der Mühlfenzl-Mannschaft nicht mehr ganz so kalt, wie sie es noch während dieses Sommers waren, als potentielle Programmanbieter um das Pilotprojekt strichen wie die Katze um den heißen Brei.

In dieser deprimierenden Phase hatte der immerhin schon 62jährige Mühlfenzl ungeahnte Kräfte mobilisiert und war – mit der Realität als beschwerlichem Reisegepäck – zu verbalen PR-Veranstaltungen gereist, bei denen er Münchens Kabelzukunft in den schillerndsten Farben pries.

Übern Berg ist die Sache aber dennoch nicht, noch sind etliche Stolpersteine zu überwinden. Oder aus dem Weg zu räumen, wobei der Kabeldirektor mit Grandezza frühere Fixierungen beseitigt. Hatte er noch vor Monaten getönt, man werde beginnen, wenn 10 000 Anschlüsse bestellt seien, so ist der Start inzwischen allein eine Frage des Datums: Der 1. April. Bisher haben sich erst 1200 für einen Anschluß interessiert, und das immerhin in einem Gebiet, in dem rund 125 000 Menschen in gut 55 000 Haushalten leben. Hatte Mühlfenzl früher mit bis zu 25 000 Teilnehmern gerechnet, so hat er das Höchstlimit auf 20 000 heruntergeholt und rechnet intern mit 15 000.

Wobei die künftigen Kunden erst in diesen Tagen ungefähr erfahren, was sie für den Kabelspaß zahlen müssen. Sechs Mark im Monat sind es für die Projekt-Blindgänger, die im Plangebiet im Münchner Osten wohnen, sich aber mit dem Kabelanschluß der fünf „ortsüblichen" Programme begnügen: ARD, ZDF, III. Programm (das im Freistaat „Bayerisches Fernsehen" heißt) und die beiden österreichischen Sender. Wer aber in die Mühlfenzl-Kanäle blicken will, muß weit tiefer in die Tasche greifen – und da zuckte schon mancher zurück.

Da gilt es erst einmal, den Postanschluß zu zahlen: Was außerhalb des Projektgebiets 400 Mark kostet, schlägt im Areal nur noch mit der Hälfte zu Buche. Und wer nicht länger als drei Monate zögert, kommt sogar mit 125 Mark davon. Im Schnitt 200 Mark soll die Leitung vom Postübergabepunkt in die Wohnung kosten, ein Konvertergerät, das für die meisten TV-Geräte benötigt wird, macht nochmals 200 Mark. Zu diesen 625 oder mehr Mark und zu den regulären Rundfunkgebühren kommt noch ein monatlicher Tribut von voraussichtlichen 18,50 Mark. Die exakte Summe wird der Aufsichtsrat noch beschließen.

Als Gegenleistung soll geboten werden: Fernsehen auf 18 und Hörfunk auf 24 Kanälen. Neben den fünf „ortsüblichen" Programmen werden Südwestfunk 3, Schweiz 1, das TV-Produkt von Radio Luxemburg und das englische Satellitenprogramm von „Satellite London" herangeführt werden. Das ZDF will sein Abendprogramm zeitversetzt, also in geänderter Reihenfolge, bieten und produziert daneben – als europäische Premiere – einen reinen Musikkanal für täglich sechs Stunden. Mit einem „TV-Kultur-Club" will der Bayerische Rundfunk sich an die „Bildungs- und Kulturinteressierten" (BR-Werbetext) wenden und daneben vom späten Nachmittag bis in die Nacht hinein einen Kanal unter dem Motto „Jugend-Spiel-Sport" füllen. Hier bahnt sich eine Liaison mit „ROFA cable sport" an, als deren Gesellschafter Franz Beckenbauer (O-Ton: „Fernsehen bringt zuviel Polemik, zuviel Politik und zuviel Negatives") und der einstige FC-Bayern-Manager Robert Schwan auftreten und täglich vier Stunden „Sport total" versprechen. Im Herbst oder später will der Teleclub Zürich mit – zusätzlich zu zahlendem – Pay TV aufwarten, wo es neben Spielfilmen und Videospielen möglicherweise auch exklusive Großereignisse zu kaufen gibt. Bayern-Manager Uli Hoeneß hatte dafür schon eine Vision: „Dann gibt's die Schlagerspiele der Bundesliga zu fünf Mark zu kaufen."

Düster sieht es dagegen bei einem Lieblingskind Mühlfenzls aus, beim Lokalkanal. Vor Monaten hatte er ihn noch bis ins Detail angekündigt, heute sagt er kleinlaut: „Wir haben einen Vorvertrag." Die Stadt München, mit einem Rathaus-TV im Programm, ziert sich noch: Nur eine Stunde fünfmal die Woche steht zur Debatte, eine erste Testsendung aber war finanziell „eine Katastrophe" (Rathaussprecher Wolfbauer). Nach dem dritten Text soll der Stadtrat entscheiden, ob das Projekt mit sechs Millionen Mark im Jahr überhaupt genehmigt wird.

PETER SCHMALZ

„Und das ist ja unser Fernsehpublikum"

Dietrich Haugk, der Regisseur der „Goldenen Schuhe" nach Vicki Baum, ist nach eigenem Bekunden an der Autorin literarisch nicht interessiert. Es reizte ihn, den Stoff der „absolut trivialen Autorin" durch das Fernsehen zu „veredeln". Was tat er? Er nahm dieses umfangreiche Bündel an vorgefertigten und vorgeprägten Menschen- und Verhaltensmustern und stellte sie mit Eifer und Ausdauer nach, ein geduldiger Platzanweiser für „Die Welt der Vicki Baum" (so der Obertitel des Fernsehunternehmens). Nicht einen Moment war ihm der Gedanke gekommen, das triviale Stück mit einem Tropf von Ironie zu versehen, nicht in einer einzigen Einstellung wich er von dem inneren Zwang ab, Triviales trivial zum Leben zu erwecken. (Als hätte es noch nie eine Fernseh-Fassung aus der Welt der Courths-Mahler gegeben, beispielsweise).

So erlebte die deutsche Zuschauerschaft eine „veredelte" Illustrierten-Schnulze ohne jeden Abstand, schlimmer noch. Je mehr der Filmemacher das Stück anhob, desto armseliger troff die Trivialität hervor.

Warum solches, groß angekündigt, auf unsere Bildschirme geschickt wird? Wer weiß es. Vielleicht liegt der Schlüssel in dem Hinweis des Regisseurs, die Autorin habe eine „intuitive Kenntnis von dem, was die Leute so sehen und hören wollen." Er fährt fort: „Und das ist ja unser Fernsehpublikum."

Fazit: Versagt der Film, sind immer noch die Aussagen des Regisseurs da.

REGINA ROSTOW

KRITIK

Das Leben im Souterrain der Gesellschaft

Es ist ja – auch literarisch – längst gesagt worden, daß Kriminalität, auch kleine, sich nicht lohnt. Der Eintrag im Strafregister hängt einem an wie ein stechender Geruch, das künftige Leben ist kaum zu bestehen. Diese Moral von der Geschicht' wollte Diethard Klante mit seinem Film „Hauptsache: Leben ..." (ZDF) allerdings gar nicht zeigen. Er zog aus, das Leben im Souterrain der Gesellschaft zu schildern und das Elend einer Frau, die strauchelte und der niemand aufhalf.

Doch auch wenn der Betrachter gerne glauben möchte, was er glauben soll – daß eine ausweglose Situation, daß Not am Anfang des Abstiegs standen: Irgendwann muß doch auch dem Gläubigsten auffallen, daß diese Frau Christine nicht nur „das soziale Netz" verschmäht, sondern daß sie auch sonst nach keinem der rettenden Halte greift – und die stehen doch überall herum. Das ist keine Frage des Milieus oder ihres Charakters, sondern dient allein dazu, den freien Fall ins Endlose zu dehnen und der Rührseligkeit zu einem Fortgang zu verhelfen.

Ein Film entsteht daraus nicht, dem undurchsichtigen, mit dem Krimi kokettierenden und nie recht aufgehellten Anfang zum Trotz. Brillante Schauspieler sind am Werk – Franziska Walser vor allem, des Schriftstellers Tochter, und Lambert Hamel –, die auch in der Großaufnahme bestehen. Aber auch der sonstige Aufwand kann nicht verhindern, daß am Ende nicht mehr herauskommt als eine Sozialschnulze.

KATHRIN BERGMANN

STUDIO

Regionale Themen, die in „Briefen aus der Provinz" erzählt werden, sendet das ZDF 1984 in etwa fünfminütigen Beiträgen zum Sendeschluß an verschiedenen Sonntagen. Am 1. Januar heißt das Thema „Grenzland Bayerischer Wald: Fremdenverkehrsparadies oder benachteiligte Region?", am 29. Januar „Brief aus Lübeck", und am 26. Februar zeigt das ZDF einen Beitrag aus dem Kreis Lüchow-Dannenberg. Am 25. März lautet das Thema „Zwischen den Gleisen wächst Gras – die S-Bahn im geteilten Berlin". (dpa)





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.23 Der Mann von Suez
11.55 Umschau
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Unter dem Chapiteau
4. Zirkus von morgen
17.00 Die Spielbude
Unterhaltung für Kinder zum Advent
Sendung mit Gina Stephan
Mit den Alsterspatzen, dem Bad Oeynhausener Kinderchor, Bernd Schütz, Veronika Fischer und Giorgia Florio. Mauritania Groger gibt Tips für Weihnachtsgeschenke Nicolaus Heidelbach stellt „Das Elefantentreffen" vor. Und Will Quadflieg will den Kindern klassische Musik näherbringen.
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Wiedersehen mit Brideshead
Siebenteiliger Film von John Mortimer nach dem Roman von Evelyn Waugh
3. Sebastian gegen die Welt
Charles begreift allmählich, daß sein Freund zum Trinker wird. Zuerst will er das vertuschen, aber die Familie weiß es längst. Lady Marchmain bittet Charles sogar, auf Sebastian aufzupassen und einen guten Einfluß auf ihn auszuüben. Charles hält die Gefahr für gering und ist entsetzt, als Sebastian, immer häufiger volltrunken, von der Universität vor die Alternative gestellt wird, eine offizielle Aufsicht zu akzeptieren oder relegiert zu werden. Sebastian verläßt Oxford und Charles holt sich vom Vater die Erlaubnis, in Paris Malerei zu studieren.
22.00 Globus – Welt von der wir leben
Müll unterm Weihnachtsbaum
22.30 Tagesthemen
23.00 Nahost: Konfrontation der Supermächte?
23.50 Tagesschau

ZDF

15.25 Enorm in Form
16.00 heute
16.04 Rappelkiste
Der Brief im Park
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Sieben Jahre später
Vier Kinder unter 13 000 Schafen
Film von Caroline und R. H. Materna
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Ulrich Roski
17.50 Das geht Sie an
Tips: Feuerwerk zum Jahresende
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.00 Wildes weites Land
4. Mrs. Mannion
19.00 heute
19.30 Der Sport-Spiegel
Mythos und Wirklichkeit farbiger Athleten in den USA
Film von Ben Wett
20.15 ZDF-Magazin
Moderation: Gerhard Löwenthal
Themen: Kandidatenkür in Berlin / Deutschland – Kein Thema in Schulen? / Wie lief die Steuerbefreiung Flick?
21.00 mittwochslotto – 7 aus 38
21.25 Der Denver-Clan
Schurkenstreiche
22.10 Mit dem Grundgesetz unterm Arm
Das Bundesverfassungsgericht zwischen Recht und Politik
Bericht von Gerd Jauch
23.00 Und plötzlich bist du draußen
Fernsehspiel von Karl-Heinz Schmidt-Lauzemis und Peter Göbbels
Von heute auf morgen wird Harry arbeitslos. Ihn, der sich als nur angelernter Baggerführer durch seine Geschicklichkeit unentbehrlich gemacht zu haben glaubte und der aufgrund vieler Überstunden mit seiner Familie stets fröhlich drauflooskonsumiert hatte, trifft es besonders hart
0.40 heute

Szene mit Dagmar Biener und Gerd Duwner aus dem Fernsehspiel „Und plötzlich bist du draußen", um 23.00 Uhr im ZDF FOTO: KINDERMANN

III.

WEST
18.00 Telekolleg
Englisch (32)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Essen
Gesang: Ramona
Musik: Orchester Erich Florin
21.45 Auslandsreporter
Carl Weiss: Brüsseler Ansichten
22.15 Chan ist verschwunden
Amerik. Spielfilm, 1981
Mit Wood Moy u. a.
(Original mit dt. Untertiteln)
23.30 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Expedition zu den Eisbären
19.15 Die Kinder von Apple, Atari und Commodore
Ein Film von Manfred Waffender
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
21.00 Auf dem Prüfstand
Ursula Gräfin Brockdorff, Hermann Rappe
22.05 Der Film-Club:
Jean-Luc Godard
„Photo & Cie." und „Marcel"
Aus der Fernsehproduktion „Sechs mal zwei" Frankreich/Schweiz 1976
23.45 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Marco
18.55 Ludwig
Das Geldstück
19.00 Schätze unter Wasser (6)
19.30 Norwich now (8)
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Parlament, Parteien, Perspektiven
21.15 Drei aktuell
21.30 Autoreport
21.35 Halbzeit
21.55 Club 2

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Englisch (32)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten
19.30 Reden ist Gold
20.15 Museen der Welt:
Moderne Kunst in München
21.00 Die Frau am Scheideweg
Dt. Spielfilm, 1938
22.30 Theater-Talk

BAYERN
18.15 Tele-Ski (15)
18.45 Rundschau
19.00 Wagner (8)
20.00 „Ich hab's trotzdem geschafft ..."
20.45 Rundschau
21.00 Zeitspiegel
21.45 Z. E. N.
21.50 Teleclub
Kino Kino
22.35 Teleclub
Die Frau hinter den Schatten: Lotte Reiniger
23.20 Rundschau
23.25 News of the Week

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp
Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm
Berater der Chefredaktion: Heinz Barth
Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos
Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheller (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch
Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners
Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad
Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf
Deutschland-Korrespondenten, Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; [illegible]

Chefkorrespondent (Inland): [illegible] Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm [illegible]; London: Fritz Wirth, [illegible]; Paris: [illegible]; Stockholm: [illegible]; Washington: Thomas L. [illegible], Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: [illegible]

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104

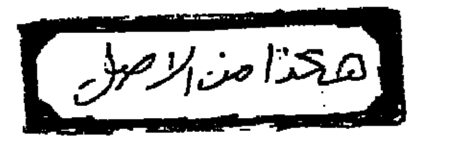
3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44
Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61
Telex 8 587 756

[illegible]







In bester Unordnung

mar – Der Titel ist zeitgemäß. Er verspricht jenen modischen Pessimismus, der gegenwärtig so wohlfeil ist. „Vor uns die Sintflut" heißt der schmale Band aus dem Grazer Styria Verlag (79 S., 16,80 Mark). Aber der Name des Verfassers läßt stutzen. Zarko Petan ist es, der slowenische Autor, von dem der Satz stammt: „Sozialismus ist wie der Schiefe Turm von Pisa; er ist nicht stabil und hält trotzdem."

Solche der großen Sache von Marx und Engels, Andropow und Honecker tributpflichtigen Aphorismen versammelt er auch in seinem dritten Buch. Es ist eine von den Segnungen und Hoffnungen des Sozialismus geprägte Antwort auf die bescheidene Feststellung des Parteiprogramms der KPdSU: „Der Kommunismus ist die lichte Zukunft der ganzen Menschheit." Bei Petan wird diese theoretische Verallgemeinerung zur Praxis: „Haben Sie keine Angst vor der Zukunft – sie beginnt erst morgen." Dementsprechend definiert er die Zeit, in der wir leben, so: „Die Gegenwart ist der Zustand zwischen der guten alten Zeit und der schöneren Zukunft." Und damit ihm niemand Defätismus nachsagen kann, versichert er uns: „Für einige hat die bessere Zukunft schon gestern begonnen." Zugleich wendet er sich gegen jene, die die ethischen Grundlagen dieser Avantgarde des Proletariats in Zweifel ziehen: „Wer sagt, es gebe bei uns keine Moral? Ich kenne sogar viele Leute mit einer doppelten."

Zarko Petan als guter Sohn seiner Klasse weiß sich jedenfalls von kleinbürgerlichen Subjektivismus frei: „Mit Erfahrungen habe ich schlechte Erfahrungen gemacht." Denn: „Auch die Vergangenheit ist manchmal schwer vorauszusagen." Nur eine Anmerkung kann er sich nicht verkneifen: „Immer, wenn ich Kafka lese, bin ich überrascht, wie idyllisch das Leben zu seiner Zeit war." Deshalb eignet sich das Motto dieses Buches gewiß als sozialistischer Gruß: „Alles in bester Unordnung."

Café Hawelka und Madame d'Ora – Wien dokumentiert die „Geschichte der Fotografie in Österreich"

Bekannte Gesichter, gemischte Gefühle . . .

Plötzlich wird die Vergangenheit lebendig. Nostalgische Gefühle melden sich. Man kann sich am Wiedererkennen des Vertrauten erfreuen, das hier in alten, vergilbten Fotografien vor die Augen tritt. Da sieht man den Stephansdom, wie er anno 1847 und 1859 aussah, als das Kärntnertor noch den Zugang zum 1. Bezirk sperrte. Oder man sieht das Reichsratsgebäude (das heutige Parlament) im Jahre 1876, gerade erst bis zum Erdgeschoß hochgezogen. Da ist der jugendliche Franz Joseph (mit und ohne Elisabeth), da ist Franz Lehár am Klavier, das Atelier von Makart oder ein Leporello mit Nestroy in seinen verschiedenen Rollen. Und so geht es weiter mit Erinnerungsbildern bis nahe an die Gegenwart.

Die Ausstellung im Wiener Museum des 20. Jahrhunderts will jedoch nicht nur mit Reminiszenzen spielen. Sie hat sich ein höheres Ziel gesetzt: Sie will die ganze „Geschichte der Fotografie in Österreich" in Bildern vorführen (und im Katalog beschreiben). Das ist ein schwieriges Unterfangen, weil schon die Definition dessen, was als „österreichische Fotografie" verstanden werden soll, nicht leicht fällt.



Glanzstücke aus dem „magnum": „Café Hawelka" von Franz Hubmann (1959), aus der Wiener Ausstellung FOTO: KATALOG

Eine zwölfköpfige Arbeitsgruppe hat sich nach langem Hin und Her schließlich auf eine ganz enge Auslegung geeinigt. Danach wurden nur die Fotografen berücksichtigt, die auf dem Gebiet des heutigen Österreich tätig waren. Wer im Ausland zu Ruhm gelangte (wie etwa Maria Austria, Lisette Model oder Raoul Hausmann), hatte keine Chance. Nur Herbert Bayer und Harald Lechenperg, die ihren Ruhm auf „reichsdeutschem Terrain" ernteten, schienen einer Ausnahme wert. Außerdem wurden auch einige „Zugereiste" berücksichtigt, so die beiden Japaner Yoichi Okamoto und Seiichi Furuya, der Berliner Arthur Benda oder der Dresdner Heinrich Kühn.

Mit rund 900 Fotos werden 14 recht unterschiedliche Kapitel dokumentiert. Der Bogen spannt sich von den Inkunabeln, den silberglänzenden Daguerreotypien, bis zur gegenwärtigen „Kunst mit Fotografie". Die Ordnungsprinzipien wechseln dabei dauernd. Mal steht die Chronologie im Vordergrund, mal das Thema, mal die stilistische Gemeinsamkeit.

Der Besucher ist ziemlich verwirrt, weil die einzelnen Gruppen nicht deutlich genug getrennt sind. Er sieht – je nach Alter – bekannte Bilder und vertraute Gesichter, die Heimkehrerfotos von Ernst Haas, die 1949 die Tragik der Kriegsgefangenen ins Licht rückten, oder Franz Hubmanns Reportage über das Café Hawelka, eines der Glanzstücke aus der inzwischen legendären Zeitschrift „magnum". Er entdeckt den Maler Klimt mit seiner Katze (von Moritz Nähr) oder den sich selbst stilisierenden Schiele (von Anton Josef Trcka).

Und auch Anita Berber (deren Nachruhm auf dem Porträt von Otto Dix beruht) ist auf mehreren Aufnahmen zu entdecken. Sie stammen von Dora Kallmus, die mit ihrem 1907 gegründeten Atelier Madame d'Ora (das 1927 ihr langjähriger Mitarbeiter Arthur Benda übernahm) berühmt wurde.

Madame d'Ora und ihren Porträts aus Kunst und Gesellschaft, einem Panorama des Adels und der anderweitigen Prominenz, hat das Museum Moderner Kunst parallel im Palais Liechtenstein noch eine Extra-Schau (begleitet von einem prächtigen Bildband von Monika Faber in der Edition Brandstätter für 98 Mark) gewidmet. Es ist ein bündiger Bilderreigen der Moden und des Schönheitsideals im ersten Viertel unseres Jahrhunderts.

Die Hauptausstellung schafft es dagegen nicht, ein in sich schlüssiges Bild vorzustellen. Das liegt nicht zuletzt daran, daß man den Ehrgeiz hatte, nur „Originalfotos" zu zeigen, d. h. Aufnahmen, die vom Fotografen eigenhändig abgezogen wurden. Abzüge von anderer Hand, selbst wenn ein Museum die alten Platten oder Filme aufbewahrt, wurden nicht akzeptiert. Das ist bei einer Kunst, die normalerweise auf Reproduktion und Vervielfältigung aus ist, ein allzu esoterisches Auswahlprinzip. So manche Gebiete sind dadurch nur höchst unzureichend vertreten. Dazu gehört die Werbefotografie, an sich ja ein sehr wichtiges und innovatives Gebiet. Auch die Modefotografie ist eher zufällig als systematisch vertreten. Und das Kapitel „Fotografie und Faschismus", inzwischen ein Pflichtstück solcher Ausstellungen, gerät ausgesprochen kümmerlich und widerspruchsvoll.

Da liest man etwa auf einer Tafel: „Eindeutige Zusammenhänge zwischen Form und Funktion sogenannter faschistischer Fotografie lassen sich schwer herstellen", denn die „Propaganda bediente sich verschiedenster Mittel". Aber im Katalog entdeckt Otto Hochreiter „die zum Faschismus Affinität aufweisende Fotografie als Ausdruck eines Geisteszustandes (von Produzenten und Betrachter)". Das bleibt reine Rederei. Es gelingt nicht, lediglich zeittypische Stil- und Ausdrucksformen von denen einer ideologisierten und darum „unrealistischen" Fotografie abzugrenzen. Statt dessen wird einfach behauptet, „daß heute mit Phantombild und Terroristen-Fahndungsplakat zur Menschenjagd aufgerufen wird", was „die Kontinuität faschistoider Denkweise" beweise. Unsinn!

Der erste Band des Katalogs (der zweite bringt ein Lexikon österreichischer Fotografen) ist in vielen Details ebenfalls fragwürdig und ungenau – bis hin zu solchen „Kleinigkeiten", daß z. B. die berühmte „Berliner Illustrirte" ständig falsch geschrieben wird. Aber das irritiert die meisten Besucher nicht, weil die sich mit dem schönen Bilderreigen begnügen.

PETER DITTMAR

Bis 26. 2.; Graz: 17. 3.–17. 4.; Linz: 3. 5.–24. 6.; Klagenfurt: 8. 8.–16. 9.; Salzburg: 25. 9.–28. 10.; Innsbruck: 16. 11.–31. 12.; Katalog, zwei Bände: 380 öS.

Fritz Schediwys „Salome" in Zürich uraufgeführt

Tennis, Turnier, Theater

In einer Dependance des Züricher Schauspielhauses wird als Uraufführung das Werk „Salome oder Auf dem Dach der Welt" gegeben. Der Titel bleibt auch nach der Besichtigung rätselhaft. Das Rätsel selbst dauert vier Stunden. Und während dieser Zeit müssen die Schauspieler viele Kilometer zurücklegen; das entspricht einem veritablen Langstreckenläufer-Ereignis. Denn die Handlung spielt im wesentlichen auf einem Laufsteg, und da kann man nicht viel anderes tun als eben laufen.

Der ausgezeichnete Schauspieler Fritz Schediwy, der sich hier zum erstenmal als Autor und Regisseur betätigt, nennt sein Werk, in dem kaum ein paar Sätze von ihm selbst stammen, eine Erzählung. Das Programmheft spricht von einem Stück. Beides ist es nicht. Allenfalls eine Collage. Schediwy vergreift sich, ohne mit der Wimper zu zucken, an Flaubert, Baudelaire, Kafka und anderen, auch an Richard Strauss. Freilich läßt er nichts aus dessen „Salome" spielen. Ein paar Takte hätten ja verraten, wie „Salome" gespielt werden muß. Aber vor allem bringt er Oscar Wilde, sowohl seine „Salome" als auch einiges aus dem „Dorian Gray". Und was verbindet die beiden Werke? Nichts. Außer daß er sowohl die Salome als auch den Dorian Gray von ein und demselben Schauspieler spielen läßt. Warum die Salome? Weil, so wird erklärt, Wilde homosexuell war. Aber Wilde hat die „Salome" für die große Tragödin Sarah Bernhardt geschrieben, die sie dann freilich nicht spielte.

Schediwy hat viele Einfälle. Zum Beispiel ist die Szene ständig vernebelt. Warum wohl? Schlimmer, daß diese Szene eben meist aus einem Laufsteg besteht, der die meisten Schauspieler dazu zwingt, auf Mimik zu verzichten. Sie müssen ja laufen, sportliche Leistungen vollbringen. Die Zuschauer wiederum sind gezwungen, bald nach links, bald nach rechts zu blicken, als befänden sie sich auf einem Tennis-Turnier.

Der Maler des im Roman verhängnisvollen Bildes von Dorian Gray ist kein Maler mehr, sondern ein Bildhauer. Kein Bildnis also, sondern eine Statue – und als sie enthüllt wird, sieht man einen alten Mann dort sitzen mit einem Gesicht, das geprägt ist von den Sünden des ewig jungen Dorian Gray. Das zumindest wird deutlich: der Wunsch des schönen Knaben, ewig jung zu bleiben, und zwar auf Kosten des Werkes, das an seiner Stelle altern soll.

Weitere Regieeinfälle: Fast alle Personen spielen mit nacktem Oberkörper. Das lohnt sich allenfalls bei der schönen Anne-Marie Kuster, die freilich als Flauberts „Königin von Saba" nichts in dem Stück zu suchen hat. Fast alle Darsteller treten ohne Schuhe auf. Warum wohl?

Warum muß Christoph Bantzer sowohl den zynisch-lässigen Lord Henry Wotton spielen als auch den religiösen Fanatiker Jochanaan, der das Kommen des Erlösers verkündet? Die Regie behauptet, es handele sich im Grunde genommen um die gleiche Figur. Wirklich? Bantzer kann fast alles. Er könnte jede dieser Rollen spielen, wenn man ihn nur ließe.

Sven-Eric Bechtolf ist nicht so schön, wie Dorian Gray sein sollte. Als Salome ist dieser lange Bursche völlig fehl am Platze. Man muß noch dankbar dafür sein, daß er sich nicht als Damenimitator betätigt. Freilich versprüht er keinen Funken Erotik. Der so wichtige Tanz wirkt niemals sinnlich, mahnt eher an die Übungen des Turnvaters Jahn. Aber was kann man von ihm anderes verlangen? Was sollte man überhaupt von dem Stück, das, wie gesagt, kein Stück ist, anderes erwarten?

CURT RIESS

Placido Domingo legt seine Autobiographie vor

Stolz wie ein Spanier

Wenn ein Künstler schon mit vierzig seine Autobiographie schreibt, dann ist er entweder maßlos eitel, oder er braucht Geld, oder er hat schon mit seiner Karriere abgeschlossen. Bei Placido Domingos Buch „My First Forty Years", auf deutsch viel zu pathetisch mit „Die Bühne – mein Leben" betitelt (Kindler Verlag, München, 288 S., 34 Mark), ist davon nachweislich nichts wahr. Hätte er die Zeit, die er aufs Schreiben oder Diktieren verwandt hat, dazu genutzt zu singen, dann wäre er heute reicher. Gute zehn Jahre sollte man ihm sicher noch geben, auch wenn die Stimme gerade in diesen Tagen, in denen er die „Turandot"-Premiere der Mailänder Scala absagte und sich in der Callas-Gedenkveranstaltung im Fernsehen weit unter Form präsentierte, Alarmsignale gab.

Er ist stolz wie ein Spanier. Aus relativ bescheidenen Verhältnissen aufgestiegen zu sein zu internationalem Startum, und das ganz aus eigener Kraft, erfüllt ihn verständlicherweise mit Genugtuung. Und auch mit vierzig ist er ein zu guter Sohn, den Eltern, beide Zarzuela-Sänger, die häusliche Bescheidenheit zu deutlich unter die Nase zu reiben. Daß es ein Vagantenleben war, das er als Kind in Spanien und als Heranwachsender in Mexiko führen mußte, wird aber schon sehr deutlich.

Domingo schreibt mit höflicher, aber doch entwaffnender Ehrlichkeit. Wenn er Karajan erlesene Komplimente macht und ein paar Seiten weiter feststellt, daß seine Arbeit unter Carlos Kleiber eben doch das einzig Wahre gewesen sei, wird die Botschaft deutlich genug, ohne jemanden zu verletzen oder sich selbst Steine in den Weg zu legen. Ein bißchen zwischen den Zeilen lesen muß man in diesem Buch schon.

Was seine eigene Person angeht, ist das allerdings nicht nötig. Er bekennt offen, in welchen Vorstellungen er wirklich nicht gut war, und erzählt auch, halb entschuldigend, halb sich selbst tadelnd, wie es dazu kam. Domingo, der Autor, illuminiert nie den Glorienschein über seinem Haupt.

Natürlich freut er sich diebisch, wenn er den Kritikern eines auswischen kann, wenn er mit seiner Selbsteinschätzung gegen die veröffentlichte Meinung recht behalten hat. Aber den Hauptvorwurf derer, die in Sorge um den Erhalt seiner Stimme vor dem schonungslosen Ausbeuten seines stimmlichen Kapitals warnen, stützt diese Lebensbeichte doch. Domingos Pensum ist mörderisch. Unter siebzig Aufführungen pro Jahr macht er es seit Jahren *nicht*, Plattenaufnahmen, Fernsehauftritte, Probenarbeit und Filme gar nicht einmal mitgerechnet.

Daß Placido Domingo nicht bloß Tenor ist, sondern ein ernstzunehmender Musiker, der sich berechtigte Hoffnungen macht, statt in den Ruhestand ans Dirigentenpult zu wechseln, verraten seine grundsätzlichen Anmerkungen zu Oper und Gesangskunst. Die Beobachtung etwa, daß sich junge Sänger mehr an Puccini als an Verdi halten sollten, weil dieser sich wie von selbst singt, jener aber die perfekt kontrollierte Stimme verlangt, ist in der Tat zu beherzigen. Seine in einem Verdikt Mascagnis gipfelnde Verismo-Schelte hingegen mag eher aus seiner persönlichen Situation zu erklären sein; denn er läuft tatsächlich Gefahr, mit den Effekt-Ausbrüchen dieser Partien seine Stimme zu ruinieren, da sie technisch nicht alles abfangen kann, was sein Temperament zu geben bereit ist.

Zur Regie hat er aufgeräumte Vorstellungen. Ponnelle ist offenbar sein Liebling, mit den Experimentierern kann er so viel nicht anfangen. Vielleicht sehen ihn die zweiten vierzig Jahre doch nicht nur als Sänger und Dirigenten, sondern als Operndirektor. Das traut man ihm nach diesem Buch zu.

REINHARD BEUTH

Hamburg: Gedächtnisausstellung für P. Eliasberg

Labyrinth der Phantasie

Der Maler und Grafiker Paul Eliasberg (1907–1983), dem die Hamburger „Galerie in Flottbek" gegenwärtig eine umfassende Gedächtnisausstellung widmet, gehörte zu den behutsamen Einzelgängern und stillen Außenseitern in der Kunst unserer Zeit. Unbeirrt durch die jeweils herrschenden, vermeintlich aktuellen Strömungen schuf er ein malerisches und grafisches Werk, das in den abendländischen Traditionen der Antike und des Mittelalters wurzelt und doch gleichzeitig den Blickwinkel der Gegenwart verrät.

Als Sohn russisch-jüdischer Eltern in München geboren, übersiedelte Paul Eliasberg nach dem frühen Tod seines Vaters bereits 1926 als Neunzehnjähriger nach Paris, wo er seine Wahlheimat fand. Seine Ausbildung absolvierte er an der Akademie Ranson bei Roger Bissière, dem feinsinnigen abstrakten Maler, dem er auch später künstlerisch und freundschaftlich verbunden blieb. Während des Zweiten Weltkriegs gehörte Eliasberg der französischen Widerstandsbewegung an, 1947 wurde er französischer Staatsbürger. Nach dem Krieg vermittelten ihm Reisen in den mediterranen Raum die entscheidenden formalen und motivischen Anregungen. Im September 1983 starb er 76jährig in Hamburg.

Die zerklüfteten Felsen und Grotten der griechischen Inseln, aber auch die spitzbogigen Strukturen der gotischen Kathedralen Frankreichs zählen zu den Leitmotiven, die Eliasberg vor allem im Medium der Zeichnung und Radierung höchst nuancenreich veranschaulichte. Dabei entwickelte er eine eigentümlich versponnene Darstellungsweise aus Liniennetzen und Strichgeweben, die sich im weiten Stilbereich zwischen Altdorfer, Herkules Seghers und James Ensor entfaltet und in kosmisch-surreale Bereiche weist.

Nicht nur die Formen der mediterranen Gestade oder gotischen Kreuzrippengewölbe sind in seinem seltsam knittrigen, spinnwebfeinen oder kristallisierenden Zeichenstrich in grafische Labyrinthe voller Phantastik und Augenreiz verwandelt, auch die Atmosphäre der flirrenden Luft oder hellen Schatten der Ägäis und der mystisch-verklärten Innenräume der Kathedralen tritt in den grafischen Blättern suggestiv zutage. Sie werden zu Sinnbildern des zeitlosen Schauspiels der Natur, doch nicht minder auch der autonomen Möglichkeiten des Menschen, sie zu verändern und sich Denkmäler zu setzen.

Im Medium der fein abgestuften Radierung fand Eliasberg die ihm adäquate grafische Ausdrucksweise, in der er seine antiken Panoramen, gotischen Visionen oder mittelmeerischen Landschaften mit knorrig-wogenden Ölbäumen bildnerisch am eindringlichsten darzustellen vermochte. Das führt das kurz vor seinem Tode vom Kieler Kunsthallendirektor Jens Christian Jensen vollendete und nun im Christians-Verlag in Hamburg erschienene „Gesamtwerk der Druckgrafik" von Paul Eliasberg vor Augen, das 200 Radierungen aus dem Zeitraum von 1957 bis 1983 umfaßt (238 S. mit 202 Abb., 48 Mark). Die Begriffe „abstrakt" und „gegenständlich" erscheinen, wie Jensen nicht zu Unrecht feststellt, für Eliasberg belanglos. Es ist eine Kunst, in der der Mensch niemals auftritt und doch stets im Geiste gegenwärtig bleibt.

Dem Nuancenreichtum seiner Grafik entspricht die zarte, blasse, freskohafte Palette der Aquarelle und Ölbilder des Künstlers, deren an Cézanne geschulte Kompositionen formal und thematisch von ferne an Gilles und Bargheer erinnern. Auch hier leben Elemente des antiken Mythos und des gotischen Mittelalters auf verwandelter Ebene bis in unsere Tage fort. (Bis 15. Januar)

HANNS THEODOR FLEMMING



Spinnwebfeine Strukturen: „St. Janskerk" (1970), Radierung von Paul Eliasberg aus der Hamburger Ausstellung FOTO: KATALOG

Riccardo Muti: Kostbarkeiten auf vier Platten

Ungemütliche Schönheit

Es gab eine Zeit in den fünfziger und sechziger Jahren, da konnte man von einer musikalischen Allgegenwart Karajans sprechen. Das Witzwort ging um, aus dem Bühnenausgang der Wiener Staatsoper stürzend und in ein Taxi springend, habe er auf die Frage „Wohin?" kurz geantwortet: „Egal. Ich habe überall zu tun." Ähnliches könnte man heutzutage wohl über Riccardo Muti sagen.

Auf einen Schlag geradezu wirft seine Firma Schallplatten von ihm auf den Markt, eingespielt in Berlin, Philadelphia, London und Mailand, vier Produktionen von künstlerisch hohem Rang, gestützt auf vier Orchester: das der Scala nd auf die Philadelphians, denen Muti seit dem Rücktritt Ormandys als neuer Chef vorsteht, die Berliner Philharmoniker, die in ihm einen der präsumptiven Nachfolger auf dem Posten Karajans sehen, und auf das Londoner Philharmonia, das er zehn Jahre lang als Nachfolger Klemperers leitete.

In Mutis Arbeit kulminiert einstweilen – und geradezu explosiv – die Emanzipation der italienischen Dirigenten von der Oper, die mit Toscanini begann und den nachfolgenden Generationen der Giulini, Abbado, Sinopoli, Chailly das sinfonische Weltrepertoire erschloß, das sie inzwischen voller Neugier, interpretatorischer Phantasie und unerbittlicher Werktreue durchpirschen.

Die größte Abenteuerlust, die höchste Freude am Auskosten des Gegensätzlichen bringt dabei Muti auf. Sein Repertoire ist nachgerade riesig, und auch unter seinen jetzt vorliegenden Neuaufnahmen finden sich Werke, die nicht jedermanns Sache sind: die Faust-Sinfonie Liszts etwa, das Violinkonzert Schumanns oder Verdis Schwanengesang der Gläubigkeit: die Quattro Pezzi Sacri. Das Bedeutende an Mutis Interpretation aber ist es gerade, daß sie selbst weniger Populäres zu spannungsvoller Lebendigkeit zu verhelfen vermag.

Freilich – vor dem zweiundzwanzigminütigen Andante soave des „Gretchen"-Bildes der „Faust"-Sinfonie muß selbst ein Temperament wie Muti verzagen. Wo keine Farbe am Pinsel ist, malt es sich nun einmal schlecht.

Doch Muti revanchiert sich dafür mit dem Vortrag des Mephisto-Satzes auf die klangphantasievollste Art, eine geschärfte Akzentuierung, die den Satz geradezu auf den Taktstock spießt. Er reißt die Ironie Liszts ins durchaus Ungemütliche hoch, um am Ende beinahe körperlos in Verklärung zu münden. Gösta Winbergh singt die Goethe-Verse vom Ewigweiblichen tenoral entrückt, als wolle er der beschworenen Weiblichkeit nicht einmal stimmkörperhaft nahetreten: ein Eindruck von unvergleichlichem vokalem Himmelsparfum, Liszt, dem elegantesten Abbé aller Zeiten, durchaus angemessen.

Den gleichen Mystizismus des Einklangs von reiner Schönheit der musikalischen Wiedergabe mit der niedergeschriebenen Komposition erreicht Muti auf künstlerisch noch höherem Niveau in den Pezzi Sacri Verdis, wobei ihm die Stimmen des Stockholmer Rundfunkchors, unter Eric Ericson hochgezüchtet zu Europas feinstimmigstem Singinstrument, aufs einfühlsamste assistieren, zu schweigen von den Berliner Philharmonikern, deren ätherische Holzbläser das Te Deum durchglühen und noch den Blecheinwürfen eine unvergleiche Wärme bei aller Wucht zu geben verstehen.

Sie sind von Mutis vier Orchestern das eindeutig herrlichste. Neben ihnen wirken die englischen Kollegen manchmal denn doch noch von irdisch musikantischer Schwere geplagt. Das Philharmonia Orchestra unter Muti begleitet Gidon Kremer bei seiner Einspielung der Violinkonzerte von Schumann und Sibelius, wobei das Vielmißachtete Schumanns eine Größe der Anschauung gewinnt, ihm durchaus angemessen, die es endlich – und hoffentlich endgültig – nobilitiert. Dazu bedarf es aber wohl auch einer künstlerisch engen Zusammenarbeit wie der zwischen zwei musikalisch so fanatischen Intelligenzen wie denen Kremers und Mutis. Denn auch das Konzert von Sibelius gewinnt in ihrer Darstellung einen ganz neuen kühlen Reiz: ein Blick wie aus der Vogelperspektive aufs Geigenfinnland.

Verdis „Ernani", die Eröffnungsvorstellung der Scala-Saison des Vorjahres, liegt nun auch rechtzeitig zu Beginn der neuen Spielzeit vor: ein weiteres Dokument der Kunst Mutis, aus Unerbittlichkeit Schönheit zu schlagen. Endlich wieder ein Dirigent mit ästhetisch festumrissenem, temperamentvoll angegangenem Ziel.

KLAUS GEITEL

Liszt: Eine Faust-Sinfonie. Les Préludes. Gösta Winbergh, Ten. Westminster Choir College Male Chorus. Philadelphia Orchestra (Emi 14 35 708).
Verdi: Quattro Pezzi Sacri. Rundfunkchor Stockholm. Arleen Auger, Sopran. Berliner Philharmoniker (Emi 14 35 721).
Sibelius u. Schumann: Violinkonzerte. Gidon Kremer, Viol. Philharmonia Orch. (Emi 14 35 191).
Verdi: Ernani. Chor und Orch. der Mailänder Scala, Domingo-Freni-Bruson-Ghiaurov (Emi 14 35 843).

JOURNAL

Kölner Oper gastiert wieder in Israel

DW. Tel Aviv

Nach ihrem erfolgreichen Gastspiel im Januar 1982 in Tel Aviv wurde die Kölner Oper jetzt eingeladen, im dortigen Mann-Auditorium mit fünf Aufführungen der „Zauberflöte" und mit zwei Aufführungen der „Zauberflöte für Kinder" zu gastieren. Sir John Pritchard übernimmt die musikalische Leitung und wird die Proben mit dem Israel Philharmonic Orchestra leiten, das – wie seinerzeit bei „Cosi fan tutte" und „Wozzeck" – als Partner am Ort fungiert. Jean-Pierre Ponnelle übernimmt die Spielleitung seiner Inszenierung, die er den Gegebenheiten des Mann-Auditoriums anpaßt. Damit die jugendlichen Besucher in Tel Aviv bei der „Zauberflöte für Kinder" verstehen, worum es geht, übernimmt die in Tel Aviv lebende Theaterdirektorin und Schauspielerin Orna Porat die Rolle des Theaterdirektors und trägt hierbei sämtliche Dialoge in hebräischer Sprache vor. Das Gastspiel findet vom 16. bis 24. Februar 1984 statt.

Wird die Caballé wieder singen können?

dpa, Wien

Die spanische Sopranistin Monserrat Caballé hat sich weitgehend von ihrer Herzattacke erholt, die sie am Wochenende auf der Bühne der Wiener Staatsoper erlitt. Ihr Zustand hat sich inzwischen so weit gebessert, daß sie zu ihrem Herzspezialisten nach Barcelona fliegen konnte. Monserrat Caballé hatte ihre Partie der Madeleine in Umberto Giordanos Oper „André Chenier" im dritten Akt unterbrechen müssen. Die Vorführung war daraufhin abgebrochen und das Publikum nach Hause geschickt worden.

„Die Physiker" an der Spitze der Werkstatistik

DW. Köln

Friedrich Dürrenmatts Komödie „Die Physiker", vor 20 Jahren uraufgeführt, erlebt eine neue Aufführungswelle. Mit 378 Aufführungen in zwölf Inszenierungen steht das Stück an der Spitze der Schauspielsaison 1982/83. Wie der Deutsche Bühnenverein, Köln, in seiner Werkstatistik weiter mitteilt, liegt Goethes „Faust I" knapp dahinter (374 Aufführungen). Was das Musiktheater der Bundesrepublik angeht, so herrschte 1982/83 die gewohnte Stabilität. Lerner/Loewes „My Fair Lady" war das meistgespielte Musical (332), Mozarts „Zauberflöte" die meistgespielte Oper (278) und Johann Strauß' „Fledermaus" die meistgespielte Operette (232).

Vorbereitungen für die Brüder-Grimm-Jubiläen

dpa, Kassel

Das Land Hessen wird rund 1,5 Millionen Mark bereitstellen, um die Wiederkehr der 200. Geburtstage der Brüder Jakob und Wilhelm Grimm in würdiger Weise zu begehen. Die Geburtstage der Brüder Grimm jähren sich 1985 beziehungsweise 1986 zum 200. Mal. Im Mittelpunkt der Veranstaltungen wird eine Ausstellung „Brüder Grimm – Dokumente ihres Lebens und Wirkens" stehen. Diese Ausstellung, die von der Brüder-Grimm-Gesellschaft in Kassel gemeinsam mit der Stiftung Preußischer Kulturbesitz Berlin gestaltet werden soll, wird in Kassel, Berlin und Hanau gezeigt.

Frankfurt-Feste '84: Der Tod in der Kunst

DW. Frankfurt

Die „Frankfurt Feste '84" der Alten Oper, geplant für die Zeit vom 30. August bis zum 16. September 1984, werden sich mit der Frage nach der Bewältigung des Phänomens Tod in der Kunst beschäftigen. Dazu verwandelt sich die Alte Oper für knapp drei Wochen gleichsam in einen schweren Luxusliner – eine Assoziation, welche die Architektur des Gebäudes provoziert. Mit dieser Imagination soll dem Grundgedanken des Festivals Rechnung getragen werden, von der Geschichte der Menschheit als unendliche Reise in einem der Willkür der Mächte ausgelieferten Schiff, das ständig von der Gefahr bedroht ist, unterzugehen. Die zahlreichen vorwiegend der Avantgarde zuzurechnenden Konzerte, szenischen Veranstaltungen und Happenings der „Frankfurt Feste '84" reflektieren Möglichkeiten der künstlerischen Annäherung an Tod und Untergang vom Mittelalter bis zur unmittelbaren Gegenwart.

Verzeichnis des guten Spielzeugs

DW. Ulm

Zum 15. Mal hat jetzt der Arbeitsausschuß Kinderspiel + Spielzeug sein Verzeichnis des mit der Marke „spiel gut" ausgezeichneten Spielzeugs vorgelegt. Die Auszeichnung wird von einer von der Spielwarenindustrie und dem Spielwarenhandel unabhängigen Jury vergeben. Außerdem werden zuvor die Spielzeuge ausgiebig mit Kindern erprobt. Die neue Liste nennt rund 2000 Artikel mit Hersteller und Preis. Sie ist nach Altersgruppen und Funktion des Spielzeuges geordnet. Das Verzeichnis kostet 10 Mark und kann bei dem Arbeitsausschuß in Ulm, Heimstr. 13 bestellt werden.

„Goldfin[illegible]er“ hat auch Glück vor Gericht

Im Spielbankenprozeß [illegible]nklage mehr und mehr zusammen / Zeugen erhärten Version vom Systemspiel ohne Manipulation

PETER SCHMALZ, **München**

Nun schweigt er, gießt dann und wann Selterswasser nach und blickt mit einer Miene im Sitzungssaal 264 des Münchner Justizzentrums umher, die Optimismus und Zufriedenheit zei[illegible]t. Das Glück im Spiel, das dem 62[illegible]ährigen Vladimir Granic am Roulet[illegible]tisch Millionengewinne und den [illegible]tznamen „Goldfinger“ einbrachte, scheint ihn auch auf der Anklagebank nicht zu verlassen. Dort sieht er sich zur Zeit mit dem Vorwurf konfrontiert, durch Manipulationen an den Spielmaschinen allein in der Spielbank von Bad Wiessee am Tegernsee 6,1 Millionen Mark kassiert zu haben. Aber auch nach drei Wochen Hauptverhandlung liegt für diesen Verdacht noch kein griffiger Beweis vor.

Detaillierte Vorlagen untermauern Unschuld

Hatte Granic zu Prozeßbeginn tagelang anhand detaillierter Vorlagen seine Unschuld beteuert, so hört er sich nun stumm die zahlreichen Zeugen an. Er lächelt ihnen zu und reicht ihnen von der Anklagebank aus sogar die Hand, auch wenn sie von der Staatsanwaltschaft eigentlich zur Belastung des Angeklagten erscheinen. Aber keiner von ihnen konnte oder wollte bisher bestätigen, Granic habe die Stege der Roulettemaschinen durch dünnere ausgetauscht und damit seine Gewinnchancen erhöht.

Vielleicht wäre er selbst dazu nicht einmal in der Lage gewesen. „Mein Mann war handwerklich total unbegabt“, berichtet Granics erste Ehefrau, „ich mußte immer die Nägel in die Wand hauen.“ Und sie erzählt weiter, wie sie eine Ehe führen mußte zwischen Zahlen und Tabellen: „Er ist tagelang in seinem Zimmer gesessen, die Wände waren vollgehängt mit Zahlen und Kurven.“

Das war die Zeit, in der Granic Tausende von Gewinnzahlen verglich, die ihm von einer Schar Helfer aus den Casinos beigebracht wurden. 30 000 Zahlen will er benötigt haben, ehe er kleine Unregelmäßigkeiten, die jedem Spielkessel eigen sind, erkannt hat.

Daß diese Methode tatsächlich die Gewinnchancen der Systemspieler erhöhen kann, bestätigt der ehemalige technische Direktor der Spielbank von Bad Wiessee, Horst W., im Zeugenstand: Nachdem 1980 die Roulette-Kessel komplett erneuert und eine Computeranlage die Gewinnzahlen notierte, wurden dennoch bei fast allen Kesseln Zahlen ermittelt, die mehr als zehn Prozent höhere Gewinnchancen brachten. Ein Spieler, der im Auftrag von Granic unterwegs war, will sogar Zahlenfavoriten mit 23 Prozent bemerkt haben.

Bei Casino-Managern nicht gern gesehen

Seine Leute setzte der Angeklagte offensichtlich stets nach dem gleichen Schema ein, über das der heutige Münchner Arzt Werner K. berichtet. Als Student notierte er für ein Abendhonorar von 100 Mark Gewinnpermanenzen, bis er das Metier so beherrschte, daß ihn der Auftraggeber mit bis zu 200 000 Mark Spielgeld und exakt vorgegebenen Zahlen ausgerüstet an die Spieltische ließ. Nur diese Zahlen durften gesetzt werden, dafür aber stets mit Höchsteinsatz. So habe er an einem Abend 150 000 Mark gewonnen, aber auch mal 200 000 Mark verloren.

Ob da nicht einmal ein Spieler schnell für sich einen Gewinn kassieren konnte, will der Richter wissen. Aber wie die Chancen der Elfenbeinkugel hat Granic auch die Schlechtigkeit der Menschen einkalkuliert und ein System der feinen Überwachung ausgetüftelt: Wie die Spieler die Gewinnzahlen des Abends notieren und danach abrechnen mußten, wurden die Tische auch von Schreibern beobachtet, denen in der Regel die Spieler unbekannt waren.

Aber „Goldfinger“ ließ seine Spieler nicht darben. So überließ er dem 41jährigen Maschinenkonstrukteur drei Prozent des Abendgewinns, womit dieser 45 000 Mark kassierte, als er in zwei Nächten ein französisches Casino um eineinhalb Millionen Mark erleichterte.

Gern gesehen waren diese Trupps von Systemspielern bei den Casino-Managern allerdings nicht. Und dort schützte man sich auf seine Weise vor den Supergewinnern. „Wenn jemand hoch gewonnen hat“, berichtet Ex-Direktor Horst W., „an einem Abend etwa 100 000 Mark, dann hab' ich den Roulette-Kessel sofort austauschen lassen. Wenn einer hoch verloren hat, hatte ich's damit nicht so eilig.“

Verloren hat W. vorerst seinen Arbeitsplatz: Er soll mit Granic unter einer Decke gesteckt haben. Aber die Ermittlungen kamen noch zu keinem Ende, die Akte sei noch sehr dünn, gibt der Staatsanwalt zu.



Kühl-Turm FOTO: KARL ZIMMERMANN

Kasino-Affäre: Drei Bürgermeister hinter Gittern

dpa, **Rom**

Im Skandal um das Zusammenspiel zwischen der Mafia und italienischen Spielkasinos sitzen jetzt drei Bürgermeister hinter Gittern. Nach den Verwaltungschefs von San Remo an der Riviera, und von Campione, einer italienischen Exklave am Luganer See, wurde jetzt auch der Bürgermeister von San Remos Nachbarstadt Imperia verhaftet. Der 35jährige Antonio Scajola soll bei der Vergabe der Konzession für das Kasino von San Remo Schmiergelder in Höhe von 50 Millionen Lire (rund 85 000 Mark) verlangt haben. Der Vorwurf gegen den christdemokratischen Kommunalpolitiker und seinen Parteifreund aus San Remo lautet auf schwere Erpressung.

In der Kasino-Affäre von San Remo, Campione, Venedig und Saint Vincent im Aosta-Tal wurden bislang mehr als 100 Personen verhaftet. Die Ermittler vermuten, daß die Mafia an den Spieltischen die Möglichkeit erhielt, Beutegelder aus Verbrechen „reinzuwaschen“.

Kommissar Zufall

dpa, **London**

Ein 57jähriger Brite muß sich vor einem Gericht in Chester (Mittelengland) wegen des Mordes an seiner Frau vor mehr als 20 Jahren verantworten. Die Tat wurde zufällig entdeckt, als ein Archäologe bei Ausgrabungsarbeiten hinter dem Haus des Angeklagten den Schädel einer Frau entdeckte. Der Angeklagte glaubte, es sei der Schädel der von ihm ermordeten Ehefrau und legte ein Geständnis ab. Später stellte sich heraus, daß der Schädel aus dem 5. Jahrhundert stammte.

Tanker gesunken

dpa, **Manama**

Der mit 46 000 Tonnen Rohöl für Madagaskar beladene griechische Tanker „Pericles“, der seit mehreren Tagen brennend 60 Kilometer vor der Küste Qatars ankerte, ist gestern gesunken. Das Wrack liegt an einer seichten Stelle, so daß ein Teil des Bugs aus dem Wasser ragt. Die Behörden in Bahrain und Qatar befürchten jetzt eine Ölpest.

Ärzte-Forderung

dpa, **Hamburg**

Die Ärztekammer Hamburg hat den Senat der Hansestadt aufgefordert, im Polizeicomputer gespeicherte Daten von Menschen, die einen Selbstmordversuch unternommen haben, sofort zu löschen und weitere Speicherungen zu verbieten. Ein Sprecher der Innenbehörde erklärte, die Daten würden gespeichert, um Vermißtensachen schnell beurteilen zu können. Man denke über eine Löschung nach.

Autofahrer verbrannt

dpa, **Brilon**

Wie eine Fackel loderte ein Personenwagen, der nach einem Unfall mit den Rädern nach oben im Geäst mehrerer Bäume bei Brilon im Sauerland hängengeblieben war. Der Fahrer verbrannte bis zur Unkenntlichkeit.

Lehrer rehabilitiert

dpa, **München**

Elf Jahre nach seiner Verhaftung unter dem Verdacht der Unzucht mit elfjährigen Schulmädchen ist der ehemalige Rektor einer Volksschule im oberbayerischen Teisendorf rehabilitiert worden. Das Verwaltungsgericht in München stellte ein Disziplinarverfahren ein und sprach ihm seine Ruhestandsbezüge als Rektor in voller Höhe zu.

„Baby Doe“ wird nicht operiert

AP, **Washington**

Der Oberste amerikanische Gerichtshof hat sich gegen eine lebensverlängernde Operation eines am 11. Oktober mit schwersten Geburtsfehlern geborenen New Yorker Mädchens entschieden. Der Gerichtshof beließ es somit ohne nähere Begründung bei der Entscheidung eines Gerichts untergeordneter Instanz, welche den Wünschen der Eltern Rechnung trug. Mit dem Fall „Baby Jane Doe“ (der wirkliche Name des Kindes bleibt ungenannt) hatten sich auch schon die Regierung Reagan und der Vatikan befaßt (die WELT berichtete). Das Kind wurde mit offenliegender Wirbelsäule und einem abnormal kleinen Kopf geboren, der durch überschüssige Körperflüssigkeit anschwillt.

Die Eltern hatten sich nach Beratung durch Ärzte und Vertreter der Kirche gegen eine Operation entschieden, die ihrem Kind eine Lebenserwartung von etwa 20 Jahren sichern könnte. Es bliebe aber behindert, epileptisch und von der Hüfte abwärts gelähmt. Ohne Operation wird das Kind nach Auffassung der Ärzte nicht älter als zwei Jahre werden. Der Fall Baby Jane Doe hatte die Amerikaner in zwei Lager gespalten und schließlich die Regierung Reagan auf den Plan gerufen, die erklärte, das Kind dürfe nicht benachteiligt werden, weil es behindert sei. Ein New Yorker Gericht hatte sich jedoch geweigert, das Krankenhaus, in dem das Mädchen behandelt wird, zu einer Operation zu veranlassen.

Die Luft über Europa wird unsicherer

Im Januar beschäftigt sich das Europaparlament mit einem Bericht zur Flugsicherheit

KLAUS RÜHLE, **Bonn**

Vor mehr als einem Jahr wies ein Bericht des Europaparlaments auf die Gefährlichkeit der spanischen Flughäfen hin. „Es ist unerläßlich“, hieß es in dem Bericht, „daß die dortigen Radar-Anlagen schnellstmöglich verstärkt und die Sicherheitssysteme verbessert werden. Vor allem muß die automatische Bodensicherung ausgebaut werden.“ Der Bericht, von dem italienischen Abgeordneten Carlo Ripa di Meana für das Europaparlament ausgearbeitet, stieß auf taube Ohren. Die beiden Flugzeugkatastrophen von Madrid haben gezeigt, wie berechtigt die Mahnungen waren.

Ein neuer Bericht, wieder von Ripa di Meana für den Transportausschuß des Europaparlaments auf Grund sorgfältiger Untersuchungen zusammengestellt, wird im Januar im Plenum zur Sprache kommen. Es handelt sich dabei um das erste umfassende Dokument über die Flugsicherheit oder besser -unsicherheit in Europa. Der Bericht soll zur Grundlage EG-weiter Sicherheit im europäischen Flugverkehr werden.

Auf die entscheidende Frage, ob das Fliegen in Europa gefährlich ist, gab der Abgeordnete der Mailänder Wochenzeitschrift „Panorama“ eine sibyllinische Antwort: „Im Augenblick noch nicht, aber in Zukunft wird der Flugverkehr auf unserem Kontinent immer unsicherer.“ So erklärt sich auch seine Warnung an die Fluggesellschaften, den gegenwärtigen Sicherheitsstandard nicht aus Sparsamkeitsgründen zu senken, das heißt, auf notwendige Investitionen zu verzichten.

Nach dem Bericht sind im Luftraum der EG-Länder 1982 mindestens 500 „Beinahe-Zusammenstöße“ bekannt geworden, davon die Hälfte von „höchster Gefährlichkeit“. An der Spitze der Liste der gefährlichen Begegnungen steht die Bundesrepublik Deutschland mit 216 Fällen, von Großbritannien mit 96, Frankreich mit 75 und Italien mit 52 gefolgt. Ursache des steigenden Risikos ist die zunehmende Intensität des Militärflugverkehrs. In dem Bericht wird ausgeführt, daß der Luftraum für den zivilen Flugverkehr an sich bereits äußerst beschränkt ist und Militärflugzeuge „normalerweise dort nichts zu suchen haben“, diesen Raum jedoch häufig durchkreuzen.

Ein erheblicher Teil der „Beinahe-Zusammenstöße“ entfällt auf die sogenannten „Sonntagspiloten“, die mit Privat-Jets in immer größerer Zahl den Luftraum bevölkern. Ripa de Meana: „Die Zunahme der Pilotenscheine ist erschreckend. Oft werden diese Genehmigungen nach Schnellkursen in den USA ausgestellt, ohne daß damit eine seriöse Garantie für die fliegerischen Fähigkeiten gegeben ist, zumal zusätzliche Kontrollen fehlen.“

Der Bericht beklagt aber auch die ungenügenden Radarsysteme in Spanien, Portugal, Griechenland und Italien. Groß seien auch die Gefahren für den Hörfunkverkehr zwischen Piloten und Leitstellen durch Störungen seitens privater Radio- und Fernsehstationen. Da sich 75 Prozent der Unfälle im Umkreis von drei Kilometern vom Start- und Landeplatz ereigneten, komme der Bodensicherung erhöhte Bedeutung zu. Dem Problem des „Windshear“ (Windwechsel in Bodennähe) werde zu wenig Beachtung geschenkt.

Heftig kritisiert wird in dem Bericht die Gefährlichkeit des Ausstattungsmaterials in den meisten Verkehrsmaschinen. Es handele sich um durchschnittlich vier Tonnen synthetischen Materials pro Maschine, was eine tödliche Gefahr für die Passagiere darstelle. In der Tat sind die Opfer der beiden Flugzeugkatastrophen von Madrid verbrannt oder an Giftgasen erstickt.

Ripa de Meana ist von der Brisanz seines Berichts überzeugt: „Ich glaube, es ist an der Zeit, das Tabu des Schweigens zu brechen und zum Beispiel öffentlich bekanntzugeben, wie groß die Gefahr von Kollisionen im europäischen Luftraum ist. Der Zweck des Berichtes besteht darin, den Sicherheitsstandard zu erhöhen. Eilig ist dabei die Einrichtung einer europäischen Zentralbehörde für die Einhaltung der Sicherheitsnormen und die Bestrafung derer, die gegen sie verstoßen. Wichtig ist auch die Vereinheitlichung der Bordinstrumente und der Pilotenausbildung. Außerdem sollten alle Mitgliedstaaten den Waffengebrauch gegen Zivilflugzeuge, auch bei Spionageverdacht, gesetzlich verbieten.“

LEUTE HEUTE

Rekord-Abfahrt

Vom höchsten Berg der Welt, dem 8848 Meter hohen Mount Everest, will der Schweizer **Sylvain Saudan** aus Sitten auf Skiern abfahren. Er wartet zur Zeit auf die Erlaubnis der nepalesischen Behörden. Saudan hat bereits Abfahrten vom Mount Mac Kinley (6187 Meter) in den USA sowie von den Bergriesen Nun-Kun (7135 Meter) und Dhaulagiri (8172 Meter) hinter sich. Besondere Schwierigkeit: Die an sich notwendigen Sauerstoff-Flaschen sind für den Skifahrer zu schwer und er muß die Höhe deshalb ohne Atemgerät bewältigen.

Hinterlassenschaft

Wegen einer großen Topforchidee, die sie wochenlang ohne Untersatz auf dem kostbaren Teppich ihrer New Yorker Hotelsuite stehen gelassen hatte, mußte **Liz Taylor** 37 000 Mark Schadenersatz zahlen. Wie Angestellte des Carlyle-Hotels jetzt ausplauderten, sah es in der Suite auch sonst wüst aus. Der Teppich sei von Zigarettenstummeln und ausgelaufenen Nagellackfläschchen übersät gewesen. Der durch die Pflanze entstandene Schaden wurde erst nach ihrem Auszug entdeckt. Liz zahlte prompt, als ihr die Rechnung vorgelegt wurde.

WETTER: Im Norden milder

Wetterlage: Während der größte Teil Deutschlands im Einflußbereich einer Hochdruckzone über Mitteleuropa verbleibt, greift auf den äußersten Norden der Ausläufer eines Tiefs bei Island mit milderer Luft über.



Vorhersage für Mittwoch:

Nordseeküstenbereich: Stark bewölkt bis bedeckt und strichweise Regen, der in den Frühstunden bei Temperaturen unter null Grad zu Straßenglätte führt. Im Tagesverlauf Temperaturen bis 5 Grad ansteigend.

Übriges Bundesgebiet und Raum Berlin: In den Frühstunden Dunst und örtlich Nebel, nach deren zögernder Auflösung wolkig mit Aufheiterungen und weitgehend niederschlagsfrei. Temperaturen um null Grad. Nachts Frost zwischen minus 2 und minus 6.

Weitere Aussichten:

Auch im Westen etwas milder, aber erst ab Freitag dort und im Norden aufkommender Regen.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	–6°	Kairo	19°
Bonn	0°	Kopenh.	–1°
Dresden	–5°	Las Palmas	20°
Essen	–2°	London	5°
Frankfurt	–2°	Madrid	7°
Hamburg	–8°	Mailand	7°
List/Sylt	1°	Mallorca	12°
München	0°	Moskau	–8°
Stuttgart	–3°	Nizza	7°
Algier	15°	Oslo	–3°
Amsterdam	1°	Paris	2°
Athen	11°	Prag	–7°
Barcelona	10°	Rom	8°
Brüssel	2°	Stockholm	0°
Budapest	–5°	Tel Aviv	17°
Bukarest	–4°	Tunis	12°
Helsinki	–13°	Wien	–4°
Istanbul	5°	Zürich	0°

*Sonnenaufgang am Donnerstag: 8.20 Uhr, Untergang: 16.13 Uhr, Mondaufgang: 14.00 Uhr, Untergang 2.31 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Die Bonner Riege hält's unter dem heimischen Baum

dpa, **Bonn**

Wenn Regierung und Abgeordnete in den nächsten Tagen in die Weihnachtsferien gehen, wollen Bundeskanzler Helmut Kohl und seine Minister auch privat an Altbewährtem festhalten. Sommerliche Temperaturen im südlichen Teil der Erdkugel und palmenbewachsene Südseestrände können die Bonner Politiker offenbar nicht locken. Fast die gesamte Prominenz sucht über Weihnachten und Neujahr am heimischen Herd Ruhe und Entspannung vom politischen Alltag. Allein den früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt zieht es in etwas wärmere Gefilde. Er will nach seinem 65. Geburtstag am 23. Dezember auf Gran Canaria Urlaub machen.

Familie im Mittelpunkt

Bundespräsident Karl Carstens feiert Weihnachten in seinem Haus in Meckenheim bei Bonn und will anschließend noch ein paar Tage in der Eifel ausspannen. Bundeskanzler Helmut Kohl, der die Feiertage mit der Familie daheim in Ludwigshafen-Oggersheim verbringt, wird nicht vollständig abschalten können. Er muß für kurze Zeit ins Fernsehstudio, um seine Neujahrsansprache aufzeichnen zu lassen.

Auch für die meisten Minister soll während der Feiertage die Familie im Mittelpunkt stehen. Verteidigungsminister Manfred Wörner erwartet zur Bescherung die Schwiegereltern im heimischen Wäschenbeuren in Schwaben und will ansonsten „einfach mal durchhängen“. Auf Tradition setzt Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle. Er wird wie jedes Jahr den Christbaum zu Hause in Kempten im Allgäu selbst schmücken und abends zusammen mit seinen drei Töchtern musizieren. Der Speiseplan steht jetzt schon fest: traditionsgemäß gibt es bei Kiechles zu Weihnachten Rindfleisch-Fondue.

Einige Kabinettsmitglieder freuen sich darauf, während der Feiertage mal wieder ausgiebig Musik machen und dabei die Mißtöne aus der Bonner Politik vergessen zu können. Postminister Christian Schwarz-Schilling, der aus einer Musikerfamilie stammt, spielt Klassisches auf dem Flügel. Verkehrsminister Werner Dollinger läßt Weihnachtslieder auf dem Klavier erklingen. Familienminister Heiner Geißler will mit seinen drei Söhnen musizieren.

Die Stellung in Bonn hält allein Hans-Dietrich Genscher. Der Außenminister gönnt sich auch in der Weihnachtszeit kaum Ruhe, lediglich an den Feiertagen bleibt er zu Hause in Pech bei Bonn. Arbeitsminister Norbert Blüm, der in der Bundeshauptstadt auch zu Hause ist, hat sich für die Feiertage das Motto gesetzt: „Ruhe, Ruhe und nochmals Ruhe.“ Zu Silvester soll es mit der Familie dann noch „in den Schnee“ gehen.

Auch das Sauerland zieht

Zu ausgesprochenen Schnee-Fans ist auch die Familie von Finanzminister Gerhard Stoltenberg geworden. Sie bleibt seit vielen Jahren während der Winterferien nicht in Schleswig-Holstein, sondern fährt in die Alpen zum Skilaufen. Mittlerweile zählt Stoltenberg zu den besten Abfahrtsläufern im Bonner Parlament. Weniger die Schnelligkeit, dafür aber die Ausdauer will SPD-Fraktionsführer Hans-Jochen Vogel im Winterurlaub trainieren. Er fährt zum Langlauf und Skiwandern in die Alpen. Noch nicht festgelegt hat sich der Minister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen. Er macht seinen Ski-Urlaub im Sauerland noch vom Wetter abhängig.

Einfach zu Hause bleiben, lesen und entspannen wollen die Minister Friedrich Zimmermann (Inneres), Heinz Riesenhuber (Forschung), Oscar Schneider (Bau), Dorothee Wilms (Bildung) und Jürgen Warnke (Entwicklung) sowie der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß, der die Feiertage daheim im Kreise der „vollständig versammelten Familie“ verbringen will. Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff fährt zur Erholung nach Münstereifel, Justizminister Hans Engelhard nach Oberbayern.

Auch die Urlaubspläne der drei Sprecher der Grünen im Bundestag unterscheiden sich kaum von denen der Minister aus der konservativ-liberalen Kohl-Regierung. Petra Kelly will während der Feiertage gemeinsam mit ihrer „Omi“ ein abgeschiedenes Plätzchen in der Natur aufsuchen. Otto Schily und Marieluise Beck-Oberdorf wollen in Berlin beziehungsweise Pforzheim auf Heimaturlaub gehen.

ZU GUTER LETZT

„Geflügelte Jahresendfigur“: „DDR“-Sprachgebrauch für „Weihnachtsengel“